



PRINTED  
IN GERMANY

Österreich € 4,90  
Schweiz sfr 7,30  
BelLux € 5,-  
Dänemark dkr 46,-  
Finnland € 7,10  
Frankreich € 5,70  
Griechenland € 6,20  
Großbritannien £ 4,99  
Hongkong HK\$ 85,-  
Italien € 5,70  
Japan (inkl. tax) Yen 1.848,-  
Malta € 6,-  
Norwegen NOK 65,-  
Polen (ISSN 00387452) ZL 31,-  
Portugal (cont.) € 5,70  
Schweden skr 65,-  
Slowakei € 6,20  
Slowenien € 5,70  
Spanien € 5,70  
Spanien / Kanaren € 5,90  
Thailand Baht 450,-  
Tschech. Republik Kč 175,-  
Türkei TL 17,30  
Ungarn Ft 1.850,-



# Der Fall Napoleon

DIE GEBURT DER MODERNEN DIKTATUR







## Hausmitteilung

5. August 2013

Betr.: Siemens, Afghanistan, Serie

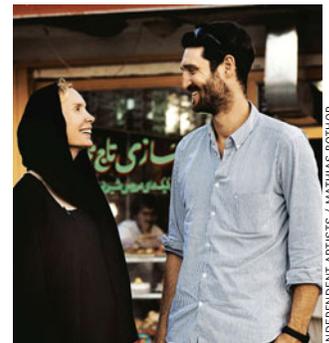
Schon Ende Februar, als sich SPIEGEL-Redakteur Thomas Tuma in München mit Siemens-Chef Peter Löscher zum Abendessen traf, gab es Kritik an dem Konzernchef; Löscher wollte sie damals noch nicht wahrhaben. Tuma bat den Top-Manager, ihn und das Unternehmen ein paar Monate begleiten zu dürfen, geplant war ein Report über Macht und Ohnmacht eines Dax-Konzerns. Doch bald entwickelte die Situation bei Siemens eine überraschende Eigendynamik; vergangene Woche musste Löscher gehen. Und im Siemens-Aufsichtsrat kam es über die Personalie zu einem beispiellosen Krach zwischen den beiden mächtigsten Kontrolleuren – Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und Gerhard Cromme, der grauen Eminenz der Deutschland AG. Gemeinsam mit seinen Kollegen Dinah Deckstein und Martin Hesse beschreibt Tuma einen Konzern, der ihm ein paar Tage lang „wie eine offene Wunde“ erschien. Mit Joe Kaeser hatten die SPIEGEL-Leute schon vor gut zwei Wochen gesprochen. Da war er noch Finanzvorstand. Am Donnerstag interviewten sie Kaeser zum ersten Mal in seiner neuen Rolle als Siemens-Chef (Seite 66).



ANDREAS POHLMANN / DER SPIEGEL

Tuma, Kaeser, Deckstein in München

Zuerst hatte SPIEGEL-Redakteur Philipp Oehmke Zweifel, ob das gutgehen könne: Die Berliner Regisseurin Feo Aladag wollte mit einem 40-köpfigen Team einen Spielfilm in Afghanistan drehen, deutsche Soldaten im Kriegseinsatz sollten auf eine Truppe aus Kameraleuten, Kostüm- und Maskenbildnern und Schauspielern treffen. Tatsächlich, kritisierten die Soldaten, waren die Leute vom Film notorisch unpünktlich, änderten ständig ihre Pläne und wollten viel zu sorglos durch die Gegend fahren. Den Filmleuten wiederum erschienen die Militärs unflexibel und übervorsichtig. Im Isaf-Camp in Masar-i-Scharif erlebte Oehmke allerdings, wie die gegenseitige Wertschätzung immer größer wurde. 2014, im Jahr des Abzugs aus Afghanistan, soll der Film in die Kinos kommen. „Er hat die Kraft, das Bild von diesem Krieg auf Jahre zu prägen“, sagt Oehmke (Seite 96).



INDEPENDENT ARTISTS / MATHIAS BOTHOR

Aladag, Oehmke

Mit der Frage „Deutschland, wie geht’s?“ beginnt der SPIEGEL in diesem Heft eine achttellige Serie vor der Bundestagswahl: eine Bestandsaufnahme. Für ihr Auftaktstück „Die bequeme Republik“ über die fehlende Reformbereitschaft von Politik und Bürgern baten die SPIEGEL-Redakteure Christiane Hoffmann und Markus Feldenkirchen führende Intellektuelle in Deutschland um ein Gespräch. Auch bei Jürgen Habermas fragten sie an. Doch der 84-Jährige lehnte ab. Er sei kein Politiker, der immer Meinungen parat habe, die er an den Mann oder die Frau bringen wolle, begründete Habermas seine Absage. „Meinen Ärger reagiere ich als Autor ab.“ Als solcher sei er dem SPIEGEL natürlich ebenso willkommen, antworteten die Redakteure. Das Ergebnis: ein meinungsstarker Essay des Philosophen über das Versagen der politischen Elite in der Europapolitik, der im Anschluss an den ersten Teil abgedruckt wird (Seiten 20, 26).



## In diesem Heft

### Titel

Mit Napoleon begann das Zeitalter des modernen Politikers – und Diktators ..... 106

### Serie

**Wahl-Spezial:** Politik und Bürger blockieren die notwendigen Reformen ..... 20  
 Jürgen Habermas kritisiert die Regierung Merkel, weil sie die Verantwortung für die Folgen ihrer EU-Krisenpolitik verdrängt ..... 26

### Deutschland

**Panorama:** Klagewelle der Kommunen gegen die Volkszählung / FDP droht neues Verfahren wegen illegaler Parteienfinanzierung / Erhöht das neue Kita-Gesetz die Zahl der erwerbstätigen Mütter? ..... 15

**Parteien:** Guido Westerwelle führt seinen Wahlkampf als Rachefeldzug gegen seine innerparteilichen Gegner ..... 28

**Überwachung:** Der BND leitet massenhaft Metadaten an den US-Geheimdienst weiter ... 30

**Wirtschaftsspionage:** Die Angst deutscher Firmen vor US-Hackern wächst .... 33

**Diplomatie:** Kurz vor dem Beginn des Aufstands reiste Verkehrsminister Ramsauer nach Syrien und verteidigte die Regierung Assad ..... 37

**Dokortitel:** Plagiatsjäger „Robert Schmidt“ erklärt seine Fehlersuche in der Dissertation von Bundestagspräsident Lammert ..... 38

**Rechtsstaat:** Die hessische CDU-Umweltministerin bremst Fracking-Voruntersuchungen ..... 40

**Migration:** Er wollte in Deutschland Geld verdienen und landete auf der Straße – die Rückkehr eines Familienvaters in sein bulgarisches Dorf ..... 42

**Zeitgeschichte:** Wie Kanzler Adenauer politische Satire im Karneval bekämpfte ..... 46

**Politiker:** Im SPIEGEL-Gespräch analysiert der frühere CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos die Schwächen Edmund Stoibers und die Stärken Angela Merkels ..... 47

### Gesellschaft

**Szene:** In Siena wird ein Pferd gesegnet / Zerstören Plastikhandschuhe den Geschmack von Lebensmitteln? ..... 52

Eine Meldung und ihre Geschichte – wie eine blinde Engländerin den Mann ihres Lebens kennenlernte ..... 53

**Homestory:** In Ferienlagern erfahren Teenager, was es heißt, ein Mann zu sein ..... 54

**Medien:** Warum Tageszeitungen in deutschen Großstädten so viele Leser verlieren ..... 56

### Wirtschaft

**Trends:** Mercedes baut Werk in Brasilien / Nur wenige Studentinnen streben Vorstandskarrieren an / Bierabsatz bricht ein ..... 64

**Unternehmen:** Wie der Weltkonzern Siemens innerhalb weniger Tage zum Tollhaus wurde ..... 66

Interview mit Vorstandschef Joe Kaeser über neue Wachstumsfelder ..... 68

**Werbung:** Amerikaner und Franzosen schieden die größte Agentur der Welt ..... 73

**Tourismus:** FTI-Chef Dietmar Gunz über die Eigenheiten deutscher Urlauber im Ausland ..... 74

**Nachruf:** Die Karriere des Berthold Beitz ..... 76

TV-Moderator Marcel Reif dankt dem Krupp-Patriarchen ..... 77

HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X



## Reformen: Gefährlicher Stillstand

Seiten 20, 26

Probleme werden vertagt, Alternativen verworfen – so wird Deutschland regiert. Der Kleinmut ist bequem für Regierung und Bürger. Doch im Land und in der Europa-Politik herrscht gefährlicher Stillstand.

## Die Rückkehr eines Wanderarbeiters

Seite 42

Er kam, um in Deutschland zu arbeiten. Er durfte kommen, da er EU-Bürger ist. Doch der Bulgare Iwan Stojanow landete in Hamburg auf der Straße – und kehrte beschämt in sein Dorf zurück.

## Das Zeitungs-drama

Seite 56

Besonders in Großstädten verlieren die Tageszeitungen rasant an Auflage, auch ihre Werbeerlöse brechen ein. Seit der Springer-Verlag sich von seinen Regionalzeitungen getrennt hat, wird die Zukunft der Blätter noch kritischer gesehen.



## Plagegeist Mücke

Seite 118

Moskito-Invasion in Deutschland: Seit Wochen quälen Mückenschwärme die Bürger – keine Grillparty ohne Quaddeln. Neue Daten zeigen, dass die Stechinsekten vor allem den überschwemmungsgeplagten Osten der Republik erobert haben. Politiker in Brandenburg und Sachsen-Anhalt fordern nun Gegenwehr. Hubschrauber sollen ein Biogift abwerfen.

BLICKWINKEL / IMAGO



PATRICK SEWMANSKY / AP / DPA

## Bradley Manning wird zum Vorbild Seite 80

Angedrohte 136 Jahre Haft für Whistleblower Bradley Manning sollen ein Exempel statuieren. Aber das Prinzip der Abschreckung funktioniert nicht. Für eine neue Generation von Netzaktivisten ist der Soldat ein Vorbild.

## Brisante Daten für die NSA Seite 30

Der Bundesnachrichtendienst leitet in großem Stil Verbindungsdaten an den US-Geheimdienst NSA weiter. Dokumente des Ex-Mitarbeiters Snowden belegen eine enge deutsch-amerikanische Kooperation bei Spähprogrammen.

## Der Mann ohne Gedächtnis Seite 122

Durch eine Hirnoperation verlor Henry Molaison die Fähigkeit, sich zu erinnern; er lebte auf einer Insel ewiger Gegenwart – und wurde der berühmteste Patient der Neurowissenschaften. Nun rekonstruieren Forscher sein Gehirn.

## Der Beginn der Moderne Seite 106

Über keinen Diktator fallen die Urteile so unterschiedlich aus wie über Napoleon Bonaparte. Auf den Franzosen geht das aufgeklärte Scheidungsrecht zurück, die effektive Verwaltung, aber auch der moderne Krieg. Mindestens so wichtig wie der Erfolg war für seinen Aufstieg das Talent zur Selbstvermarktung. Mit ihm begann ein neues Zeitalter der Politik.



Napoleon

AKG

### Ausland

**Panorama:** Indiens kriminelle Volksvertreter / Berlusconi-Unterstützer protestieren gegen Verurteilung ..... 78

**USA:** Bradley Manning prägt eine neue Generation von Whistleblowern ..... 80

**Kommentar:** Das Manning-Urteil – ein Fall von Willkür ..... 82

**Russland:** Die Konsequenzen des politischen Asyls für Edward Snowden ..... 84

**Ägypten:** Außenminister Nabil Fahmy über den Machtkampf mit den Muslimbrüdern und die Zeit nach Mursi ..... 85

**Großbritannien:** Der Erzbischof von Canterbury will Kurzeitkredite in Kirchen vergeben ..... 88

**Globalisierung:** Ein großer Bergbaukonzern und die kleine Mongolei streiten um den Ertrag einer Kupfermine ..... 90

**Global Village:** Wie die neue U-Bahn von Riad den gesellschaftlichen Wandel befördern soll ..... 93

### Kultur

**Szene:** Die Schriftstellerin Monika Maron über ihre Lust am Rauchen / Patrick Modianos neuer Roman „Der Horizont“ ..... 94

**Film:** Die Regisseurin Feo Aladag dreht in Afghanistan den ersten deutschen Spielfilm während eines Militäreinsatzes ..... 96

**Schauspieler:** Der künstlerische Niedergang des Johnny Depp ..... 100

**Essay:** Hans Magnus Enzensberger über den bedrohlichen Terror der Reklame ..... 102

**Bestseller** ..... 104

**Theaterkritik:** Matthias Hartmann inszeniert Nestroys Posse „Lumpazivagabundus“ in Salzburg als grimmige Provokation ..... 105

### Wissenschaft · Technik

**Prisma:** Vogelfänger in Ägypten / Hilfsbereite Häftlinge / Spuren spanischer Eroberer in den USA ..... 116

**Umwelt:** Stechmücken – erdulden oder bekämpfen? ..... 118

**Medizin:** Überdiagnosen machen aus Gesunden Kranke ..... 121

**Hirnforschung:** Das Geheimnis des „Mannes ohne Gedächtnis“ ..... 122

**Audiophilie:** Techniker suchen den perfekten Klang – in 3-D ..... 124

### Sport

**Szene:** Massenansturm am Matterhorn / Fußballclubs erzielen Rekordeinnahmen mit dem Fanartikelverkauf ..... 125

**Leichtathletik:** Nach einer Serie von Dopingfällen gehen dem Weltrekordler Usain Bolt die Gegner aus ..... 126

**Boxen:** Wie Profis auf Pöbelattacken in Bars und Clubs reagieren ..... 129

### Medien

**Trends:** Interessenkonflikt beim Springer-Deal? / ARD will eine Woche vor der Bundestagswahl keine Umfragen mehr veröffentlichen ..... 131

**TV-Manager:** Die geheimen Nebenverdienste der Intendanten von ARD und ZDF ..... 132

**Briefe** ..... 8

**Impressum, Leserservice** ..... 134

**Register** ..... 135

**Personalien** ..... 136

**Hohlspiegel/Rückspiegel** ..... 138

**Titelbild:** Illustration Alfons Kiefer für den SPIEGEL



SPiegel-Titel 31/2013

„Es ist so wie seit hundert Jahren. Will man sich gesund ernähren, muss man ein bis zwei Stunden am Tag für die Nahrungssuche und -zubereitung einplanen.“

BORIS GERLACH, VAIHINGEN (BAD.-WÜRTT.)

gesundheitlich besser. Darum dürfen wir Konsumenten nicht die Augen verschließen, wenn es um die Produktion unserer Lebensmittel geht. Das gilt für chemische Inhaltsstoffe genauso wie für das Bild auf dem Wurstglas.

KIRSTEN KIAU, HAUSEN (OBERFRANKEN)

Gibt es irgendetwas Neues in Ihrem Bericht? Nehmen Sie ernsthaft an, dass es in diesem Land noch Menschen gibt, die glauben, dass eine Bäuerin ihren Pudding rührt, die Milka-Kuh tatsächlich so glücklich auf der Weide steht oder dass die komplette Fleischproduktion irgendetwas mit romantischer bayerischer Wiesenlandschaft zu tun hat?

MATTES NASKRENT, BOCHUM

Da darf der Redakteur in der Unilever-Fabrik also 13 Sorten Eis probieren und freut sich darüber, statt den Lesern zu sagen, dass Magnum am Stiel nicht „Eiscreme“ heißen darf, sondern nur „cremig-es Eis“, weil Langnese den Milchlippenanteil zugunsten von Pflanzenfett heruntergefahren hat. Kein Wort auch über die Frischmilch, die inzwischen immer mehr vorbehandelt wird, damit sie drei Wochen statt drei Tage lang hält. Und die Brotrohlinge, die aus Asien eingeflogen werden, die deutschen Krabben, die immer noch in Afrika gepulvt werden. Die Lebensmittelmultis entschuldigen sich damit, dass der Verbraucher eben haltbare und billige Sachen wolle. Stimmt das? Haben sie die Verbraucher gefragt?

REINHARD VON STRUVE, BERGISCH-GLADBACH

Die nachgewiesene Substanz in Erdnüssen aus China heißt nicht Alfatoxin, sondern Aflatoxin. Gefunden wurde sie erstmals im Schimmelpilz *Aspergillus flavus*, daher der Name.

ANDREA SCHREINER, JOCKGRIM (RHLD.-PF.)

Proportional zur Entfremdung von Konsument und Kreatur – das gilt für Flora und Fauna – wächst auch das Betrugspotential, weil keiner mehr weiß, wo was herkommt. Unser Luxus, alles überall immer zur Verfügung zu haben, hat einen hohen Preis: kurioserweise die völlige Intransparenz. Hauptsache, das Fleisch liegt schön in Plastik verpackt im Kühlregal und die Tomaten sind makellos und sauber – klar, weil sie oft nur in Nährlösungen statt in Erde wachsen.

UDO SONNENBERG, BERLIN

1976 erschien der Film „Brust oder Keule“ mit Louis de Funès, in dem Bilder aus einer „Lebensmittelfabrik“ die Herstellung von Hähnchen, Salat und anderem zeigten. Das war zwar überzeichnet, aber ähnlich erfolgt heute die Produktion fast aller „Lebensmittel“, die unsere Einzelhändler so vertreiben.

ANDREAS HUTH, BERLIN

Nr. 31/2013, Natürlich künstlich – Billig, schnell, industriell: Unser Essen vom Fließband

## Zweifelhafter Burgfrieden

Wer sich im In- und besonders im Ausland vor Ort die Produktion von Lebensmitteln anschaut, wird sich dreimal überlegen, was er im Supermarkt noch aus dem Regal nimmt. Großen Respekt an die Journalisten, die uns teilweise unter Lebensgefahr im Fernsehen und in der Presse aufklären und vor dieser „Lebensmittelindustrie“ und ihren Methoden warnen.

FREDDY KRAUS, LAMPERTHEIM (HESSEN)

Die von Ihnen geschilderten Manipulationen an Lebensmitteln dienen der Gewinnoptimierung; darüber hinaus befördern sie die Erzeugung chronischer Volkskrankheiten, hilfloser Ärzthopper und Zombies, die nicht nur das gesamte Gesundheitswesen befeuern.

GERHARD BIRKHAHN, KOBLENZ

Mir ist es egal, wo und wie mein Essen hergestellt wird; Hauptsache, ich kann es mir mit meiner kleinen Rente leisten, es schmeckt mir, und ich werde satt. Das ist mir auf jeden Fall lieber, als wenn ich mein Essen aus der Mülltonne holen müsste, weil die Waren im Supermarkt zwar hochwertig, aber für mich zu teuer sind.

WOLFGANG E. SCHÄFER, ALTLEININGEN (RHEINLAND-PFALZ)

Das Gros der Verbraucher will billiges Essen, die Lebensmittelindustrie ihre Gewinne steigern und die Politik keine allzu öffentlichen Diskussionen über die mitunter zweifelhaften Herstellungsmethoden. Die Rechnung scheint aufzugehen. Die wenigen Kritiker werden von den Lebensmittelkonzernen als ideologisch verblendete Ökofreaks abgestempelt, die dem Normalbürger die günstige Hähnchenbrust abspenstig machen wollen. Damit der Deal funktioniert, wird der Endverbraucher, wie uns die Konzer-



WU HONG / DPA

## Tomatenpflückerinnen in Shouguang, China

ne politisch korrekt nennen, regelmäßig mit noch mal reduzierten Preisen bei Laune gehalten. Ein zweifelhafter Burgfrieden, der erst dann ein Ende haben wird, wenn die Ergebnisse für jeden erkennbar geworden sind.

TORSTEN WEILER, NONNWEILER (SAARLAND)

Der Mensch kann alles essen; braucht aber nicht alles zu wissen – oder doch?

HEINZ GAFFRON, BERLIN

Eine Folge der automatisierten Herstellung von Lebensmitteln ist auch, dass die Supermärkte die Ware vor Ablauf des Verfallsdatums aussortieren oder wegwerfen. Eine gelungene Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung sind Hofläden, Bauernmärkte, Selbsternte-Initiativen und die Nutzung von Brachflächen in Städten durch Hobbygärtner.

INES VON KÜMER, ERLANGEN

Ich freue mich, dass im Artikel der Biobauer Bernd Schulz und sein Partner Dennis Buchmann erwähnt werden. Für mich hat seit dem Konsum der von ihnen vertriebenen Wurst der Verzehr von Fleisch eine andere Bedeutung. Weniger ist mehr und wird bewusster und damit genussvoller gegessen. Auch ich liebe Tiere – aber eben auch den Genuss von Fleisch. Wenn wir mit den Ressourcen der Erde bewusster umgingen, ginge es allen Menschen







Nr. 30/2013, Armutsfalle Miete – eine Studie untersucht die je nach Region unterschiedlichen Lebensverhältnisse

## Bauen, bauen, bauen

Die aktuelle Idee der Politikerkaste, Mietpreise einfach zu deckeln, ist völliger Unsinn. Der bürokratische Aufwand wäre groß, die Wirkung vernachlässigbar. Stattdessen sollten unsere Politiker städtische Wohnungsbaugenossenschaften einrichten, städtische Wohnungen bauen. Das dauert zwar und ist wohl auch – geringfügig – teurer, dafür ist sichergestellt, dass das Problem gelöst wird: Neue Wohnungen entstehen.

JESKO WARNKE, KIEL

Nachdem Kommunen, Länder und Bund in großem Stil ihren eigenen, günstigen Wohnungsbestand an ausländische Heuschrecken verscherbelt haben, sollen sie jetzt „bauen, bauen, bauen“! Der angebliche Mieterschutz ist das Papier nicht wert, auf dem er steht, denn die Immobilienhaie sind der Politik immer einen Schritt voraus, was Gesetzeslücken angeht.

DOROTHEA FEHSENFELD, GÖTTINGEN

Wo will man denn in den Städten noch bauen? Das geht höchstens außerhalb – und hat weitere Segregation zur Folge. Helfen kann nur: Fehlbelegungsabgabe wieder einführen, Wohngeld rauf und Mietpreisbremse!

BEATE GHELLALI, FRANKFURT AM MAIN

Nr. 30/2013, Neue Probleme beim Militärtransporter A400M

## Murks von Anfang an



Ihr Artikel ist ein beeindruckender Hinweis darauf, dass die europäischen Partner des Programms „A400M“ ihre Hausaufgaben machen, Deutschland dagegen nicht – trotz eines seit 2003 (!) geschlossenen

Scharping

Vertrags. Mit den Vertragsverhandlungen hat das nichts zu tun, offenbar aber viel mit einer Mischung aus mangelnder Führung in der Politik und Beharrungsstarre in der Bürokratie seit dem Vertragsabschluss. Sie werden es herausfinden.

RUDOLF SCHARPING, MONTAUBAU  
VERTEIDIGUNGSMINISTER 1998 BIS 2002

Nach fast 40 Jahren Tätigkeit in der Wehrindustrie kann ich versichern, dass es auf der Welt keine unfähigere Bürokratie gibt als das deutsche Verteidigungsministerium und seine nachgeordneten Behörden. Ganz anders in Frankreich: kompetent, zielorientiert, technisch auf der Höhe der



Transportflugzeug A400M

Zeit. Die Franzosen könnten mit wenig Mehraufwand die deutschen Probleme lösen, aber dann hätten wir einige tausend Beamte weniger.

HANS JOACHIM LENZ, EPPELHEIM

Wir sind zwar weltberühmt für unsere Panzer, aber alles, was für das Fliegen geplant war und ist, bleibt von Anfang an Murks. Der „Jäger 90“ wurde in 20 Jahren Entwicklungszeit zwar alt, war aber nie wirklich einsatzbereit. Der jetzt verhinderte Transporter A400M hätte von Beginn an durch ein voll flugbereites und günstiges russisches Modell ersetzt werden können. Und nun darf der „Euro Hawk“ hier auch nicht fliegen. Glückwunsch an die Geldvernichter!

ERICH JANOSCHKE, KAISERSLAUTERN

Nr. 30/2013, SPIEGEL-Gespräch mit der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann über das neue Eheverständnis ihrer Kirche

## Willkommen im Diesseits

Dank gebührt den kompakt und deutlich fragenden Journalisten. Sie lassen kein Gefasel zu und zwingen Frau Käßmann, Klartext zu sprechen. Ich bin gespannt, ob die Mehrheit der evangelischen Gläubigen das mitträgt.

KLAUS PICKER, SOEST

An den beiden bedrohlich konservativen Machos hat sich eine kluge evangelische Theologin abgearbeitet – man muss das bedauern. Sehr clever und einsichtig, wie Frau Käßmann auf die dämlichsten Fragen logische und daher zeitgemäße Antworten bereithält.

KONRAD-DIETER LOERKE, KALTENKIRCHEN

Mich begeistert Frau Käßmann. Klare Worte und ein sicherer Blick ins Geistliche, Jen- und Diesseitige – danke! Wen einfache Bilder von Sünde und Fegefeuer nicht weiterbringen, wer spürt, dass es nicht nur graue, sondern auch bunte Farbtöne zwischen schwarz-weiß gibt, der kann trotz aller Unvollkommenheit in der Evangelischen Kirche Deutschland Orientierung bekommen.

HOLM KEMMER, MEINERSEN

Das pseudokokette Umschiffen sämtlicher theologisch relevanter Inhalte bestätigt meinen Verdacht, dass Frau Käßmann die evangelische Kirche längst nur noch als institutionelle Existenzgrundlage ihrer Floskeloffensive heranzieht und so befördert, was allen Religionen im Stadium der Dekadenz widerfährt: Profanisierung aufgrund parasitären Befalls durch zynische (Würden-)Träger mit säkularen Interessen. Willkommen im Diesseits, liebe Protestanten.

BENJAMIN BAUM, BERLIN

Wenn behauptet wird, „die Protestanten haben sich stets im Dialog mit der Zeit befunden“, so heißt das, diese Kirche passt sich immer mehr dem Zeitgeist an. Von einer echten Kirchenlehre erwarten wir Christen aber gerade die Vermittlung zeitloser, über der Mode stehender Werte.

KARL-HEINZ RADDE, GÖRLITZ

Nr. 31/2013, Springer-Chef Mathias Döpfner verkauft nur eines raffinierter als das Medienerbe seines Konzerns – sich selbst

## „Enteignet Springer!“



EDWARD A. DYHR

Verlagsgründer Springer 1958

Sie haben ja so recht. Aber könnte es nicht sein, dass Herr Döpfner am Ende recht behalten wird mit seinem frühzeitigen Abschied von den Printmedien?

PROF. DR. WOLF-RÜDIGER HEILMANN, BERLIN

Wohl noch nie zeigte sich verlegerisches Versagen so deutlich. Der Verkauf der Ursubstanz „Hörzu“ und „Abendblatt“ zeigt das Ende des Unternehmens an.

GERHARD KLUSSMEIER, ROSENGARTEN (NIEDERS.)

Als alter Presseemann schreibt man nicht so schnell einen Leserbrief an eine Zeitung oder Zeitschrift. Positives schon gar nicht. Mir ist in diesen Tagen nahezu schmerzhaft deutlich geworden, was



FEDERICO GAMBARINI / DPA

wir ohne den SPIEGEL tun würden. Der Casus Springer, oder besser Döpfner, ist von der allgemeinen deutschen Presse weitgehend zurückhaltend behandelt worden. Wenn ich dann auch noch die Hofbe-

Neven DuMont

richterstattung in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ lese, bin ich doch dankbar, dass es euch gibt.

PROF. ALFRED NEVEN DUMONT, KÖLN  
VERLEGER

Was Studierende mit Demos damals nicht erreichten – „Enteignet Springer!“, schafft der selbstgefällige Schöngeist allein, mit publizistischem Unverstand. So frisst der Kapitalismus seine eigenen Kinder.

PROF. DR. HANS-DIETER KUEBLER, WERTHER



OSKAR EYB

#### Luftrettung eines Verkehrsopfers

Nr. 30/2013, SPIEGEL-Gespräch mit dem Notfallmediziner Sam Parnia über Fortschritte bei der Wiederbelebung

## Jedes Herz um jeden Preis

Ein so beeindruckendes wie aufwühlendes Interview, das Zweifel an der Organspende aufkommen lässt. Ein kleiner Schock im Sommerloch.

GEORG LANDWEHR, AMMERSBEK (SCHL.-HOLST.)

Wer bewahrt uns vor dem anmaßenden Aktionismus der Notfallmediziner, die in unser Sterben eingreifen?

GERHARD-HEINO TEBBEN, DETERN (NIEDERS.)

An meinem 80. Geburtstag, sollte ich ihn denn erleben, werde ich mir folgenden Satz auf mein Brustbein tätowieren lassen: „Do not resuscitate“. Herr Parnia, mir graut's vor Ihnen.

ULRIKE PODLEJSKI, BERNAU BEI BERLIN  
FACHÄRZTIN FÜR ALLGEMEINMEDIZIN

Bei uns werden überwiegend alte und schwerkranke Menschen reanimationspflichtig. Und da kann es nicht mein Ziel sein, jedes Herz um jeden Preis wieder zum Schlagen zu bringen. Prozentzahlen helfen da nicht weiter, mir fehlt eine kritische Auseinandersetzung Herrn Parnias mit Fragen der Ethik. Denn wer sich mit dieser Thematik beschäftigt, weiß, welche verheerenden Resultate eine „erfolgreiche“ Reanimation bringen kann.

DR. PETER LORENZ, BÜNDE (NRW)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)



VOLKSZÄHLUNG

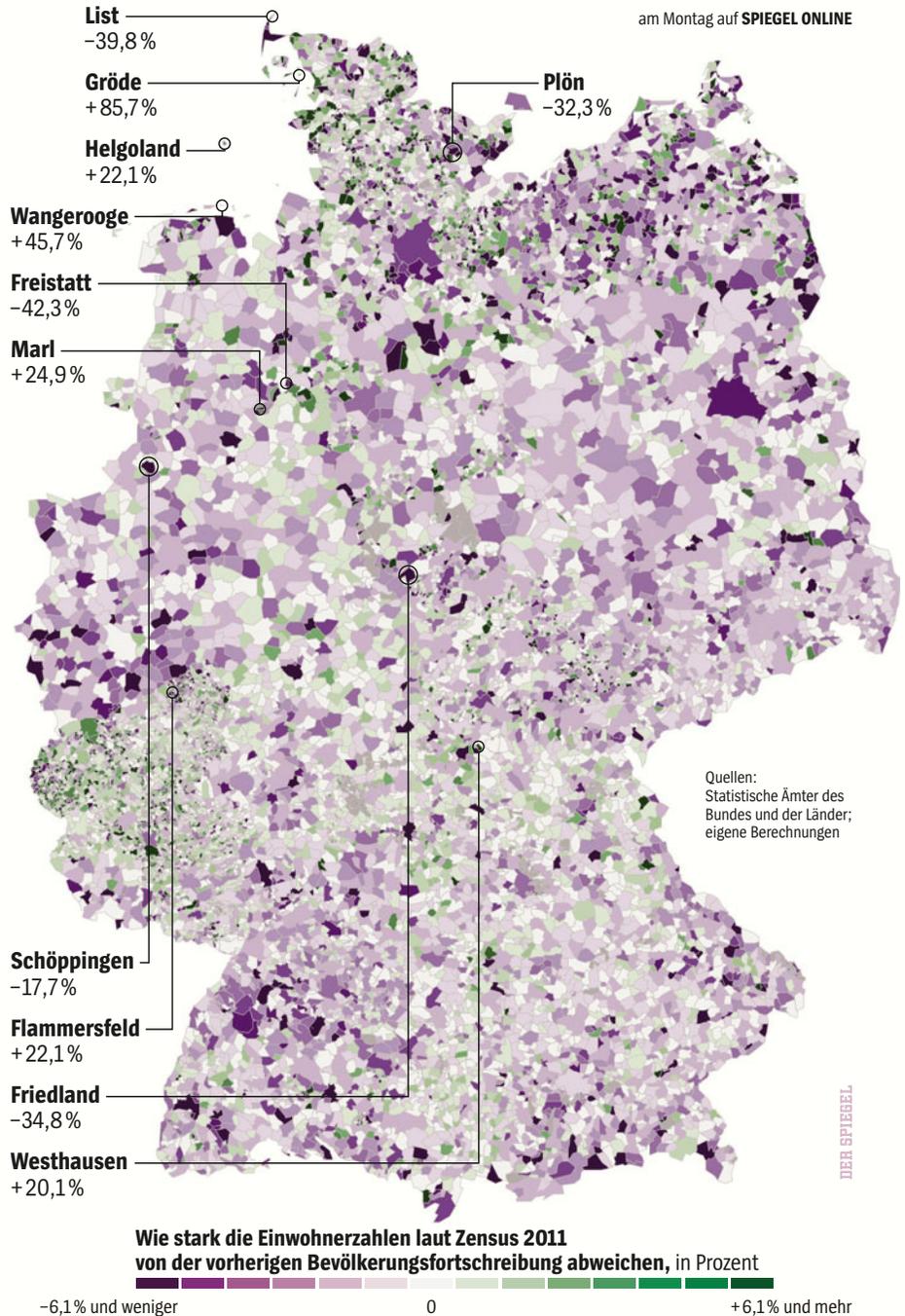
# Widerstand gegen Zensus wächst

Jede zehnte deutsche Gemeinde hat bisher ihr Widerspruchsrecht gegen den Zensus 2011 genutzt, insgesamt sind es schon mehr als 800 Kommunen. Fast die Hälfte von ihnen liegt in Baden-Württemberg, auch Hamburg und Berlin haben ihr Veto eingelegt. Der tatsächliche Widerstand gegen die Ergebnisse dieser Volkszählung dürfte noch deutlich größer sein, denn in einigen Bundesländern findet derzeit ein Anhörungsverfahren statt, darunter auch in Nordrhein-Westfalen und Bayern. Erst danach können Gemeinden dieser Länder klagen. Kritisiert wird vor allem die Methodik: Sie ist für Kommunen nicht im Detail nachvollziehbar. Einige von ihnen sehen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Gleichbehandlung verletzt, weil die Population größerer Städte anders ermittelt wurde als jene kleinerer Gemeinden.

Wichtige Triebfeder der Proteste ist die Angst vor finanziellen Einbußen, denn häufig liegen die Ergebnisse weit unter den Bevölkerungszahlen in den Melderegistern. Dadurch verschlechtert sich die Position im kommunalen Finanzausgleich. Die Größe der Gemeindeparlamente und die Bezahlung der Bürgermeister sind ebenfalls von der Einwohnerzahl abhängig. Wie stark die Zensus-Ergebnisse von den bisher amtlichen Werten abweichen, zeigt erstmals eine SPIEGEL-Analyse: Vor allem in kleineren Gemeinden sollen sich die Werte extrem verändert haben. Die Differenz reicht von der verdreifachten Bevölkerungszahl bis hin zu einer Verringerung auf zwei Drittel. In nahezu zwei von drei Kommunen leben demnach weniger Menschen als bislang angenommen.

Detaillierte Daten aller Gemeinden und weitere Berichte

am Montag auf SPIEGEL ONLINE



HAUPTSTADTFLUGHAFEN

## Stillstand bis zur Wahl

Berlin, Brandenburg und der Bund stellen sich als Gesellschafter des neuen Hauptstadtflughafens BER auf eine langwierige Suche nach einem neuen Aufsichtsratschef ein. Matthias Platzeck will diesen Posten Ende August räumen, wenn sein BER-Mandat turnumgemäß endet und er auch als Ministerpräsident Brandenburgs zurücktritt.

Wer den Chef-Job im Aufsichtsrat übernimmt, wird wohl erst nach der Bundestagswahl entschieden – wenn klar ist, ob Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) im Amt bleibt. Er hatte sich in der Vergangenheit oft gegen seine SPD-regierten Mitgesellschafter Berlin und Brandenburg gestellt. Als unwahrscheinlich gilt, dass ein Brandenburger auch künftig dem Kontrollgremium vorsteht:



Platzecks designierter Nachfolger als Ministerpräsident, Dietmar Woidke, hat bereits abgewinkt. Sollte auf die

Schnelle kein externer Kandidat aus der Industrie – im Gespräch ist etwa der ehemalige Hochtief-Chef Hans-Peter Keitel – gefunden werden, könnte zumindest vorübergehend Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit wieder die Führung übernehmen.



Kriegsgerät auf dem Weg nach Deutschland

BORIS ROESSLER / DPA

VERTEIDIGUNG

## Teurer Schrott

Die Bundeswehr wird im Rahmen des Abzugs aus Afghanistan Kriegsgerät im Neuwert von rund 150 Millionen Euro zurücklassen. Das Material wird entweder an die Afghanen übergeben, verkauft oder verschrottet. Nach Angaben des

Verteidigungsministeriums betrifft das rund 42 Prozent der von der Bundeswehr genutzten Geräte. 47 Prozent werden nach Deutschland zurückgebracht. Bei den restlichen 11 Prozent hängt die Entscheidung vom Zustand des Materials ab. Für die Weiternutzung gelten strenge Kriterien. Ein zwei Jahre alter Geländewagen „Wolf“ etwa wird in der Regel nicht mehr nach Deutschland transportiert. Das Ministerium rechtfertigt den Ausschuss damit, dass der Wert des Kriegsgeräts nach der Nutzung „weit unter“ dem Anschaffungspreis liege und dadurch die Rückführung unwirtschaftlich sei.

FDP

## Dubiose Praxis

Der Bundestag prüft, ob die FDP gegen die Grundlagen der Parteienfinanzierung verstoßen hat. Die Liberalen hatten fast zwei Jahre lang Pressesprecher der Fraktion am Wochenende oder an Feiertagen zu Bereitschaftsdiensten für die Partei eingesetzt. Die Bundestagsverwaltung bat die FDP nun, diese Praxis zu erläutern. Der Staatsrechtler Joachim Wieland von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer sagte: „Das ist völlig unzulässig und zweifelhaft unerlaubte Parteienfinanzierung. Es ist eindeutig geregelt, dass die Mittel der Fraktion nicht für die Arbeit der Partei genutzt werden dürfen, da sonst Steuergelder missbraucht werden.“ In der FDP räumt man zwar ein, dass es bis August 2012 eine wechselseitige Rufbereitschaftsvertre-

tung zwischen der Bundestagsfraktion und der Bundespartei gegeben habe. „Eine einseitige Begünstigung der Partei war hiermit nicht verbunden, weil beide Organisationen in jeweils vergleichbarem Umfang voneinander profitierten“, heißt es in der Erklärung. In den Jahren 2011 und 2012 hatten Fraktionssprecher allerdings mehr Wochenend-Bereitschaftsdienste für die Partei übernommen als die Parteiprecher selbst. „Der Bundestag und auch der Bundesrechnungshof sollten genau prüfen, ob hier Steuergelder zweckentfremdet wurden“, sagt Wieland. Es

wäre nicht das erste Mal, dass die Liberalen durch einen laxen Umgang mit dem Parteienrecht auffielen. Mitte Juli hatte das Landesverfassungsgericht Düsseldorf in einer Entscheidung gerügt, die FDP habe mit einer Werbekampagne vor der Landtagswahl 2012 in Nordrhein-Westfalen vermutlich gegen das Parteiengesetz verstoßen. Der Fall wird noch vom Bundesrechnungshof geprüft.



FDP-Bundestagsfraktion

MARC-STEFFEN UNGER



PETER SCHÄTZ

Hoeneß (r.) in der Münchner Allianz-Arena

STEUERFALL HOENESS

## Über 33 000 Kontobewegungen

Uli Hoeneß hat als Kunde der Zürcher Privatbank Vontobel offenbar exzessiv an den Finanzmärkten gehandelt. Auf dem Konto, das Hoeneß gegenüber dem deutschen Fiskus bis Januar geheim gehalten hatte, sollen über einen Zeitraum von mehreren Jahren über 33 000 Bewegungen dokumentiert sein. Die schiere Menge seiner Geld-

KOLUMNE

# Sieben Wochen noch



Meine Begeisterung für Plakate erwachte im Bundestagswahlkampf 1990. Ich war 14 und besuchte jede Partei, die sich in die Fußgängerzone traute. Bei allen gab ich mich als großer Fan und künftiger Wähler aus. Das funktionierte. Am Ende schenkten sie mir ihr größtes Plakat. Mein Zimmer sah aus wie die Bundeszentrale für politische Bildung. Auf wenigen Metern hingen die Köpfe von Oskar Lafontaine („Der neue Weg“), Hans-Dietrich Genscher („F.D.P. wählen), Helmut Kohl („Kanzler für Deutschland“) sowie ein bunter Spielzeugkreisel, über dem „Ich war ein Panzer“ stand. Die Grünen waren damals gegen Panzer und hatten es noch mit Inhalten. Meine Eltern wussten nicht, ob sie sich über mein politisches Interesse freuen oder sich Sorgen machen sollten. Als sie mich fragten, wen ich wählen würde, wenn ich dürfte, antwortete ich, dass ich alle gleich toll fände. Damals war ich nicht sonderlich wählerisch. Vor den Plakaten hatte ich Autogrammkarten von Bundesligaspielern gesammelt – und zwar von allen 18 Vereinen. Heute finde ich nicht mehr alle Parteien gleich toll, auf die neuen Wahlplakate aber bin ich immer noch gespannt. Leider muss man bei der CDU in diesem Sommer davon ausgehen, dass sie nicht nur auf ein richtiges Programm, son-

**Leider sehen die echten Menschen auf den SPD-Plakaten echt schlecht gelaunt aus.**

dern auch auf Plakate verzichten wird, um alles zu vermeiden, was den Anschein erweckt, es stehe eine Wahl bevor. Umso gespannter ging ich vorige Woche zur Vorstellung der SPD-Plakate. Statt ihren Spitzenkandidaten Peer Steinbrück zeigt die SPD „echte Menschen“, wie ihre Generalsekretärin betonte. Denn: „Wir wollen echt wirken“, was schon rein semantisch ein Widerspruch ist. Leider sehen die echten Menschen auf den SPD-Plakaten echt schlecht gelaunt aus, als würden sie nicht an den Wechsel glauben. Ich war enttäuscht.

Kurz darauf entdeckte ich ein Plakat der Piraten mit dem Spruch: „Entschuldigt, wir hatten es uns auch einfacher vorgestellt ...“ Sogleich war ich wieder etwas versöhnt mit den Wahlplakaten. In einer politischen Kultur, in der Fehler und Schwächen niemals zugegeben werden dürfen und deren manische Optimismusrhetorik selbst herbe Stimmenverluste in einen Wahlsieg umzudeuten vermag, ist so viel selbstironische Ehrlichkeit revolutionär. Vielleicht, dachte ich, können die anderen ja doch noch von den Piraten lernen – und malte mir gleich aus, wie die Plakate dann aussähen. Die Grünen würden einen Panzer zeigen, der früher ein Spielzeugkreisel war. Und auf den Plakaten der anderen stünde: „Entschuldigt, ...“  
 „... aber früher hatten wir wirklich mal ein Anliegen.“ (CDU)  
 „... für die Genossen im Westen.“ (Die Linke)  
 „... wir hatten keinen anderen.“ (SPD)  
 „... für alles!“ (FDP) *Markus Feldenkirchen*

geschäfte hatte es dem Fußballmanager vermutlich unmöglich gemacht, den bayerischen Finanzbehörden bei Einreichen seiner Selbstanzeige eine lückenlose Dokumentation der Konto-bewegungen vorzulegen. Noch immer sollen Unterlagen seiner Bank ausstehen. Weder die Staatsanwaltschaft München II noch die Anwälte von Hoeneß äußern sich zu den Geschäften, derentwegen sich der Präsident des FC Bayern München demnächst wohl vor dem Landgericht München II verantworten muss. Um seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender der FC Bayern München AG muss er trotz eines drohenden Prozesses derzeit offenbar nicht bangen, noch stützen ihn seine Kollegen in dem Kontrollgremium. Eng könnte es für den Steuer-sünder hingegen als Aufsichtsrat der Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG werden, in deren Kontrollgremium Hoeneß seit 2006 sitzt und in dem er am 12. April, kurz vor Enthüllung seiner Steueraffäre, bis 2018 bestätigt wurde. Durch die Anklage sei „eine neue Situation entstanden, die nun von den zuständigen Gremien geprüft wird“, sagte ein Sprecher des Versicherungskonzerns, eine Entscheidung werde wohl zeitnah fallen.

FAMILIE

## Mehr erwerbstätige Mütter

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige wird die Erwerbstätigkeit von Müttern signifikant erhöhen. Das prognostiziert eine Studie, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Bundesfamilien- und des Finanzministeriums erstellt hat. Demnach wird die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern im zweiten Lebensjahr durch die am 1. August in Kraft getretene Neuerung um mehr als fünf Prozent

steigen. Gäbe es dagegen gar keine öffentlich subventionierte Kinderbetreuung, würde sich die Beschäftigungsquote dieser Mütter um 27 Prozent verringern. Die Forscher fanden zudem heraus, dass der frühe Kita-Besuch dem Kindeswohl dienen kann. Zusätzliche emotionale Stabilität konnte insbesondere bei Jungen und Mädchen aus Mehrkindfamilien oder Familien mit einem niedrigen Einkommen nachgewiesen werden. „Der Ausbau der Kinderbetreuung gehört damit zu den Maßnahmen, die die familienpolitischen Ziele am besten voranbringen“, sagt DIW-Volkswirtin Katharina Spieß. Leistungen wie das Ehegattensplittling oder auch das Betreuungsgeld seien bei weitem nicht so effektiv und teilweise sogar kontraproduktiv. Die Studie, die das DIW in dieser Woche vorstellen wird, ist Teil der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen. Zuletzt war es zum Streit zwischen beteiligten Forschungsinstituten und ihrem Auftraggeber gekommen, weil das Familienministerium einige Ergebnisse der Wissenschaftler substantiell umgedeutet hatte.



SCHWARZ - GELB

## Furcht vor Leihstimmen

Angesichts der anhaltenden Schwäche der bayerischen FDP wächst in der Union die Sorge, dass es in der letzten Woche vor der Bundestagswahl zu einem deutlichen Leihstimmenanstieg für die Liberalen kommen könnte. Sollten die Freien Demokraten am 15. September nicht wieder in den bayerischen Landtag einziehen, stehe der Union wenige Tage vor der Bundestagswahl „eine unberechenbare Woche“ bevor, warnte CSU-Chef Horst Seehofer kürzlich in einer Sitzung des Parteivorstands in München. Seehofers Befürchtung: Viele Unionswähler könnten dann zu den Liberalen wechseln, um sicherzustellen, dass die FDP am 22. September wieder in den



Seehofer

FRANK HOERWANN / SVEN SIMON

Bundestag kommt. Eigentlich wollen CDU und CSU eine Leihstimmenhilfe – wie im Januar in Niedersachsen – auf jeden Fall verhindern. Derzeit kommen die Liberalen in Bayern in Umfragen nur auf Werte zwischen drei und fünf Prozent.

VERTEIDIGUNG

## Berlin und Paris wollen Drohnen-Verkehr regeln

Vor dem Hintergrund des „Euro Hawk“-Debakels setzt sich Verteidigungsminister Thomas de Maizière mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian dafür ein, die Zulassung unbemannter Flugzeuge europaweit einheitlich zu regeln. In einem gemeinsamen Brief an die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton zur Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik bezeichnen

die beiden Minister ferngesteuerte Flugsysteme als wichtige militärische Option. Um diese und andere Fähigkeiten zu entwickeln, müsse man auch über steuerliche Anreize nachdenken. Das deutsche „Euro Hawk“-Projekt wurde zum Millionendebakel, weil die Drohne nur eine vorläufige Verkehrszulassung für den zivilen Luftraum bekommen hatte. De Maizière und Le Drian fordern daher, dass der Europäische Rat im Dezember darauf hinarbeitet, „ferngesteuerte Flugsysteme in den Flugverkehr zu integrieren“. Den Brief haben auch Außenminister Guido Westerwelle und sein französischer Amtskollege Laurent Fabius unterzeichnet.

MENSCHENRECHTE

## Proteste gegen Moskau

In der Debatte um das russische Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ übt Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) scharfe Kritik an Moskau: „Die Stigmatisierung Homosexueller verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention“, so die Ministerin. „Ich erwarte von Russland die Einhaltung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen.“ Dass die Vorschriften, die jedes öffentliche Zeigen von Homosexualität verbieten, auch während der Olympischen Spiele von Sotschi 2014 gelten sollen, empört die Ministe-

rin ebenfalls. „Jeder Politiker sollte sich überlegen, wie er sich inhaltlich gegen diese Ausgrenzungspolitik gegenüber Minderheiten positioniert.“ Es gebe auch die Möglichkeit, Olympia zu boykottieren. „Niemand ist zur Teilnahme gezwungen.“



Leutheusser-Schnarrenberger

WERNER SCHUERING

JUGENDHEIME

## Veränderungen am Leichnam?

Der Tod eines Mädchens wirft in der Affäre um mutmaßliche Misshandlungen in brandenburgischen Heimen neue Fragen auf. Die damals 16-Jährige war am 31. Mai 2008 aus dem Dachgeschoss des Heimes der Haasenburg GmbH in Jessern gestürzt und verstorben. Ob es sich dabei um einen Fluchtversuch, einen Unfall oder Selbstmord handelte, konnte nicht eindeutig geklärt werden (SPIEGEL 26/2013). Unveröffentlichte Akten belegen nun, dass die 16-Jährige wenige Wochen vor ihrem Tod Strafanzeige gegen einen Erzieher gestellt hatte. Der Mann habe sie dazu aufgefordert, mit einem Handy ein Foto ihres entblöß-



Haasenburg-Heim in Jessern

PATRICK PLEUL / DPA

ten Oberkörpers zu machen und ihm das Handy danach zu übergeben. Die Staatsanwaltschaft Cottbus leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen ein, das wenige Tage später eingestellt wurde. Die vorgeworfene Handlung sei laut Justizunterlagen durch den entsprechenden Paragraphen nicht strafbewehrt gewesen. Eine Freundin des Mädchens behauptet, die 16-Jährige sei in der Folgezeit deprimiert gewesen, weil ihr niemand geglaubt habe. Hinrich Bernzen, Sprecher der Haasenburg GmbH, teilte mit, dass sich das Unternehmen „aus Gründen des Sozialdatenschutzes auch weiterhin nicht zu konkreten Fällen äußern“ könne. Der Tod des Mädchens sei seinerzeit von der Staatsanwaltschaft, dem Jugendamt und dem Landesjugendamt untersucht worden; es seien „keinerlei Anhaltspunkte für Fremdverschulden oder eine Verletzung der Aufsichtspflicht gefunden“ worden. Dennoch beschäftigen sich die Staatsanwälte erneut mit dem Fall. Es werde geprüft, ob Haasenburg-Angestellte Veränderungen am Leichnam des Mädchens vorgenommen haben, bevor die Polizei am Tatort war.



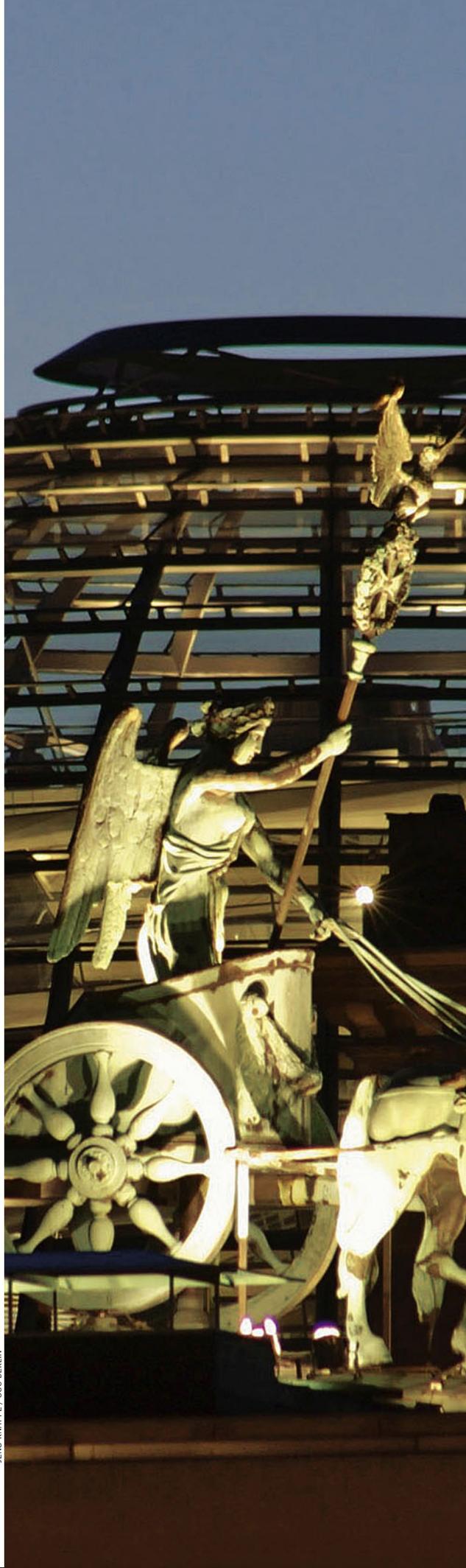
# Deutschland, wie geht's?



Von anderen Europäern verlangt Angela Merkel Mut zu ernsthaften Reformen – warum aber bringt sie den Mut dazu im eigenen Land nicht auf? Dass die EU zu einer wirklichen politischen Union ausgebaut werden müsste, ist schon fast eine Binsenwahrheit, aber warum geht Deutschland, die wirtschaftlich stärkste Nation, damit nicht voran? Sieben Wochen vor der Bundestagswahl am 22. September hat die amtierende Regierung aus CDU/CSU und FDP erstmals seit Jahren Aussicht auf Wiederwahl, sagen die Demoskopien. Liegt es vor allem daran, dass die Kanzlerin die Deutschen mit Zumutungen verschont, oder an der Kraftlosigkeit der SPD?

„Deutschland, wie geht's?": In einer achteiligen Serie beschreibt der SPIEGEL, in welchem Zustand sich Deutschland im Wahljahr 2013 befindet, wie die Deutschen denken und fühlen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem Reformunwillen der Regierung Merkel. Darauf folgt ein Beitrag des Philosophen Jürgen Habermas, der Berlins Regierung Versagen in der EU-Krisenpolitik vorwirft. In den kommenden Wochen geht der SPIEGEL dann in Analysen, Essays und Reportagen der Frage nach, worin soziale Gerechtigkeit eigentlich besteht. Die Düsseldorfer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hält wenig vom Sparen und versteht sich als „Kümmerin“ – trifft sie so den Nerv ihrer SPD und der Bürger? Oder: Was versteht ein mittelständischer Unternehmer in Schwaben, der sich auf dem Weltmarkt behauptet, unter konservativ? Weitere Beiträge befassen sich damit, wie die Welt Deutschland wahrnimmt und wie die Metropole Berlin die Bedingungen für Politik im medialen Zeitalter verschärft. Porträts über Angela Merkel und Peer Steinbrück runden die Serie über Deutschland im Wahljahr 2013 ab.

JENS KNÄPPE / 360-BERLIN





# Die bequeme Republik

Deutschland scheint von einer seltsamen Lethargie erfasst. Die Bürger fürchten Veränderung, die Politiker fürchten die Bürger – und verweigern nötige Reformen. Was macht die Republik so träge? *Von Markus Feldenkirchen und Christiane Hoffmann*



Franz Müntefering sitzt an seiner Schreibmaschine, einem Oldtimer der Marke Erika, und tippt. In seinem Büro gibt es keinen Laptop und keinen größeren Computer. Mit der Erika hat er sein ganzes Politikerleben geschrieben, daran wird er auf den letzten Metern nichts mehr ändern. Es sind seine letzten Tage als Abgeordneter. Hinter der Tür seines Berliner Büros stapeln sich die Umzugskartons.

Müntefering ist 73 Jahre alt und fast ebenso lange Politiker. Er hat unzählige Geschichten aus Parlament und Parteizentrale auf Lager, doch solche Anekdoten können viele erzählen. Eine Erfahrung aber macht Müntefering einzigartig, weil sie kein zweiter Politiker gemacht hat, sie nicht machen wollte: Er reformierte Deutschland in Zeiten der Selbstzufriedenheit.

Genosse Müntefering hat dem Land zweimal unpopuläre Maßnahmen zugemutet. 2003, gemeinsam mit Gerhard Schröder, Kürzungen, Einschnitte, die soziale Härte der Agenda-Politik. Ein paar Jahre später, das Land war erschöpft, aber nicht mehr in Not, die Rente mit 67.

Anders als 2003 ging es Deutschland im Frühjahr 2006 wieder gut, die Wirtschaft brummte. Müntefering handelte, wie es in Lehrbüchern empfohlen, in der Praxis aber nie gemacht wird: antizyklisch. Reformen als Zukunftsvorsorge, wenn es dem Land gutgeht. „Vereinbart hatten wir die Sache gemeinsam“, sagt er. Mit Kanzlerin Angela Merkel in der Großen Koalition. Doch die Reform war unpopulär, Merkel schreckte zurück. „Sie hat mich mit der Reform allein im Regen stehen lassen“, sagt er. „Weil sie nicht mutig genug ist.“

Müntefering hat sich getraut, was sich Merkel nie traute. Damals nicht, heute nicht. Was sich kaum ein demokratisch gewählter Politiker je getraut hat. Er hatte den Mut, dem Land etwas zuzumuten, obwohl dem nicht der Sinn nach Veränderung stand, weil ihm das Wasser nicht bis ans Kinn reichte. Er reformierte, weil er es als seine Aufgabe ansah. Und für nachhaltig klug hielt.

„Kommen Sie, setzen wir uns“, sagt Müntefering. Er lässt seine Erika stehen, durchquert den Raum und nimmt an einem kleinen Besprechungstisch Platz. Zum grauen Anzug trägt er grauen Schlips, schillern wollte er noch nie. Demokratie sei prima, sagt Müntefering. „Es gibt nix Besseres. Aber sie ist leider auch sehr legislaturperiodenfixiert.“

Während er spricht, beginnt die Decke seines bescheidenen Abgeordnetenzimmers zu wackeln. Die Lampen zittern, die Jalousien klappern – ein leichtes Erdbeben. „Die U-Bahn“, murmelt Müntefering, als er die besorgten Blicke seiner Besucher bemerkt. Er nimmt das Beben schon gar nicht mehr wahr, er beklagt sich auch nicht, dass seine Partei ihm als ehemaligem Vorsitzenden und Vizekanzler ein solches Zimmer zugewiesen hat. Die SPD hat ihm seinen Mut nicht gedankt, sie hat ihm die Reform übelgenommen.

„Merkel und Co. verweigern ganz viel von dem, was wir für die Zukunft tun müssten“, sagt Müntefering. Natürlich ist das auch Wahlkampf, aber es ist dennoch nicht falsch. Die Frage ist nur: Gibt es einen Ausweg aus jenem Dilemma, in dem auch Merkel steckt? Aus dem Stillstand aus Angst vor Bestrafung durch den Wähler? Gibt es nur die Wahl zwischen Mutlosigkeit und Machtverlust?

Innenpolitisch waren die vier Jahre seit 2009 eine verlorene Zeit. Es gab keine Reform, deren geistiger Horizont weiter als die nächsten Jahre reichte. Dabei wäre entschlossenes Handeln gerade jetzt wichtig. Das mag angesichts niedriger Arbeitslosigkeit, der Rekordsteuereinnahmen und anhaltender Rekorde der Exportwirtschaft paradox klingen. Doch die Lage ist nur scheinbar rosig. Deutschland ist nicht gerüstet für die Veränderungen, die ihm bevorstehen. Klare Strukturreformen wären nötig, doch die Politik leugnet den Handlungsbedarf.

Die deutschen Sozialsysteme sind gebaut für eine Gesellschaft, die ständig Wachstum generiert und niemals älter wird. Für den Schönwetterbetrieb. Nicht mal jetzt, in Zeiten historisch hoher Beiträge und Einnahmen, gelingt es dem Gesetzgeber, die Renten-, Kranken- und

Pflegeversicherung auf ausreichende Rücklagen für schwierigere Zeiten zu verpflichten. Erst recht nicht für Zeiten, in denen jeder zweite Deutsche Rentner sein wird und die Zahl der chronisch Kranken und Pflegebedürftigen doppelt so hoch wie heute. Wer jetzt nicht handelt, schafft die Krisen der Zukunft.

Das Gleiche gilt für die Bildungspolitik. Rhetorisch mag sie ein wichtiger Baustein in allen Politikerreden sein. Faktisch ist das Versprechen, jedem Kind in Deutschland die Chance auf die beste Bildung zu ermöglichen, zur Farce verkommen. Die Folgen werden sich erst in vielen Jahren zeigen. Schuld an der Bildungsmisere ist nicht nur fehlendes Geld, sondern auch der Wirrwarr von Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland. Deutschland wird mit einer Struktur regiert, bei der sich die einzelnen Ebenen des Staates gegenseitig blockieren. An diese dringend nötige Reform wagt sich indes niemand.

Dass Deutschland noch immer eines der kompliziertesten Steuersysteme Europas hat, wirkt im Vergleich eher unbedeutend. Symptomatisch ist es dennoch. Die von FDP und Union im Koalitionsvertrag vereinbarte Arbeitsgruppe zur Reform des Mehrwertsteuersatzes schaffte es in vier Jahren nicht, auch nur ein einziges Mal zu tagen. In dieser Zeit gelang es nicht mal, auf neue Schulden zu verzichten, von einem Abbau der Altschulden in Höhe von 1053 Milliarden Euro ganz zu schweigen – obwohl die Konjunktur gnädig war und die Steuereinnahmen so üppig wie nie ausfielen.

Während die Regierung zu Hause vor notwendigen Zumutungen zurückschreckt, verlangt sie von den europäischen Nachbarn umso härtere Schnitte. „Grundlegende Strukturreformen“ mahnt Angela Merkel gern in Interviews an. „Jetzt muss jeder wissen, dass es so nicht weitergehen kann.“ Aber sie meint Europa, nicht das Land, das sie regiert.

„In Europa muss sich noch einiges ändern“, weiß auch Volker Kauder. „Wir müssen den Ländern weiter zumuten, ihre Anpassungen durchzuführen“, sagt Wolfgang Schäuble. „Das ist für die Be-



Kanzlerin Merkel

MICHAEL KAPPELER / DPA (O.); JOHANNES SIMON / GETTY IMAGES (L.); SWEN PFÖRTNER / DPA (R.)



Kanzlerkandidat Steinbrück



Spitzen-Grüner Trittin

völkerung hart, aber da gibt es keinen Weg daran vorbei.“

Die Folgen solcher Sätze sind dramatische soziale und politische Verwerfungen im Süden Europas. Eine Regierung nach der anderen stolperte oder stürzte gar über das, was sie ihren Wählern zumuten musste: Rentenkürzungen bis zu 30 Prozent, heftige Einschnitte bei Sozialleistungen und im Gesundheitswesen, Massentlassungen im Staatsdienst. All das mag notwendig sein – aber Deutschland könnte den Südeuropäern glaubwürdiger Härten abverlangen, wenn es selbst wenigstens zu einem Bruchteil dieser Maßnahmen bereit wäre. Doch mutig sind Berliner Spitzenpolitiker nur dann, wenn es um die Bürger anderer Staaten geht.

So herrscht Stillstand in Deutschland, parteiübergreifend. Der SPD sind ihre Agenda-Reformen schon lange peinlich, und Merkel hat aus der Vergangenheit die Lehre gezogen, dass die Bürger keinen Reformstress wünschen. Wenn sie nach dem Reformbedarf in Deutschland gefragt wird,

antwortet sie mit der Rente mit 67. Mit dem, was bereits getan wurde – von Müntefering. Deutschland, sagt sie, sei ein Land, „an dem man gut sehen kann, dass Reformen wirken“. Dass es nicht ihre Reformen sind, die da wirken, verschweigt sie gern.

Stattdessen macht ihre Partei den Bürgern in diesem Wahlsommer neue Versprechen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Sollte die Opposition an die Macht kommen, würde es noch teurer. Demokratie sei etwas für Zuckerbäcker und nichts für Diätetiker, sagte schon Platon. Demokratisch gewählte Politiker würden ihrem Volk lieber Wohltaten versprechen, als ihm eine Diät zu verschreiben.

Zum Stillstand passt die Lethargie dieses Wahlkampfes, in dem alles schon entschieden und sommerlich träge scheint. Die Politik regiert ein Volk, das von ihr nicht mit Zumutungen behelligt werden will. Die Deutschen sind, nach jüngsten Umfragen, so zufrieden wie nie mit ihrer Regierung. Warum aber ist Deutschland so ermattet, warum verbinden sich Selbst-

zufriedenheit und Zukunftsangst? Wer ist schuld: der Bürger oder die Politik? Kaum jemand hat sich so intensiv mit diesen Fragen beschäftigt wie der Politologe Herfried Münkler, der Soziologe Ulrich Beck und der Philosoph Peter Sloterdijk.

Auf den ersten Blick wirkt Münkler, 61, wie einer seiner gemütlichen Landsleute, woran nicht nur sein flauschiger Bart schuld ist. Er sitzt in seiner Lehrstube an der Berliner Humboldt-Universität und verschränkt die Arme vor der Brust, als umarmte er sich selbst. Aber seine Gedanken sind ungemütlich.

Es gebe „Zyklen der Veränderungsbereitschaft“, sagt er. Wenn eine Gesellschaft gewisse Anstrengungen hinter sich habe, was in Deutschland mit den Hartz-Reformen und der Agenda ja der Fall gewesen sei, dann entwickle sich fast immer eine „Wir-haben’s-geschafft- oder Wir-sind-gut-so-Stimmung“. Das sei aber ausgesprochen gefährlich. „Weil sie einen davon ablenkt, dass es natürlich nur eine Zwischentappe ist, deren Effekte für

eine gewisse Zeit halten und schnell nachgezogen werden müssen.“

Voraussetzung für Reformen sei die allgemeine Wahrnehmung einer Krisensituation. Nur bei starkem Handlungsdruck und gleichzeitigem medialem Rückenwind würden Politiker sich trauen, etwas in Gang zu setzen.

Zudem gelangen in der Parteidemokratie nur selten jene Typen nach oben, die den größten Mut und Gestaltungswillen aufbringen, sondern jene mit der größten Anpassungsbereitschaft. „In der modernen Politik setzt sich durch, wer die größte Frustrationstoleranz aufbringt und am wenigsten an einem konkreten Ergebnis orientiert ist. So jemand wird am ehesten zum Herrn des Verfahrens“, sagt der Philosoph Sloterdijk, 66.

„Es müsste eine Gruppe von führenden Politikern geben, die bereit sind, um der Zukunft willen gegenwärtige Risiken einzugehen“, fordert Münkler. Sobald aber eine Handvoll diesen Mut aufbrächte, bekäme sie von ihrer Partei die Zähne gezogen. Denn wer bereit ist, ein Risiko einzugehen, gefährdet nicht nur seine eigene Wiederwahl, sondern die der Fraktionskollegen gleich mit.

In der Folge ist kaum noch ein Politiker fähig zu langfristigen Denken. Es fehlt nicht nur der Mut zu unpopulären Maßnahmen. Es fehlt die Bereitschaft, sich ernsthaft mit Fragen zu beschäftigen, die nicht unmittelbar gelöst werden müssen. Münkler nennt das ein „Defizit an strategischem Denken“. Belohnt werde, wer moralisch, nicht strategisch denkt. Doch was kurzfristig moralisch erscheine, könne der Gesellschaft langfristig schweren Schaden zufügen.

Während die Politik immer mutloser zu werden scheint, vollzieht sich gleichzeitig ein rasanter gesellschaftlicher Wandel. „Wir befinden uns in einer Phase dramatischen Wandels“, sagt der Soziologe Beck, 69. „Wir leben in einer Wirklichkeit, die immer unbegreiflicher wird, gemessen an unseren bisherigen Vorstellungen.“

Zum Gespräch empfängt Beck in der repräsentativen Villa des Center for Advanced Studies im Münchner Nobelviertel Schwabing. Er zeigt auf die gegenüberliegende Straßenseite. Dort lebte einst der berühmte Soziologe Max Weber. „Der Wandel“, sagt er, „hat nicht nur die Familie erfasst, die Berufsstruktur, die Klassenstruktur, sondern sogar die Wertmaßstäbe, mit denen wir den Wandel beurteilen.“ Es sei ein Vakuum entstanden bei der Frage, wie die Gesellschaft in Zukunft aussehen soll.

Besonders dramatisch vollzieht sich die Veränderung der Familie. Die Teilhabe von Frauen am Berufsleben hat die Auf-

gabenteilung in Familie und Gesellschaft revolutioniert. Zugleich hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten jede Hierarchie der Lebensmodelle aufgelöst. Ob mit Trauschein oder ohne, homo oder hetero, long distance oder unter einem Dach, mit ihren, seinen oder unseren Kindern – in weiten Teilen der Gesellschaft sind mittlerweile alle Lebensweisen gleichermaßen akzeptiert. Dazu kommt ein weiterer Wandel: Heute hat jedes dritte Kind unter fünf Jahren in Deutschland einen Zuwandererhintergrund.

Die Politik wird von der Wirklichkeit überrollt. Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen hinkt hinter der gesellschaftlichen Akzeptanz her. Und die Regierung hat erst spät eine Politik eingeleitet, die Kinderbetreuung und Schulsystem der Berufstätigkeit von Eltern anpasst. Kaum ein Land gibt so viel für Familienpolitik aus wie Deutschland, doch das Ergebnis ist bescheiden: Weder ist die Geburtenrate in den vergangenen Jahren nennenswert angestiegen, noch ist Deutschland Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## WAHRSCHEINLICH WIRD ES KÜNFTIG DARUM GEHEN, DIE KNAPPHEIT MÖGLICHT GERECHT ZU ORGANISIEREN.

Aus Angst, Wählergruppen zu verprellen, vermeidet die Politik Antworten. So ist eine Familienpolitik entstanden, die nicht weiß, was sie will. „Wir fördern Wahlfreiheit“ – das Credo von Ministerin Kristina Schröder ist der Euphemismus für eine Politik ohne Orientierung. Der Soziologe Beck sieht das, über die Familienpolitik hinaus, als die große Schwäche der Regierung: Kanzlerin Merkel verfüge über „Richtlinienkompetenz ohne Richtlinienkompetenz“. Das heißt: Sie ist unfähig, eine Richtung zu weisen.

Auf dem Weg zu Peter Sloterdijk fällt im ICE-Wagen 29 kurz hinter Frankfurt die Klimaanlage aus. Es ist einer jener schwülheißen Sommertage, an denen der Schweiß rinnt, auch wenn man reglos darsitzt. Die Herren in der ersten Klasse legen ihre Jacketts ab, auf ihren weißen Hemden bilden sich dunkle Flecken. Nach und nach klappen sie ihre Laptops zu und starren apathisch aus dem Fenster.

Bis Mannheim geht das so und dann weiter bis Karlsruhe. Doch kaum einer steht auf, um in einem anderen Wagen einen kühleren Platz zu suchen. Die Hitze ist offenbar leichter zu ertragen als der

Abstieg in die zweite Klasse. Kaum jemand beschwert sich beim Personal.

In Deutschland herrsche eine „chronische Duldungsstimmung“, sagt Sloterdijk, als die Besucher mit einer Stunde Verspätung bei ihm eintreffen. Im ICE wie in der Politik geben wir uns mit nichtsagenden Erklärungen zufrieden: „betriebsbedingte Störung“. Niemand ist schuld, es ist nichts zu ändern, eine Alternative gibt es nicht. „Unsere Politiker sind wie Mitarbeiter der Deutschen Bahn“, sagt Sloterdijk. „Wer sich bei ihnen beschwert, bekommt zu hören, dass sie auch nicht mehr wissen.“

„Debakel“ ist das erste Wort, das Sloterdijk im Zusammenhang mit der Wahl einfällt. „An welchem Tag ist die Wahl?“, fragt er mit demonstrativem Desinteresse. Er, Deutschlands bekanntester Philosoph, geht in diesem Jahr nicht wählen. Aus Ratlosigkeit: „Bisher hieß politisch vernünftig sein, das geringere Übel zu wählen. Doch was tun, wenn ich nicht mehr weiß, wo das geringere Übel liegt?“

Seit einiger Zeit spricht Sloterdijk von der „Lethargokratie“ in Deutschland, die Merkel von Helmut Kohl übernommen habe. Schuld sei aber nicht nur die Politik. „Die Lethargie geht von der Gesellschaft aus“, sagt der Philosoph. „In diesem Punkt hört die Politik ausnahmsweise auf die Stimme des Herrn.“ Es ist nicht die Kanzlerin oder die

Regierung, die die Deutschen einschläfert. Die wandlungsscheuen Deutschen wollen eine schläfrige Regierung. Um mit dem französischen Philosophen Joseph de Maistre zu sprechen: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.“

„Mehr Verlustangst als Zukunftsliebe“ attestiert Sloterdijk seinen Landsleuten. Obwohl es ihnen wirtschaftlich so gut geht wie nie zuvor, sind die Deutschen ängstlich. Sie haben das Gefühl, dass es eigentlich nur bergab gehen kann. Allen voran die Reisenden der ersten Klasse.

Die Euro-Krise hat, obwohl sie Deutschland ökonomisch bisher kaum geschadet hat, ein Gefühl der Gefährdung mit sich gebracht. Alles ist fragil. Das Schicksal der Südeuropäer nährt diffuse Abstiegsängste. Die Menschen wissen, dass der gegenwärtige Wohlstand nicht nachhaltig abgesichert ist. Wenn es nicht einmal in den gegenwärtigen fetten Jahren gelingt, Schulden abzubauen, wie soll es dann in mageren Jahren werden?

Die Befürchtungen sind begründet. Die Schuldenkrise, überlastete Sozialsysteme, die ungünstige demografische Entwicklung und das bestenfalls mäßige Wirt-



Politologe Münkler



Politiker Müntefering



Soziologe Beck



Philosoph Sloterdijk

schaftswachstum – eigentlich ist allen klar, dass es so nicht weitergehen kann.

Die Staatsverschuldung kann nur mit niedrigen Zinsen unter Kontrolle gehalten werden, die zugleich die Altersvorsorge unterminieren. Der Aktienmarkt boomt, aber nicht weil es der Wirtschaft so gutgeht, sondern weil die Zinsen so niedrig sind. Vom „Kartenhauscharakter der Realität“ spricht Sloterdijk, deren Folge ein „ängstlicher Konservatismus“ ist. Wir betrügen uns selbst und lassen uns gern von der Politik betrügen.

Wahrscheinlich wird es künftig darum gehen, die Knappheit möglichst vernünftig und gerecht zu organisieren. Verantwortliche Politiker müssten den Deutschen genau das sagen, sie müssten sie einstellen auf Kürzungen bei der Rente, im Gesundheitssystem, Steuererhöhungen, mehr Zuwanderung. Wenn die Demokratie mit ihrer Legislaturperioden-

fixiertheit diesen Mut nicht aufbringt, wird sie sich selbst zum Verhängnis.

Unter dem Büro von Franz Müntefering rattert die letzte U-Bahn des Tages vorbei. „Wir Politiker sollten weniger Angst vor dem Bürger haben“, sagt er. Wenn man eine Reform gut begründen könne, werde man auch Verständnis für sie bekommen. „Ich glaube, dass wir die Menschen in ihrer Fähigkeit unterschätzen, Zusammenhänge zu begreifen.“

Vier frische Jahre warten auf die neue Regierung. Man kann in vier Jahren ein Land modernisieren, es fit machen für die Zukunft – wenn man das will. Man kann aber auch hoffen, vier weitere Jahre stillhaltend im Amt zu verweilen.

Müntefering meint, dass es helfen würde, wenn die Politik sich im Wissen um die eigene Schwäche und Verführbarkeit selbst verpflichtete – ähnlich wie bei der Schuldenbremse. Sie könnte jedes neue

Gesetz mit der Auflage versehen, es auf seine nachhaltige Wirkung zu prüfen.

Vielleicht würde es auch genügen, wenn Politiker wenigstens in eigener Sache Weitsicht bewiesen. Wenn sie sich häufiger fragten, wie künftige Generationen über sie denken werden. Ob sich jemand an sie erinnern wird. Bislang haben sie meist ihre Wiederwahl im Auge und nicht jenen Zeitpunkt in 10, 20 Jahren, an dem sie für ihre damals unpopuläre, langfristig aber verdienstvolle Weichenstellung gepriesen werden.

Müntefering steht auf, er lächelt, Feierabend. Er wirkt, als sei er vollends im Reinen mit sich. Im Türrahmen kontrolliert er noch einmal, ob er nichts Wichtiges vergessen hat. Dann fällt ihm etwas ein: „Das Schöne an der Agenda 2010 und der Rente mit 67 ist: Historisch werden wir recht behalten.“ Das ist mehr als eine weitere Amtszeit.



ESSAY

# Ein Fall von Elitenversagen

Die Regierung Merkel nötigt die Südländer zu tiefgreifenden Reformen und leugnet doch die gesamteuropäische Verantwortung für die Folgen ihrer Krisenpolitik.

Von Jürgen Habermas

STEFAN BONESS / IPON



Unter der beschwörenden Überschrift „Kein deutsches Europa!“ hat Wolfgang Schäuble kürzlich in einem gleichzeitig in Großbritannien, Frankreich, Polen, Italien und Spanien veröffentlichten Zeitungsbeitrag dementiert, dass Deutschland eine politische Führungsrolle in der Europäischen Union anstrebe („Süddeutsche Zeitung“, 20. Juli 2013). Schäuble, der in Merkels Kabinett, neben der Arbeitsministerin, als letzter „Europäer“ westdeutschen Zuschnitts übrig geblieben ist, spricht aus Überzeugung. Er ist alles andere als ein Revisionist, der die Einbindung Deutschlands in Europa rückgängig machen und damit die Grundlage für die Stabilität der Nachkriegsordnung zerstören möchte. Er kennt das Problem, dessen Wiederkehr wir Deutschen fürchten müssen.

Nach der Gründung des Kaiserreichs im Jahre 1871 hatte Deutschland in Europa eine verhängnisvolle, halb hegemoniale Stellung eingenommen – nach dem inzwischen geflügelten Wort Ludwig Dehios „zu schwach, um den Kontinent zu beherrschen, aber zu stark, um sich einzuordnen“. Auch das hat den Weg in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geebnet. Dank der gelungenen europäischen Einigung konnte nicht nur das geteilte, sondern auch das vereinigte Deutschland nicht wieder in das alte Dilemma geraten. Es liegt offensichtlich im Interesse der Bundesrepublik, dass sich daran nichts ändert. Aber hat sich die Situation nicht geändert?

Wolfgang Schäuble reagiert auf eine aktuelle Gefahr. Er selbst ist es ja, der Angela Merkels sturen Kurs in Brüssel durchpaukt und die Risse spürt, die den Kern Europas auseinanderbrechen lassen könnten. Er ist es, der im Kreise der Finanz-

minister der Europäischen Währungsgemeinschaft auf den Widerstand der „Nehmerländer“ stößt, wenn er wieder einmal Versuche zu einem Politikwechsel blockiert. Dafür ist die Verhinderung einer Bankenunion, die die Kosten der Abwicklung maroder Banken vergemeinschaften würde, nur das jüngste Beispiel.

Keinen Millimeter weicht Schäuble von der Vorgabe der Kanzlerin ab, den deutschen Steuerzahler mit nicht mehr als genau dem Umfang von Kreditzusagen zu belasten, den die Finanzmärkte für die Rettung des Euro jeweils verlangen – und den sie als Konsequenz einer unverhohlenen anlegerfreundlichen „Rettungspolitik“ auch stets bekommen haben. Dieser beinhart verfolgte Kurs schließt natürlich eine Geste von 100 Millionen für Mittelstandskredite nicht aus, die der reiche Onkel aus Berlin den gebeutelten Vettern in Athen aus dem nationalen Banktresor anreicht.

Tatsache ist, dass die Regierung Merkel Frankreich und den „Südländern“ ihre umstrittene Krisenagenda aufnötigt, während die Ankaufpolitik der Europäischen Zentralbank uneingestandene Rückendeckung leistet. Gleichzeitig verleugnet Deutschland jedoch die gesamteuropäische Verantwortung für die desaströsen Folgen, die sie in Ausübung dieser – wie bitte? doch ganz normalen – machtpolitischen Rolle übernimmt. Denken wir nur an die horrende Jugendarbeitslosigkeit im Süden Europas als eine der Folgen einer Sparpolitik zu Lasten der jeweils schwächsten Glieder der Gesellschaft.

In diesem Licht gewinnt die Botschaft „kein deutsches Europa“ auch den weniger schönen Sinn, dass sich die Bundesrepublik wegduckt. Formal gesehen, beschließt der Euro-

päische Rat einstimmig. Als nur eines von 28 Mitgliedern kann Angela Merkel nationale Interessen, oder was sie dafür hält, ungehemmt verfolgen. Die deutsche Regierung zieht aus der wirtschaftlichen Dominanz des Landes so lange Vorteil, sogar einen überproportionalen Vorteil, wie bei den Partnern keine Zweifel an der politisch ehrgeizlosen Europatreue der Deutschen aufkommen.

Aber wie lässt sich die Demutsgeste gegen den Augenschein einer Politik glaubhaft machen, die das eigene wirtschaftliche und demografische Übergewicht unverfroren ausspielt? Wenn beispielsweise schärfere Abgasregeln für den neureichen Protz der Luxuslimousinen – doch ganz im Sinne der Energiewende – die deutsche Autoindustrie belasten sollen, muss auf Intervention der Kanzlerin die Abstimmung eben so lange verschoben werden, bis die Lobby zufrieden oder die Bundestagswahl vorbei ist. Schäubles Artikel antwortet, so scheint mir, auf die Irritationen, die das doppelgleisige Spiel der Bundesregierung im Kreise der Regierungschefs der anderen Euro-Länder auslöst.

Gegenüber Frankreich und den Krisenländern forciert eine zunehmend isolierte Bundesregierung im Namen vermeintlich alternativloser Marktimpertive eine harte Sparpolitik.

Gegen die Tatsachen geht sie davon aus, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion über ihre jeweilige Haushalts- und Wirtschaftspolitik selbst entscheiden können. Erforderlichenfalls sollen sie mit Hilfe von Krediten aus dem Rettungsfonds, aber in eigener Regie, Staat und Wirtschaft „modernisieren“ und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.

Diese Souveränitätsfiktion ist bequem für die Bundesrepublik, denn sie erspart dem stärkeren Partner die Rücksichtnahme auf negative Effekte, die eigene Politiken für die schwächeren Partner haben können. Demgegenüber hatte Mario Draghi schon vor einem Jahr angemahnt, „dass es weder legitim noch ökonomisch tragbar ist, wenn die Wirtschaftspolitik einzelner Länder über Grenzen hinweg Risiken für die Partner in der Währungsunion mit sich bringt“ („Die Zeit“, 30. August 2012).

Man muss es immer wieder sagen: Die suboptimalen Bedingungen, unter denen die Europäische Währungsunion heute operiert, verdanken sich dem Konstruktionsfehler einer nicht vollendeten Politischen Union. Deshalb liegt der Schlüssel nicht im kreditfinanzierten Abschieben der Probleme auf die Schultern der Krisenländer. Das Oktroy von Sparpolitiken kann die in der Währungszone bestehenden ökonomischen Ungleichgewichte nicht beheben. Eine Angleichung dieser Niveauunterschiede wäre auf mittlere Sicht allein von einer gemeinsamen oder eng aufeinander abgestimmten Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erwarten. Und wenn man sich auf diesem Wege nicht vollends in eine Technokratie hineinschmuggeln will, muss man die Bevölkerung fragen, was sie von einem demokratischen Kerneuropa halten. Wolfgang Schäuble weiß das. Er sagt es auch in SPIEGEL-Interviews, die für sein eigenes politisches Handeln allerdings keine Folgen haben.

Die europäische Politik sitzt in einer Falle, die Claus Offe scharf beleuchtet hat: Wenn wir die Währungsunion nicht preisgeben wollen, ist eine institutionelle Reform, die Zeit braucht, einerseits notwendig, andererseits unpopulär. Darum schieben Politiker, die wiedergewählt werden wollen, dieses Problem vor sich her. In der Zwickmühle sitzt vor allem die deutsche Regierung, denn sie hat durch ihr Tun längst eine gesamt-europäische Verantwortung übernommen. Sie ist auch die einzige,

die eine aussichtsreiche Initiative zu einem Schritt nach vorn ergreifen kann – und Frankreich dafür gewinnen müsste. Es geht ja nicht um Peanuts, sondern um ein Projekt, in das seit mehr als einem halben Jahrhundert die profiliertesten Staatsmänner Europas ihre besten Kräfte investiert haben.

Was heißt, auf der anderen Seite, eigentlich „unpopulär“? Wenn eine politische Lösung vernünftig ist, sollte sie einem demokratischen Wählerpublikum zuzumuten sein. Und wann, wenn nicht vor einer Bundestagswahl? Alles andere ist bevorzogene Verschleierung. Die Unterschätzung und Unterforderung von Wählern ist immer ein Fehler. Ich halte es für ein historisches Versagen der politischen Eliten in Deutschland, wenn sie weiterhin die Augen schließen und so tun, als wäre business as usual, also das kurzsichtige Gerangel über Kleingedrucktes hinter verschlossenen Türen, die Antwort der Stunde.

Stattdessen müssten sie ihren unruhig gewordenen Bürgern, die als Wähler niemals mit europäischen Fragen von Gewicht konfrontiert worden sind, reinen Wein einschenken. Sie müssten einen unvermeidlich polarisierenden Streit über Alternativen, von denen keine kostenlos zu haben ist, offensiv führen. Sie dürften auch nicht länger über die negativen Umverteilungseffekte schweigen,

die die „Geberländer“ im eigenen langfristigen Interesse kurz- und mittelfristig für die einzige konstruktive Lösung der Krise in Kauf nehmen müssten.

Wir kennen die Antwort von Angela Merkel – tranquillistische Herumwursteln. Ihrer öffentlichen Person scheint jeder normative Kern zu fehlen. Seit dem Ausbruch der Griechenlandkrise im Mai 2010 und der dann doch verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ordnet sie jeden ihrer überlegten Schritte dem Opportunismus der Machterhaltung unter. Die clevere Kanzlerin laviert sich seitdem mit klarem Verstand, aber ohne erkennbare Grundsätze durch und entzieht der Bundestagswahl zum zweiten Mal jedes kontroverse Thema, ganz zu schweigen von der sorgfältig abgeschotteten Europapolitik. Sie kann die Agenda bestimmen, denn die Opposition müsste, wenn sie mit dem affektiv besetzten Eurothema vorpreschte, befürchten, mit der Keule der „Schuldenunion“ erschlagen zu werden. Und zwar von den Leuten, die nur das Gleiche sagen könnten, wenn sie überhaupt etwas sagen würden.

Europa befindet sich in einem Notstand, und die politische Macht hat, wer über die Zulassung von Themen zur Öffentlichkeit entscheidet. Deutschland tanzt nicht, es döst auf dem Vulkan.

Versagende Eliten? Jedes demokratische Land hat die Politiker, die es verdient. Und von gewählten Politikern ein Verhalten jenseits der Routine zu erwarten hat etwas Apartes. Ich bin froh, seit 1945 in einem Lande zu leben, das keine Helden nötig hat. Ich glaube auch nicht an den Satz, dass Personen Geschichte machen, jedenfalls nicht im Allgemeinen. Ich stelle nur fest, dass es außerordentliche Situationen gibt, in denen die Wahrnehmungsfähigkeit und die Phantasie, der Mut und die Verantwortungsbereitschaft des handelnden Personals für den Fortgang der Dinge einen Unterschied machen.

*Jürgen Habermas, 84, hat soeben in der edition suhrkamp den letzten Band seiner Kleinen Politischen Schriften „Im Sog der Technokratie“ veröffentlicht.*

**Im nächsten Heft lesen Sie: Wahlkampfthema Soziale Gerechtigkeit und was die SPD in ihrem Herzland NRW darunter versteht.**

PARTEIEN

# Mission Rache

Guido Westerwelle stürzt sich mit Macht in den Wahlkampf. Nirgendwo soll die FDP so stark werden wie in seiner Heimat Nordrhein-Westfalen – ein Signal an die parteiinterne Konkurrenz.

Über den unscheinbaren Platz am Rande der Bonner Innenstadt ziehen graue Wolken. Feierabendshopper mit Plastiktüten eilen am Info-Stand der FDP-Bundestagsfraktion vorbei. Es ist kein guter Ort für Wahlkämpfer.

Der Mann im grauen Anzug lässt sich nicht entmutigen. Er geht auf jeden Passanten zu, er lässt sich mit Touristen aus Costa Rica fotografieren und diskutiert mit einer Studentin über die Euro-Rettung. Wer mit Guido Westerwelle reden will, kommt an diesem Nachmittag ganz nah an ihn heran.

Der Außenminister müsste nicht hier sein. Er kann große Säle füllen. Aber er bleibt sogar eine halbe Stunde länger als geplant am Stand neben der Bushaltestelle. Er kämpft in diesem Wahlkampf um jede Stimme.

Westerwelle will Außenminister bleiben, er will, dass es wieder für eine schwarz-gelbe Regierung reicht. Aber das allein ist es nicht. Was ihn antreibt, ist stärker als Ehrgeiz und Machtstreben. Westerwelle will Rache.

Wie einen Hund haben die eigenen Leute den Parteichef vor gut zwei Jahren vom Hof gejagt. Das hat er nicht verwunden. Jetzt will er beweisen, dass er es immer noch besser kann als die, die nach ihm kamen, der leichtgewichtige Parteichef Philipp Rösler und der lädierte Spitzenkandidat Rainer Brüderle. Er will zeigen, dass er der bessere Wahlkämpfer ist, der schärfere Redner, der beliebtere Politiker. Sie sollen verstehen, dass sie damals einen Fehler gemacht haben. Die FDP soll sich nach ihm zurücksehen.

Seinetwegen, so sieht es Westerwelle, kam die FDP vor vier Jahren mit 14,6 Prozent der Stimmen an die Regierung. 19,1 Prozent der Wähler in seinem Wahlkreis gaben ihm ihre Erststimme, so viel bekam kein anderer Liberaler im Land. Sein ewiger Gegenspieler Rainer Brüderle holte in Mainz gerade mal 11,8 Prozent der Stimmen. Rösler lag bei seiner letzten Landtagswahl in Niedersachsen noch darunter. Nun, im direkten Vergleich, will er der Welt beweisen, dass sie Versager sind.

In Nordrhein-Westfalen hat die Partei extra für Westerwelle eine Kampagne entwickelt. Es gibt eigene Plakate, eigene Wahlslogans, eigene Veranstaltungen.

Die im Berliner Thomas-Dehler-Haus geplanten 20 Großkundengebungen reichen Westerwelle nicht. Es wird 20 weitere mit ihm als Hauptredner geben. Er weiß, wie man einen Rachefeldzug plant.

An einem Donnerstagabend vor einigen Wochen lässt sich Westerwelle in der Hamburger SPIEGEL-Zentrale von zwei Redakteuren befragen. Das große Atrium ist bis auf den letzten Stuhl besetzt. Er geht auf die Leute ein, er scherzt, er zeigt sich mal besorgt, mal optimistisch. Er spielt seine Rolle als Außenminister glänzend. Irgendwann kommt die Rede auf die FDP.

Ob er dem Parteivorsitz noch nachtrauere, wird er gefragt. „Nein“, antwor-

tet Westerwelle. Aber er konnte noch nie gut verbergen, wenn ihn etwas innerlich zerrieb. „Ich habe die FDP zehn Jahre geführt. Es waren die besten zehn Jahre, was die Wahlergebnisse angeht“, sagt er. Und damit es auch alle im Saal verstehen: „Wir hatten das beste Wahlergebnis mit mir als Spitzenkandidat, das die FDP je erzielt hat.“

Für einen kurzen Moment spüren die Zuschauer, wie es hinter der freundlichen Fassade aussieht. Noch immer empfindet Westerwelle es als ungeheuerlich, wie ihn seine Partei behandelt hat. Nur wenige Monate fehlten, dann wäre er länger Parteichef gewesen als Hans-Dietrich Genscher. Das war immer sein Ziel: größer zu werden als Genscher.

Wie er auf die Zeit des Zerwürfnisses mit seiner Partei zurückblicke, will eine Frau aus dem Publikum wissen. „Mir hat es nicht geschadet“, sagt er süffisant. „Der FDP schon“, müsste der nächste Satz heißen, „wo stehen wir denn in den Umfragen?“ Aber das bleibt unausgesprochen. Die Leute kichern, sie haben auch so verstanden.

Westerwelle ist keiner, der Kränkungen wegstecken kann. Immer wieder erzählt er die Geschichte, wie sein Vorgänger



CHRISTIAN THIELY / DER SPIEGEL

**Westerwelle-Kontrahenten Rösler, Brüderle: Der Welt beweisen, dass sie Versager sind**

Joschka Fischer ihn zu seiner Zeit als Außenminister nicht grüßte. Er hasst Fischer dafür.

Die tiefsten Wunden reißt der Verrat durch Parteifreunde. Das mussten schon andere erfahren. Den früheren Finanzminister Theo Waigel schmerzt noch heute, dass Edmund Stoiber ihn vor rund 15 Jahren als CSU-Chef wegputschte. Heide Simonis wird nie verwinden, dass ein Überläufer aus der eigenen Partei ihre fast zwölfjährige Amtszeit als schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin beendete. Und auch Westerwelle wird die Demütigung nicht vergessen.

Es waren die Jungen, seine Geschöpfe, die ihn abservierten: Christian Lindner, Philipp Rösler und Daniel Bahr. Es sei „außerordentlich verletzend“ gewesen, von Menschen attackiert zu werden, denen man sich menschlich eng verbunden fühlte, sagte er in einem Interview. „Der eine oder andere war ja auch durch mich etwas geworden.“

Jetzt will er es seinen Zöglingen, aber auch seinem alten Widersacher Brüderle zeigen. Machtpolitisch ist er ihnen weit überlegen. Weil ihnen der Mut fehlte, ließen die Jungen ihm ein wirksames Instrument für seine Rache: das Regierungs-

amt, das er bis dahin lustlos und eher nebenbei erledigt hatte.

Westerwelle begriff nach seinem Sturz, dass der Weg zurück zum wichtigsten FDP-Politiker über das Auswärtige Amt führen musste. Das Ministerium verlor unter ihm an Bedeutung. Doch Westerwelle verstand, dass sich auch ein geschwächtes Ministerium politisch nutzen lässt.

Konsequenter als alle seine Amtsvorgänger richtet er die Außenpolitik nach seinen innenpolitischen Bedürfnissen aus. Er holt US-Präsident Barack Obama vom Flughafen ab, er empfängt Amtskollegen auf Mallorca, er reist medienwirksam durch die Welt. Vor allem ist er besorgt: über die Lage in Syrien, über Nordkorea, die Atompläne des Iran, über nukleare Proliferation, den Putsch in Kairo oder die Demonstrationen in Istanbul. Er wirbt für Abrüstung und eine „Kultur der militärischen Zurückhaltung“. Er entscheidet wenig und mahnt viel. So mögen die Deutschen ihre Außenminister.

Die Strategie ist erfolgreich. Vor zwei Jahren mussten sich die FDP-Helfer an ihren Ständen wegen Westerwelle beschimpfen lassen, heute ist er das Zugpferd im Wahlkampf. Beim ARD-Deutschland-

trend der vergangenen Woche rangierte der Außenminister auf Platz sechs der Beliebtheitsskala. Rösler und Brüderle schafften es nicht einmal unter die Top Ten. Niemand bezweifelt, dass Westerwelle nach einem Wahlsieg sein Amt behalten würde.

Westerwelle ist ein besserer Redner als alle seine Widersacher. Er versteht es, die FDP größer erscheinen zu lassen, als sie ist. Das lieben seine Anhänger. Es erinnert sie an bessere Zeiten. „Westerwelle zieht“, sagt der saarländische FDP-Chef Oliver Luksic.

Zu den „Kulturfrühstücken“ mit Westerwelle, die die Fraktion im ganzen Land veranstaltete, kamen bis zu 900 Leute. Spitzenkandidat Brüderle freute sich bei seinen „Wirtschaftsdialogen“ schon über 300 Gäste. Brüderle und Rösler kennen die Zahlen, Westerwelle kennt sie auch.

Seine Rache ist der Erfolg. „Ich bin Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen“, sagt er. „Das Ergebnis dort ist ganz entscheidend für das Gesamtergebnis.“ Wenn es gut ausgeht, soll die Partei wissen, wem sie es verdankt.

Daneben gibt es natürlich andere Möglichkeiten, es seinen Gegnern heimzuzahlen. Vor einigen Wochen gab Westerwelle dem „Stern“ ein langes Interview, in dem er ausführlich über seine Befindlichkeiten sprach. Das Medium war mit Bedacht gewählt.

Der Bericht einer „Stern“-Reporterin über angeblich anzügliche Äußerungen Rainer Brüderles hatte im Januar eine kurze, aber heftige Sexismusdebatte ausgelöst. Brüderle hat die Angriffe auf ihn bis heute nicht verwunden. Kein FDP-Spitzenpolitiker gab der Zeitschrift seither ein Interview – bis Westerwelle kam. Brüderle habe das als gezielte Demütigung empfunden, heißt es in der Partei.

Fast eifersüchtig betont Westerwelle seine Nähe zur Kanzlerin. Zwischen Merkel und ihm gebe es „nicht nur die politische Zusammenarbeit“. Natürlich werde er sich mit ihr immer noch auf ein Glas Wein treffen, „wenn alle Ämter hinter uns liegen“, erzählt Westerwelle. Im Kanzleramt mag man darüber herzlich lachen. Nach außen bekräftigt Westerwelle so seinen Anspruch, er – und nicht Rösler – sei der wahre Ansprechpartner Merks in der FDP.

Es sind diese Nadelstiche, mit denen Westerwelle sich Genugtuung verschafft. Gibt es vielleicht sogar einen Weg für ihn zurück an die Spitze von Partei oder Fraktion? Er selbst hat das im kleinen Kreis ausgeschlossen, und die Zahl seiner Gegner ist noch immer groß.

Andere, die ihn gut kennen, halten mittlerweile alles für denkbar. „Und wenn es nicht reicht für Schwarz-Gelb? Was machen Sie dann?“, hat der „Stern“ gefragt. Westerwelles Antwort war knapp und eindeutig: „Weiter.“ RALF NEUKIRCH



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

**Außenminister Westerwelle: Gezielte Demütigung der Widersacher**

# Daten aus der Blechdose

Der Bundesnachrichtendienst leitet massenhaft Metadaten an den US-Partnerdienst NSA weiter. Auch die technische Kooperation zwischen den Abhörspezialisten ist enger als bisher bekannt.



Wenn sie an ihre Zeit in Deutschland denken, an den idyllischen Chiemsee und an das malerische bayerische Städtchen Bad Aibling, dann geraten Agenten des US-Geheimdienstes NSA bisweilen ins Schwärmen. Wer einmal „eine Freibier-E-Mail bekommen hat“ und wisse, „dass Leberkäse weder aus Leber noch aus Käse gemacht wird“, der könne sich als echter Bayern-Veteran betrachten, heißt es in einer „Kleinen Bad Aibling Nostalgie“ von ehemaligen NSA-Mitarbeitern.

Die Liebeserklärung an die bajuwarische Lebensart und an die große Abhörbasis südöstlich von München findet sich in Dokumenten des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, die der SPIEGEL einsehen konnte. Die Überwachungsanlage ist für ihre weißen „Radome“ bekannt, die aussehen wie riesige Golfbälle – und modernste Abhörtechnik beherbergen. Offiziell wurde sie im September 2004 geschlossen.

In der Mangfall-Kaserne jedoch, nur ein paar hundert Meter von den verlassenen NSA-Gebäuden entfernt, zogen unauffällig die Mitarbeiter der „Fernmeldeverkehrsstelle der Bundeswehr“ ein, verlegten Kabel zu den Lauschkugeln und übernahmen heimlich die großangelegte Überwachung der Funk- und Satellitenkommunikation.

Die angebliche militärische Dienststelle ist in Wahrheit eine Tarneinrichtung des Bundesnachrichtendienstes (BND). Auch NSA-Abhörspezialisten zogen auf das Kasernengelände – in ein binnen weniger Monate errichtetes fensterloses Gebäude, das wegen seiner Metallverkleidung von den deutschen BND-Kollegen spöttisch liebevoll als Blechdose („Tin Can“) bezeichnet wird.

Das Tête-à-Tête der Nachrichtendienste in der Mangfall-Kaserne wurde in den folgenden Jahren unter wechselnden Codenamen zu einem ihrer umfangreichsten Kooperationsprojekte in Deutschland.

Hier in Bad Aibling könnte sich die Antwort auf eine Frage verbergen, die deutsche Politiker und die deutsche Öffentlichkeit seit Wochen umtreibt.

In den Snowden-Dokumenten ist die Rede von zwei Datensammelstellen („Sigads“), über die der umstrittene US-Geheimdienst allein im Dezember vergangenen Jahres unter der Überschrift „Germany – Last 30 Days“ rund 500 Millionen Metadaten erfasste (SPIEGEL 31/2013). Genannt werden die Codenamen „US-987LA“ und „US-987LB“. Der BND geht inzwischen davon aus, dass der erste davon für Bad Aibling steht.

Tag für Tag, Monat für Monat leitet der BND hier massenhaft Verbindungsdaten der von ihm belauschten Kommunikation an die NSA weiter. Telefonnummern, E-Mail-Adressen, IP-Anschlüsse – sogenannte Metadaten, die dann in die gigantischen Datenbanken der Amerikaner fließen.

Auf Anfrage erklärt der BND: Man gehe davon aus, „dass die Sigad US-987LA und -LB“ den Stellen „Bad Aibling und der Fernmeldeaufklärung in Afghanistan zuzuordnen sind“.

Offiziell wartet die Bundesregierung in der Frage, wo in Deutschland die in den NSA-Unterlagen dokumentierten Metadaten gewonnen wurden, noch auf eine Antwort aus den USA. Für den BND und das Kanzleramt, das den Auslandsgeheimdienst beaufsichtigt, ist die Klärung, was und wer genau sich hinter den beiden Datensammelstellen verbirgt und was genau übermittelt wurde, äußerst heikel.

Denn beide Chefs haben sich öffentlich erstaunlich eindeutig festgelegt. BND-Chef Gerhard Schindler sagte, 2012 seien nur in zwei Fällen die Daten deutscher Staatsbürger an die Amerikaner weitergereicht worden. Kanzleramtschef Ronald Pofalla sprach sogar davon, die deutschen Dienste hätten den Datenschutz zu 100 Prozent eingehalten.

Die Opposition wartet nur darauf, diese Aussagen widerlegen zu können. Die SPD machte die Snowden-Enthüllungen zum Thema im Bundestagswahlkampf: „Privatsphäre“, heißt es auf einem Plakat spöttelnd zu einem Bild der Kanzlerin, „Neuland für Merkel?“

Der Umstand, dass massenhaft Metadaten von deutschem Boden aus in NSA-Datenbanken gelangen, dürfte die Diskussion um die Rolle des BND und seine Zusammenarbeit mit der NSA erneut verschärfen. Neue Dokumente aus dem Snowden-Archiv belegen zudem, dass auch die Zusammenarbeit rund um das umstrittene Spähprogramm „XKeyscore“, über dessen Lieferung und Einsatz der SPIEGEL vor zwei Wochen berichtete, weitaus enger ist als bislang bekannt.

Noch vor Wochen gab es den Unterlagen zufolge ein Treffen von NSA-Mitarbeitern mit Leuten des BND und des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), bei dem es um die neuesten Anwendungsmöglichkeiten von XKeyscore gehen sollte. Zudem übernahmen nicht nur Deutsche die Spähprogramme der Amerikaner – die US-Geheimdienstler zeigten den Dokumenten zufolge ihrerseits Interesse an zwei BND-Programmen. Diese seien nach Einschätzung amerikanischer Experten teilweise sogar leistungsfähiger als die eigenen Lösungen.

Aus Sicht der Bundesregierung gibt es einen Weg, die Rolle der Datensammel-



Lauschposten in Bad Aibling

ULLSTEIN BILD

stellen – sollten sich die BND-Informationen als richtig erweisen – womöglich einigermaßen gesichtswahrend darzustellen. Denn die in Bad Aibling gewonnenen Daten betreffen offenbar legale Ziele der Auslandsüberwachung des BND – ausgespäht würden vorwiegend Datenströme in Afghanistan und im Nahen Osten.

Der BND räumte auf Anfrage ein, Verbindungsdaten an die NSA zu übermitteln, und erklärte dazu: „Vor der Weiterleitung von auslandsbezogenen Metadaten werden diese in einem mehrstufigen Verfahren um eventuell darin enthaltene personenbezogene Daten Deutscher bereinigt.“ Deutscher Telekommunikations-

verkehr und deutsche Staatsangehörige seien von diesen Erfassungen nicht betroffen. Zudem habe man bislang keine Anhaltspunkte, dass die „NSA personenbezogene Daten deutscher Staatsangehöriger in Deutschland erfasst“.

Damit würden die in Bad Aibling abgezweigten und an die NSA weitergeleiteten Daten zwar technisch in Deutschland erhoben – sie betreffen aber in der Regel nicht deutsche Staatsbürger, deren Kommunikation nach dem G-10-Gesetz, das die Befugnisse der Nachrichtendienste regelt, weitgehend vor dem BND geschützt ist.

Der massenhafte Datentransfer nach Übersee wirft allerdings neue, grundsätz-

liche Fragen nach der Rechtmäßigkeit der Geheimdienstzusammenarbeit auf. Auf welcher rechtlichen Grundlage kooperiert der BND in diesem ungeheuren Ausmaß mit der NSA? Wie ist die Weitergabe dieser Metadaten überhaupt einzuordnen, zumal dank Unterlagen aus dem Snowden-Archiv nun bekanntgeworden ist, welche weitreichenden Analysemöglichkeiten diese bieten? Und wie will der BND bei den in Rede stehenden Mengen ausschließen, dass sich nicht doch Metadaten von Grundrechtsträgern darunter befinden, also von Deutschen, die nicht ausgespäht werden dürfen?

Auch die NSA darf US-Bürger in der Regel nicht abhören, kann aber eigenen Unterlagen zufolge nicht sicherstellen, dass ihr das nicht doch unterläuft. Darum gibt es dort spezielle Verfahren, wie mit derlei Schnüffelpannen umzugehen ist.

Existieren die beim BND auch? Und was ist angesichts der gewaltigen Datentransfers von der Aussage des Kanzleramtsministers zu halten, die deutschen Dienste hätten sich genau an den Datenschutz gehalten?

Der BND erklärt dazu: „Alle Aktivitäten im Rahmen von Kooperationen mit anderen Nachrichtendiensten laufen unter Einhaltung der Gesetze, insbesondere des BND-Gesetzes und des G-10-Gesetzes.“

Die Fragen zum Datenaustausch stellen sich umso drängender, als Bad Aibling ausweislich der Unterlagen aus dem Snowden-Archiv zumindest zeitweise nicht der einzige BND-Horchposten auf deutschem Boden war, von dem aus in großem Umfang Daten an die NSA geliefert wurden – und das nach NSA-Angaben sogar „täglich“.

In einem Reisebericht aus dem Jahr 2006 schwärmen Mitglieder einer NSA-Delegation von ihrem ersten Besuch der

TOP SECRET//SI//NOFORN

The next meeting to further discuss behavior detection is scheduled for 10-11 April in Bad Aibling with the BND and BfV. These sessions are specifically focused on understanding, creating, and implementing discovery capabilities through XKEYSCORE.

The BND XKEYSCORE system successfully processed DSL wiretap collection belonging to a German domestic CT target. As a result of this demonstration, the BfV Vice President formally requested the XKEYSCORE software from DIRNSA to further enable the BfV to achieve its mission goal of countering terrorist activities in Germany. By enhancing BfV's Internet analytic capabilities through the provision of XKEYSCORE, NSA will enable Germany to provide unique contributions in the form of collection, data summaries, and/or finished intelligence to the high-priority NSA CT mission.

Ausschnitt aus einem NSA-Dokument vom 8. April

BND-Abhöreinrichtung in Schöningen bei Braunschweig. Dort sammelten den Aufzeichnungen der Besucher zufolge damals rund hundert BND-Mitarbeiter mit Hilfe von 19 Antennen die Signale von Satelliten- und Mobilfunkbetreibern am Hindukusch und in Afrika.

In dem Papier ist die Rede von 400 000 Mitschnitten allein beim Satelliten-Telefoniebetreiber Thuraya, 14 000 Mitschnitten beim kommerziellen Satellitenbetreiber Inmarsat und 6000 täglich beim Mobilfunk, zudem würden täglich 62 000 Mails ausgespäht. „Die NSA profitiert von dieser Sammlung“, heißt es in dem Papier, vor allem von Mitschnitten aus Afghanistan, „die der BND täglich an uns weiterleitet“.

Damit konfrontiert, erklärt der BND, derzeit würden aus „der dortigen Erfassung keine Daten an die NSA weitergeleitet“.

unter anderem zwei Systeme mit den Namen „Mira4“ und „Veras“. „In einigen Punkten haben diese Werkzeuge Fähigkeiten, die die US-SIGINT-Möglichkeiten übertreffen“, heißt es in dem Papier.

Wenn man dem Reisebericht der US-Delegation Glauben schenkt, gab es deshalb eine Art Deal unter Kollegen: „Der BND antwortete positiv auf die NSA-Bitte nach einer Kopie von Mira4 und VERAS“, heißt es darin. Im Gegenzug hätten auch die Deutschen Bitten nach Unterstützung geäußert.

In diesem Geist hat sich die Zusammenarbeit offenbar fortentwickelt, und nirgendwo in Deutschland war sie so eng wie auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne, seit 2004 Sitz der „Special United States Liaison Activity Germany“, kurz „Suslag“, des NSA-Statthalters vor Ort.

NSA mit BND-Experten zusammen, die auf Daten aus Russland spezialisiert sind. Die gemeinsame Fernmeldeaufklärung lief 2004 an und richtete sich gegen „Terrorismus, Proliferation und andere ausländische Ziele“.

In der Blechdose bauten die NSA-Spezialisten eine eigene Kommunikationszentrale auf und etablierten den Dokumenten zufolge erstmals eine direkte elektronische Verbindung zum NSA-Netz. Damit stand die Tür für den groß angelegten Datentransfer offen.

Angesichts gemeinsamer deutsch-amerikanischer Arbeitsgruppen zur Ausspähung liegt die Frage nahe, ob die Dienste über die gegenseitigen Aufklärungsmöglichkeiten nicht bestens im Bilde gewesen sein müssen. Das gilt umso mehr, als gerade der technische Austausch sich in den Jahren danach eher intensivierte. Die Amerikaner trainierten Deutsche zu dem besonders ergiebigen Spähprogramm XKeyscore – mit dem die NSA sowohl den BND als auch das Bundesamt für Verfassungsschutz ausstattete (SPIEGEL 30/2013).

Einem Dokument aus dem Snowden-Archiv zufolge führten im Oktober 2011 der deutsche NSA-Statthalter und der BND das Programm XKeyscore gemeinsam dem Bundesamt für Verfassungsschutz vor.

Das „XKeyscore System des BND“ habe dabei „erfolgreich den DSL-Datenverkehr eines deutschen Terrorverdächtigen analysiert“, heißt es in dem Papier, das der SPIEGEL einsehen konnte. Als Ergebnis dieser erfolgreichen Demonstration habe der Vizepräsident des BfV die Software „formal angefordert“, heißt es weiter.

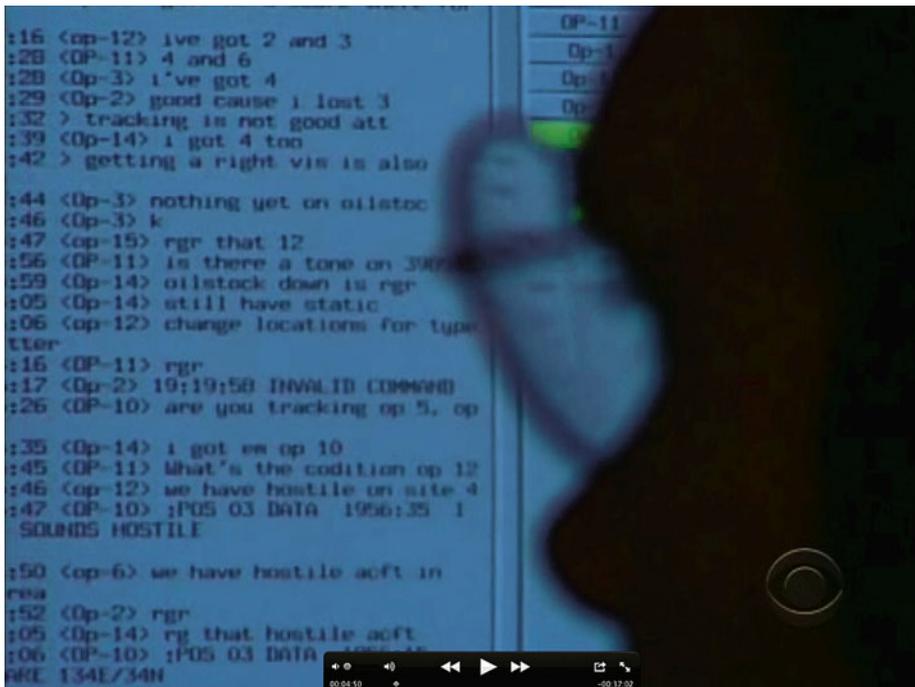
Auch danach blieben die Dienste über das ergiebige Spähprogramm und dessen Weiterentwicklung offenbar in engem Kontakt.

Dabei ging es ausweislich der Unterlagen auch um bislang unbekannt Analyse-Möglichkeiten des Programms – etwa um „Verhaltenserkennung“ („behavior detection“). Darunter wird gemeinhin die Möglichkeit verstanden, aufgrund von Verhaltensmustern bestimmte Situationen, Gruppen oder sogar Individuen zu erkennen. Das Ziel von Trainingsstunden durch die Amerikaner sei es, den Deutschen die Fähigkeiten von XKeyscore näherzubringen, insbesondere dessen „Aufspürvermögen“ („discovery capabilities“).

Eine solche Sitzung, in der Vertreter von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz neue Einzelheiten über XKeyscore erfahren sollten und in der es insbesondere um „behavior detection“ gehen sollte, war laut den Dokumenten im April in Bad Aibling geplant – nur wenige Wochen bevor Edward Snowdens Enthüllungen über XKeyscore & Co. begannen.

HUBERT GUDE,

Laura Poitras, Marcel Rosenbach



Ausschnitt aus einem TV-Beitrag zur NSA: „US-987LA ist Bad Aibling zuzuordnen“

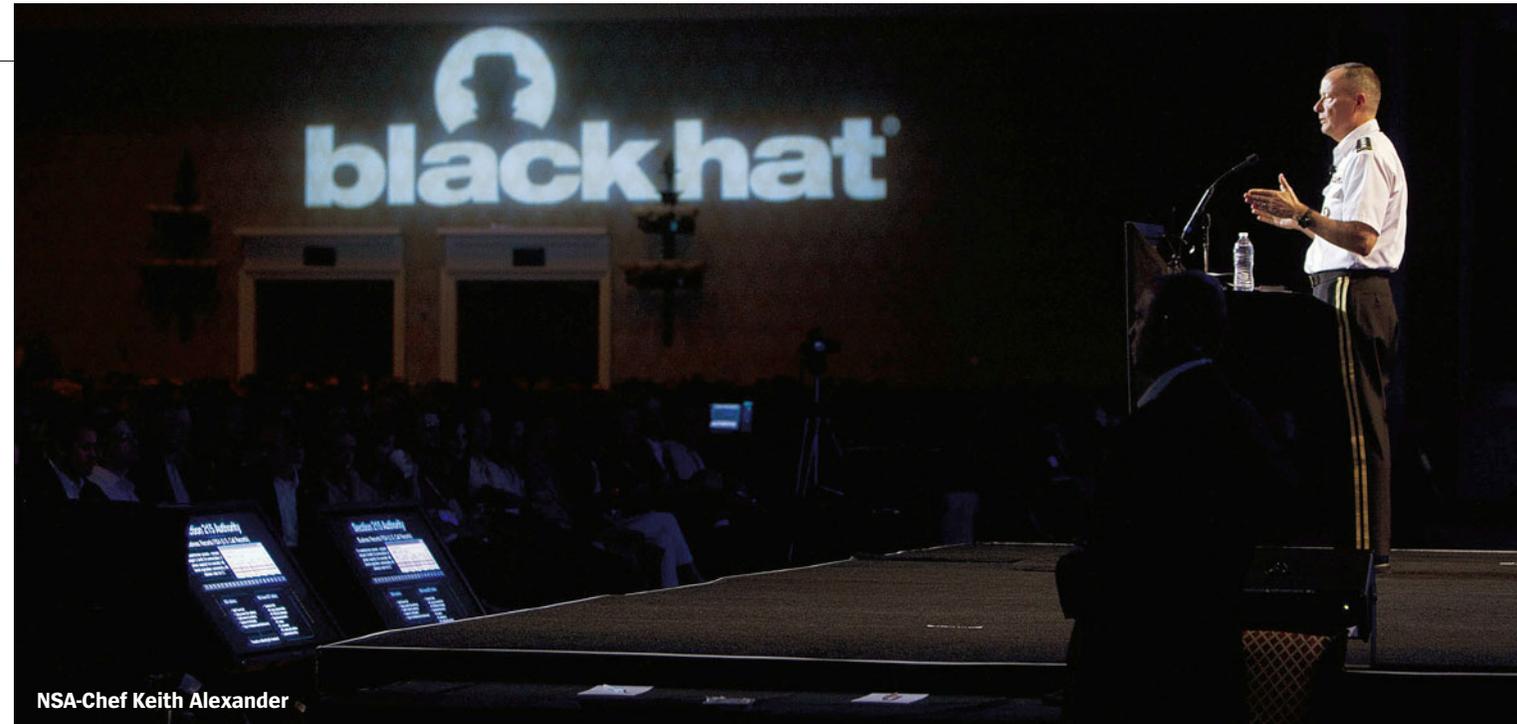
Der Reisebericht der NSA-Delegation ist aus einem weiteren Grund interessant. Noch immer steht die Frage im Raum, welche Einzelheiten der amerikanischen Spähprogramme die deutschen Dienste und die Aufsicht im Kanzleramt zu welchem Zeitpunkt kannten. Bei vielen Dementis der vergangenen Wochen fiel auf, dass diese sich explizit und ausschließlich auf „Prism“ bezogen. Womöglich aus gutem Grund.

Der Delegationsbericht der NSA-Gruppe aus dem Jahr 2006 lässt auf eine enge Zusammenarbeit gerade in den technischen Fragen des Ausspähens schließen. Man habe diesbezüglich einen „neuen Level“ erreicht, heißt es darin. Die BND-Seite schaffte es damals offenbar, die Besucher zu beeindrucken. BND-Spezialisten hätten ihren US-Kollegen verschiedene BND-Analysewerkzeuge vorgeführt,

Das gute Kooperationsklima in Bayern zelebrierte die damalige NSA-Vertreterin mit ihren deutschen Kollegen zum ersten Jahrestag in der Blechbüchse sogar symbolisch – sie pflanzten einen Baum vor dem NSA-Gebäude.

Bei Symbolik und räumlicher Nähe blieb es nicht. Die NSA-Niederlassung begann damals offenbar eine „strategische Zusammenarbeit“, die sich in zwei konkreten Geheimdienst-„Joint Ventures“ auf deutschem Boden niederschlug: So liefen zum Zeitpunkt der Feierstunde einem NSA-Dokument zufolge bereits zwei gemeinsame Operationen von NSA und BND, das „Joint Analysis Center“ (Gemeinsames Analysezentrum) und die „Joint Sigint Activity“ (Gemeinsame Fernmeldeaufklärung).

In dem ersten Projekt arbeiteten demnach fünf zivile Analyse-Spezialisten der



blackhat

NSA-Chef Keith Alexander

STEVE MARCUS / REUTERS

WIRTSCHAFTSSPIONAGE

# Der Feind in meinem Netz

Deutsche Unternehmen sind begehrte Ziele ausländischer Geheimdienste – nicht nur aus China oder Russland. Seit der NSA-Affäre wächst die Sorge vieler Manager, auch die USA könnten ihre Geschäftsgeheimnisse abgreifen.

Am Ende sind es nicht die Außenmauern aus meterdickem Stahlbeton, die das Haus Nummer 14 des Software-Konzerns SAP in Sankt Leon-Rot so gesichert erscheinen lassen wie Fort Knox. Auch nicht die Überwachungskameras. Oder das Hightech-Stahltor, das vor ein paar Wochen ohnehin nicht funktionierte, weshalb ein handgeschriebenes Zettelchen dran klebte: „Tor defekt, bitte mit der Hand öffnen“.

Es ist die Sache mit dem Finger: Wer in das Herz des Unternehmens eindringen möchte, in das Rechenzentrum mit all seinen Servern, auf denen nicht nur die Daten von SAP, sondern auch die Tausender Fremdfirmen gespeichert werden, geheimes Firmenwissen über halb Europa, muss an fünf Sicherheitsschranken mit fünf Fingerabdruckscannern vorbei.

Nur autorisierte Finger erhalten Einlass, und auch nur, wenn sie noch vital sind. Mit einem abgeschnittenen Finger kommt niemand rein.

Es ist also nicht so, dass Wirtschaftsgeheimnisse hierzulande schutzlos wären. Im Gegenteil. Die Vorsichtsmaßnahmen deutscher Unternehmen lesen sich teilweise wie ein Kapitel aus einem Grisham-

Roman. Oder, wahlweise, aus einem medizinischen Lehrbuch über Paranoia.

Wenn BMW-Manager ins Ausland fliegen, bleiben die Dienst-Handys in München. Die Manager bekommen Einweggeräte, die nach der Reise entsorgt werden.

Beim Chemieriesen Evonik müssen die Manager ihre Mobiltelefone bei Besprechungen in Keksdosen stecken. Die Büchse als Faradayscher Käfig, so die Theorie, soll Mitlauschen verhindern.

VW-Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch lässt nicht bloß Besprechungsräume regelmäßig nach Wanzen absuchen. Der Konzern verfügt zudem über eine eigene



Kanzlerin Merkel mit abhörsicherem Handy  
Tummelplatz für Industriespione

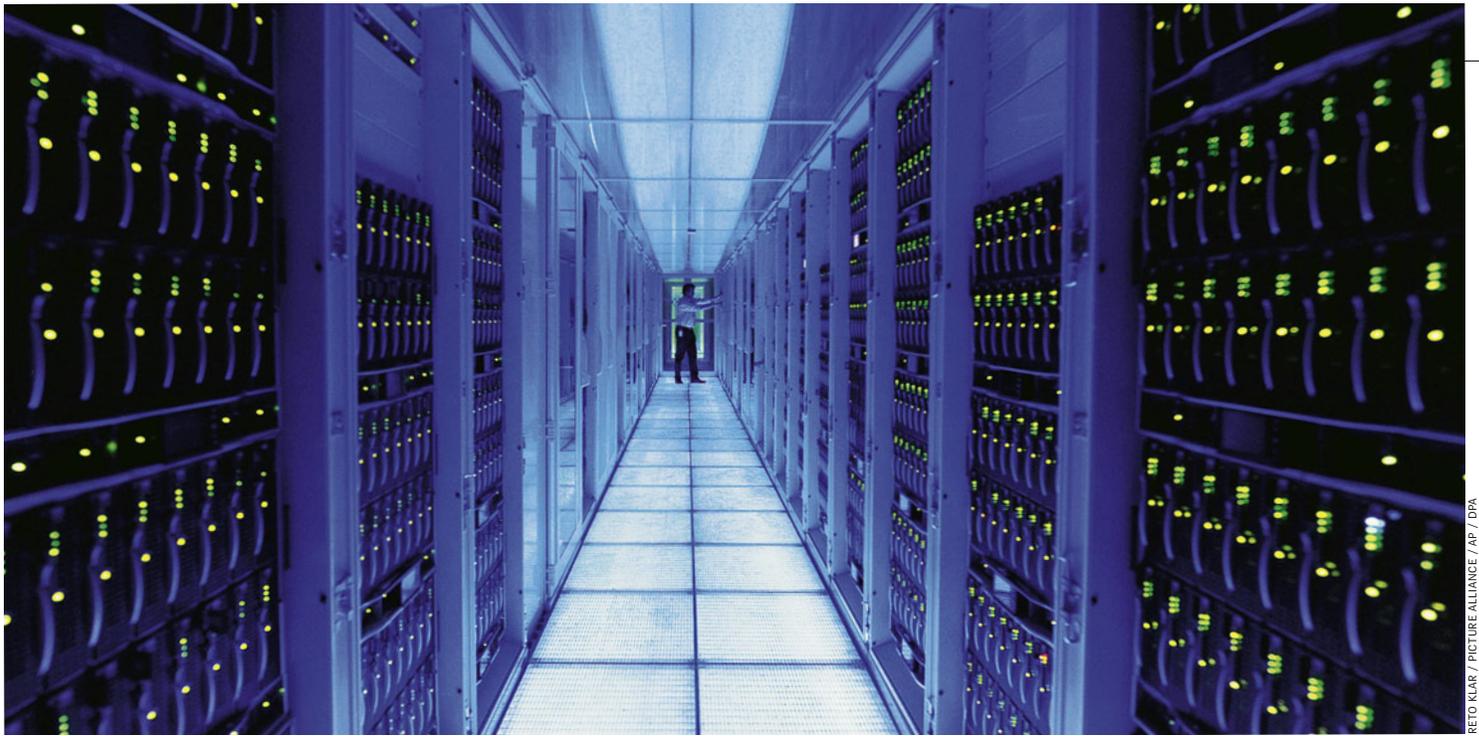
Fluglinie, Volkswagen Air Services. Die Flugzeuge sind auf den Cayman Islands zugelassen, nicht etwa, um Steuern zu sparen. Sie sollen nicht sofort als Volkswagen-Flieger erkennbar und die Passagierlisten nicht so leicht einsehbar sein.

Beim Luftfahrtkonzern EADS ist die dienstliche Nutzung von iPads und iPhones verboten. Nur BlackBerrys sind erlaubt. Angestellte in besonders sicherheitsempfindlichen Bereichen dürfen außerhalb ihrer abgeschotteten Büros keine E-Mails abrufen.

Nach den Enthüllungen um den massenhaften Datenabgriff aus den USA ist die Nervosität deutscher Manager sogar noch gewachsen. Die EADS-Spitze um Tom Enders hat ihre Abwehrmaßnahmen erneut verschärft. „Viele Dokumente, die früher noch per E-Mail verschickt wurden, reichen wir nun in noch größerer Zahl persönlich an den Empfänger weiter“, sagt ein EADS-Mann. Elektronisch werde nur noch das versendet, was man auch ohne Bedenken am Schwarzen Brett oder „an der Kirchentür“ aushängen könnte.

Enders und seine Leute sind da kein Einzelfall. Viele treibe gerade die Sorge um, was die NSA denn mit all den Daten

JULIAN STRATENSCHULTE / AP / DPA



RETO KLAR / PICTURE ALLIANCE / AP / DPA

**SAP-Serverraum in Walldorf:** „Die Amerikaner sind Profis, die hinterlassen keine Spuren – und wenn, dann falsche“

anfang, die sie vermutlich auch über deutsche Unternehmen sammelt, sagt Ulrich Brehmer, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft. Er will damit noch nicht einmal andeuten, dass US-Geheimdienste gezielt Industrie-Know-how aus Deutschland abgreifen und an ihre Heimatfirmen verteilen. Brehmer ist eher kein Verschwörungstheoretiker.

Ihm macht Sorge, dass die US-Geheimdienste mit privatwirtschaftlichen Beratern zusammenarbeiten. „Wer weiß denn, ob die nicht die eine oder andere Info an interessierte Seiten weiterverkaufen“, so Brehmer. Die Gefahr des Datenmissbrauchs sei „hoch“, sagt der Fachmann.

Auch SAP-Firmengründer Hasso Plattner sind die Spähaktionen der angelsächsischen Geheimdienste nicht ganz geheuer. „Es ist schon eigenartig, dass besonders viel im Süden Deutschlands ausgeschnüffelt wird“, sagt er, „genau dort, wo all die großen und kleinen Technikfirmen sitzen.“

Die Verunsicherung ist allgegenwärtig in Deutschland. „Wir registrieren, dass die Unternehmen in den letzten Wochen sensibel geworden sind. Sie hatten beim Thema Spionage fast nur den Osten im Blick und sind unsicher, ob sie nicht auch nach Westen schauen müssen“, sagt der Leiter des Cyber-Allianz-Zentrums beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, Michael George.

Vor allem Mittelständler melden sich mit ganz simplen Fragen bei den Fachleuten vom Verfassungsschutz: Was ist eigentlich mit den Produkten von US-Software-Firmen wie Microsoft, die in deutschen Unternehmen Standard sind? Dürfen sich Manager weiter über Skype unterhalten? Muss jeder Mittelständler

nicht mehr nur mit Hacker-Attacken aus China, sondern auch aus den USA rechnen?

Sicher ist bislang nur: Das Vertrauen gegenüber allem, was aus den USA kommt, hat arg gelitten in der deutschen Wirtschaft.

Zwar ist bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem die US-Dienste versucht haben, Know-how zu stehlen. Aber vielleicht liegt das auch nur daran, dass man nicht richtig hingeschaut hat. Wer bei einer Hacker-Attacke am Ende an der Tastatur sitzt, bleibt meist ja ohnehin im Dunkeln, und vielleicht stellen sich die amerikanischen Geheimdienste ja bloß geschickter an beim Verwischen der Spuren?

Neugier der Konkurrenz muss sich jeder schützen, aber Gefahr von Staats wegen droht vor allem aus China und Russland, wo das Ausspähen fremder Volkswirtschaften durch eigene Geheimdienste Programm ist.

Deutschland, so viel war immer klar, ist ein Tummelplatz für Industriespione. Dutzende Fälle wurden da in den vergangenen Jahren publik. Unterschiedlich sind nur die Interessen der Späher. Die Iraner wollen wissen, wo sie sich Einzelteile für ihr Atomprogramm in Deutschland heimlich zusammenkaufen können. Die Russen sind auf alles begierig, was mit Militär zu tun hat. Und die Produktkopierer aus China lassen gar nichts aus. Von Militär-

## Auch in Zeiten von Trojanern ist die empfindlichste Stelle – der Mensch.

Sie müssen nicht einmal direkt deutsche Unternehmen abgreifen. Es kommt vor, dass die US-Dienste bei ihrer umfangreichen Suche im Netz Datenpakete aus deutschen Firmen aufstöbern, „die da nicht hingehören“, sagt ein hoher Beamter vom Verfassungsschutz. Oft reichen sie diese Informationen über Datenlecks an deutsche Behörden weiter, die dann das betroffene Unternehmen informieren.

„Die Amerikaner sind Profis, die hinterlassen keine Spuren – und wenn, dann falsche“, sagt Christoph Fischer von der Beratungsfirma BFK in Karlsruhe. „Es ist immer einfach, so zu tun, als käme der Angriff aus China. Die machen zwar gerade auch ganz viel – aber den Chinesen wird momentan natürlich auch alles in die Schuhe geschoben.“

Bislang galt als Faustregel für den Umgang mit Wirtschaftsspionage: Vor der

technologie bis zum Highend-Plattenspieler haben sie alles im Visier.

Das Problem bei der Abwehr von Spionage ist: Man muss ziemlich viele Türen auf einmal bewachen. Etwa 3000 Angriffe muss allein SAP jeden Monat abwehren. Deutschlandweit geht die Zahl der Attacken angeblich in die Hunderttausende – pro Tag. „Für Angriffe auf Mittelständler muss man nicht einmal ein Top-Know-how haben“, sagt ein hoher Beamter beim Verfassungsschutz.

Und keiner weiß, woher sie genau kommen. Sind es Wirtschaftsspione? Geheimdienste? Oder einfach nur Hobby-Hacker? Sicher ist nur: Es sind komplette Söldnerheere im Netz unterwegs, die sich an den Meistbietenden verkaufen. Und sie sind gut. „Wir haben Fälle, da tummelten sich Angreifer mehr als hundert Tage in den Computern der Unterneh-

men, bevor sie entdeckt wurden. In dem Fall müssen Sie davon ausgehen, dass da nichts mehr geheim geblieben ist“, sagt BFK-Mann Fischer.

Eigentlich müsste Thorsten Schröder der Schrecken aller Unternehmen sein. Er bezeichnet sich selbst als „Hacker“ und trägt auch gern die Markenzeichen der Szene: T-Shirts von Hacker-Konferenzen, praktische Cargohosen, und am liebsten alles in Schwarz.

Erst neulich hat Schröder wieder ein Unternehmen der Medizinbranche angegriffen. In kurzer Zeit konnte er sich von seinem eigenen Rechner aus erfolgreich als Außendienstler des Unternehmens ausgeben, hatte damit alle Zugriffsrechte eines Mitarbeiters – und so die Firewall überwunden, die das Unternehmen vor Zugriffen von außen schützen soll.

„Ist man erst mal drinnen, ist es nur noch eine Frage der Zeit und des Aufwands, bis man an sensible Kundendaten oder die interne Finanzplanung kommt“, sagt Schröder. In diesem Fall kam es für das Unternehmen noch schlimmer. Er konnte sogar eigene Software auf deren Servern installieren und sich so zum Administrator und „Superuser“ machen – für einen Hacker von außen der größte Triumph, für das Unternehmen ein Alptraum.

Doch in diesem Fall bezahlte es Schröder sogar dafür, denn der Hacker hat, wie viele seiner Kollegen, sein Hobby zum Beruf gemacht. Der 36-Jährige ist selbst Unternehmer und berät mit seiner im schweizerischen Winterthur ansässigen Firma Modzero und vier festangestellten Kollegen Unternehmen in Sachen IT-Sicherheit und Abwehr von Cyberspionage.

Die Erfolgsquote bei diesen in der Regel fünf bis zehn Tage dauernden Operationen liege bei nahezu 100 Prozent, sagt Schröder: „Wir finden eigentlich immer etwas.“ Das gelte auch für größere Firmen mit eigenen Konzernsicherheitsabteilungen, die zuweilen selbst sogenannte Red Teams unterhalten, also Trupps, die regelmäßig die eigenen Systeme angreifen und testen. Häufig würden besonders die höheren Etagen der Hierarchie die größten Sicherheitsrisiken bergen. „Top-Manager sind oft lohnende Ziele, denn sie haben einen Sonderstatus und oft auch besonders viele Zugriffsrechte.“

Womit wieder das Grundproblem jeder Spionageabwehr auftaucht, das der vielen Türen, die es zu bewachen gilt. Auch wenn es gelänge, die Firmennetze sicher zu machen, käme der Feind eben über ganz andere Wege – zum Beispiel übers Bett, wie erst vor ein paar Wochen der Mitarbeiter einer deutschen Medizintechnikfirma zu spüren bekam.

Der konnte sein Glück zunächst kaum fassen, als er einen heftigen Flirt mit einer Chinesin begann. Sie war jung, sie war

hübsch, und sie war offenbar interessiert. Erst als er mit kompromittierenden Fotos erpresst wurde, die ihn und die schöne Chinesin zeigten, wusste der Manager, was wirklich geschehen war. Er war in die Venusfalle getappt, ein Uralttrick der Geheimdienste. Das Opfer sollte Informationen liefern über ein Erfolgsprodukt seiner Firma.

In diesem Fall schlug die Attacke fehl. Der China-Reisende offenbarte sich seinem Chef – und seiner Ehefrau. Doch das Beispiel zeigt, dass auch in Zeiten von „Prism“ und Trojanern am Ende eine alte Schwachstelle immer noch die empfind-

ANZEIGE

lichste ist, wenn es darum geht, dem Opfer Geheimnisse zu entlocken – der Mensch. Oder, in diesem Fall genauer, der Mann.

Es sind simple, aber effektive Tricks, die von den Angreifern angewendet werden. Da kommt etwa ein Mann an den Messestand, gibt sich als Manager eines Konkurrenzunternehmens aus und lässt wie aus Versehen seinen Schlüsselbund liegen, an dem – verlockend – ein USB-Stick hängt.

Das Opfer wähnt sich im Vorteil, steckt den Stick in seinen Computer, um zu schauen, was die Konkurrenz so treibt –

und lädt sich auf diese Weise ein Spähprogramm auf den eigenen Rechner.

Am liebsten kombinieren die Angreifer neue Technik und altbewährte Methoden. Um sich das Vertrauen einer Zielperson zu erschleichen, werden heute die sozialen Netzwerke auf Informationen durchsucht. In wenigen Tagen sind dort Daten zu beschaffen, für die früher wochenlange Operationen nötig waren.

Vorlieben, Kontakte, Freunde, ja sogar Hinweise auf mögliche Passwörter für Mail-Account oder Firmennetzwerk lassen sich oft aus den Profilen bei Facebook oder Xing ermitteln. Mit diesem Wissen kann dann weiteroperiert werden.

Social Engineering nennt sich dieses Ausspionieren über das persönliche Umfeld. Es ist neben dem Hacking eines der wichtigsten Werkzeuge für Geheimdienste. Doch nach einer Studie der Beratungsfirma Corporate Trust ist nur jeder vierte Mitarbeiter deutscher Unternehmen auf diese Gefahr vorbereitet.

Überhaupt scheint in vielen Firmen die Losung zu gelten, dass die IT-Abteilung das Sicherheitsproblem schon irgendwie allein lösen müsse. In den meisten Firmen gibt es nicht einmal Klarheit darüber, welche Daten denn besonders schützenswert sind. Die „Kronjuwelen“, wie sie im Jargon der Branche heißen. Nur jedes fünfte Unternehmen hat eine solche Analyse für sich erstellt.

Ein Problem der deutschen Verfassungsschützer ist, dass sie eigentlich nicht mal wissen, was vor sich geht. Die Unternehmen sind verschlossen und melden lediglich jeden fünften Fall von Spionage an die Geheimdienstler.

Verfassungsschutzmann George wirbt deshalb bei Mittelständlern unermüdlich um Vertrauen. „Das Fatale an der jetzigen Situation ist, dass jedes Unternehmen eine Insel ist und keiner weiß, was auf der Nachbarinsel geschieht.“ So können sich Angreifer mit ein und derselben Masche zu mehreren Unternehmen Zugang verschaffen – und es merkt nicht mal jemand, dass es eine Masche ist. Erst seit kurzem reicht etwa der bayerische Verfassungsschutz Erkenntnisse über Angriffe von einem Unternehmen an andere weiter, anonymisiert.

Zwischen Behörden und Firmen, zwischen Politik und Wirtschaft regierte in Sachen Spionage jahrelang Misstrauen. Die Wirtschaft fühlt sich von Innenministerium und Verfassungsschutz bei dem Thema alleingelassen. Die Sicherheitsbehörden kritisieren, die Industrie unterrichte sie zu wenig über Hacker-Angriffe oder Fälle möglicher Werksspionage. Ein Teufelskreis. Der FDP-Innenpolitiker Hartfrid Wolff sieht Deutschland im Bereich der Abwehr von Wirtschaftsspionage bisher schlecht aufgestellt. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen seien überfordert. „Universitäten und wei-



STEFAN BODNESS / IPON

**BND-Zufahrt in Berlin:** Es geht darum, sich gegenseitig zu warnen

tere Forschungseinrichtungen brauchen ebenfalls einen deutlich besseren Schutz.“

Doch nun, im Zuge der NSA-Enthüllungen, scheinen sich die Fronten aufzuweichen. Ende August wollen Vertreter beider Seiten ein Papier zum Wirtschaftsschutz unterzeichnen. Geplant ist etwa eine Internetplattform, auf der sich Unternehmen und staatliche Behörden über mögliche Angriffe austauschen sollen. „Es geht darum, sich gegenseitig zu warnen und so Sicherheitslöcher zu stopfen“, sagt der IT-Chef eines Dax-Konzerns.

Auf wenig Gegenliebe stößt dagegen das von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geplante IT-Meldegesetz. Unternehmen, die einen Angriff auf ihre Computersysteme feststellen, sollen das unverzüglich melden. Doch die Wirtschaft hält den bisherigen Gesetzentwurf für unausgereift. Was denn der Herr Minister mit all den tollen Daten anzufangen gedenke, fragt der Sicherheitschef eines Rüstungskonzerns. Den Vorstoß nennt er „eine Lachnummer“, die zeige, wie hilflos die Politik in Wahrheit sei.

Politisch heikel ist auch das sogenannte Safe-Harbour-Abkommen, das die USA und die EU bereits im Jahr 2000 abschlossen und das den Datenschutz für US-Firmen regelt, die in Europa aktiv sind.

Danach können sich US-Firmen quasi freiwillig zur Einhaltung bestimmter Datenschutzbestimmungen verpflichten, wenn sie Daten europäischer Bürger speichern und verarbeiten wollen. Safe Harbour gilt dann quasi als Gütesiegel. Die Zertifizierung und Überwachung des Regelwerks sollte von US-Behörden übernommen werden.

Mehr als 3000 Unternehmen und Konzerne ließen sich in den USA bisher auf die Spielregeln ein. Darunter Giganten wie Google, Facebook oder Microsoft. Sie alle konnten fortan mit Billigung der EU Milliarden Datensätze von europäischen Bürgern speichern, verarbeiten und austauschen.

Im Jahr 2004 enthüllte eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie aber die fehlende Überwachung der Datenschutzrichtlinien – besonders auf US-Seite. Damals gelobten die Amerika-

ner Besserung bei dem noch ungewohnten Regelwerk.

Nur vier Jahre später erschien eine zweite von der EU in Auftrag gegebene Studie. Angefertigt wurde sie von einer belgischen Universität in Zusammenarbeit mit norwegischen und amerikanischen Kollegen. Doch das 192 Seiten dicke Werk wurde – anders als die Studie des Jahres 2004 – nur einem kleinen Expertenkreis bekannt.

Das Werk, sagt die EU heute auf Nachfrage, sei in ihre Gesamtbewertung von Safe Harbour eingeflossen. Manager großer deutscher Konzerne vermuten andere Beweggründe für die Schweigsamkeit. Denn die Ergebnisse der Studie waren so verheerend, dass die Vereinbarung schon damals hätte aufgekündigt werden müssen.

So stellen die Wissenschaftler unumwunden fest, dass die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen auf US-Seite im

## Ein neues IT-Meldegesetz nennen Profis „eine Lachnummer“.

Jahr „2008 nicht besser“ war „als im Jahr 2004, eher sogar schlechter“. So werde, heißt es in dem Bericht, die Zertifizierung und Einhaltung der Datenschutzbestimmungen durch die zuständigen US-Behörden „völlig unzureichend“ überprüft. Sanktionen der US-Behörden gab es in solchen Fällen kaum.

Nun scheint es aber auch der zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding zu reichen. Das Abkommen, sagt sie, sei offenbar eher ein „Schlupfloch als eine Absicherung für unsere Bürger“. Sogar eine einseitige Kündigung der Vereinbarung schließt Reding nun nicht mehr aus.

Das amerikanische Anti-Terror-Gesetz „Patriot Act“ erlaubt den US-Behörden in ihrem Heimatland immerhin, Zugang zu allen Daten zu erhalten, privat wie geschäftlich.

Mehr noch: Software-Entwickler können gezwungen werden, Hintertüren in die Programme einzubauen, durch die die Geheimdienste später spähen können. Erzählen dürfen sie das nicht einmal ih-

ren Chefs, sie müssen eine Schweigeerklärung unterschreiben.

Angst, dass sich in der zugekauften US-Software Schnittstellen der US-Geheimdienste befinden könnten, hat der deutsche Software-Riese SAP dennoch nicht. Vor dem Kauf, wenn SAP noch nicht auf den Quellcode zugreifen darf, suchen externe Spezialfirmen solche „Loopholes“. Danach kontrolliere eine vergangenes Jahr eingerichtete Abteilung bei SAP den Quellcode. „Man muss schon sehr gewieft sein, um solche Scans zu umgehen“, sagt Sicherheitschef Gordon Mühl.

Gefährliche Lecks können jedoch an den Schnittstellen entstehen, sobald verschiedene Programme aufeinander abgestimmt werden müssen. Oder aber, wenn die Schutzsoftware nicht ständig aktualisiert wird. „Tausende SAP-Systeme mit Internetzugang sind nicht auf dem neuesten Stand“, sagt Alexander Polyakov vom Sicherheitsspezialisten ERPScan. „Das sind Einfallstore für Datendiebe.“

Aber es gibt auch Profiteure des neuen Sicherheitsbooms, etwa die Düsseldorfer Firma Secusmart, die sich auf abhörsichere Handys spezialisiert hat und zu ihren Kunden auch die deutsche Kanzlerin zählt.

Secusmart soll die Bundesregierung in einigen Wochen mit handelsüblichen BlackBerrys ausstatten, die mit einer speziellen Karte arbeiten, kaum größer als ein Fingernagel. Sobald der Anrufer ins Mikrofon des Handys spricht, werden die Wörter verschlüsselt. Gleichzeitig lässt sich das Gerät wie ein Smartphone nutzen.

Seit Bekanntwerden der Abhörmethoden der NSA registriert Secusmart ein gestiegenes Interesse von Unternehmen an abhörsicheren Handys. „Vorher haben uns die Firmen oft nicht geglaubt, dass es nicht nur sehr einfach ist, Telefonate abzufangen, sondern dass das auch geschieht“, frohlockt Jörg Goronzy, Vertriebschef bei Secusmart. „Die Spionageaffäre hat vielen die Augen geöffnet.“

Das Beste: Um sich effektiv zu schützen, müsse ein Konzern nicht nur Vorstände und Manager mit Krypto-Handys ausstatten – sondern auch deren Sekretärinnen und Referenten. Denn die Verschlüsselung funktioniert nur dann, wenn Anrufer und Empfänger ein abhörsicheres Gerät besitzen. Für ein Dax-Unternehmen sei es deshalb sinnvoll, für 500 bis 1000 Mitarbeiter solche Telefone anzuschaffen, behauptet Secusmart. Preis: 2500 Euro. Pro Stück.

MARKUS BRAUCK,  
DINAH DECKSTEIN, FRANK DOHMEN,  
ANN-KATHRIN NEZIK, MARCEL ROSENBACH,  
MICHAELA SCHIESSL, JÖRG SCHMITT

DIPLOMATIE

# Reden statt schießen

Kurz vor Ausbruch des syrischen Konflikts reiste Minister Ramsauer nach Damaskus. Er warb für die deutsche Industrie und verteidigte das Regime.

Die ersten Februartage des Jahres 2011 standen im Zeichen des Arabischen Frühlings. In Tunesien hatten die Menschen soeben den verhassten Präsidenten aus dem Amt gejagt. In Kairo demonstrierten Millionen Ägypter gegen Präsident Husni Mubarak. Von Algerien bis zum Jemen gingen wütende Bürger auf die Straßen.

Und auch in Syrien brodelte es bereits. Die Opposition hatte zu einem Tag des Zorns aufgerufen: Die ersten Ausläufer der Arabellion erreichten Damaskus.

In jenen Tagen machte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer der Regierung von Staatspräsident Baschar al-Assad seine Aufwartung – und zeigte sich beeindruckt: Von einer „vergleichsweise hohen Stabilität“ Syriens sprach der CSU-Politiker während der Reise gegenüber einem Journalisten vom „Hamburger Abendblatt“. Außerdem sei er der Meinung: „Solange geredet wird, wird nicht geschossen.“

Doch am selben Mittwoch, an dem Ramsauer den Vizepremier Abdullah Dardari traf, trieben syrische Sicherheitskräfte bereits mit Schlagstöcken Demonstranten auseinander, die sich zu einer Mahnwache vor der ägyptischen Botschaft versammelt hatten – und verhafteten etliche Protestler. Sechs Wochen später folgten im Reich Assads die ersten Unruhen mit Toten und Verletzten.

Bislang unbekannte Dokumente enthüllen die Umstände von Ramsauers Ausflug nach Damaskus. Sie zeigen, wie der Minister mitten im Arabischen Frühling bei einem Autokraten für die deutsche Industrie trommelte.

Das Thema Menschenrechte, das sein Kabinettskollege, Außenminister Guido Westerwelle, bei einer Syrien-Visite ein Jahr zuvor explizit angesprochen hatte, mied Ramsauer.

Es ging stattdessen um neue Flugverbindungen, Lokomotiven und Eisenbahnstrecken. Nach Jahrzehnten der Planwirtschaft wollte das Assad-Regime ausländische Investoren anlocken und insbesondere in das Verkehrsnetz Milliardenbeträge stecken. Deutsche Firmen sollten nicht fehlen beim Ausbau der syrischen Infrastruktur.

Ramsauer hatte vor seinem Abflug beim Auswärtigen Amt die Sicherheitslage erkunden lassen. Die Diplomaten beschwichtigten, ein Konflikt sei nicht zu befürchten, das Land sei ein attraktiver Anlaufpartner für die deutsche Wirtschaft. Auf diese Aussagen verließ man sich im Verkehrsministerium.

Wenn Ramsauer vom Auswärtigen Amt schon nicht sensibilisiert worden war, so hätte die erste Station seiner Nahost-Reise ihn aufmerksamer machen können. Gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel hatte er in Jerusalem an deutsch-israelischen Regierungskonsultationen teilgenommen. Dort dominierte ein Thema: der Aufruhr in der arabischen Welt und die Folgen für Israel. Doch auf seinem Weiterflug nach Syrien, dem Erz-

feind Israels, scheint Ramsauer das alles schnell wieder vergessen zu haben.

Vor Ort ging es um die Interessen der deutschen Industrie, ganz so, als fände die Rebellion gar nicht statt. Ramsauer traf sich mit den Ministern für Finanzen und Transport, dem Premierminister und dem Vizepremier für ökonomische Angelegenheiten. Fotos zeigen, wie er unter einem Porträt des Diktators Assad sitzt und mit seinen syrischen Kollegen plaudert. An Ramsauers Revers steckte ein deutsch-syrisches Freundschaftsfähnchen.

Am selben Abend, an dem in Kairo Machthaber Mubarak unter dem Druck der Straße seinen Rückzug bekanntgab, stand in Damaskus ein Dinner auf Einladung des Syrian German Business Council auf dem Programm; geladen waren Ramsauer, der syrische Transportminister und Wirtschaftsvertreter beider Staaten.

Vor allem die Deutsche Bahn machte sich Hoffnungen auf künftige Projekte. Gemeinsam mit Siemens wollte der Staatskonzern das syrische Eisenbahnnetz erneuern. Aufträge für einige Streckenabschnitte gab es bereits, Ramsauer sollte helfen, „die Zusammenarbeit zu forcieren“, wie es in internen Dokumenten der Bundesregierung heißt. Zudem wollten die Deutsche Bahn und Siemens die erste innerstädtische Metrolinie in Damaskus realisieren.

Auch mehrere Mittelständler interessierten sich für den syrischen Markt. Die Firma Vossloh aus dem Sauerland zum Beispiel wollte sich um die Produktion von 41 neuen Diesellokomotiven und die Modernisierung von 56 älteren Fahrzeugen bewerben. „Der Auftrag würde die Beschäftigungssituation für mehrere Jahre sichern“, hieß es damals in den Unterlagen über Vossloh.

Dass ein Minister bei Auslandsreisen, auch in autokratischen Staaten, die Belange der Industrie im Auge behält, gilt als selbstverständlich; auch nach China oder Russland wird deutsche Technik verkauft. Aber war ein Damaskus-Besuch mitten im Arabischen Frühling politisch opportun? Zu einer Zeit, als die deutsche Presse von „FAZ“ bis „Welt“ Assads Diktatur und ein Überspringen der Proteste nach Syrien thematisierte?

Ein Treffen mit syrischen Oppositionellen stand nicht auf Ramsauers Programm – wohl aber ein Rundgang durch das Zentrum von Damaskus mit einer Expertin



Staatsgast Ramsauer (r.): „Die Zusammenarbeit forcieren“

\* Mit dem damaligen syrischen Vizepremier Abdullah Dardari am 2. Februar 2011 in Damaskus.

für Altstadtanierung. Das Ministerium verweist heute darauf, dass sich Ramsauer mit einer katholischen Ordensschwester getroffen habe. Dabei habe sich der Minister, als „bewusstes Zeichen der Solidarität“, über die Lage der christlichen Minderheit informiert. Allerdings: Der überwiegende Teil der Christen unterstützte das Assad-Regime vor dem Kriegeausbruch.

Mit Regierungsvertretern sprach Ramsauer, der sich einst als CSU-Landesgruppenchef als „außenpolitisch sehr erfahren“ bezeichnet hatte, nicht über die Menschenrechtslage im Land. „Dazu gab es bei diesem Kurzbesuch kaum die Möglichkeit“, behauptete er im Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“. Kritische Fragen des Journalisten zu Assads Regime und seinem Polizeistaat wischte der Politiker schon während des Besuchs beiseite. „Ich rate dazu, Länder auch danach zu beurteilen, ob sie in der Lage sind, ihre Bevölkerung zu ernähren. In unseren gesättigten westlichen Demokratien treten wir oft zu besserwisserisch auf.“ Ramsauer wusste offenbar nicht, dass in Syrien laut einer Uno-Studie ein Drittel der Bevölkerung schon vor Ausbruch des Bürgerkriegs in Armut lebte.

Wie Ramsauer heute seinen Besuch im Februar 2011 bewertet, will er nicht sagen. Seinen Sprecher lässt der Verkehrsminister nur die Einschätzungen aus jener Zeit aufzählen: „Die syrische Wirtschaft hatte sich nach der Grenzöffnung zur Türkei erholt, die Stimmung war zuversichtlich, die geplanten Investitionen in den Eisenbahnbereich klangen sehr plausibel.“

So galt die Fahrt nach Damaskus aus deutscher Sicht dann auch als ein voller Erfolg. „Der Besuch von Bundesminister Ramsauer wurde in Syrien sehr hoch geschätzt“, heißt es in einer vertraulichen Depesche des Auswärtigen Amtes nach dessen Abflug. In Syrien stünden „ehrgeizige Investitionsvorhaben“ von bis zu 100 Milliarden Dollar an, bei deren Umsetzung sich deutsche Unternehmen „gute Chancen“ ausrechnen könnten. Ebenso interessant scheine der „dynamische Privatsektor“, was in Deutschland bislang wenig bekannt sei. Es fehlte nur noch „eine direkte Luft-hansa-Verbindung“, um die gemeinsamen Geschäfte besser voranbringen zu können.

Ohne eine Spur von Distanz oder gar Kritik fassten die deutschen Diplomaten die Gespräche des Verkehrsministers mit den Vertretern des Assad-Regimes zusammen. „Das syrische Volk habe Angst vor chaotischen Zuständen wie in Ägypten, zudem habe sich Mubarak (anders als Assad) zu stark von seinem Volk entfernt“, erklärten die Gastgeber laut Protokoll ihrem deutschen Besucher.

So kann man sich täuschen. Wenig später begann der Aufstand in Syrien, bei dem bis heute mehr als 100 000 Menschen ums Leben gekommen sind.

SVEN BECKER, FLORIAN GATHMANN



Bundestagspräsident Lammert

TC PLAMBECK

DOKTORTITEL

## „Ich rede von Täuschung“

Der Plagiatsjäger „Robert Schmidt“ erklärt, warum er die Dissertation des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert nach Fehlern durchsucht hat – und diese für schwerwiegend hält.

„Robert Schmidt“ nennt sich der Plagiatsjäger, der die Dissertationen der ehemaligen Bundesbildungsministerin Annette Schavan und nun auch des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert untersuchte. Sein Hauptvorwurf gegen Lammert: Dieser habe „einen erheblichen Teil“ der als verwendet angegebenen Werke „ganz offenbar nicht gelesen“, sondern sich der Darstellungen des Inhalts dieser Werke durch andere Autoren bedient, ohne dies kenntlich zu machen. Der CDU-Politiker beteuert, „nach bestem Wissen und Gewissen“ gearbeitet zu haben, und bat die Ruhr-Universität Bochum um Überprüfung; an deren sozialwissenschaftlicher Abteilung hatte er die Arbeit 1974 eingereicht. „Schmidt“ legt Wert auf Anonymität. Nicht einmal andere Plagiatsjäger wissen, wer sich hinter dem Pseudonym verbirgt. Der SPIEGEL schickte Fragen per E-Mail an eine Kontaktperson, per Fax beantwortete „Schmidt“ die meisten davon. Nicht verraten wollte er unter anderem, ob er selbst einen Dokortitel hat.

**SPIEGEL:** Warum haben Sie Lammerts Arbeit untersucht – gab es einen Hinweis oder einen konkreten Auftrag?

**Schmidt:** Ich bin in einer Abhandlung von Frau Schavan, die ich mir nach der Ab-

erkennung ihres Doktorgrads angesehen hatte, auf einen Satz gestoßen, den ich ihr nicht zugetraut habe. Bei der Suche nach einer Quelle für diesen habe ich dann zufällig im Web einen sehr ähnlichen Satz in einer etliche Jahre später gehaltenen Rede von Herrn Lammert zum 850-jährigen Jubiläum der Weihe der Abteikirche Maria Laach gefunden. Das muss nicht heißen, dass Herr Lammert den Satz von Frau Schavan übernommen hat, denn es könnte auch eine gemeinsame noch ältere dritte Quelle geben. Aber eigentlich hätte Herr Lammert an der entsprechenden Stelle irgendeine Quelle angeben müssen, da der Gedanke ursprünglich nicht von ihm stammte. Das hat er nicht getan, und das war für mich ein Indiz dafür, dass er es in der Vergangenheit mit Quellenangaben nicht immer so genau genommen haben könnte. Daraufhin habe ich mir mal seine Dissertation besorgt und bin dort relativ schnell auf Unregelmäßigkeiten gestoßen.

**SPIEGEL:** Wann und wie haben Sie die Universität Bochum, die Medien und Lammert selbst informiert?

**Schmidt:** Ich habe das Dekanat der Fakultät für Sozialwissenschaft am Sonntagabend per Fax informiert und mich am Montagmittag per E-Mail an einen Journalisten gewandt. Von diesem hat

dann wohl Herr Lammert von den Vorwürfen erfahren, soweit ich das auf Twitter verfolgt habe, da dem Fax in Bochum wohl noch keine Beachtung geschenkt worden war. Ich hatte überlegt, Herrn Lammert parallel zur Universität zu informieren, aber er hätte theoretisch versuchen können, mein Blog sperren zu lassen, was für mich ziemlich dumm gewesen wäre. Ich habe die Gefahr zwar als eher gering eingeschätzt, aber daher rein vorsichtshalber darauf verzichtet.

**SPIEGEL:** Würden Sie einen Auftrag annehmen, gegen Entgelt eine bestimmte Dissertation zu überprüfen?

**Schmidt:** Nur dann, wenn ich aus irgendeinem Grund unbedingt auf dieses Geld angewiesen wäre. Aber das habe ich noch nie gemacht und auch in Zukunft nicht vor.

**SPIEGEL:** Wie bewerten Sie die Arbeit kommerzieller Plagiatsjäger?

**Schmidt:** Wenn das jemand seriös und mit dem nötigen Sachverstand macht, soll mir das recht sein. Es gibt aber auch Leute, deren Sachverstand umgekehrt proportional zu ihrer Medienpräsenz ist und die zum Beispiel unhaltbare Vorwürfe in die

**Schmidt:** Über meine persönlichen Verhältnisse möchte ich keine Auskunft geben. Ich beziehe allerdings keinerlei Sozialleistungen, wie an manchen Stellen im Netz gemutmaßt wird.

**SPIEGEL:** Hatten Sie bei der Arbeit an Lammerts Dissertation Helfer oder Mitarbeiter?

**Schmidt:** Nein. Die Arbeit an der Dissertation von Herrn Lammert habe ich zu 100 Prozent allein geleistet.

**SPIEGEL:** Was treibt Sie an?

**Schmidt:** Ein gewisser sportlicher Ehrgeiz, versteckte Ungereimtheiten in akademischen Qualifikationsschriften zu entdecken. Und es sollte möglichst niemand einen nicht redlich erworbenen akademischen Grad führen.

**SPIEGEL:** Sind Sie in einer Partei?

**Schmidt:** Nein. Ich bin Wechselwähler.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Fall Lammert vor Veröffentlichung im Netzwerk VroniPlag diskutiert?

**Schmidt:** Nein. Ich habe mich ohne Rücksprache mit anderen zur Veröffentlichung entschlossen. Wenn ich Zweifel gehabt hätte, ob das richtig ist, hätte ich mich sicherlich beraten.

Aber die Verstöße von Herrn Lammert sind aus meiner Sicht systematisch und in ihrer Mehrheit ziemlich eindeutig.

**SPIEGEL:** Haben Sie derzeit noch weitere verdächtige Fälle im Blick?

**Schmidt:** Nein. In diesem Jahr war es jedenfalls der letzte Fall, den ich bearbeitet habe.

**SPIEGEL:** Sie schützen sehr konsequent Ihre Anonymität. Warum?

**Schmidt:** Im realen Leben möchte ich nicht als „Plagiatsjäger“ wahrgenommen werden. Je weniger andere von mir wissen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass meine bürgerliche Identität bekannt wird, und sei es auch nur durch einen Zufall.

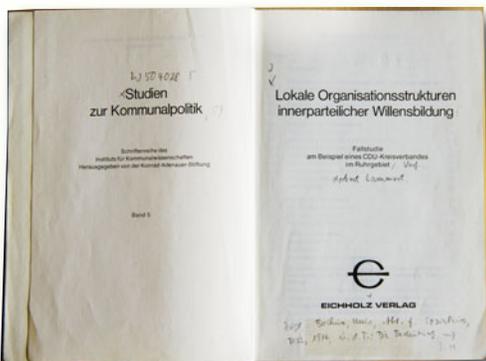
**SPIEGEL:** Wie bewerten Sie Lammerts Reaktion auf die Vorwürfe? Er hat seine Arbeit auf seiner Website veröffentlicht ...

**Schmidt:** ... andererseits hat er sich nicht konkret zu den Vorwürfen geäußert. Die allgemeine Beteuerung, nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet zu haben, ist aus meiner Sicht angesichts der vielen aus der Sekundärliteratur übernommenen Fehler nicht sehr überzeugend. Wenn Herr Lammert schon jetzt einer Veröffentlichung der Ergebnisse der Untersuchung seiner Arbeit – die ja wahrscheinlich kommen wird – zustimmen würde, würde ich das begrüßen.

**SPIEGEL:** Sollte Lammert seinen Dokortitel verlieren?

**Schmidt:** Das muss die Universität Bochum entscheiden. Es ist aber nicht ganz unwahrscheinlich, dass noch mehr Verstöße gefunden werden, da ich nur einen Teil der angegebenen Quellen untersucht habe.

INTERVIEW: OLIVER TRENKAMP



MARCUS SIMATIS / DPA

### Doktorschrift Lammerts

„Nach bestem Wissen und Gewissen“

Welt setzen. Deren „Arbeit“ schätze ich gar nicht.

**SPIEGEL:** Manche sagen, dass falsche Fußnoten aus den siebziger Jahren angesichts des politischen Lebenswerks von Lammert oder Schavan keine Rolle spielen sollten.

**Schmidt:** Das klingt so, als ob es hier nur um geringfügige Fehler ginge, die jedem mal passieren können. Ich rede aber von Täuschung – zumindest in einem bestimmten Umfang. Eine solche öffentliche Wahrnehmung wäre für die Betroffenen zweifellos unschön. Andererseits wäre es aus meiner Sicht aber auch nicht angemessen, auf berechnete Vorwürfe mit Rücksicht auf die lange vergangene Zeit zu verzichten. Für das Problem habe ich auch keine Lösung.

**SPIEGEL:** Wie viel Zeit haben Sie mit Lammerts Dissertation verbracht?

**Schmidt:** Circa 250 Stunden.

**SPIEGEL:** Wie finanzieren Sie diese aufwendige Tätigkeit?



**Protest gegen Gasförderung**  
Angst vor Gift im Trinkwasser

RECHTSSTAAT

## Fracksausen in Wiesbaden

Eine kanadische Firma will in Hessen Schiefergas suchen. Aber es ist Wahlkampf, und Wähler mögen kein „Fracking“. Die Umweltministerin intervenierte.

Es kommt selten vor, dass Beamte förmlich gegen Vorgesetzte aufbegehren. Die beamtenrechtliche Treuepflicht fordert Gehorsam. Weisungen sind auszuführen, auch wenn sie nicht gefallen – die Lektion lernt jeder Verwaltungsreferent frühzeitig, erst recht in einer mittleren Landesbehörde wie dem Regierungspräsidium Darmstadt.

Was Referent K. am 26. April dieses Jahres seinen Vorgesetzten schrieb, war denn auch ein echter Tabubruch. „Hiermit remonstriere ich gegen die Weisung vom 11.4.“, schrieb Herr K., „weil ich Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Anweisung habe.“ Für rechtswidrige Bescheide wollte er nicht haften.

Der Fall, den das Bergbauamt lösen sollte, könnte politisch kaum heikler sein: Die kanadische Firma BNK Petroleum wollte die Erlaubnis, in Nordhessen Schiefergas zu suchen. Ein 5212 Quadratkilometer großes Areal sollte getestet werden, ob es sich für „Fracking“ eignet, eine umstrittene Fördermethode, bei der Gas aus Tausenden Meter Tiefe gewonnen wird. Wasser, Chemikalien und Sand werden mit hohem Druck unter die Erde gepresst und setzen das Gas frei. Den Beamten K. interessierte nur das Gesetz. Eine „Aufsuchungserlaubnis“ ist in Deutschland vergleichsweise leicht zu kriegen.

Die Fachaufsicht im Landesumweltministerium sah auch die politische Seite des Falls, die Angst der Hessen vor Fracking – und die Sorge der Landesregierung um ihre Zukunft. In sieben Wochen ist Landtagswahl. In Umfragen liegen die schwarz-gelbe Regierung und die rot-grünen Herausforderer fast gleichauf. Eine Erlaubnis für die heiklen Pläne durch die CDU-Umweltministerin Lucia Puttrich könnte das Zünglein an der Waage sein.

In Nordhessen kämpft eine umtriebige Bürgerinitiative mit fast 20 Regionalgruppen gegen das Gasprojekt. Sie warnen vor vergiftetem Grundwasser durch Chemikalien, vor Erdbeben durch eingepresste Flüssigkeiten, vor Krebserkrankungen der Bürger. Gut hundert Kommunen liegen im Erkundungsgebiet, viele meldeten Einwände an. Und SPD und Grüne stellen sich dankbar an die Spitze der Bewegung.

Kein Wunder, dass Puttrichs Beamte in Wiesbaden in diesem heiklen Fall bis in die untere Behörde in Darmstadt durchregierten, offenbar hart am Rande der Rechtswidrigkeit. Denn ginge es nach den Bergbaubeamten, hätte BNK die Erlaubnis schon 2012 erhalten. In internen Mails, die dem SPIEGEL vorliegen, zeigten sich die Beamten überzeugt, dass die Firma „nach Recht und Gesetz“ einen „Anspruch auf die Erlaubnis“ habe. Der



**Umweltpolitikerin Puttrich**  
„Absurde Vorwürfe“

Entwurf einer Zusage war schon fertig, da nahm der Fall politische Fahrt auf.

Zwar will BNK das Areal nur erkunden. Die Erlaubnis hätte „keine Bohrung, keine seismische Untersuchung und schon gar keinen Einsatz von Chemikalien“ erlaubt, räumte sogar Puttrich Ende 2012 ein. Aber je näher die Wahl rückte, desto mehr flatterten wohl die Nerven.

Das Bundesbergbaugesetz konnte Puttrich schwer im Alleingang ändern. Aber es gab Wege, seine Anwendung zu bremsen. Zunächst wurde BNK aufgefordert, an gut hundert betroffene Gemeinden Kopien des Antrags zu schicken. Dann wurden auf Druck des Ministeriums ein geologisches und ein juristisches Gutachten angefordert, obwohl das Gesetz derlei nicht verlangt. Das Bergbauamt protestierte vergebens gegen jeden neuen Verfahrensschritt: „Bereits die Beteiligung der Städte und Gemeinden war ... bedenklich“, heißt es in einer internen Mail. Auch noch ein Rechtsgutachten zu bestellen könne eine Schadensersatzklage wegen Verschleppung provozieren. Doch das Gutachten kam. Die beauftragte Rechtsprofessorin empfahl so umfangreiche Datenerhebungen, dass die Darmstädter ächzten, dies sei „weder erforderlich noch personell leistbar“.

Auch das Gutachten selbst fand wenig Applaus. Ein Beamter rügte in einer Synopse, „unkorrekt“ zitierte Urteile und „zweifelhafte“ Rechtsauslegung. Sein Kollege beklagte sich direkt beim Behördenchef über das Ministerium. Es gehe nur noch darum, „eine politische Position der Ministerin über uns umzusetzen“. Seine Meinung habe er dem Ministerium offen gesagt. „Natürlich war diese nicht erwünscht und kam auch gar nicht an.“ Am Ende erzwang Puttrichs Haus einen ablehnenden Bescheid.

Die BNK-Anwälte, die Klage eingereicht haben, sagen, das Ministerium habe ihnen nur auf hartnäckige Bitten das Rechtsgutachten übersandt, von dem der Erfolg ihres Antrags abhing. In vier Bundesländern habe BNK ähnliche Erlaubnisse „reibungslos“ erhalten.

Ministerin Puttrich weist den Vorwurf der politischen Verschleppung als „absurd“ zurück. Seit 2011 kämpfe Hessen für ein „moderneres Bergrecht“, früher als andere Länder habe man sich gegen Fracking ausgesprochen. „Wir lehnen Fracking ab, solange Gesundheits- und Umweltrisiken nicht ausgeschlossen werden können.“ Durch die Gutachten sieht ihr Haus seine Linie bestätigt.

Die Hessen-SPD freut der Wirbel: „Wir wollen Fracking dauerhaft verhindern“, verkündet der Umweltpolitiker Timon Gremmels. „Aber ein rechtsstaatliches Verfahren muss es geben.“

MELANIE AMANN





Rückkehrer Stojanow bei Zwischenstopp auf einer Raststätte in Österreich, Hamburger Obdachlosenunterkunft Pik As, Heimatdorf Kadiköy: *Für*

MIGRATION

# Im Bus der geplatzten Träume

Der bulgarische Wanderarbeiter Iwan Stojanow verließ seine Familie mit dem Versprechen, in Deutschland genug Geld für ein besseres Leben zu verdienen. Doch in Hamburg landete er auf der Straße. Von der Stadt bekam er nur die Rückfahrkarte – 130 Euro.

Iwan Stojanow hatte alle Zweifel verdrängt, als er in Hamburg in den Bus nach Hause stieg; lieber hatte er sich an die Schönheit seiner Frau Alija erinnert, an die Klugheit seiner erwachsenen Söhne Sevgin und Sevdin. Doch jetzt, da ihn nur noch ein Feldweg von Alija, Sevgin und Sevdin trennt, verlässt Iwan Stojanow, Schreiner aus dem Dorf Kadiköy in Bulgarien, der Mut.

Einen Moment lang will er umdrehen, weglaufen, vor seiner Scham. Dunkelheit umfängt Kadiköy, Hunde bellen. Wie kann er ohne Geld nach Hause kommen? Als Versager? Wovon soll die Familie leben? Stojanow bleibt vor seiner Hütte stehen und setzt die Reisetasche ab. Sein Atem stockt, seine Hände zittern. Er klopft an die Tür. Er ruft: „Alija, ich bin hier!“

Mehr als eine Million Menschen sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gezogen – so viele wie zuletzt vor 18 Jahren. Ingenieure aus Bulgarien, Handwerker aus Spanien, Köche aus Polen. Iwan Stojanow kam im Herbst 2012 nach Hamburg, um Geld zu verdienen. Aber seine Geschichte ist keine Geschichte des Erfolgs. Erst wurde Stojanow von Landsleuten betrogen, dann von deutschen Arbeit-

gebern verjagt, schließlich sammelte er Flaschen und lebte auf der Straße.

Die deutsche Wirtschaft brauche ausländische Fachkräfte, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Demografiegipfel im Mai. Ihre Regierung bemüht sich, qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland anzulocken. Aber für Migranten, die hier scheitern, oft weil sie den Ansprüchen des Arbeitsmarktes nicht entsprechen, gibt es bisher keinen Plan.

In seiner letzten Nacht in Hamburg hat Iwan Stojanow unruhig geschlafen. Um drei Uhr morgens schleicht er aus dem Zimmer in der Obdachlosenunterkunft Pik As. Im Flur schlüpft er in die Kleider, um die Mitbewohner nicht zu wecken; rasiert sich, putzt seine Schuhe.

Stojanow ist ein kleingewachsener Mann mit kurzen, grauen Haaren und müdem Gesicht. Er trägt eine weite Stoffhose, eine frisch gewaschene Sportjacke. Er will schick sein für das Wiedersehen mit Alija. Der Nachtwächter des Pik As nickt ihm zum Abschied zu. Stojanow geht durch leere Straßen, vorbei an Boutiquen. Der Busbahnhof ist hell beleuchtet. Auf Monitoren blinken die Reiseziele auf: Kiew, Oslo, Bratislava.

Stojanow hievt sein Gepäck in den Kofferraum eines Busses und steigt ein. Die Luft ist stickig, es ist eng. Ein Mädchen schreit. Stojanow schließt die Augen. Es gibt für ihn keinen Grund, wehmütig zurückzublicken. Hamburg ist für ihn der Ort seiner schlimmsten Niederlage.

Für 130 Euro hat Stojanow ein Ticket nach Bulgarien bei Eurolines gelöst. Die Kosten trägt die Stadt Hamburg; sie bezahlt ihm lieber die Heimfahrt, als dafür zu sorgen, dass er bleiben kann. Bundesweit klagen Kommunen über eine wachsende Zahl an Obdachlosen, da durch EU-Osterweiterung und Euro-Krise vermehrt Menschen aus ärmeren, europäischen Ländern nach Deutschland kämen. In Niedersachsen, südlich von Oldenburg, leben Rumänen in Matratzenlagern im Wald, in München schuf das Evangelische Hilfswerk Notunterkünfte.

Hamburg versucht in einem Pilotprojekt, osteuropäische Obdachlose zurück in ihre Herkunftsländer zu vermitteln. Allein im Juni nahmen 98 Menschen dieses Angebot in Anspruch. Stojanow hatte lange gezögert. Er hoffte bis zuletzt auf einen Job. „In Bulgarien bist du nichts wert, wenn du nicht für deine Familie sorgen kannst“, sagt er.



Zuwanderer, die hier scheitern, gibt es keinen Plan

Die meisten Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien finden sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt gut zurecht, sie haben nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit häufiger einen Job als der Schnitt der in Deutschland lebenden Ausländer. Iwan Stojanow gehört zum kleineren Teil der Migranten aus dem Osten – zu denen, die vor sozialer Not in der Heimat flohen und in Deutschland nichts anderes fanden als Ausbeutung und Elend. Männer wie er arbeiten als Scheinselbständige auf dem Bau ohne Kranken- oder sonstige Sozialversicherungen, Frauen schufteten als Putzhilfen oder privat als Altenpflegerinnen. Wenn sie krank werden oder ihre Anstellung verlieren, sind sie auf sich allein gestellt. Deutsche Firmen oder Familien, die ihre Arbeitskraft gern nutzen, erklären sich dann oft für nicht zuständig.

Ein Mann aus seinem Heimatdorf hatte Stojanow vergangenen Herbst nach Hamburg gelotst. In Deutschland würde jeder Arbeit finden, versprach er. In Bulgarien gab es für Stojanow nichts zu tun. Er beriet sich mit seiner Frau, sie sagte: „Geh! Wovon sollen wir hier leben?“

Stojanow ist das Leben und Arbeiten in der Fremde gewohnt. Als sein Betrieb, eine Nagelfabrik, nach der politischen Wende 1990 pleiteging, bildete er sich zum Schreiner fort, suchte sich Jobs in Griechenland, in einer Werft, auf dem Bau, als Erntehelfer. In den Sommerferien kehrte er oft mit Geschenken und Geld nach Kadiköy zurück.

Das änderte sich mit Beginn der Euro-Krise 2010, die griechischen Unternehmen begannen zu sparen. Niemand hatte noch Bedarf an Hilfsarbeitern aus Bulgarien. Stojanow und seiner Familie ging das Geld aus. Er verkaufte sein Pferd und die Kutsche. Umgerechnet 400 Euro brachte das. Die Hälfte davon gab er Ali-

ja, der Rest war sein Startkapital für Deutschland. 100 Euro kostete die Fahrt. 10 gab er auf der Reise für Essen und Trinken aus. Mit 90 Euro kam er im September 2012 in Hamburg an.

Stojanows Bus macht Halt in Kassel, weitere Reisende steigen zu. Viele der Passagiere sind Arbeitsmigranten, die ihre Familie in der Heimat besuchen. Sie sprechen Rumänisch, Bulgarisch, Türkisch. In letzter Zeit sind häufig Heimkehrer unter den Fahrgästen. Männer und Frauen mit verschlossenen Gesichtern und vernarbten Händen.

Eine Frau setzt sich neben Stojanow. Sie trägt ein Kopftuch, ihre Stirn wirft Falten. Die Frau spricht Deutsch, sie sagt, sie arbeite seit zehn Jahren in Deutschland, zuletzt habe sie in Kassel Wohnungen geputzt. Das Geld schicke sie ihrer 15-jährigen Tochter, die im rumänischen Sibiu zurückgeblieben ist.

Seit Rumänien und Bulgarien 2007 der EU beigetreten sind, dürfen deren Bürger ohne Visum nach Deutschland einreisen. Der Arbeitsmarkt ist für sie immer noch beschränkt, sie können jedoch etwa als Selbständige tätig sein. Dadurch sei die Konkurrenz groß geworden und der Lohn niedriger, klagt die alleinerziehende Mutter. Sie selbst kehre deshalb zu ihrer Tochter nach Sibiu zurück.

Stojanow sagt, vielleicht sei er naiv gewesen, als er nach Deutschland aufbrach und hoffte, sich eine Existenz aufzubauen. Andererseits habe ihm damals sein Bekannter versprochen, ihm eine Wohnung und einen Job zu verschaffen. Doch als er in Hamburg ankam, nahm ihm der Mann das Geld für die Reise ab und meinte nur, er könne nichts mehr für ihn tun. Stojanow wusste nicht, wohin, sprach kein Deutsch. Er schlief die ersten Nächte auf Parkbänken und unter Brücken. Er lebte von einem Stück Brot am Tag und

rauchte Zigarettenstumpen, die er von der Straße aufblas.

Landsleute gaben ihm den Rat, im Stadtteil Wilhelmsburg nach Arbeit zu suchen. Dort wohnen viele Migranten aus der Türkei. Stojanow selbst gehört einer türkischen Minderheit in Bulgarien an. Er fragte auf der Straße und in Teehäusern nach Jobs. Er half auf einer Baustelle aus und bei einem Schrotthändler. Aber nichts war von Dauer. Er schlief weiter auf der Straße. Der Tau, der sich morgens über ihn legte, machte ihn krank. Ein einziges Mal telefonierte er mit seiner Frau. Er sagte: „Alija, Sorge dich nicht. Ich bin wohlauf.“ Er erzählte ihr nicht von seinem Leben auf der Straße. Sie hätte es ohnehin nicht verstanden, glaubt er. Weil Deutschland doch ein reiches Land ist.

Stojanows Bus rauscht durch die violett-schwarze Nacht. Fahrgäste erzählen Witze, eine Frau stillt ein Kind. Am nächsten Morgen, nach rund 30 Stunden, hält die Gruppe am Bahnhof in der rumänischen Grenzstadt Arad. Das Gelände ist mit Stacheldraht eingezäunt. Vor dem Kiosk stehen bärtige Männer an Plastiktischen und trinken Dosenbier. Techno dröhnt aus den Boxen. Barfüßige Kinder laufen um den Wagen. Arad ist ein Knotenpunkt. Hier kreuzen sich die Wege derer, die gerade voller Hoffnung nach Deutschland aufbrechen, und jener, die wie Stojanow enttäuscht zurückkehren.

Nach Wochen auf der Straße hatte Stojanow in Hamburgs Winternotprogramm in der Obdachlosenunterkunft Pik As einen Platz gefunden. Gemeinsam mit elf Menschen lebte er dort auf wenigen Quadratmetern. Es stank nach Alkohol, Schweiß, Urin. Immer wieder kam es zu Raufereien zwischen den Bewohnern. Für 210 Plätze in der Unterkunft standen zuletzt fast 400 Bedürftige an. Die Sozialarbeiter legten Matratzen in den Fluren



FOTOS: SEDAT WEDER.COM

**Lebensmittelladen in Kadiköy, Heimkehrer Stojanow mit Frau und Söhnen: „Geh! Wovon sollen wir leben?“**

aus. „Das System der öffentlichen Unterbringung steht vor dem Kollaps“, sagt Rembert Vaerst, Geschäftsführer des Hamburger Unterkunftsbetreibers „fördern und wohnen“.

Stojanow lernte einen Bulgaren mit kaputtem Knie kennen, „Hinkebein“. Der Mann vermittelte ihn an einen Gebrauchtwagenhändler. Stojanow half bei Renovierungsarbeiten, klopfte Pflastersteine fest, strich Wände. Er verdiente fünf Euro in der Stunde, die Hälfte davon musste er an Hinkebein abtreten. Damit er den Rest an seine Familie schicken konnte, stellte er sich mittags in die Schlange der Armenspeisung. Zwei Monate lang schufte er für den Autohändler, dann gab es nichts mehr zu tun.

„Noch 200 Kilometer bis nach Bukarest!“, ruft der Fahrer. Der Bus rauscht durch verlassene Dörfer. Alte Frauen verkaufen Gurken und Tomaten am Wegesrand. Die Häuser haben Dächer und Wände aus Wellblech. Jedes zweite steht leer. Ihre Bewohner sind fortgegangen – viele von ihnen nach Westeuropa.

In Bukarest wechselt Stojanow das Fahrzeug. Bis nach Bulgarien geht es in einem Kleinbus weiter. Im Radio läuft Balkan-Pop. Schlaglöcher erschüttern den Wagen. Ein Mann und eine Frau streiten. Sie hat als Prostituierte in Deutschland gearbeitet. Er ist offenbar ihr Zuhälter. „Du bist so hässlich, dich will keiner“, brüllt er. Stojanow versucht wegzuhören. Er hat sein Gesicht gegen die Scheibe gepresst. Fragen arbeiten in seinem Kopf: Hätte er länger in Deutschland durchhalten sollen? Wird er jemals wieder Arbeit finden?

Nach mehreren Monaten ohne Aufträge war Stojanow im Frühjahr in das Büro von Andreas Stasiewicz am Hamburger Hauptbahnhof gegangen. Stasiewicz betreibt eine Anlaufstelle für obdachlose Einwanderer aus Osteuropa, eine seiner Aufgaben ist es, ihre Rückreise zu organisieren. Wer zu Stasiewicz geht, der hat aufgegeben, für den geht es nicht mehr vorwärts, sondern nur noch zurück.

Vor zweieinhalb Jahren hat Andreas Stasiewicz gemeinsam mit einer polnischen Stiftung begonnen, Obdachlose aus Polen in ihre Heimat zurückzuvermitteln.

Inzwischen hat er das Projekt mit Geldern der Stadt Hamburg auf ganz Osteuropa ausgedehnt. Er schätzt, dass allein in der Hansestadt 1000 Migranten aus osteuropäischen Ländern auf der Straße leben. Stasiewicz weiß, dass er mit seinem Angebot die Probleme der Menschen meist nur verlagert, aber nicht löst. Eigentlich, sagt er, brauche man Programme, die Migranten die Ankunft in Deutschland erleichterten, die sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen. Aber dafür fehle das Geld – und der politische Wille.

Auf der EU-Innenministerkonferenz in Luxemburg kündigte Hans-Peter Friedrich (CSU) im Juni an, Rumänen und Bulgaren, die Sozialleistungen missbrauchten, auszuweisen und Einreisesperren zu verhängen. Damit schürt der Bundesinnenminister Ressentiments gegen Migranten. Denn Belege für eine vermeintliche

### „In Bulgarien bist du nichts wert, wenn du nicht für deine Familie sorgen kannst.“

Einwanderung in den Sozialstaat, so kritisiert Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, gebe es keine. Bürger aus Rumänien und Bulgarien bezögen seltener Sozialleistungen als der Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung in Deutschland.

Andreas Stasiewicz, der selbst aus Polen in die Bundesrepublik eingewandert ist, sagt, es sei ein Skandal, dass die Regierung einerseits für ein vereintes Europa und einen einheitlichen Markt werbe, gleichzeitig jedoch EU-Bürger in Not sich selbst überlasse. So lief auch das Winternotprogramm in der Obdachlosenunterkunft Pik As im April aus. Iwan Stojanow hätte dann wieder unter Brücken oder in Parks schlafen müssen. Stasiewicz überzeugte ihn schließlich, nach Bulgarien zurückzukehren.

Stojanows älterer Sohn Sevgin fällt dem Vater als Erster um den Hals. Seine

Frau Alija wartet mit dem Enkel auf dem Arm. „Opa! Opa!“, ruft der Junge. Stojanow wischt sich die Tränen aus dem Gesicht und folgt ihnen in die Hütte.

Seit einem Dreivierteljahr war er nicht mehr zu Hause. Auf der Reise von Hamburg nach Kadiköy gingen ihm unzählige Gedanken durch den Kopf, die er mit seiner Familie teilen wollte. Doch jetzt weiß er nicht, was er sagen soll. Seine Frau fährt sich durch die Haare, kocht Tee. „Papa, wie ist Deutschland?“, fragen die Söhne. Stojanow schweigt und lässt sich auf ein Bett fallen.

Am nächsten Morgen tritt er in den Garten, der von Schutt bedeckt ist. Auf einer Leine hängt Wäsche zum Trocknen. Seine Söhne jäten Unkraut. Sie sind beide Anfang zwanzig und arbeitslos. Sie würden gern wie ihr Vater und viele ihrer Freunde nach Deutschland gehen, aber sie haben kein Geld für die Reise. Iwan Stojanow läuft durch Kadiköy. Er zeigt auf leerstehende Ruinen: „Die gehören Menschen, die nach Europa gezogen sind.“ Dann zeigt er auf Häuser mit Satellitenschüsseln auf dem Dach und einem Auto vor der Garage. „Die gehören Menschen, die nach Europa gezogen sind und reich wurden.“

In Bulgarien verdienen Arbeiter in einem Jahr etwa so viel wie Deutsche in einem Monat. Solange die Einkommensunterschiede in Europa derart groß sind, wird kein noch so strenges Gesetz verhindern können, dass Menschen auswandern.

Stojanow trifft seine Schwägerin im Nachbarort, um sie um Geld zu bitten. Die Familie hat 700 Euro Schulden beim Lebensmittelhändler. Seine Frau wusste nicht, wie sie das Essen bezahlen sollte. Sie versprach, ihr Mann werde seinen Lohn aus Deutschland schicken. „Dein Mann ist ein räudiger Hund“, antwortete der Händler, „er kann nicht einmal seine Familie ernähren.“

Stojanow will erst mal als Tagelöhner schuften in Russe, der nächsten Stadt. Er muss seine Schulden zurückzahlen. Wenn ihm das gelinge, sagt er, wolle er etwas sparen – und sich noch einmal nach Deutschland aufmachen.

MAXIMILIAN POPP



# Adenauers Narreteien

Auf politische Satire im Karneval reagieren Politiker heute eher amüsiert. Dem ersten Kanzler galten Jecken mitunter noch als Staatsfeinde.

Die traditionelle Herrensitzung des Kölner Karnevalvereins „Lyskircher Junge“ war eigentlich immer eine feuchtfröhliche Angelegenheit gewesen. Doch am 1. Januar 1952 kam es zum Eklat. Der populäre Büttneredner Karl Küpper, genannt „D'r Verdötschte“ (der Verrückte), hob die Hand zum Hitlergruß und verkündete: „Et ess ald widder am rähe!“ (Es regnet schon wieder) und kritisierte damit den Einfluss alter Nazi-Kader auf die Bundesrepublik.

Danach spottete Küpper über die hohen Wiedergutmachungsanträge „ehemaliger Großagrarier und Rittergutsbesitzer“ aus den Ostgebieten, kritisierte die mangelnde Kohleversorgung in der Bundesrepublik und verunglimpfte Bundeskanzler Konrad Adenauer „in ausgesprochen abfälliger und gehässiger“ Manier, wie es einen Monat später in einem bislang geheimen Vermerk des Bundesinnenministeriums hieß. Der Kölner Bürgermeister Robert Görlinger und zahlreiche Stadtverordnete verließen bei Küppers Rede empört den Saal.

Nur wenige Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ hatten sich die Jecken des rheinischen Karnevals angewöhnt, von Artikel 5 des Grundgesetzes, dem Recht auf freie Meinungsäußerung, ungeniert Gebrauch zu machen. In den Karnevalshochburgen nahmen sie die Politik der Bonner Regierung aufs Korn.

Eines von Adenauers Lieblingsprojekten, die westdeutsche Wiederaufrüstung, kam bei den Jecken besonders schlecht an. Als Militärs kostümierte Büttneredner fragten: „Remilitarisierung – ja oder nein?“, und antworteten sogleich mit: „Ohne uns!“. In Umzügen robbten als Soldaten verkleidete Karnevalisten

durch die Stadt. Auf Papp-Panzern war zu lesen: „Wer soll das bezahlen?“

Der erste Kanzler der Bundesrepublik, gebürtiger Kölner, begegnete dem rheinischen Kulturgut Karneval daher mit wachsender Skepsis – bis es ihm 1952 ganz offensichtlich zu viel wurde.

Denn am 1. Februar landete ein ungewöhnlicher Punkt auf der Tagesordnung des Bonner Kabinetts: Adenauer und seine Minister diskutierten über die „zersetzenden und gehässigen Satiren“ bei karnevalistischen Veranstaltungen. Auf persönlichen Wunsch des Kanzlers wurde Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) schließlich beauftragt, „mit den Oberbürgermeistern einiger Haupt-Karnevalsstädte Rücksprache zu nehmen“.

Die Bonner Regierung wollte spöttische Karnevalisten zum Schweigen bringen und prüfte rechtliche Schritte gegen unliebsame Redner. Adenauer und sein Kabinett werteten die höhnischen Polit-Satiren nicht als Zeichen einer erblühenden Demokratie, sondern als staatsfeindliche Akte. Bislang geheim gestempelte Dokumente aus dem Jahr 1952, die das Bundeskanzleramt nun auf Antrag des SPIEGEL freigegeben hat, zeigen einen unsicheren Adenauer, der der Meinungsfreiheit im Karneval eher enge Grenzen setzen wollte.

Schon kurz nach der jecken Kabinettsitzung bestellte Innenminister Lehr die

Bürgermeister von Köln, Düsseldorf, Mainz und München ein. Denen gab er zu verstehen, die bei Karnevalsveranstaltungen geübte Kritik sei geeignet, der „mit aller Kraft um den Aufbau ringenden Demokratie schweren Abbruch zu tun“. Die Herren Bürgermeister sollten doch bitte ihren Einfluss „in Richtung einer die öffentliche Autorität untergrabenden Kritik ausüben“.

Wenige Tage später gab sich der Kölner Oberbürgermeister gegenüber dem Innenministerium problembewusst. Die Stadt Köln habe „schon seit Ende 1949 angefangen, auf die Träger der großen Karnevalsveranstaltungen zur Vermeidung von Auswüchsen einzuwirken“. Er ahnte offensichtlich, dass seine Ausführungen über die Kontrolle der Karnevalisten in Köln nicht gut ankommen würden, und bat das Innenministerium, sie geheim zu halten. Trotzdem erklärten er und die anderen Bürgermeister sich bereit, ihren Einfluss im Sinne Bonnens geltend zu machen.

Die karnevalistische Zensur von 1952 traf zuweilen sogar dieselben Satiriker wie unter den Nazis.

Büttneredner Küpper war bereits vor 1945 mit einem Redeverbot belegt worden. Er hatte bei seinen Auftritten den Hitlergruß gezeigt und gesagt: „Su hu litt bei uns dä Dreck em Keller!“ (So hoch liegt bei uns der Dreck im Keller). Nach seinem Auftritt in Köln verhängte der Leiter des „Bürgerausschusses Kölner Karneval“, Thomas Liessem, erneut ein faktisches Redeverbot gegen Küpper.

Die Maßnahmen reichten dem Innenminister jedoch nicht. Am 8. Februar ließ er prüfen, inwieweit ein rechtliches Vorgehen gegen die „zersetzende Kritik“ auf Karnevalsveranstaltungen „möglich und politisch zweckmäßig“ sei.

Das Ergebnis war für das Kabinett ernüchternd: Der Ausgang möglicher Strafprozesse gegen Jecken, so ein Beamter des Bundesjustizministeriums Referat VI A 3a, sei „nicht immer gewiss“, die Beweisaufnahme schwer. Es müsse damit gerechnet werden, „dass unnötige Freisprüche ergehen“. Das größte Problem sei, dass die Aburteilung solcher Vergehen „vor rheinischen Richtern“ erfolge, „die den karnevalistischen Bestrebungen weitgehendes Verständnis und Nachsicht“ entgegenbrächten.

Die Narren blieben offenbar unbehelligt – und Kanzler Adenauer reagierte auf seine Weise: Er ging 1952 nicht zum Karneval.



Adenauer-Puppe im Münchner Fasching\*: „Zersetzend und gehässig“

\* 1961.

FELIX BOHR

SPIEGEL - GESPRÄCH

# „Ich habe Mitleid mit Steinbrück“

Nach vier Jahrzehnten im Bundestag zieht der frühere CSU-Wirtschaftsminister Michael Glos, 68, Bilanz – er kennt die Schwächen Edmund Stoibers und die Stärken Angela Merkels.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL



**SPIEGEL:** Herr Glos, Sie waren 37 Jahre lang im Bundestag, aber am Ende sind Sie gescheitert.

**Glos:** Wie kommen Sie darauf?

**SPIEGEL:** Sie haben fast vier Jahrzehnte lang hart gearbeitet, aber ein christsozialer Kanzler ist weit und breit nicht in Sicht.

**Glos:** An mir hat es nicht gelegen. Ich habe es ja versucht und für Strauß und Stoiber hart gekämpft. Aber derzeit haben wir leider keine so überragende Persönlichkeit, die dafür in Frage käme.

**SPIEGEL:** Sie waren es, der 2002 als CSU-Landesgruppenchef dafür sorgte, dass Edmund Stoiber Kanzlerkandidat wurde und nicht Angela Merkel. Da ist Ihnen gelungen, was danach nicht mehr viele schafften – Sie haben die CDU-Chefin ausgebremst.

**Glos:** Ein Stück weit sicherlich, aber es war zu ihrem Vorteil. Angela Merkel hat ja die Theorie vertreten, sie könne nicht CDU-Vorsitzende bleiben, wenn sie sich nicht mit allen Mitteln für die Kanzlerkandidatur bewerben würde. Meine Theorie war: Die CDU hat noch nie einen

Verlierer überleben lassen. Selbst als Helmut Kohl 1976 sagenhafte 48,6 Prozent holte, aber nicht Kanzler wurde, musste er vier Jahre später Franz Josef Strauß den Vortritt lassen.

**SPIEGEL:** Ihre Selbstlosigkeit in Ehren, aber Sie wollten nicht Merkel schützen, Ihnen ging es darum, mit Stoiber den ersten CSU-Politiker zum Kanzler zu machen.

**Glos:** Natürlich war das auch mein Ziel. Gerhard Schröder stand damals in vollem Saft, aber er hatte mit wirtschaftlichen Problemen und der steigenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Stoiber dagegen schrieb man durch den Erfolg in Bayern in Wirtschaftsfragen große Kompetenz zu.

**SPIEGEL:** Trotzdem hat es nicht gereicht.

**Glos:** Im Wahlkampf 2002 sind Fehler passiert. Nur ein Beispiel: Ein Redakteur der „Bild“-Zeitung hatte damals Stoibers Berater angerufen und gesagt: „Du, ich kann den Stoiber ganz groß rausbringen – ihr müsst nur Schröder zum TV-Duell fordern.“ Solche Fernsehduelle gab es davor in Deutschland nicht. Ich selbst hatte die rhetorischen Fähigkeiten des damaligen Bundeskanzlers nie unterschätzt.

**SPIEGEL:** Das hat die Niederlage besiegelt, nicht das Hochwasser?

**Glos:** Es hat jedenfalls nicht zum Sieg von Edmund Stoiber geführt. Stoiber hat sich thematisch gut geschlagen. Aber Schröder ist einfach der größere Schauspieler, und am Ende schlug er eiskalt zu.

**SPIEGEL:** Wäre Karl-Theodor zu Guttenberg ein möglicher CSU-Kanzler gewesen?

**Glos:** Viele, auch ich, dachten damals daran. Aber vermutlich hätte der große Hype um seine Person auch ohne die Plagiatsaffäre nicht durchgetragen.

**SPIEGEL:** Haben Sie das auch schon so gesehen, als er als Wirtschaftsminister die Säle füllte?

**Glos:** Guttenberg war nicht meine Erfindung. Er kam als junger Bundestagsabgeordneter in die Landesgruppe, und ich habe ihn in den Auswärtigen Ausschuss geschickt. Ich suchte jemanden, der sich intensiv um die Beziehungen zu Amerika kümmern würde. Guttenberg konnte zudem gut Englisch. Obwohl viele Menschen aus Europa wegen der Adelsheerrschaft ausgewandert sind, gibt es dort auch heute noch viel Bewunderung für gekrönte Häupter. Ein „Count Guttenberg“ hatte und hat da heute noch viel Anziehungskraft.

**SPIEGEL:** Sie meinten also, Guttenberg wäre da gut aufgehoben.

Das Gespräch führten die Redakteure Konstantin von Hammerstein und Peter Müller.

**Glos:** Er hat das mit der Außenpolitik glänzend gemacht. Ich habe das auch sehr erlebt. Drei Wochen bevor in Iran Ahmadinedschad gewählt wurde, bin ich als Landesgruppenchef nach Teheran geflogen und habe Gutenberg gebeten, mich zu begleiten. Er war bestens vorbereitet und hatte ein blendendes Benehmen. Schade, dass die Entwicklung eingetreten ist, die wir alle kennen. „Hosianna“ und „Kreuzigt ihn“ liegen oft sehr eng beieinander.

**SPIEGEL:** Als Bundeswirtschaftsminister war er Ihr Nachfolger.  
**Glos:** Deswegen habe ich mich auch nie öffentlich über ihn geäußert. Aber die Wirkung, die er bei den Menschen erzielte, war schon verblüffend. Wie heißt es in der Heilsgeschichte:

„Darf ich den Saum seines Gewandes berühren?“ Aber es gab auch diejenigen, die nach seinen Reden gefragt haben: Wo war der Inhalt? Was hat er eigentlich gesagt?

**SPIEGEL:** Sind Sie dieser Faszination auch erlegen?

**Glos:** Ja und nein. Natürlich war er einer, den sich viele als Kanzler vorstellen konnten. Weil ich seinen dauerhaften Erfolg wollte, habe ich ihn nach der Wahl 2009 vor dem Hype gewarnt. Als klar war, dass die CSU das Wirtschaftsministerium nicht behalten durfte, nahm ich Gutenberg auf die Seite und sagte: „Karl-Theodor, ich gebe dir den guten Rat, hebe den Finger und sage, ich will Landesgruppenchef werden. Da kannst du dir die Machtbasis nachbauen, die du noch nicht hast.“

**SPIEGEL:** Und? Was hat er geantwortet?

**Glos:** Seine Antwort war spätestens sichtbar, als er als Verteidigungsminister vereidigt worden ist.

**SPIEGEL:** Sie haben fast vier Jahrzehnte lang alle Spitzenpolitiker kennengelernt. Was hatten die, was er nicht hatte?

**Glos:** Erfahrung und viele Narben. Schauen Sie, Politiker, die ganz nach vorne gekommen sind, sind allesamt durch harte Schulen gegangen. Von Gerhard Schröder war schon die Rede. Oder denken Sie an Helmut Kohl. Beide kamen aus kleinen Verhältnissen und haben sich durchgeboxt. Nehmen Sie Theo Waigel, der auch das Zeug zum Kanzler hatte. Der durfte damals nur aufs Gymnasium, weil sein Vater wollte, dass er später Pfarrer wird. Ich selbst musste nach dem frühen Tod des Vaters auf ein Studium verzichten und den Mühlenbetrieb unserer Familie übernehmen.

**SPIEGEL:** Wie passt Angela Merkel da rein?

**Glos:** Sie passt rein. Sie hatte eine schwierige Vergangenheit in der DDR und



Konservative Glos, Kohl 1993: „Erfahrung und viele Narben“

**Glos:** ... sondern Frau Merkels Konterfei. Meine Begründung war: „Du bist die Jägermeisterin im Erlegen eitler Männer. Deine Trophäenwand ist reich bestückt. Und wenn ich mich in der ersten Reihe so umsehe, sitzen da welche, die auch dort landen werden.“ Da haben dann viele noch geschmunzelt, die heute nicht mehr über diesen Scherz lachen können.

**SPIEGEL:** Und Frau Merkel hat auch gelacht?

**Glos:** Na ja. Ja. Aber mehr fürs Fernsehen.

**SPIEGEL:** Sie haben den Aufstieg Angela Merkels aus nächster Nähe erlebt. Warum konnte sie so viele Widersacher von Edmund Stoiber über Friedrich Merz bis Roland Koch abservieren?

**Glos:** Ich habe damals auch gesagt: Sie ist in der Lage, ihre Uneitelkeit als Waffe einzusetzen.

**SPIEGEL:** Wollen Sie ernsthaft behaupten, Angela Merkel sei völlig uneitel?

**Glos:** Ob es bei ihr eine Tugend oder kühle Überlegung ist, weiß ich nicht. Eitelkeit wäre jedenfalls eine Schwäche, die sie daran hindern könnte, große Ziele zu erreichen. Das wäre ein Einfallstor für Leute, die sie mit Honig zu Fall bringen wollen. Sie verbietet sich, dafür empfänglich zu sein.

**SPIEGEL:** Wie ist Ihr Verhältnis zu Angela Merkel heute?

**Glos:** Wir telefonieren ab und an, zu Weihnachten zum Beispiel am ersten Feiertag gegen 17 Uhr. Ab und zu lädt sie mich auch zum Mittagessen ins Kanzleramt. Ich kann mich nicht beschweren. Ich mag die Kanzlerin.

**SPIEGEL:** Sie simsens nicht mit ihr.

**Glos:** Ich simse grundsätzlich nicht. Ich telefoniere!

**SPIEGEL:** Als Landesgruppenchef waren Sie fast 13 Jahre lang einer der mächtigsten Männer der Republik und Kanzlermacher, als Wirtschaftsminister wurden Sie dann als „Schlaftablette auf zwei Beinen“ verhöhnt. Haben Sie es bereut, Minister geworden zu sein?

**Glos:** Wenn ich ehrlich bin, zwischendurch schon. Ich habe das Ministerium ja übernommen, weil Stoiber nach den Koalitionsverhandlungen 2005, die er als designierter Wirtschaftsminister geführt hat, in Bayern geblieben ist. Ich habe den Edmund damals bekümmert, sich ein anderes Ministerium auszusuchen: „Edmund, was willst du bitte sehr mit dem Wirtschaftsministerium? In Bayern ist das anders. Da läuft man als Wirtschaftsminister mit segnender Hand durchs Land und rettet Firmen. Im Bund aber geht es um liberale Ordnungspolitik – und das ist nicht immer

musste in jungen Jahren in einem Unrechtsstaat ihren Weg finden. Ich habe ihren Vater nie kennengelernt, aber er galt als einer, der sehr hart sein konnte. Das stählt für die Politik, glauben Sie es mir.

**SPIEGEL:** Sind jüngere Abgeordnete heute automatisch schlechter, weil sie keine Nachkriegskindheit hatten oder nicht im Kommunismus aufgewachsen sind?

**Glos:** Nicht unbedingt. Jeder ist natürlich ein Kind seiner Zeit. Junge Kolleginnen und Kollegen haben einen anderen Erfahrungshorizont. Schnelle Nachrichten in den sozialen Netzwerken sind für sie oft wichtiger als Beruf und Lebenserfahrung. Ich halte auch die finan-

## „Merkel hatte eine schwierige Vergangenheit in der DDR. Das stählt für die Politik.“

zielle Unabhängigkeit für wichtiger als einen Test im Windkanal auf besonders rasche Anpassungsfähigkeit an den Zeitgeist.

**SPIEGEL:** Als Angela Merkel ihren 50. Geburtstag feierte, haben Sie der CDU-Chefin eine Flasche Jägermeister geschenkt. Warum?

**Glos:** Angela Merkel hatte sich damals einen Hirnforscher als Festredner in die Parteizentrale bestellt, das war ein Jahr, bevor sie zum ersten Mal Kanzlerin wurde. Ich war erst als zweiter oder dritter Redner dran, da muss man schon was bieten, damit die Leute noch zuhören. Da habe ich mir eine Sonderedition Jägermeister bestellt.

**SPIEGEL:** Und darauf war kein Hirsch zu sehen ...

populär.“ Die „Schlaftablette“ hat mich schon deshalb geärgert, weil ich damals eine akute Stirnhöhlenverengung hatte.

**SPIEGEL:** Sie wussten damals noch nicht mal, wo genau das Ministerium in Berlin lag, obwohl Sie in der Nähe wohnten.

**Glos:** Ja, und als ich dann in das Haus eingezogen war, fremdelten wir gegenseitig. Da gab es keine Deutschland-Fahne, noch nicht mal eine Büste von Ludwig Erhard, nichts. Und die Leute dort wussten gar nicht, wie ein CSU-Mann so aussieht. Einer hat mich dann mal in vollem Ernst gefragt: Herr Glos, wo ist denn Ihre Lederhose?

**SPIEGEL:** Sie waren Wirtschaftsminister in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise und trotzdem weitgehend unsichtbar. Warum haben Sie sich von Merkel aufs Abstellgleis schieben lassen?

**Glos:** Unsinn. Alle Gesetze zur Überwindung der Wirtschaftskrise kamen aus meinem Haus. Für die Finanzkrise war nun mal Finanzminister Steinbrück in erster Linie zuständig.

**SPIEGEL:** Es sah aber oft so aus, als habe er Sie an den Rand gedrängt. Haben Sie heute Verständnis für seine Situation als angeschlagener SPD-Kanzlerkandidat?

**Glos:** Er hat sich als Kabinettskollege mir gegenüber nicht immer kameradschaftlich verhalten. So arg, wie es ihn jetzt trifft, hätte ich ihm das aber nicht gewünscht. Dass er so viel Prügel bezieht, erzeugt bei mir die schlimmste Reaktion, die ein Politiker hervorrufen kann – Mitleid.

**SPIEGEL:** Die Bürger wählen am Ende kein Opfer.

**Glos:** Richtig. Ich glaube, Angela Merkel wird in jedem Fall die Wahl gewinnen. Der Beifall, den Peer Steinbrück bei seinen Vorträgen vor einem ausgewählten zahlungskräftigen Publikum bekam, fehlt ihm heute schmerzlich.

**SPIEGEL:** Sie selbst waren bei den Nebeneinkünften die Nummer zwei im Bundestag und verdienten nicht viel weniger als Steinbrück. Finden Sie es eigentlich fair, wenn ihm seine Honorare im Wahlkampf vorgeworfen werden?

**Glos:** Damit hat er rechnen müssen. Was mich betrifft, kann ich sagen: Neid muss man sich erarbeiten, Mitleid bekommt man umsonst.

**SPIEGEL:** Sie sagen, die Wahl sei gelaufen, doch die Begeisterung, weiter mit der FDP zu regieren, ist noch nicht mal bei der Union besonders groß.

**Glos:** Was die Person des Kanzlers angeht, ist die Wahl wohl gelaufen. Gegenwärtig gehe ich davon aus, dass Schwarz-Gelb weiterregiert, aber Niedersachsen hat gezeigt, wie knapp das werden kann. Für Rot-Grün wird es nicht reichen. Und ich glaube auch nicht, dass Steinbrück mit einer Regierung zurechtkommt, die von den Linken toleriert wird. Dann gibt es schlimmstenfalls wieder eine Große Koalition. Wer weiß, vielleicht gibt es sogar Schwarz-Grün. Dann würde den Grünen



PETER KNEFFEL / DPA

**CSU-Star Guttenberg 2009\*:** „Wo ist der Inhalt? Was hat er gesagt?“

passieren, was die SPD und in abgeschwächter Form auch die FPD erleben mussten: Frau Merkel regiert, und sie dürfen ein bisschen mitmachen.

**SPIEGEL:** Da sind Sie aber froh, dass Sie dann nicht mehr im Parlament sitzen.

**Glos:** Wissen Sie, die Grünen haben sich verändert und sind realistischer geworden. Jürgen Trittin ist zwar Lautsprecher, aber er ist ein Mann von gestern, der aus der Zeit gefallen ist. Er wird so oder so keine große Rolle mehr spielen. Seine Beliebtheit auch in der eigenen Partei hält sich in engen Grenzen.

**SPIEGEL:** Als Sie sich vor kurzem in Berlin mit einem Fest verabschiedet haben, war Ihr Parteichef Horst Seehofer nicht dabei, obwohl er ebenfalls in Berlin war. Warum haben Sie ihn nicht eingeladen?

**Glos:** War er nicht eingeladen? Jedenfalls hätte er nicht gestört.

**SPIEGEL:** Warum ist Ihr Verhältnis immer noch so schlecht?

**Glos:** Wir waren immer nur „Parteifreunde“. Jedenfalls leistet er in Bayern gute Arbeit und wird besonders in Oberbayern sogar verehrt.

**SPIEGEL:** Hat Seehofer die Verwandtenaffäre in Bayern gut gemeistert?

**Glos:** Wie beten wir beim Vaterunser? „Und führe uns nicht in Versuchung.“ Da ist viel Wahres dran. Im Bundestag gibt es klare Regeln, die es im Bayerischen Landtag nicht gab. Da rutscht man nicht mal eben in eine Beschäftigung der Ehefrau als Sekretärin hinein.

**SPIEGEL:** Seehofer sagt, er habe nichts vom Gebaren seiner Parteifreunde geahnt.

**Glos:** Dann wird es so sein. Offensichtlich ist er in Bayern nur „allmächtig“, aber nicht „allwissend“.

**SPIEGEL:** Hat die Affäre der CSU die Chance auf eine absolute Mehrheit verhegelt?

**Glos:** Nein, denn sie betrifft alle Parteien im Bayerischen Landtag. Ich glaube, dass die CSU die absolute Mehrheit schaffen wird. Wir haben bei der vergangenen Landtagswahl 2008 allein in Oberbayern 21 Prozent verloren. Wir Franken standen treu zu unserem fränkischen Landsmann Günther Beckstein. Wenn die Kandidatur von Seehofer allein die verlorenen Stimmen in Oberbayern zurückbringt, steht die absolute Mehrheit.

**SPIEGEL:** Als junger Abgeordneter waren Sie vor 37 Jahren mit dabei, als die CSU-Landesgruppe bei ihrem legendären Treffen in Wildbad Kreuth beschloss, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen. Wie haben Sie damals abgestimmt?

**Glos:** Darüber habe ich 37 Jahre geschwiegen, und jetzt soll ich es ausgerechnet im SPIEGEL verraten?

**SPIEGEL:** Wo denn sonst?

**Glos:** Also gut. Sagen wir, ich habe mich damals mitreißen lassen von der Argumentation von Franz Josef Strauß. Gerade an uns Junge gerichtet, fragte er: „Wollt ihr ein bequemes Leben oder das Land regieren und ran an die Kanonen?“ Ich habe mich damals für die Kanonen entschieden.

**SPIEGEL:** Herr Glos, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* Mit Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer beim Besuch der Handwerksmesse in München.





## Was war da los, Herr Perugini?

Simone Perugini, 48, Pferdetrainer aus Siena, über göttlichen Beistand: „Als ich mit Indianos in der Kirche stand, hatte ich Angst, dass er äpfelt, aber zum Glück beherrschte er sich. Wir hatten ihn in die Kirche gebracht, damit Gott ihm vor dem ‚Palio di Siena‘ seinen Schutz mitgibt. Dieses Pferderennen ist eines der härtesten der Welt. Zehn Stadtteile von Siena treten dabei gegeneinander an, die Jockeys reiten ohne Sattel. Ich habe Indianos durch die Seitentür in die Kirche geführt, über die Stufen hatte der Pfarrer ein Brett gelegt. Wir blieben nur ein paar Minuten, die Gemeinde sprach ein Gebet, der Pfarrer hielt die Hände über Indianos' Kopf. Dann waren die nächsten Pferde dran. Als wir draußen waren, habe ich mich glücklich gefühlt. Ich glaube, dass Gott Tiere genauso liebt wie ich. Beim Rennen wurde Indianos Zweiter.“

FABIO MUZZI / GETTY IMAGES



Rennpferd Indianos

## Zerstören Plastikhandschuhe den Genuss, Herr Ritter?

*Metzger und Bäcker tragen Einweghandschuhe, bevor sie Wurst und Brötchen anfassen. Guido Ritter, 48, Ernährungswissenschaftler an der Fachhochschule Münster, erklärt, ob das Essen dadurch anders schmeckt.*

**SPIEGEL:** Herr Ritter, sind Ihnen beim Wursteinkauf die Handschuhe aufgefallen, die Verkäufer tragen?

**Ritter:** Ja klar, die Handschuhe erzeugen eine Krankenhausstimmung. Am Anfang musste ich immer an Ärzte denken, als ich die Handschuhe sah, aber ich glaube, die meisten Menschen haben sich an sie gewöhnt.

**SPIEGEL:** Sind sie notwendig?

**Ritter:** 80 Prozent der Infektionskrankheiten werden laut WHO über die Hände übertragen. Die Handschuhe scheinen davor zu schützen. Händewaschen reicht aber: wenn sich die Verkäufer jedes Mal die Hände waschen, nachdem sie andere Lebensmittel oder Geld angefasst haben.

**SPIEGEL:** Bringen die Handschuhe etwas, wenn die Verkäufer sie den ganzen Tag tragen?

**Ritter:** Nein, feuchtigkeitsdichte Handschuhe sind sogar hautschädigend.

**SPIEGEL:** Ist es bedenklich, wenn der Metzger seinen Kunden mit nackter Hand ein Wienerle reicht?

**Ritter:** Wenn der Metzger sich regelmäßig die Hände wäscht, muss



FRANZISKA KOARK / PICTURE-ALLIANCE / DPA

man sich als Kunde keine Sorgen machen.

**SPIEGEL:** Wieso tragen inzwischen so viele Verkäufer Plastikhandschuhe?

**Ritter:** BSE und Ehec haben das Bewusstsein der Menschen für Lebensmittelinfektionen geschärft. Alles fing mit dem sogenannten Spuckschutz an. Das sind diese Scheiben über den Essenstheken, die dafür sorgen, dass niemand auf die Mortadella hustet. Dann kamen die Handschuhe. Vielleicht kommt bald der Mundschutz.

**SPIEGEL:** Fänden Sie Mundschutze gut?

**Ritter:** Es wäre übertrieben, sofern der Metzger nicht an Tuberkulose leidet.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass wir Essen weniger genießen können, wenn es mit Plastikhandschuhen verkauft wurde?

**Ritter:** Ich kaufe gern in einem Feinkostgeschäft, dort tragen alle Verkäufer Handschuhe beim Portionieren. Ich habe mich so an die Handschuhe gewöhnt, dass ich das Essen weniger genießen könnte, wenn die Verkäufer keine Plastikhandschuhe trügen.

# Liebe geht durch die Nase

**EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE:** Wie eine blinde Engländerin ihren Mann in der Finsternis fand

Claire Johnson roch es, als ihr Freund Mark ihr einen Heiratsantrag machen wollte. Auf dem rechten Auge hat sie keine Sehleistung, auf dem linken Auge 0,9 Prozent. Mark saß am Frühstückstisch in ihrem Haus in England mit einem Strauß Rosen, vor einem Jahr war das, die Blumen dufteten. Mark ist blind. Er sagte: „Claire, würdest du mir die Ehre erweisen, meine Frau zu werden?“

Claire Johnson wusste, dass sie ja sagen würde, aber sie schwing einen Moment lang, es gab noch etwas anderes, das sie loswerden wollte.

Schließlich sagte Claire Johnson: „Ja, ich will dich heiraten, aber ich möchte dich bitten, dass du dich nie änderst.“

Claire Johnson und Mark Gaffrey wollen im kommenden Frühjahr heiraten. Blindenhunde sollen die Ringe zum Altar tragen.

Claire Johnson, 50, aus der Stadt Stoke-on-Trent konnte alles sehen, bis sie 24 Jahre alt war. „Dann hat meine Welt gestoppt“, sagt sie.

Sie sitzt vor ihrem Haus neben ihrem Freund Mark Gaffrey, 52, und erzählt ihre Geschichte. Bis sie 24 Jahre alt war, arbeitete Johnson als Sekretärin, sie fuhr Auto, ging ins Pub und tanzte manchmal in der Disco. Sie flirtete gern.

Dann bekam sie die Diagnose: „Brittle Diabetes“. Das ist ein besonders labiler Diabetes. Johnsons Blutzuckerspiegel bewegt sich wie eine Wespe, die in einem Glas gefangen ist. Von einer Sekunde auf die andere kann er absacken, und Johnson fällt in Ohnmacht. Eine Folge des Diabetes war, dass Johnson erblindete.

Sie fragte sich, was ihr Leben wert sei ohne Sehleistung, und sie fand keine Antwort.

Sie legte sich zu Hause ins Bett, verlor 16 Kilogramm Gewicht, weil sie nicht mehr aß, und wartete darauf zu sterben. Aber sie starb nicht.

Claire Johnson lernte, mit dem Blindenstock zu gehen, sie lernte Blindenschrift. Sie sagt, dass sie das Gefühl habe, sehende Menschen würden glauben, Blinde könnten normal leben, nur ohne Au-

genlicht. Johnson sagt: „Blind zu sein kann extrem frustrierend sein.“

Kopfsteinpflaster, zum Beispiel, sei fürchterlich, weil man dauernd stolpere. Ein Blindenhund verirre sich regelmäßig und gehe nur Strecken gut und sicher, die er kenne. Wenn sie ein Buch in Blindenschrift lesen wolle, dauere das viele Tage. Und sie treffe kaum Menschen, mit denen sie normale Gespräche führen könne. Es gehe immer nur um die Hunde.

te. Wenn ihm eine Tasse vom Tisch falle, könne er sie auffangen, bevor sie den Boden berühre, sagt er. Er wünscht sich nicht jeden Tag ein anderes Leben.

Als Johnson und Gaffrey sich kennenlernten, war er glücklich, aber er war allein. Er war mit einer sehenden Frau verheiratet gewesen, die Ehe war gescheitert. Gaffrey glaubt, es habe an seiner Blindheit gelegen.

Ein paar Wochen nach dem Blindenhund-Kurs rief Gaffrey Claire Johnson an und fragte, ob sie sich einmal treffen könnten, um über die Fortschritte mit den Hunden zu sprechen. Sie trafen sich in einem Café.

Gaffrey erzählte Claire Johnson davon, wie praktisch das iPhone sei, weil man es mit Sprachbefehlen bedienen könne. Er zog sein iPhone aus der Tasche und legte es in ihre Hände.

Gaffrey sagt, er habe ein Glimmen gespürt, als er ihre Hand berührte. Nichts, was in Temperaturen messbar gewesen wäre, sondern ein Glimmen, das vom Herzen kam. Es sei schwer, das einem sehenden Menschen zu erklären. Claire Johnson sitzt daneben, lächelt und sagt: „Ja.“

Gaffrey und Johnson verabredeten sich abends zum Essen in einem indischen Restaurant. Am Tag zuvor schickte Gaffrey Johnson eine Text-

nachricht auf Handy. Claire Johnson ging zu ihrer Mutter, mit der sie zusammenwohnt, und bat sie, die Nachricht vorzulesen. Die Mutter las: „Wenn du mich lässt, würde ich deine Welt sehr viel glücklicher machen.“

Gaffrey sagt, er möge Johnsons Lachen, das so frei klinge. Er möge die Form ihres Gesichts. Claire Johnson sagt, sie möge Gaffreys Duft. Beide sagen, sie mögen vor allem die langen Gespräche.

Gaffrey und Johnson wurden ein Paar. Einmal telefonierten sie, und Gaffrey sagte: „Claire, dein Blutzucker sackt gerade ab, du solltest etwas Süßes essen.“ Johnson sagt, Gaffrey sei der einzige Mensch, der an ihrer Stimme hören könne, wie sich ihre Zuckerwerte verhielten.

TAKIS WÜRGER



Paar Johnson, Gaffrey mit Blindenhunden

**When love really is blind: couple marry after guide dogs become an item**

A blind couple have told how they found love and got engaged - after their guide dogs became an item.

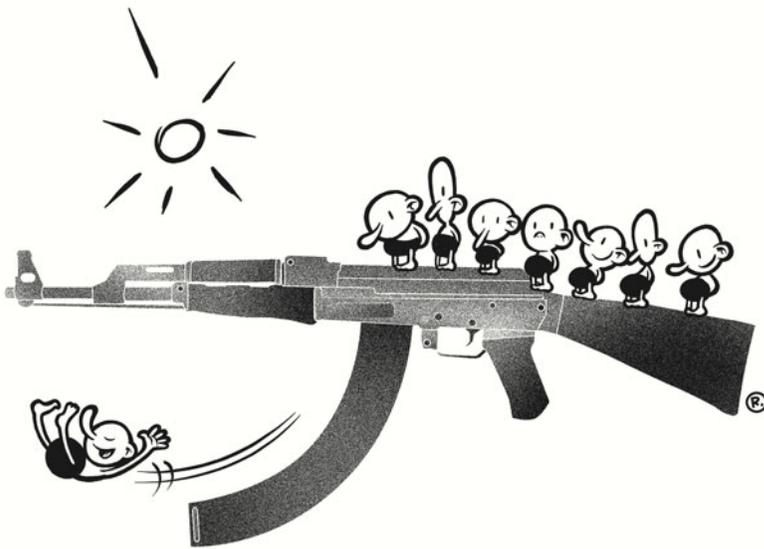
Von der Internetseite [telegraph.co.uk](http://telegraph.co.uk)

An vielen Tagen musste Claire Johnson daran denken, wie viel schöner es sein könnte, wenn sich ein paar Dinge ändern würden. Wenn das Kopfsteinpflaster verschwinden würde. Wenn die Menschen sich ändern und liebevoller würden. Johnson wollte leben, aber nicht so, wie sie es tat.

Claire Johnson traf Mark Gaffrey bei einem Kurs, der sie an ihren neuen Blindenhund gewöhnen sollte. Am letzten Tag fragte sie Gaffrey, ob seine Frau ihn abhole.

Er sagte: „Von welcher Frau redest du?“ Sie sagte: „Oh.“

Mark Gaffrey ist seit seiner Geburt blind. Er hat eine Zeitlang als Klavierstimmer gearbeitet, mag indisches Essen und hat den dritten Schwarzgurt in Kara-



# Kalashnikow

**HOMESTORY** Im Feriencamp erfahren Teenager, was russische und deutsche Männer unterscheidet.

Etwas irritiert war ich schon, dass der Leiter des russisch-orthodoxen Sommerlagers, dem ich vor zwei Jahren meine Söhne überließ, einen Tarnanzug der russischen Armee trug. Er hatte einen stechenden Blick und einen Bart, der bis an die Brust reichte, er erinnerte mich an Dostojewski-Figuren – und zwar an solche, denen man nicht unbedingt traut.

Moritz und Max, meine Söhne, 13 und 11, leben seit sechs Jahren mit uns in ihrer zweiten Heimat Moskau. Sie haben einiges an Russland ausgesetzt. Dass die Straße, die durch den Wald zu unserem Haus führt, einer Abfallhalde gleicht, weil es im Dorf keine Müllabfuhr gibt. Dass der Nachbar sein Gewehr nahm und unseren Hund erschießen wollte, als sich unser Rex und der Schäferhund des Nachbarn blutig ineinander verbissen hatten. Beim Fußball halten meine Jungs zu Deutschland, und den Darwinismus auf Moskaus Straßen kommentiert Moritz mit minutenlangen Vorträgen über die Vorteile deutscher Höflichkeit und Rücksichtnahme, so sieht er es jedenfalls.

Doch die beiden gingen klaglos ins russische Ferienlager, und ich bekam sie heil zurück.

Im vergangenen Jahr schickte ich sie nach Deutschland zum Zelten, mit einer christlichen Jugendgruppe meiner alten Mainzer Schule. Ich hatte selbst früher meine Sommerfreizeiten mit dieser Gruppe verbracht, wunderbare Wochen, wie ich fand. Es geht dort jetzt anders zu. Fußball und Geländespiele gibt es noch. Aber der Frühsport wurde gestrichen, die Rundzelte stehen nicht mehr irgendwo auf der Wiese, sondern in der Nähe eines Dorfs, und eine Blockhütte sorgt für Unterschlupf, falls es zu sehr regnet.

Sie lernten boxen. Sie zerlegten Sturmgewehre und bauten sie zusammen.

Moritz hat den ersten Flaum auf der Oberlippe und macht nicht mehr einfach, was ich sage; er hat genaue Vorstellungen darüber, was er will und was nicht. Ich dachte an Moritz' Vorliebe für deutsche Rücksicht und Höflichkeit. Ich dachte, die beiden würden zufrieden sein, als ich beim Abendbrot vorschlug: „Ich melde euch für diesen Sommer wieder in Deutschland an.“ Sie wollten nicht. Sie wollten ins russische Lager. Das sei cooler, sagten sie.

Sie gerieten ins Schwärmen. „Weißt du noch, wie wir die Russki-Jungs im Kalaschnikow-Wettbewerb abgehängt haben?“, sagte Moritz. Das Sturmgewehr musste zerlegt und wieder zusammengefügt werden. Moritz brauchte 19, Max 21 Sekunden. Ich bin Kriegsdienstverweigerer, und beim Wort Kalaschnikow zuckte ich noch heute zusammen, seitdem ein Freund und Kollege in den neunziger Jahren im Tschetschenien-Krieg mit einer Kalaschnikow erschossen wurde.

Im russischen Zeltlager hatten Moritz und Max mit einer Axt Bäume gefällt. Sie hatten boxen gelernt. Sie waren auf eine alte Buche am Ufer des Moskwa-Flusses geklettert und hatten mit den anderen Jungs an einem der Äste ein Seil befestigt. Tarzanka heißt das auf Russisch, Tarzan-Spiel. Sie hatten sich johlend über den Fluss geschwungen und aus fünf Meter Höhe in die Fluten gestürzt, gern auch synchron zu dritt. „Das würden die uns in Deutschland nie erlauben“, sagte Max.

Russische Zeltlager sollen etwas für Kerle sein. Manche Eltern, die ich kenne, normale, gebildete Leute mit ansonsten liberaler Weltanschauung, schicken ihre Söhne zum paramilitärischen Kosakenzeltlager auf die Krim. Sie vertrauen auf die raue Natur und hoffen, dass der Junge auf diese Weise zum Mann werde. Staatschef Putin halb nackt auf dem Pferd zu sehen – das passt zum russischen Männerbild, auch zu dem der orthodoxen Kirche: Die Frau hat mit den Kindern zu tun, der Mann ist Beschützer und Krieger. Die russisch-orthodoxe Kirche ist nicht sanft und pazifistisch, wie man es aus vielen deutschen Kirchengemeinden kennt.

Moritz ist eigentlich der Typ Teenager, dem am Strand der Sand wahlweise zu weich oder zu hart ist, der Wind zu stark oder zu schwach. Blasen am Fuß beklagt er, als stünde sein baldiges Ableben bevor. Und natürlich kommt der Besuch eines Musicals zusammen mit seinen Eltern einer Verletzung seiner Menschenwürde gleich.

Nach dem russischen Zeltlager hatte Moritz einen ganzen Monat lang nicht gejammert, während Max, der Jüngere, der sich gern vor Hausaufgaben drückt, auf einmal Disziplin bewies. Moritz nahm Muskelkater nach dem Eishockey-Turnier plötzlich als Auszeichnung hin. Im Lager hatte er vermutlich nach drei Minuten kapiert, dass man dort besser nicht über kaltes Wasser und Ähnliches klagt. Auch beim Boxen hatte er sich tapfer geschlagen, obwohl er zuvor selbst beim Fußball Wert legte auf körperloses Spiel.

Ich fing an, mir um Moritz und Max Sorgen zu machen. Schließlich kehren wir bald nach Deutschland zurück. Wahrscheinlich werden sie eher an einer deutschen als einer russischen Uni studieren. Harte Jungs aber stehen in Deutschland allenfalls im Millionenbestseller „Shades of Grey“ hoch im Kurs, ansonsten soll der moderne Mann vor allem Fähigkeit in der Betreuung von Säuglingen entwickeln.

Das ganze Leben ist ein Kompromiss, dachte ich, und ein echter Mann mal hart, mal weich. Moritz und Max fahren nun in beide Zeltlager: eine Woche Deutschland, zwei Wochen Russland. Die Russen wollten keinerlei Auskunft vor der Reise, bei ihnen liefert man die Kinder einfach ab. Die Deutschen wollten mehrere Unterschriften und schickten eine Packliste, rechtzeitig vor der Abfahrt, damit das Kind den Impfpass, die Krankenkassenkarte, außerdem Sonnenschutz, Sonnenbrille, Sonnencap und Aftersun nicht vergisst.

MATTHIAS SCHEPP



# Breaking

In dieser Zeitung war Baby Schimmerlos zu Hause, hier arbeiteten die Leute, die zum Vorbild wurden für die größte deutsche Presse-satire „Kir Royal“, hier wurde Zeitungsgeschichte geschrieben, hier lernten viele große Journalisten ihr Handwerk, in dieser Zeitung tippten die Redakteure vor drei Jahrzehnten noch jeden Tag für 300 000 Käufer.

Nun ist die Auflage der Münchner „Abendzeitung“ auf 107 634 Exemplare gefallen. Und Arno Makowsky, der Chefredakteur, muss lachen, als er der Auflagenkurve, die in einem Schaubild vor ihm liegt, mit einem Kugelschreiber den Aufwärtsskick im nächsten Jahr verpasst. Im riesigen Newsroom, gleich neben seinem Büro, ist inzwischen jeder dritte Schreibtisch unbesetzt.

Makowsky weiß, dass er diese Kurve nicht mehr nach oben bekommt, auch die Chefs der „Berliner Morgenpost“, des „Tagesspiegel“ und der „Berliner Zeitung“ wissen das, ebenso die Chefs vom „Hamburger Abendblatt“ und von der „Hamburger Morgenpost“. Sie alle wissen, dass es nur noch darum gehen kann, den Absturz abzubremsen. In Berlin, Hamburg und München haben die Lokalzeitungen in den vergangenen zehn Jahren rund 30 Prozent ihrer Leser verloren, und das in zuletzt immer steilerer Kurve.

Dass der Konzern Axel Springer AG das „Hamburger Abendblatt“, die erste Zeitung des Verlags, abstößt und sich weitgehend zurückzieht aus dem Markt der regionalen Tageszeitungen, hat nicht

nur die betroffenen Redaktionen geschockt. Es wirkt auf alle Print-Journalisten so, als habe da jemand – immerhin der mächtigste Verlag des Landes – krachend eine Tür zugeschlagen. Hinter dieser Tür beginnen, leise, die Totenglöckchen zu klingeln.

Wer noch immer – wie seit Jahren üblich – die Lage der Tageszeitungen schönredet, muss spätestens nun einsehen, dass ein Prozess im Gang ist, der die im 20. Jahrhundert zusammengewachsene Medienindustrie rückabwickelt.

Beides kann zum Vorteil der Journalisten und Leser sein, sind doch die großen Verlage in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem durch große Irrtümer aufgefallen.

Die Münchner „Abendzeitung“ ist in den Händen mittelständischer Verleger, denen man mangelndes Engagement für ihre Zeitung nicht vorwerfen kann. Chefredakteur Arno Makowsky lobt Anneliese Friedmann und Johannes Friedmann, Frau und Sohn des Zeitungsründers, für ihre an Mäzenatentum grenzende Geduld. Makowsky, 52 Jahre alt, weiß, dass die Treue der Leser, auf die sich Zeitungen in Deutschland jahrzehntelang verlassen konnten, schwindet. Das Netz, das Geld, der Tod, sie arbeiten gegen die Zeitungen: Vielen Zeitungen sterben die Leser weg; das Internet ist für viele Leser wichtigste Informationsquelle geworden; Nachrichten scheinen ihnen zu teuer; auch die Inserenten investieren weniger in die Blätter, die sie lange brauchten, um ihre Botschaften unters Volk zu bringen.

Brigitte Fehrle, die Chefredakteurin der „Berliner Zeitung“, muss gerade 26 Redakteure loswerden, damit ihrer Zeitung das Schicksal der „Frankfurter Rundschau“ erspart bleibt. Die „Frankfurter Rundschau“, 1945 gegründet, war im November letzten Jahres insolvent, 420 Mitarbeiter mussten gehen. Inzwischen hat die „Frankfurter Allgemeine“ („FAZ“) die „Frankfurter Rundschau“ übernommen.

Auch die „FAZ“ hat mit Auflagenverlusten zu kämpfen, machte im vergangenen Jahr 4,3 Millionen Euro Verlust, im zweiten Quartal dieses Jahres verlor sie 5,7 Prozent ihrer Käufer (gegenüber dem Vorjahr). Ihren überregionalen Konkurrenten „Süddeutsche Zeitung“ (minus 4,2 Prozent) und „Welt“ (minus 10,1 Prozent) geht es nicht besser.

„FAZ“-Mitherausgeber Frank Schirrmacher sieht kurzfristig keine Probleme für seine Zeitung, die Rücklagen seien beruhigend groß; mittelfristig setzt er auf steigende digitale Erlöse und den neuen Online-Chef, Ex-SPIEGEL-Chefredakteur Mathias Müller von Blumencron. Langfristig sieht er in der Zeitung „den Papier gewordenen Biorhythmus“. Eine gute Tageszeitung entschleunige „die Meldungshysterie der Online-Medien“ und durchbreche die routinierte „Maschinenarbeit“, die viele Tageszeitungen so langweilig mache. Sein Hauptkonkurrent Wolfgang Krach, stellvertretender Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“), sieht den Wert der Tageszeitung in der exklusiven Nachricht, in der originellen Einordnung, in der eigenen Meinung und

# News

Die deutschen Tageszeitungen verlieren rasant an Auflage, besonders in den Großstädten Berlin, Hamburg und München wenden sich die Leser ab. Da auch die Anzeigenerlöse einbrechen, sind viele Blätter bedroht. *Von Cordt Schnibben*

im „Lesevergnügen, das heißt in der besonderen Art, einen Vorgang zu erzählen“. Es müsse Spaß machen, die Zeitung zu lesen, sonst habe sie keine Chance.

Beiden ist aber klar, dass die Tageszeitung ihre Rolle als Definitionsmacht von öffentlicher Meinung im letzten Jahrzehnt weitgehend verloren hat. Welche Nachricht ins öffentliche Bewusstsein dringt, was skandalisiert und debattiert wird, das ist inzwischen die Folge eines schnellen Hin und Her zwischen Magazinen, Websites und TV, zwischen sozialen Medien wie Facebook und Aggregatoren wie Google.

Zeitungen – wenn sie schlecht sind – bilden am nächsten Morgen ab, was beim Hin-und-her-Flippieren herausgekommen ist; Zeitungen – wenn sie gut sind – liefern neue Kugeln für den neuen Tag.

Die kleine Regionalzeitung hat noch ein Informationsmonopol; die überregionale Tageszeitung kann mit Scoops der Enthüllung und Scoops der Einordnung beeindrucken; Lokalzeitungen in Städten wie Berlin, München und Hamburg leiden dagegen am stärksten unter der digitalen Konkurrenz.

Vor sechs großen Problemen stehen alle Redaktionen, egal ob lokal, großstädtisch oder überregional: Wofür braucht man Tageszeitungen? Wie tief dürfen die Auflagen sinken? Was können Redaktionen dagegen tun? Frisst das eigene digitale Angebot die gedruckte Zeitung? Kann man Online-Leser zahlen lassen? Wie sieht die Zeitung der Zukunft aus?

Das siebte Problem wurde im Juni auf dem sogenannten Zeitungsgipfel in Wies-

baden scharf vom Chef einer der großen Mediaagenturen formuliert: „Stellen Sie sich darauf ein“, rief er den versammelten Verlagsmanagern zu, „dass sich Zeitungen in Zukunft ohne Anzeigen finanzieren müssen!“ Mediaagenturen verteilen die Werbegelder der Unternehmen an TV-Stationen, Internetanbieter, Radiostationen, Zeitungen und Zeitschriften. Seit 2000 sind die Werbegelder, die den Tageszeitungen zugeteilt werden, um mehr als die Hälfte geschrumpft, weil die Unternehmen die Konsumenten entweder direkt ansprechen oder lieber Fernsehen und Internet nutzen.

„SZ“-Vizechefredakteur Krach nimmt die Prognose der Mediaagenturen ernst: Vor zehn Jahren waren 70 Prozent der „SZ“-Einnahmen Anzeigenerlöse, derzeit sind es noch 40 Prozent. Durch höhere Verkaufspreise konnten die Verluste zum Teil ausgeglichen werden.

Vor allem die großen Handelsketten schichten ihre Werbeetats um. Aldi kürzte seine Zeitungskampagnen binnen zwei Jahren um die Hälfte, Lidl um ein Drittel, in Berlin inserieren Rewe und Penny nicht mehr in Tageszeitungen.

Die Einbrüche bei den Werbeerlösen seien für die Tageszeitungen noch bedrohlicher als der Rückgang der Verkaufserlöse, sagt die Chefredakteurin der „Berliner Zeitung“, Brigitte Fehrle.

Es ist eine sich selbst beschleunigende Spiralbewegung: Je weniger Leser die Tageszeitungen haben, desto schneller fließen die Werbegelder ab. Und die Hoffnung der Verlage, dass die ins Internet strö-

menden Summen zu steigenden Werbeeinnahmen der Online-Seiten der Zeitungen führen, hat sich nur zu einem geringen Teil erfüllt. Die Millionen landen im Netz, aber nicht bei den Ablegern der Papiermedien. In den USA etwa saugt Google viermal mehr an Werbegeldern auf als die Websites aller Print-Medien zusammen.

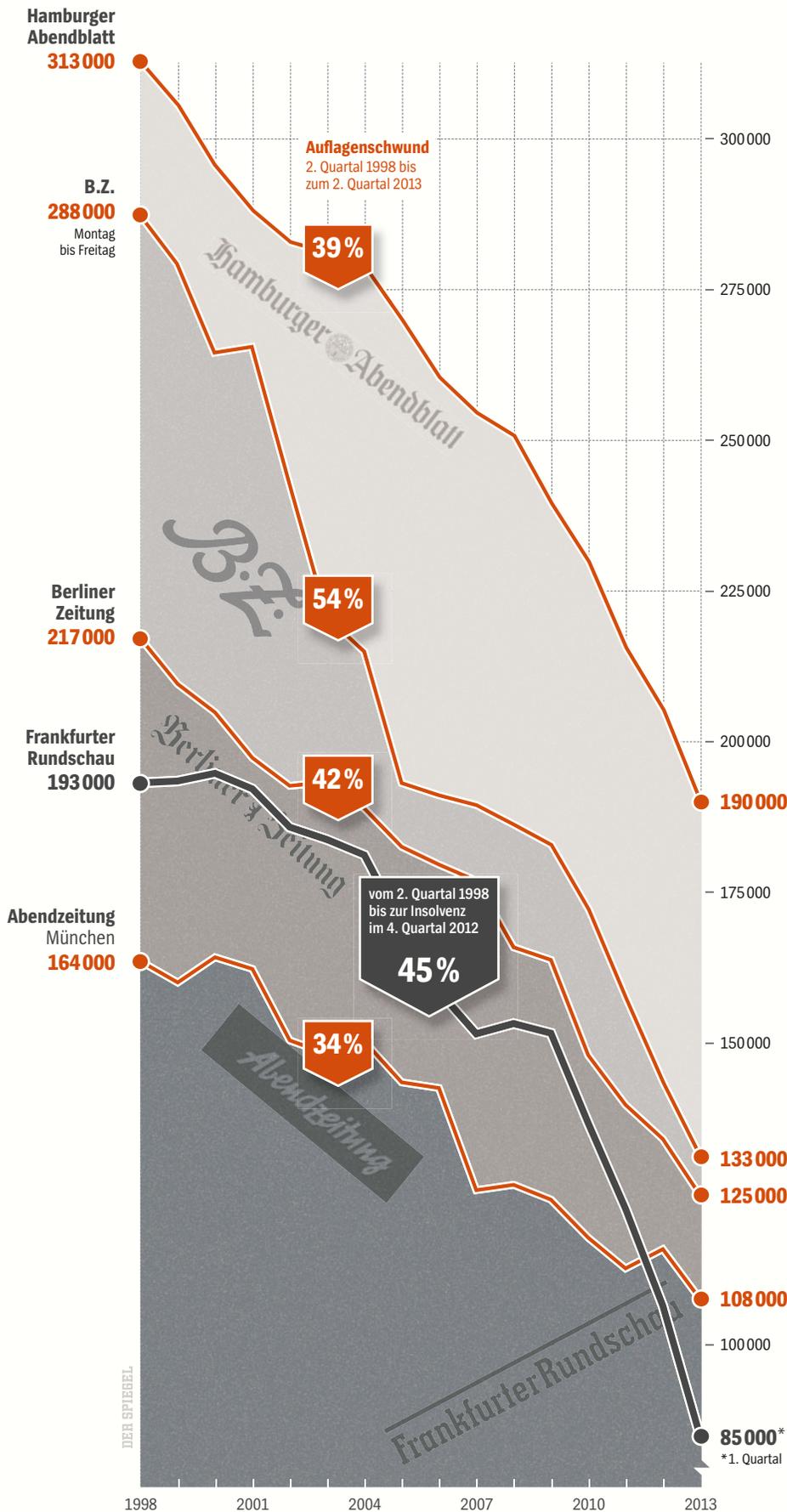
## Das Netz

Ökonomisch ist die Tageszeitung durch das Netz bedroht, noch mehr aber journalistisch. In den letzten Jahren haben im Internet Nachrichtenmedien Erfolg, die das Bedürfnis der Leser nach Informationen und Einordnung schneller, differenzierter und vor allem billiger erfüllen. Websites von Print-Medien, Aggregatoren wie Google und Flipboard, soziale Medien wie Facebook und Twitter, Dutzende neuer News-Apps wie tageschau.de, Huffington Post oder BBC News liefern dem interessierten Leser aktuelle Nachrichten. In Blogging-Diensten wie tumblr, in Netzmedien wie Carta oder Perlentauher, auf lokalen Seiten wie Ruhrbarone kann der User Nachrichten vertiefen und einordnen. Wer sich für Fußball interessiert, wird bei „Zonal Marketing“ oder „Spielverlagerung“ fundierter informiert als in den Sportteilen vieler Tageszeitungen, und so geht es Mediziner, Juristen, Architekten und Journalisten, wenn sie ihre Nische im Netz aufgespürt haben. Und wer jetzt, nach dem Springer-Clash auf die eigenen Blätter, nach Wahrheit sucht über die Lage der

# Zeitungs-drama

Verkaufte Auflage von Tageszeitungen

jeweils 2. Quartal, Montag bis Samstag, ohne E-Paper, gerundet; Quelle: IWW



Zeitungen, wird in Experten-Blogs und Foren des Netzes intelligenter bedient als in den Zeitungen.

Das Internet spinnt eine Gegenöffentlichkeit zu den klassischen Medien, indem es sie plündert, ihnen die Kontrolle und den Heiligenschein raubt; es zwingt die Print-Medien, ihre Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr wie Care-Pakete über den Lesern abzuwerfen: Das Netz macht aus Lesern Gesprächspartner, Korrektoren, Inspiratoren – und Nerven-sägen, Intriganten, Hetzer.

Seit die Online-Redakteure in der Redaktions-sitzung der „Süddeutschen Zeitung“ jeden Tag vor-trügen, welche Texte der eigenen Website oft geklickt und häufig empfohlen werden, sagt Stefan Plö-chinger, der Chef von Süddeutsche.de, verliefen Debatten in der Redaktion anders. Viele Print-Journalisten hätten nicht mehr gelernt, sich für das zu interessieren, was Leser bewege. Eine „ebenso erfreuliche wie manchmal vielleicht auch erschreckende Erfahrung“ sei es für den einen oder anderen Redakteur, „wie unmittelbar messbar“ die Resonanz „auf das ist, was er schreibt“, sagt Wolfgang Krach, Vizechef der gedruckten Ausgabe.

Bei der „SZ“ arbeiten Print- und On-line-Redakteure eng zusammen, aber mit unterschiedlicher Mission. Die einen erstellen ein Live-Medium, betont Plö-chinger, die anderen ein um 17 Uhr geschlossenes Blatt, das noch am nächsten Tag seine User begeistern muss. Das eine sei Echtzeitjournalismus, das andere täglicher Magazinjournalismus. Zwei News-desks, auf Zuruf voneinander entfernt, koordinieren im 22. Stock das Miteinan-der. Jeder Print-Redakteur mache Online, jeder Online-Redakteur mache Print, dieses Denken (jeder macht alles) „haben wir längst hinter uns gelassen“, weil „bei-de Medien unterschiedliche Talente und Qualitäten brauchen“.

Wer Online-Journalismus nur als anderen Vertriebskanal für Print-Jour-nalismus verstehe, sagt Krach, „der miss-versteht beide Medien“. Jeden Abend landen 10 bis 15 Artikel aus der Print-Ausgabe vom nächsten Tag auf der On-line-Seite, ausgenommen seien Texte, die „den besonderen Charakter der Zeitung ausmachen“.

Ein Fehler sei es gewesen, sagt Krach, „dass alle Zeitungsverlage geglaubt haben, sie müssten wertvolle Inhalte im Netz kostenlos anbieten“. Der Grund waren zwei Irrtümer: Die Online-Seiten wür-den – so die Hoffnung – dem Print-Pro-dukt neue Käufer beschern, und die Werbeeinnahmen der Websites könnten so hoch werden wie die Redaktionskos-ten – das haben nur ganz wenige geschafft.

An diesem Konstruktionsfehler des On-line-Journalismus arbeiten sich die Ver-lage und Redaktionen seit zehn Jahren erstaunlich geduldig ab, zur Freude der



„FAZ“-Mitherausgeber Schirmacher: „Jetzt wissen wir, die Zeitung ist das einzige nicht überwachungsfähige Medium“

Leser, die inzwischen den inhaltlichen Unterschied zwischen Website und Print-Produkt nicht mehr verstehen.

Von Zeitung zu Zeitung ist es sehr unterschiedlich – die Münchner „Abendzeitung“ stellt alle Texte der Zeitung auf die Website, der „Tagesspiegel“ auch, die „Berliner Zeitung“ etwa 80 Prozent, der „Donaukurier“ aus Ingolstadt keinen einzigen Text (wie meist auch der SPIEGEL). Weder Plöchingen noch Krach glauben an die Kannibalisierung der Print-Auflage durch die eigene Website. Krach sagt: „Nur etwa 15 Prozent der Leute, die die ‚Süddeutsche Zeitung‘ lesen, sind auch Nutzer von Süddeutsche.de.“

### Das Geld

Aber natürlich kannibalisieren alle Newsmedien des Netzes zusammen die Tageszeitungen. Und darum verlangen inzwischen 46 von 332 deutschen Zeitungen auf ihren Websites Geld für bestimmte Artikel („Bild“, „Hamburger Abendblatt“, „Lübecker Nachrichten“) oder für alle Artikel („Welt“, „Badische Zeitung“, „Saarbrücker Zeitung“) – falls ein Leser mehr als 20 Artikel pro Monat liest.

In den USA wollen schon 450 von 1380 Zeitungen durch Paid Content die Einnahmeverluste der Tageszeitungen ausgleichen, aber nur zwei bis vier Prozent der Leser zahlen bisher für Online-Journalismus. Die „New York Times“ hat

zwar inzwischen über 650 000 digitale Abonnenten, aber auch diese wohl beste Zeitung der Welt mit einer globalen Leserschaft kann nicht mal drei Prozent ihrer Online-Leser zum Zahlen bewegen.

„Absolut frustriert“ sei er über den Erfolg der „New York Times“, sagt „FAZ“-Herausgeber Schirmacher, er meint einen Erfolg, der in Wahrheit ein Misserfolg sei. „Wir stehen vor der Frage, was geistige Arbeit wert ist.“ Darum gehe es, wenn nun Journalismus im Netz bezahlt werden müsse. „Giganten wie Google wollen geistige Arbeit ausbeuten zum Vorteil ihres Gewinns.“ Man müsse jetzt die Gesellschaft fragen: „Seid ihr bereit, für journalistische Texte, wenn sie entsprechend angeboten werden, zu bezahlen? Wenn die Gesellschaft sagt, das wollen wir nicht, dann sind wir selber daran schuld.“

Ob die Gesellschaft bereit ist, für den Online-Journalismus der „Welt“ zu zahlen, könnte Chefredakteur Jan-Eric Peters schon beantworten, aber er will/darf/soll es nicht. Seit Dezember müssen die Leser der „Welt“-Website monatlich 4,49 Euro bezahlen, wenn sie mehr als 20 Artikel im Monat lesen wollen. Erst Ende des Jahres will der Springer-Verlag über Erfolg oder Misserfolg sprechen. Fünf Millionen Euro Programmierkosten hat die Einführung des „Metered Model“ gekostet, „an dem 100 Leute ein Jahr lang gearbeitet haben“, so Peters.

Chefredakteur Peters sieht die „Welt“ in einer Vorreiterrolle, auch journalistisch, weil die Zeitung vor sieben Jahren unter der Parole „Online first“ der Endlichkeit des Print-Journalismus Rechnung trug, Online- und Print-Redaktion zusammenlegte und jetzt mit „Digital first“ noch mehr als andere Zeitungen auf die digitale Vermarktung der „Welt“ setzt. Auf Smartphones und Tablets sollen Käufer gewonnen werden, die auf Papier nicht mehr zu erreichen sind.

4600 Exemplare der „Welt“ werden jeden Tag heruntergeladen, insgesamt 380 000 E-Paper deutscher Zeitungen kaufen die Deutschen täglich, das ist zwar fast doppelt so viel wie ein Jahr zuvor, aber immer noch sehr wenig. Tablets gelten als neue Chance für Zeitungen, etwa fünf Millionen sind in Deutschland im Gebrauch, in den USA scrollt und swipt schon jeder vierte Amerikaner auf den mobilen Computern. Sie sind tragbare Fernseher, Websites und Print-Medien in einem, sie vereinen die Brillanz von Illustrierten mit der Hintergründigkeit von Nachrichten-Magazinen und den bewegenden Bildern des Fernsehens.

Vor allem aber ermöglichen sie den Benutzern, wie Smartphones, ständig online zu sein: Das verändert den Leser, das Netz, den Journalismus und die Gesellschaft. Der Leser liest nicht nur, er füttert das Netz endlos mit Texten und Fotos; das Netz wird so zum Archiv der Gegen-



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL (L.); GORDON WELTERS / DER SPIEGEL (M.)

„Abendzeitung“-Chefredakteur Makowsky: „Wir tun alles dafür, dass es weitergeht“

„Berliner Zeitung“-Chefin Fehrl: „Wüste von wilden

wart; Journalisten bedienen sich in diesem Archiv, entwickeln neue Formen und neue Medien, deren Nutzer Anforderungen an Papiermedien entwickeln, die diese nicht erfüllen können. Es entwickelt sich langsam eine redaktionelle Gesellschaft von Online-Bürgern, die Zeitungen nicht mehr brauchen, um mitreden und mitgestalten zu können. Die jüngsten Aufstände in Istanbul und Brasilien boten wieder eine Vorahnung dieser Twitter-Weltgemeinschaft; und die Jagd nach den Tätern des Anschlags auf den Boston-Marathon zeigt, wie mächtig, schlaue und furchteinflößend dieser Journalismus ohne Journalisten inzwischen geworden ist.

Ähnlich wie die Polizei recherchierten Twitter-Reporter unter den Augenzeugen der Bombenanschläge, stellten – auf der Website reddit – Fotos aus dem Umfeld der Explosionsorte ins Netz, die Menschen mit auffälligem Rucksack zeigten, vor allem Menschen, die auf anderen Fotos plötzlich keinen Rucksack mehr trugen. So wurde ein junger Mann mit Baseballmütze als mutmaßlicher Täter identifiziert, der schnell auf der Titelseite der „New York Post“ landete: Neue und alte Medien liefen Seite an Seite in den Irrtum – der Mann war unschuldig.

Wer schnell über die wahren Täter informiert werden wollte, konnte auf der Website BuzzFeed – Stunden nachdem die Namen durchgesiebert waren – den Lebenslauf der beiden Brüder erfahren, ihre sportlichen Vorlieben, ihre Ansichten über die USA, ihre Schulerfahrungen, so ziemlich jedes Detail der vergangenen Jahre. Vieles, was im Netz zu finden war, hatte BuzzFeed zu einer illustrierten Geschichte der Brüder zusammengebaut.

Reddit und BuzzFeed sind in den USA häufig geklickte Websites, die Nachrichten sammeln und sortieren und die inzwischen mehr User haben als die „New York Times“. Ihr Geheimnis ist die Interaktivi-

tät: Leser sind gleichermaßen Produzenten und Konsumenten, sie füttern reddit mit Nachrichten, Fotos, Fragen. Die beliebteste Rubrik ist „Ask me anything“, in der Bill Gates, andere Experten und Prominente Fragen aller Art beantworten. Barack Obama nutzte reddit während seines letzten Wahlkampfs; innerhalb von einer halben Stunde brachten 13 000 Wortmeldungen die Seite zum Absturz.

Reddit ist ein sozialer Aggregator, nur gespeist von seinen Nutzern, bei BuzzFeed („The Viral Web in Real Time“) liefern auch Redakteure die Inhalte, die sich vor allem aus Videos, Fotos und Links zusammensetzen.

Von Managern des Konzerns Axel Springer wird BuzzFeed gern als Vorbild für mögliche neue digitale Medien gefeiert, Best-of-Listen von Fotos ägyptischer Demonstranten, Legenden der „Titanic“ und Frühstücksgeschichten machen Millionen Amerikaner süchtig.

Sie mögen offenbar diese Mischung aus nötigen und unnötigen Nachrichten, und letztlich erklärt das den Erfolg fast aller Nachrichtenseiten im Netz: Sie sind lesergesteuert, weil die Klicks verraten, was die Leser lesen wollen. Zeitungen sind redakteurgesteuert, sie richten sich eher danach, was Leser lesen sollen.

## Die Zeitung

Die Balance zu finden zwischen lesen sollen und lesen wollen ist der schwierige Job aller Online-Seiten deutscher Print-Medien. Die Redakteure können aber nicht verhindern, dass sich die Leser aus dem Angebot der Seiten ihre eigene Online-Zeitung zusammenstellen, und die kommt – oft zur Enttäuschung ihrer hochpolitischen Redakteure – meist einer Boulevardzeitung sehr nah.

Folgt man den Klickzahlen der welt.de-User, ist das Ressort Panorama das be-

liebteste, zu den meistgeklickten Texten gehören Beiträge über Büstenhalter und ein Buch über Sex in arabischen Ländern. Das Sudoku-Spiel auf der Website, so der Branchendienst meedia, ist sehr beliebt, eine Gemeinsamkeit mit den Lesern von Zeit-online, auch die sind – nach der Homepage – am häufigsten auf der Sudoku-Seite und der Seite „Blümchen-spiel“. Die stärksten Einzelartikel in den letzten Monaten: Steueraffäre Uli Hoenes und der Live-Blog Bayern – Barcelona. Oft gelesen: die Reportage „Der zärtlichste Porno der Welt“ und ein Kommentar zur Brust-OP von Angelina Jolie.

Bei Süddeutsche.de klicken die User besonders oft das Sportressort an und die Einzelseiten „IQ-Test“ und „Führerschein-Prüfung-Test“. Auf FAZ.NET liegen „Börsenspiel“ und „Bilder des Tages“ vorn. Im Vergleich mit anderen Websites von Print-Medien ist die Beliebtheit des Online-Feuilletons auffällig.

Online-Journalismus ist seichter als Print-Journalismus, könnte man aus alledem schließen – wenn man vergisst, dass die seriösen Print-Medien an jedem Kiosk in einem Meer aus Hirnlosigkeit, Prinzensinnenblättern und Abseitigem versinken.

Der Gegensatz zwischen Print- und Online-Journalismus ist bei der „Welt“ abgeschafft, „wir arbeiten ‚Online to Print‘, also drucken das, was wir für Online geschrieben haben“, sagt Chefredakteur Peters.

Der Online-User ist für jeden Journalisten gefährlicher als der Leser der gedruckten Zeitung. Der Print-Leser ist der Gefangene des Journalisten – sobald er den Preis für die Zeitung oder die Zeitschrift gezahlt hat, oft sogar lebenslang, wenn er Abonnent ist. Der Online-Leser ist wählerisch, launisch, sprunghaft, die nächste Website, das nächste Video, der nächste Song ist nur einen Klick entfernt. Und der Online-Leser hat zwei gefährliche Komplizen: Aggregatoren und soziale Medien.



Informationen“



„Welt“-Chefredakteur Peters: „Wir müssen maßgeschneiderte Produkte bieten“

Aggregatoren wie Google oder Flipboard durchstreifen das Netz nach Texten, Fotos und Videos, an denen der User interessiert ist. Sie führen den potentiellen Leser und Zuschauer auf die Websites, die zu bieten haben, was er sucht. „Und mit jedem Klick bei Google liefere ich der Maschine Informationen über mich, die sie zu Geld machen kann“, sagt „FAZ“-Herausgeber Schirmmayer.

30 Prozent der FAZ.NET-Leser kommen über Suchmaschinen auf die Seite, so der Branchendienst meedia, wenig im Vergleich zu welt.de (44 Prozent), ungefähr so viel wie bei Süddeutsche.de (35 Prozent), aber mehr als bei SPIEGEL ONLINE (21 Prozent).

Je stärker eine Marke im Netz ist, desto mehr User klicken direkt die Website an. Immer wichtiger für die Netzmedien sind die sogenannten sozialen Medien wie Facebook und Twitter, sie sind wichtige Umschlagplätze für Nachrichten geworden, seit Millionen User über sie Artikel empfehlen und verschicken.

20 Prozent aller Amerikaner, doppelt so viele wie vor zwei Jahren, konsumieren News vor allem über die sozialen Netzwerke, 35 Prozent sind es schon bei den 18- bis 24-Jährigen. Für die globale digitale Elite sind Facebook und Twitter die Leitmedien geworden.

„Soziale Medien liefern den Zeitungen noch mehr Rückkopplung vom Leser“, sagt „SZ“-Mann Krach, „und wir kommen an Informationen, an die wir vorher nicht herangekommen sind.“ Wie ein „permanenter Markttest“ wirkten Facebook und Twitter, sagt sein Online-Kollege Plöschinger, „die Empfehlungszahlen sind für uns entscheidend, nicht die Klickzahlen“.

Twitter und Facebook sind so gut wie konkurrenzlos, so wie es Amazon und Google sind. Die Schaltstellen der neuen digitalen Öffentlichkeit liegen in den Hän-

den amerikanischer Konzerne; da ist ein digital-industrieller Komplex herangewachsen, den viele erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden als Problem wahrnehmen.

Das Kapital beider sozialer Medien sind die über eine Milliarde Weltbürger, die auf der Suche nach Information, Orientierung und Unterhaltung das Netz durchstöbern – und dabei Hunderte Milliarden Daten über sich produzieren. Die werden kommerziell verwertet und, das wissen wir nun, auch geheimdienstlich. Das ist ein staatsmonopolistischer Kapitalismus neuer Art, ein digitaler Imperialismus, der nicht Länder erobert, sondern Datennetze und Hirne.

## Der Online-User ist für jeden Journalisten gefährlicher als der Print-User.

So bereitwillig Millionen User ihr Privatleben im Netz ausbreiten, so ahnungslos lassen sie sich ins Hirn schauen, wenn sie über Google, Facebook, Twitter, YouTube, Flipboard und Co. journalistische Texte suchen, bewerten, empfehlen und verschicken. Digitale Medien funktionieren in dieser Weise wie Hirnscanner, wie Suchmaschinen, die das Netz und die Köpfe im Dienste der Dienste durchwühlen.

Vor zwei Monaten hätte man so etwas für Verschwörungshysterie gehalten, inzwischen muss man davon ausgehen, dass

das passieren kann, während die User die Bequemlichkeit, die Effizienz, die Kommunikation, die Freude des digitalen Daseins genießen. „Die Zeitung“, sagt „FAZ“-Herausgeber Schirmmayer, „ist die richtige Antwort auf solch neue Ängste, sie ist das einzige nichtüberwachungs-fähige Medium.“

Partizipation ist das große Versprechen der digitalen Öffentlichkeit; an der eigenen Ausspähung beteiligt zu sein ist die große Ernüchterung. Wenn es nicht gelingt, diese Perversion abzuwehren, wird sich das Tempo der Digitalisierung verlangsamen. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit ist allerdings unumkehrbar, er wird getrieben von den Giganten, die an ihm verdienen, von den Verlagen, die in ihm die Rettung ihrer Geschäftsmodelle sehen, von den neuen Medien, die nur durch ihn existieren, von den Usern, die die Spielzeuge der digitalen Öffentlichkeit nicht mehr missen möchten.

Smartphones und Tablets ermöglichen ununterbrochene Partizipation, die funktioniert allerdings anders als die massenmediale Öffentlichkeit des 20. Jahrhunderts. Der digitale Bürger kommuniziert in Nischen, in vernetzten Gruppen, in Blogs, unter Followern und Freunden.

Er ist eine Mediendiva, verwöhnt von den Möglichkeiten der neuen digitalen Medien, gelangweilt von analogen Textbündeln, von Zeitungen, die ihm zu teuer sind und vollgestopft mit Texten, die ihn nicht interessieren. Er will maßgeschneiderte Ware, keine von der Stange, und billig soll die auch sein, am besten kostenlos. Er mag Flipboard, Zite, Huffington Post, tumblr, TED, taptu.

Die digitalen Angebote der Zeitungen sind ihm nicht innovativ genug, kaum verändert gegenüber den Papiausgaben, die neuen Möglichkeiten zu wenig nutzend. Das erklärt den mäßigen Erfolg der ePaper-Ausgaben, zumal die in Jahr-

zehnten gewachsene Lesekultur, die auch vom Griff zum Papier lebt, nachwirkt.

Auf den Tablets kann man, so sehen es viele, besonders lange Texte besser lesen als auf Papier, zudem kann man sie ergänzen mit Videos, Grafiken und zusätzlichen Informationen, aber die Evolution des Menschen ist immer viel langsamer als die Evolution seiner Erfindungen.

2012 hat sich die Zahl der Tablets hierzulande verdoppelt, bis zum Jahr 2016 sollen 24 Millionen Deutsche auf Tablets herumwischen; Millionen heruntergeladener Apps von deutschen Zeitungen und Zeitschriften zeugen von journalistischem Interesse ihrer Besitzer, aber die täglichen und wöchentlichen Käufe sind noch nicht berauschend.

Das Kalkül der Verlage, es reiche, die gedruckten Zeitungen über die digitalen Vertriebskanäle an neue Leser zu bringen, geht nicht auf. „Wir müssen anfangen, neu zu erzählen, die Möglichkeiten nutzen, die die Tablets bieten“, sagt „SZ“-Vize Wolfgang Krach. „360-Grad-Bilder, Videos, interaktive Grafiken, all diese Dinge, die wir in der gedruckten Zeitung nicht machen können.“

Print-Journalismus, der sich digital vermarkten will, muss vom Online-Journalismus lernen, vom Leserdialog, von den Formen, auch von der Sprache. Das Wort muss da dem Foto, dem Video, der Grafik weichen, wo es unterlegen ist; Journalismus zeigt nicht schon dadurch seine Qualität, dass Wortgebirge zu bewältigen sind.

Datenjournalismus, Audio-Slide-Shows, animierte Grafiken, all das, was der Online-Journalismus hervorgebracht hat, muss auf den Tablets mit den Print-Texten zum neuen digitalen Journalismus zusammenwachsen. „Wir können mit diesen neuen Formen eine Detailtiefe erreichen, die auf Papier nicht möglich ist“, sagt Plöschinger, der Chef von Süddeutsche.de.

## Der Widerstand

Aus der Mitte der Redaktionen muss dieser neue Journalismus kommen, um das in den Verlagen vorherrschende Missverständnis, Digitalisierung bedeute eigentlich nur, einen Vertriebskanal mehr zu haben, zu überwinden.

Nur digital kann der Print-Journalismus noch neue Leser und neue Erlöse finden, darum ist dieses Umdenken die erste Voraussetzung für das Überleben von Zeitungen. „Wir müssen zukünftig in unseren Redaktionen Journalisten haben, die programmieren können, auch um zu verstehen, was die Digitalisierung mit uns macht“, sagt „FAZ“-Herausgeber Frank Schirmmacher.

Bisher haben viele Tageszeitungen davon gelebt, dass sie für ihre Leser so etwas wie ein Familienmitglied waren, sie



„SZ“-Chefredakteur Kister, Vize Krach: Wenn sich Zeitungen im Netz nicht neue Erlöse sichern,

lagen – einmal adoptiert – immer da, pünktlich, zuverlässig, bekannt. Ihre Leser wollten das Gewohnte, und so wurden sie auch gemacht. „Gestern war die Gemeinderatssitzung, irgendwas muss geschrieben werden, heute steht’s in der Zeitung“, sagt „SZ“-Online-Chef Plöschinger, „dieses schematische Abhaken ist stilbildend für viele Zeitungen, in allen Ressorts.“ Aber dem Leser, zweite Voraussetzung dafür, dass er es bleibt, „reicht das heute nicht mehr, er will das Ungewohnte, nicht das Gewohnte.“

Jede Redaktion muss – dritte Voraussetzung fürs Überleben – sich klar machen, was sie unentbehrlich macht. Sie muss ihr Selbstverständnis und ihr Blatt schärfen; alles, was austauschbar ist, wird zukünftig von den Lesern ausgetauscht gegen irgendwas Ähnliches, das kostenlos im Netz herumschwirrt. „Die Zeiten sind vorbei“, sagt „Welt“-Chefredakteur Peters, „in denen man Zeitungen machen konnte, die praktisch alle erreichen, wir müssen maßgeschneiderte Produkte bieten.“

Peters ist überzeugt davon, dass – weil News heutzutage durch die Netzkonkurrenz weniger wert sind – der ökonomische Druck auf die Redaktionen weiter zunimmt. „Wir sind über die vergangenen Jahre weniger Journalisten geworden, und wir machen mehr Titel.“ Darum

muss sich jede Redaktion – vierte Voraussetzung – auf das konzentrieren, was sie besser kann als andere Blätter.

Was Blätter herausragend macht, sind, fünftens, ihre Autoren, also die Journalisten, die wie Marken funktionieren. „Sie werden in Zukunft sehr wichtig“, sagt Krach. „Kister, Prantl, Fried, solche Autoren binden die Leser an eine Zeitung.“

Außerhalb der Redaktionen profilieren sich Journalisten im Netz, Blogger mit Zehntausenden Lesern werden zu Marken, stehen für Unabhängigkeit. Diese Leute nicht als Gegner zu sehen, sondern als Debattenpartner, wird, sechstens, genauso wichtig für Redaktionen wie ein entspanntes Verhältnis zu all den lokalen Blogs und Netzmedien, die den Journalismus der Zeitungen ergänzen und herausfordern.

„Wir haben Online noch nicht gezeigt, was wir wirklich können“, sagt „FAZ“-Mann Frank Schirmmacher, „wir haben Wichtiges aus der Zeitung zurückgehalten, weil wir das Gefühl hatten, wir schaden uns selber.“ Das wird sich mit dem Bezahlmodell – für Ende des Jahres geplant – bei FAZ.NET ändern. Das Verhältnis von Print- und Online-Journalismus neu auszubalancieren, unter der Maßgabe, online nichts Wichtiges mehr zu verschenken, wird für alle Tageszei-



MARTIN SCHWARZBACH / ARGUS / DER SPIEGEL

können sie sich nicht mehr finanzieren

tungen die siebte, die wichtigste Überlebensaufgabe.

„Die größte Angst der Print-Redakteure ist, dass es dann zukünftig durch das Netz Quotenjournalismus gibt“, sagt „SZ“-Online-Chef Plöchinger. Wenn man nur darauf schiele, wie eine Geschichte läuft, also geklickt werde, verliere jede Website und jede Zeitung an Qualität.

Die „SZ“ will Ende des Jahres den großen Teil ihrer Online-Angebote kostenpflichtig machen, nur die Grundversorgung mit Nachrichten soll noch frei zugänglich sein. So ähnlich will es auch die „FAZ“ halten.

## Die Zukunft

Mehr Geld verdienen, neue Vertriebskanäle erschließen, billiger produzieren, die Qualität steigern, sich neu erfinden – das Überlebensprogramm der deutschen Tageszeitungen klingt kühl und kühn wie das Sanierungskonzept der deutschen Stahlindustrie vor Jahrzehnten. Einziger Trost: Deutsche Zeitungen können nicht in China zu Dumpingpreisen zusammengeschrieben werden.

In Ingolstadt, beim „Donaukurier“, kennt man die Sorgen in vielen Redaktionen, allerdings sind sie weit weg. Chefredakteur Gerd Schneider will sich und

sein Blatt nicht allzu laut loben, aber seit zehn Jahren ist die Auflage stabil, ein Rückgang von 0,8 Prozent in einem Jahr, wie gerade passiert, löst schon selbstkritische Diskussionen aus.

Der „Donaukurier“ ist eine gute, alte deutsche Tageszeitung. Durchschnittliches Alter der Leser: 52 Jahre. Kaum Arbeitslose im goldenen Viereck München/Nürnberg/Augsburg/Regensburg. Zuverlässig, behutsam, keine radikale Veränderung. So beschreibt der Chefredakteur seine Zeitung. Keine Print-Artikel kostenlos auf der Website. Rund tausend verkaufte ePaper-Ausgaben jeden Tag.

Auf solche Regionalzeitungen zeigen jene Verleger gern, die sagen, alles werde schon nicht so schlimm kommen. Immer noch 18 Millionen verkaufte Zeitungen, noch 332 Zeitungstitel, noch über 13 000 Redakteure, noch acht Milliarden Euro Umsatz. „Noch“ ist das Trostwort der Beschwichtiger, „schon“ das Alarmwort der Warner. Mehr als 50 Zeitungen eingestellt in den vergangenen 20 Jahren, schon fünf Millionen weniger Auflage in den letzten zehn Jahren, schon 1,3 Milliarden weniger Werbeerlöse seit 2006.

Bill Gates habe mal gesagt, bereits 2000 werde es keine gedruckte Zeitung mehr geben – mit solchen Sätzen machen sich die Chefredakteure des Berliner „Tagesspiegel“, Lorenz Maroldt und Stephan-Andreas Casdorff, Mut. Sie sind schon lange bei der Zeitung und reden über ihre Arbeit immer „noch“ mit der Leidenschaft von Pionieren: den Wochenendteil ausgebaut, die Nachrufseite neu erfunden, noch mehr Berlin-Seiten, und vor allem: „kein kaltes Blatt machen, das nur den Nachrichtenstrom abbildet“. Sie rattern Rankings herunter, in denen ihre Zeitung ganz oben ist, es klingt ein wenig nach den Erfolgsmeldungen an der Erntefront, früher, im „Neuen Deutschland“. Und je länger man diesen beiden leidenschaftlichen Blattmachern zuhört, desto mehr begreift man, dass Tageszeitung zu machen heute eine permanente Revolution ist, und Casdorff sagt es auch: „Revolution“, ständig neu denken, ständig ausprobieren und dann doch sehen, dass die Auflage nach unten geht, wenn auch nicht so steil wie bei den anderen Berliner Zeitungen.

Neue Produkte müsse man entwickeln; am Abend, da lesen die Leute, und drucken müsse man ja nicht mehr. In München, bei der „Abendzeitung“, sitzt Chefredakteur Arno Makowsky in seinem Büro und denkt in dieselbe Richtung. Wenn man Jüngere erreichen wolle, müsse man sie über Angebote auf dem Smartphone ansprechen, mehr Service, mehr Sport, mehr Fotos bieten als die Zeitung.

Fragt man ihn und andere Chefredakteure deutscher Tageszeitungen, was passieren werde, wenn die Bezahlmodelle nicht so viel Geld bringen sollten, um die sinkenden Erlöse der Papieraussgabe aus-

zugleichen, schaut man in ratlose Gesichter. Den Verkaufspreis für die Zeitungen drastisch erhöhen – da winkt die Chefin der „Berliner Zeitung“ ab, der Vize der „SZ“ allerdings kann sich einen Abo-Preis von 700 Euro (jetzt 550 Euro) jährlich vorstellen. Die Tageszeitung nicht mehr sechs Tage in der Woche erscheinen lassen, das kann man sich hingegen bei der „Berliner Zeitung“ vorstellen.

Beim Berliner „Tagesspiegel“ ahnt man, „dass wir kurzfristig mit den Bezahlmodellen nicht genug Geld Erlösen werden“, und darum arbeitet die Redaktion daran, mit Kongressen und Symposien – jüngst zur Zukunft des Elektroautos – das Wissen der Redaktion zu vermarkten, um sich unabhängiger von zahlenden Lesern zu machen. Zeitungen wie der „Guardian“ kämpfen inzwischen mit eigenen Coffee-shops um Geld und Sympathie.

Aber alle setzen unverdrossen auf das große Umdenken bei ihren Lesern, auf die Einsicht, dass guter Journalismus – auch im Netz – Geld kosten muss. Und wenn nur – wie bisher – drei Prozent der Leser bereit sind, für diese Qualität zu zahlen?

Wenn es nicht gelinge, nennenswerte Erträge im Netz zu erzielen, sagt „SZ“-Vize Krach, dann werde man Qualitätszeitungen nicht mehr finanzieren können. Dann werde sich der Verdrängungswettbewerb, den es jetzt schon gebe, sagt „FAZ“-Herausgeber Schirmmacher, steigern zum harten Verteilungskampf, „zum Darwinismus der Storys“.

Makowsky stand schon 2010 mit der „Abendzeitung“ kurz vor dem Kollaps, damals mussten 22 Redakteure gehen. Schwarz sind die Zahlen heute nicht, aber nicht mehr so rot, wie sie mal waren. „Garantien kann ich nicht geben, aber ich kann sagen, dass wir alles dafür tun, dass es weitergeht.“

Um jeden Redakteur, der gehen müsse, tue es ihr leid, sagt Brigitte Fehrle, „aber die jüngsten Entlassungen sind für die ‚Berliner Zeitung‘ journalistisch noch zu verkraften“. Wenn es zukünftig den Zeitungen nicht gelingt, neue Erlöse im Netz zu erzielen, dann gehen Zeitungen kaputt, „dann haben wir irgendwann mal eine Wüste von wilden Informationen, die durch die Welt geistern und von niemandem mehr sortiert, geordnet und geprüft werden“.

Es gehe letztlich darum, sagt „Tagesspiegel“-Chefredakteur Casdorff, „um ein Kulturgut zu kämpfen, um ein konstitutives Element der Demokratie, um Presse- und Meinungsvielfalt“. Das rechtfertige jede Anstrengung, das zähle mehr als Renditerwartungen, Geschäftsmodelle und Verlagsstrategien.



**Debatte auf SPIEGEL ONLINE:  
Die Zukunft der Zeitung**

spiegel.de/app322013zeitung  
oder in der App DER SPIEGEL

BANKEN

## „Alle Leichen aus den Kellern“



HAMILTON / REA / LAIF

Martin Hellwig, 64, Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn, erklärt, warum Banken mehr Kapital brauchen – und die Euro-päer eine Bankenunion.

**SPIEGEL:** Die Europäische Zentralbank (EZB) will die Bilanzen der Banken überprüfen, bevor sie die Aufsicht übernimmt. Kommen jetzt alle versteckten Altlasten auf den Tisch?  
**Hellwig:** Wenn man es seriös macht, müssten alle Leichen aus den Kellern geholt werden. Aber das heißt, dass einige Banken erhebliche Abschreibungen vornehmen müssen und frisches Kapital brauchen. Nicht jede Bank und nicht jede Regierung wird in der Lage sein, dieses Kapital aufzubringen.

**SPIEGEL:** Wie viel Geld fehlt?

**Hellwig:** Ohne in die Bücher zu sehen, lässt sich das nicht beantworten. Aber wenn man sich beispielsweise die Schiffsfinanzierungen deutscher Banken oder die Immobilienkredite der spanischen Geldhäuser ansieht, deutet sehr viel auf einen erheblichen zusätzlichen Abschreibungsbedarf hin.

**SPIEGEL:** Ist die deutsche Klage heuchlerisch, dass man für spanische Banken nicht über einen europäischen Abwicklungsfonds geradestehen möchte?

**Hellwig:** Der deutsche Steuerzahler hat schon bei der Rettung deutscher Banken bisher 70 Milliarden Euro verloren. Da möchte man sich nicht auch noch die Verluste spanischer Banken aufbürden. Aber ich bin für eine Bankenunion mit einer europäischen Abwicklungsbehörde und einem gemeinsamen Fonds – auch wenn das sehr große Transfers mit sich bringen könnte. Diese Umverteilung wäre für Deutschland billiger, als noch zehn Jahre oder mehr die Krise des Finanzsektors und der Euro-Zone bekämpfen zu müssen.

**SPIEGEL:** Wie kann man Banken krisenfest machen?

**Hellwig:** Sehr viel mehr Eigenkapital wäre sinnvoll, etwa 20 bis 30 Prozent der Bilanzsumme. Das wäre zehnmal so viel wie heute. Man muss den Bank-eigentümern sagen: Wenn ihr Las Vegas spielen wollt, dann macht das mit eurem eigenen Geld.



BRAUERPHOTOS

Mercedes-Präsentation in Rio de Janeiro

AUTOINDUSTRIE

## Ein Mercedes aus Brasilien

Mercedes-Benz wird eine Fabrik in Brasilien errichten, weil der Verkauf importierter Fahrzeuge auf diesem Wachstumsmarkt durch hohe Einfuhrzölle behindert wird. Spätestens 2015 soll die Montage der C-Klasse in Brasilien beginnen. Anfangs ist die Fertigung von rund 20 000 Autos pro Jahr geplant, später kann das Werk erweitert werden. Vorstand und Aufsichtsrat von Daimler sollen in den nächsten Monaten darüber entscheiden, in welchem brasilianischen Bundesstaat die Fabrik errichtet wird. Der neue Produktionsvorstand Andreas Renschler setzt damit die Strategie fort, künftig mehr Fahrzeuge von Mercedes-Benz im Ausland zu produzieren. Seit 2012 wird die B-Klasse auch in Ungarn gebaut. In dem US-Werk in Tuscaloosa, in dem bislang vor allem die M-Klasse gefertigt wird, montiert der Konzern ab nächstem Jahr zusätzlich die C-Klasse. Mercedes-Benz will damit keine Fertigung aus Deutschland ins Ausland verlagern. Die neuen Produktionsstätten sollen zusätzlichen Absatz in Märkten bringen, die durch Zollschranken geschützt sind oder in denen Währungsschwankungen das Geschäft erschweren.

ZAHL DER WOCHE



TOBIAS HASE / DPA

Biergarten in München

2,4

Millionen Hektoliter Bier

wurden im ersten Halbjahr 2013 weniger abgesetzt als im Vorjahreszeitraum – ein Rückgang um 4,9 Prozent. Besonders stark reduzierte sich der Konsum von Bier-Mischgetränken, der um 13,6 Prozent zurückging.

GERMANWINGS

## Gewerkschaft nutzt Abschluss für Eigen-PR

Beim Lufthansa-Billigableger Germanwings besteht auch nach dem Kompromiss im Tarifkonflikt um Löhne und Arbeitsbedingungen der Flugbegleiter noch ein Restrisiko für Streiks. Es ist jedoch deutlich geringer als noch Anfang Juli. Damals hatte die Kabinengewerkschaft UFO mit einem massiven Arbeitskampf zum Auftakt der Urlaubssaison gedroht, sich dann aber mit der Geschäftsleitung unter anderem auf Gehaltserhöhungen von knapp sechs Prozent und Einmalzahlungen für die rund 700 Bordangestellten geeinigt. Die Details müssen allerdings noch festgelegt werden. Das soll bis zum 15. August geschehen. Von da an bis Ende des Monats müssen die UFO-Mitglieder dann in einer erneuten Urabstimmung entscheiden, ob sie den Abschluss mittragen oder über Arbeitskampfmaßnahmen ein besseres Ergebnis herauszuholen wollen. Die UFO-Führung selbst scheint wohl von einem positiven Abstimmungsergebnis auszugehen. Auf ihrer Internetseite wirbt sie mit Hilfe des vorläufigen Kompromisses schon um zusätzliche Mitglieder. „Engagiert Euch, und dankt es den dienstälteren Kollegen, dass sie sich in den Verhandlungen solidarisch mit Euren Sorgen gezeigt haben“, heißt es da.



IMAGO

ARBEITSAGENTUREN

## „Wie Sauerbier“

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat offenbar nichts aus der Kritik des Bundesrechnungshofs gelernt. Der hatte der Behörde vorgeworfen, ihre Bilanzen wegen überzogener und teilweise falscher Zielvorgaben zu schönen (SPIEGEL 26/2013). Statt sich um Menschen zu kümmern, seien die Arbeitsagenturen vor allem damit beschäftigt, ihre Zahlenvorgaben zu erfüllen – teils auch mit Manipulationen, um im Wett-



Studienabsolventen in Leipzig

HENDRIK SCHMIDT / DPA

JOBS

## Kinder statt Karriere?

Nur wenige weibliche Studierende finden es offenbar erstrebenswert, später in einem Vorstand oder der Geschäftsführung eines Unternehmens Karriere zu machen. Das ist das Resultat der Studie „Karriereziele von Studierenden – Eine empirische Untersuchung“, die von der Fachhochschule Koblenz und dem Jobportal Jobware durchgeführt wurde. Nicht einmal jede sechste Studentin (15,2 Prozent) will in einem Vorstand oder einer Geschäftsführung landen. Viele der jungen Frau-

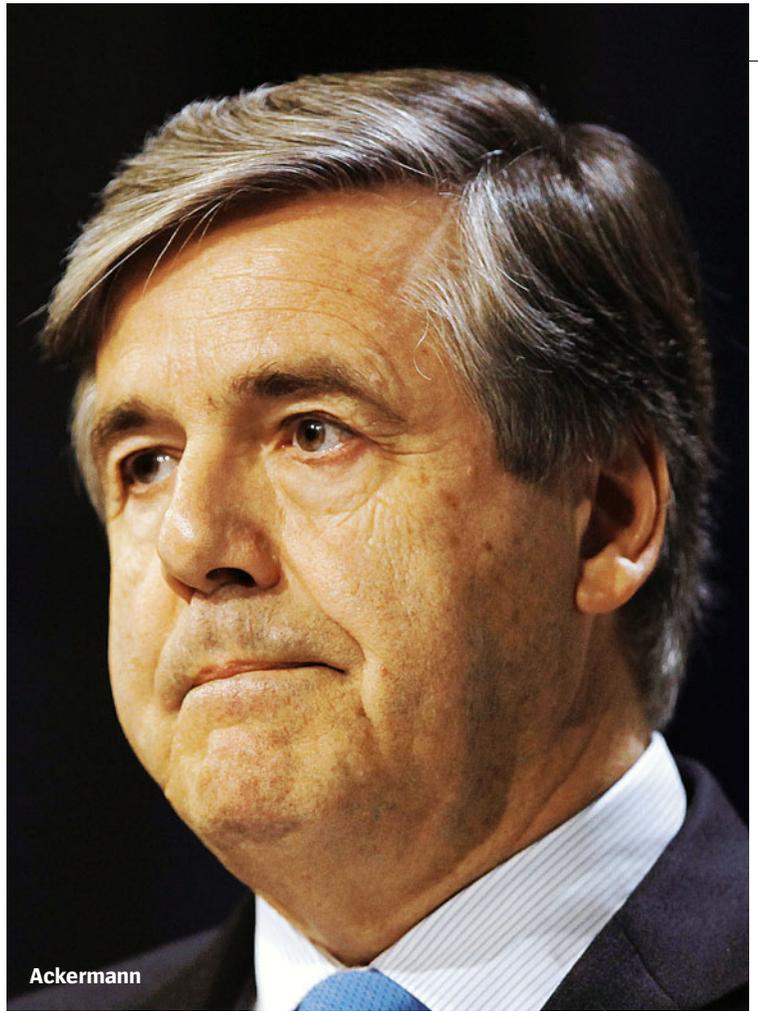
en geben sich offenbar nicht der Illusion hin, dass sich die Betreuungssituation von Kindern auf absehbare Zeit in Deutschland ändern wird. Sie präferieren eher Teilzeitmodelle. Fast die Hälfte der Studentinnen gab an, später keine Vollzeitstelle annehmen zu wollen und allenfalls Karriereziele anzustreben, die Teilzeitarbeit ermöglicht. Dagegen sind die Männer nach wie vor karriereorientierter, bei ihnen hat fast jeder vierte Student einen Vorstandsposten als Ziel anvisiert. Bei Teilzeit halten die Männer an bisherigen Rollenmodellen fest. Rund 75 Prozent der Befragten können mit diesem Modell nichts anfangen. An der Studie haben sich 2000 Studierende beteiligt.

bewerb mit anderen Agenturen gut auszuwählen. BA-Chef Frank-Jürgen Weise gelobte schnelle Besserung. Doch noch immer werden zu Beginn eines Monats Ziele vorgegeben – ganz egal, ob sie sich durch die Gegebenheiten am Arbeitsmarkt erfüllen lassen. So heißt es in einer Controlling-Info einer norddeutschen Arbeitsagentur vom 29. Juli, man komme „mit den Zielen nicht recht voran“. Förderinstrumente, die im internen Ranking besonders hoch bewertet werden, stünden „rum wie Sauerbier“, so der Controller frustriert. Offenbar sind diese Maßnahmen nicht gefragt, sie müssen dennoch gewährt

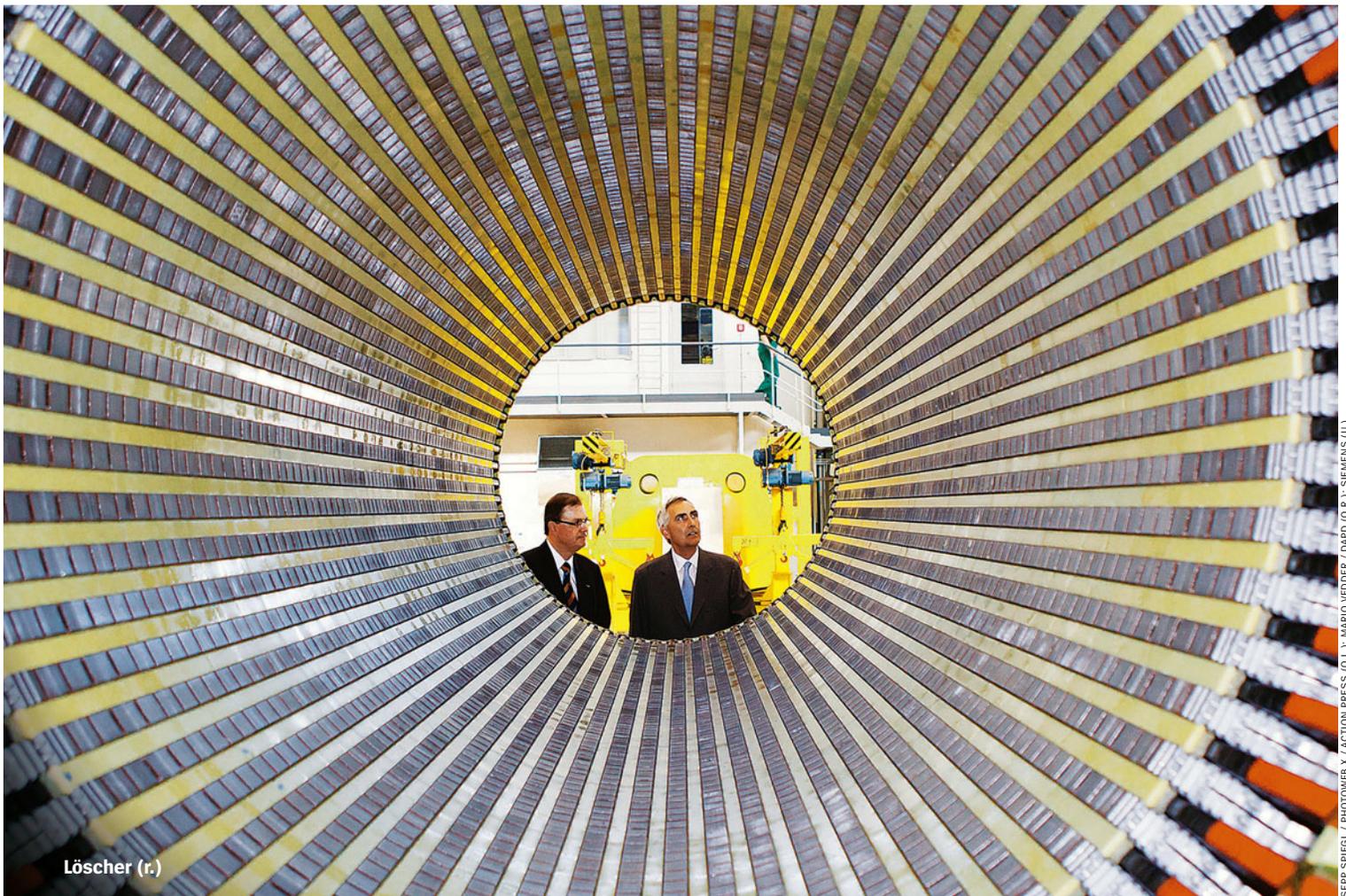
werden, um die Ziele zu erreichen. Die BA-Leute fahnden demnach förmlich nach Menschen, die gar nicht auf diese Art Hilfe angewiesen sind. Das gilt auch bei Jugendlichen. Bei der Vermittlung von unter 25-Jährigen „fehlen rund 2250 Einmündungen, um die Quote von 24,3 Prozent zu erreichen“, heißt es in dem Papier. Die Arbeitsagentur teilt mit, die Hinweise der Controller „sollen die Führungskräfte aufnehmen und analysieren, um entsprechend reagieren zu können“. Das habe nichts mit „Streben nach Zahlen“ zu tun. Im Übrigen würden die versprochenen Änderungen im Zielsystem erst 2014 in Kraft treten.



Cromme



Ackermann



Löscher (r.)

# Peter und die Wölfe

Rund um den Rauschmiss von Vorstandschef Löscher hat sich Siemens in kürzester Zeit in ein Tollhaus verwandelt. Das verdankt der Konzern auch, aber nicht nur seinen beiden mächtigsten Aufsichtsräten. Die Anatomie eines Absturzes.

Wenige Tage bevor um ihn herum die Hölle losbricht, sitzt Joe Kaeser in seinem Münchner Büro und erzählt Schnurren aus der großen, weiten Welt von Siemens, dessen Finanzvorstand er zu diesem Zeitpunkt noch ist.

Hinter seinem Schreibtisch hängt ein großes Schwarzweißfoto von Big Sur, diesen beeindruckenden Felsen an der kalifornischen Küste, einem der Sehnsuchtsorte des 56-Jährigen. Kaeser beschreibt überraschend offen, wie man fast überall in seinem Konzern „zuletzt ein bisschen den Anschluss verloren hat“. Irgendwann kommt er einem selbst wie ein Fels in der Brandung vor.

Trotz seines leicht vernuschelten niederbayerischen Dialekts argumentiert er so klar und präzise, dass sich eine Frage geradezu aufdrängt: Wie kommt Siemens aus der Krise heraus? Kaeser knipst von jetzt auf gleich ein entwaffnendes Lächeln an. Da müsse man natürlich den Vorstandschef fragen, Peter Löscher. Das sei schließlich dessen Aufgabe.

Siemens hatte immer sehr selbstbewusste Finanzchefs. Aber es gibt Leute, die Kaeser angesichts seiner kaum verhohlenen Kritik schon früher misstrauisch beäugten. Andere nennen ihn authentisch. Er selbst sagt: „Der Vorstandschef muss nun mal sagen, wo man hin soll. Der Finanzvorstand muss fragen, wie man dort hinkommt.“

Genau zwei Wochen nach diesem Gespräch ist alles anders: Löscher ist abgeschossen, Kaeser sein Nachfolger. Am Mittwoch vergangener Woche kommentierte er schon die mauen Quartalszahlen, am Donnerstag gab er erste Interviews (siehe Seite 68).

Bei seiner Premiere als neuer Chef wirkt Kaeser nicht mehr ganz so cool, denn hinter den Kulissen tobt zugleich noch ein Machtkampf, wie ihn die deutsche Industrie selten erlebt: Im Siemens-Aufsichtsrat gerieten zwei der mächtigsten Wirtschaftsführer der Republik aneinander: Gerhard Cromme, der Vorsitzende des Kontrollgremiums, und Ex-Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, einer seiner Stellvertreter.

Die beiden Senioren haben jeder für sich schon eine Menge überlebt. Sie halten sich wahrscheinlich für noch wichtiger, als sie es tatsächlich sind. Aber ausgerechnet sie bescheren Siemens nun ein beispielloses „Affentheater“, wie die „Börsen-Zeitung“ moniert.

Auch Unternehmen schützen und verstecken sich normalerweise hinter Masken aus Floskeln, Höflichkeit und Diskretion. Vergangene Woche wirkt Siemens für ein paar Tage lang wie eine offene Wunde. Der Streit zwischen den beiden alten Wölfen wird so schnell so laut, dass selbst Kanzlerin Angela Merkel ausrichten lässt, sie wünsche sich in München wieder Ruhe.

Nur: Ruhe ist nicht gerade die Kernkompetenz von Deutschlands traditionsreichstem Industriekonzern, bei dem alles immer ein bisschen größer ist als bei anderen: die Aufträge, die Ziele, die Kämpfe und die Katastrophen. Vom Fiasko im Solargeschäft über milliardenschwere

Fehleinkäufe und die 600-Millionen-Euro-Abschreibungen für Offshore-Plattformen in der Nordsee bis zur immer wieder verzögerten Auslieferung von 16 ICE-Zügen an die Deutsche Bahn AG.

Siemens, das sind knapp 370 000 Mitarbeiter, die heute in über 200 Ländern der Erde aktiv sind, eigentlich überall außer etwa in Nordkorea. Siemens, das steht auch für zuletzt 8900 Erfindungen jährlich. Und für rund 18 000 Software-Ingenieure (Microsoft hat auch nicht mehr) sowie 78 Milliarden Euro Umsatz mit Dingen, die normalen Verbrauchern erst ausfallen, wenn sie ausfallen.

Vielleicht ist es sogar Teil der Siemens-Probleme, dass man nur noch Großkunden hat. Das Handy-Geschäft ist verkauft. Kühlschränke oder Geschirrspüler, auf denen das Firmenlogo prangt, stammen von einer Gemeinschaftsfirma mit Bosch, die nicht von Siemens gesteuert wird.

So hat der Weltkonzern den Kontakt zu den Deutschen ein Stück weit verloren und ist doch auf besondere Weise immer deutsch geblieben: Land wie Unternehmen sind groß, angesehen, humorfrei und strebsam. Beide suchen aber auch eine neue Rolle – Deutschland in Europa, Siemens auf der ganzen Welt.

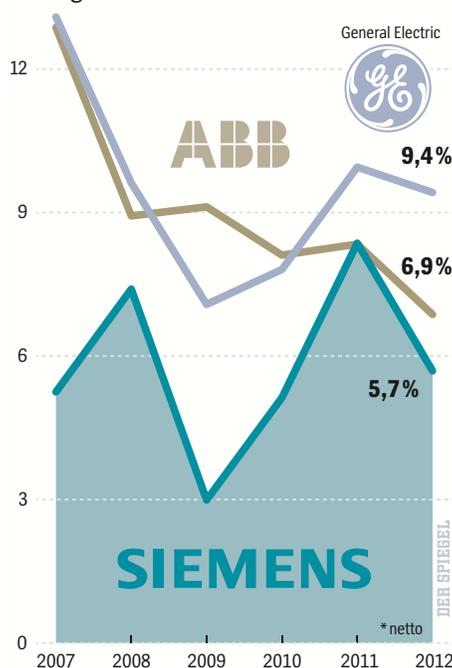
Das kann durchaus Unterhaltungswert haben, wenn selbst ein hochrangiger Siemens-Mann sagt: „Manchmal geht es auch in Firmen wie unserer zu wie in einem Sandkasten, wo einer dem anderen das Förmchen nicht gönnt.“

Um indes wirklich zu begreifen, wie es zu dem Showdown der vergangenen Woche kommen konnte, muss man zumindest kurz an das Jahr 2005 erinnern, als der damalige Vorstandschef Heinrich von Pierer die Führung an Klaus Kleinfeld übergab. Damals war noch alles gut: Am Vorstandstisch am Wittelsbacherplatz in München hatte jeder seinen festen Platz. Es redete nur, wer gefragt wurde, und wenn was schiefging, hatte niemand schuld, weil das regierende Kollektiv keine Einzelverantwortung kannte.

Dann kommt der 15. November 2006. An jenem Mittwoch durchsuchen Staatsanwälte und Ermittler rund 30 Siemens-Büros und Privatwohnungen von Top-Ma-

## Schwächer als die Konkurrenz

Umsatzrendite\* großer Mischkonzerne im Vergleich



# „Ich gehe keine faulen Kompromisse ein“

Wie der neue Siemens-Chef Joe Kaeser, 56, Aufbruchstimmung schaffen will

**SPIEGEL:** Herr Kaeser, sind Sie ein Königsmörder?

**Kaeser:** Nein, wie kommen Sie darauf?

**SPIEGEL:** Kritiker werfen Ihnen vor, dass Sie die Strategie Ihres Vorgängers Peter Löscher immer wieder öffentlich in Frage gestellt haben, zum Beispiel sein Ziel, 100 Milliarden Euro Umsatz zu erreichen.

**Kaeser:** Ich habe lediglich bisweilen darauf hingewiesen, dass solche Ziele auch mit konkreten Inhalten unterlegt sein müssen. Das muss in einer vom Vorstand gewollten offenen Diskussionskultur möglich sein. Dem Finanzvorstand kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, weil er ja auch die Mittelvergabe sorgfältig prüfen muss. Peter Löscher und ich sind sicher unterschiedliche Naturelle, aber der Auftrag, Siemens zum Erfolg zu führen, galt für uns beide und den gesamten Vorstand.

**SPIEGEL:** Wo liegen denn die Hauptprobleme des Unternehmens?

**Kaeser:** Es muss jetzt beruhigt und befriedet werden, damit wir uns wieder mehr auf unsere Werte besinnen können. Unsere größte Stärke ist unsere Marke. Sie bildet alles ab, wofür das Unternehmen seit Jahrzehnten steht: Ingenieurskunst, Innovation, das Gespür für Qualität, Zuverlässigkeit und finanzielle Stabilität.

**SPIEGEL:** Die verpatzte Anbindung von Offshore-Windparks in der Nordsee, die verspätete Lieferung von 16 ICE-Zügen für die Bahn und viele weitere Flops erwecken einen anderen Eindruck.

**Kaeser:** Genau das kann Siemens sich nicht leisten. Solche Probleme müssen in ihren Ursachen behoben werden.

**SPIEGEL:** Sie haben in der Vergangenheit angemahnt, dass Siemens nicht nur sparen, sondern auch in neue Geschäftsfelder investieren muss. Nun sind Sie selbst der Boss. Wo wollen Sie angreifen?

**Kaeser:** Die kontrollierte Offensive ist zuletzt tatsächlich etwas zu kurz gekommen. Die Elektrifizierung ist nun mal das Kerngeschäft von Siemens. Deshalb werden wir das Unternehmen auch an seiner Wertschöpfungskette entlang weiter entwickeln. Da sehe ich im Übrigen auch ausgezeichnetes Potential.

**SPIEGEL:** Das war's schon?

**Kaeser:** Elektrifizierung meint ja bei weitem nicht nur Stromerzeugung, -über-



Manager Kaeser

ANDREAS POHLMANN / DER SPIEGEL

tragung und -verteilung. Obwohl schon das hoch anspruchsvoll ist. Denken Sie nur an unterbrechungsfreie Stromversorgung für die hiesigen Datenzentren in unserer Internet-geprägten Welt. Auch die Energiegewinnung in der Tiefsee oder Prozesse für das sogenannte Fracking erfordern besondere Fachkompetenz in der Elektrifizierung. Und die Elektromobilität bietet ebenfalls gute Wachstumschancen. Auch bei der Industrieautomatisierung werden wir vermutlich eine Transformation sehen von einer Hardware-getriebenen Automatisierung hin zu vorgelagerten Software-Simulationen. Es darf uns nicht passieren, dass wir dort den Anschluss verlieren, wie einst in der Telefonvermittlungstechnik, wo wir das Internet sträflich unterschätzten. Wenn einem das als Marktführer und mit den Wurzeln unseres Hauses passiert, tut dies besonders weh.

**SPIEGEL:** Der neu geschaffene Sektor Infrastruktur und Städte erinnert bislang eher an eine Resterampe ...

**Kaeser:** ... was er nicht ist. Und ich lasse auch nicht zu, dass die fast 100 000 Mitarbeiter, die im Sektor arbeiten, als Resterampe verunglimpft werden. Sie arbeiten genauso hart, sind genauso stolz und ein-

satzbereit wie ihre Kollegen in anderen Teilen der Firma. Die einzelnen Geschäfte gab es im Übrigen auch alle schon vorher im Hause. Automatisierung und Steuerungstechnik für Mobilitätsinfrastrukturen zum Beispiel ist ein riesiges Thema. In Schwellen-, aber auch in hochentwickelten Ländern müssen die Kosten der urbanen Infrastruktur pro Bürger gesenkt werden. Auch da wollen und können wir helfen. Die Adressierung dieses Megatrends ist also dem Grunde nach richtig. Über den besten Weg kann man später immer noch reden.

**SPIEGEL:** Bleibt Ihre Vorzeigesparte, die Medizintechnik ...

**Kaeser:** ... wo Software ebenfalls eine immer größere Rolle spielt, nämlich das Auswerten und Einordnen der Daten, die zum Beispiel über die Diagnostik gewonnen werden. Wir werden längerfristig auch dort einen Paradigmenwechsel erleben, von der erfahrungs- zur wissensbasierten Medizin. Der wird zwar länger dauern, als viele glauben, aber wir müssen uns darauf vorbereiten. Gleichzeitig entwickelt sich die heutige Diagnostik stärker hin zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Als einer der Marktführer müssen wir hier wachsam sein.

**SPIEGEL:** Was hat für Sie nun Priorität?

**Kaeser:** Kurz nach der Korruptionsaffäre gab es bei Siemens dieses „Es-muss-waspassieren-Gefühl“. Die Mitarbeiter waren zwar geschockt, aber das hat auch Entschlossenheit und Aufbruchstimmung erzeugt. Beides brauchen wir jetzt erneut, allerdings unter positiven Vorzeichen. Denn über die Zukunft und den langfristigen Erfolg eines Unternehmens entscheidet nicht in erster Linie ein Strategiepapier, sondern die Kultur eines Unternehmens.

**SPIEGEL:** Die kennt ja kaum jemand so gut wie Sie nach 33 Jahren Betriebszugehörigkeit. Sind solche Karrieren heute überhaupt noch zeitgemäß?

**Kaeser:** Der Vorteil ist, dass man ein Netzwerk hat und die Mannschaft gut kennt und vice versa. Die Nachteile sind, dass einem Erfahrungen aus anderen Unternehmen fehlen und die internationalen Verbindungen vielleicht nicht ganz so ausgeprägt sind.

**SPIEGEL:** Es könnte alte „Siemensianer“ geben, die Sie nun für die personifizier-



**Siemens-Lok-Präsentation 1879 in Berlin**  
*Wo lauern die Drachen?*

te Rache des Apparats an dem externen Aufräumer Löscher halten.

**Kaeser:** Es wäre ebenso schade wie falsch, wenn das so gesehen würde. Ich bin zwar stolz, Siemens-Chef zu sein. Aber zu überschäumender Freude besteht angesichts der Umstände meiner Ernennung kein Anlass.

**SPIEGEL:** Zuletzt knirschte es nicht nur in Belegschaft und Vorstand, sondern auch im Aufsichtsrat. Fühlen Sie sich durch die Querelen beschädigt?

**Kaeser:** Am Ende zählt für mich, dass meine Ernennung einstimmig erfolgte. Das spricht für die Professionalität im Aufsichtsrat, der bei wichtigen Entscheidungen das Unternehmenswohl über Einzelinteressen stellt. Ansonsten blicke ich ohnehin lieber nach vorn. Aber eines ist mir auch klar: Bei allem, was ich sage, bei allen Fehlern, die ich mache, dürfte es immer heißen: So viel besser als früher läuft es jetzt auch nicht. Als Finanzvorstand habe ich mich bislang auf sehr sicherem Terrain bewegt. Jetzt, in der Position als Vorstandschef, ist das anders. Ich werde jedoch keine faulen Kompromisse eingehen, wenn ich überzeugt bin, dass etwas für das Unternehmen richtig ist und gemacht werden muss. Dafür ist mir Siemens zu sehr ans Herz gewachsen.

**SPIEGEL:** Selbst die Kanzlerin hat sich um Siemens gesorgt und ausrichten lassen, im Unternehmen möge bald wieder Ruhe einkehren. Können Sie ihr die garantieren?

**Kaeser:** Können Sie mir heute garantieren wie die Wahlen im September ausgehen? Aber Spaß beiseite: Ich finde es wirklich gut, dass die Bundeskanzlerin sich geäußert hat. Siemens ist nun mal eine deutsche Industrie-Ikone, und so wird es auch bleiben. Deshalb habe ich mich über die Aufmerksamkeit durchaus gefreut.

INTERVIEW: DINAH DECKSTEIN, THOMAS TUMA

nagern. Das Unternehmen hatte über Jahrzehnte ein perfekt funktionierendes Schmiergeldsystem konstruiert, bis 1998 konnte man solch „nützliche Aufwendungen“ ja sogar von der Steuer absetzen. Das Dumme war nur, dass Korruption seither strafbar war, Siemens aber nicht aufhörte – oder aufhören konnte.

Siegfried Russwurm, heute Vorstand des mächtigen Industriesektors, erinnert sich, wie er wenige Monate später eines Abends mal nach Hause fuhr und an der Tankstelle den SPIEGEL-Titel zu Siemens sah. Russwurm hat die Magnetkarte mit dem Firmenlogo meist am Gürtel hängen. In diesem Moment drehte er den Schriftzug nach innen, damit niemand sehen konnte, für wen er arbeitet. „Ich habe mich geschämt.“ Und er ist nicht der Einzige.

## **Löscher funktionierte binär: Eins. Null. Schwarz. Weiß. Er sieht die vielen Graustufen bei Siemens nicht.**

Die Schmiergeldaffäre trifft die Belegschaft ins Herz. Aber das Schlimmste an dem Korruptionsskandal ist nicht mal der Verlust an Selbstwertgefühl und Image: Die amerikanische Börsenaufsicht SEC droht, den Konzern auf eine schwarze Liste zu setzen. In München fürchten sie, dass man damit fortan von vielen Auftragsvergaben weltweit abgekoppelt werden könnte. Es geht in jenen Monaten Anfang 2007 um die schiere Existenz.

Zunächst muss Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer entsorgt werden. Das erledigt Gerhard Cromme. Eine Woche danach muss der auch für Kleinfeld einen Nachfolger finden. Die Suche verläuft hemdsärmelig. Über Bekannte bekommt Cromme den Tipp mit Löscher. Der setzt sich an einem Freitag ins letzte Flugzeug aus den USA Richtung Frankfurt am

Main, wo er sich tags darauf mit Cromme trifft. So wird Löscher, gerade noch beim US-Pharmaunternehmen Merck, die Nummer eins bei Siemens.

Beide sind also eher zufällig zu ihren Jobs gekommen, der eine als Macher, der andere als sein Kontrolleur.

Dass die ganze Affäre den Konzern am Ende „nur“ 2,5 Milliarden Euro kostet, wird durchaus auch Löschers Verdienst. Als erster Siemens-Chef von außen kann er ungerührt aufräumen.

Doch während die Deutschen mit sich selbst beschäftigt sind, brummt das Geschäft – und mit ihm die Konkurrenz. „Alle ruhten sich aus und tankten Kraft“, erinnert sich Joe Kaeser. „Alle, außer Siemens.“

Löscher räumt den Scherbenhaufen beiseite, sucht sich neue Leute, baut den Konzern um, setzt auf Dialog, überlässt das operative Geschäft den Bereichschefs. Er kann so etwas. Management by Lehrbuch. Es funktioniert, auch wenn die Belegschaft eher von Angst als von Begeisterung angetrieben wird.

Nur: Wie verordnet man einer globalen Belegschaft einen irgendwann notwendigen Kurswechsel, weg von der Angstkultur, hin zu Wachstum, das auch noch auf Werten basiert? Und auf welchen Werten denn?

„Da kommt man sich vor wie in dem Märchen, wo der Ritter gerade den Drachen getötet hat. Nun soll er auch noch die Prinzessin erobern“, sagt Kaeser. „Wir aber standen atemlos auf der Brücke zum Turm, während hinter uns der Drache schon wieder anfing, Feuer zu spucken.“

In dieser Phase beginnt Löscher erste Fehler zu machen. Im Frühjahr 2011 gibt er ein Umsatzziel von 100 Milliarden Euro aus – ein Viertel mehr, als man bis dahin hat. Die Umsatzrendite soll auf zwölf Prozent klettern. Er sagt aber nicht, wie und womit derlei erreicht werden soll. Stattdessen legt er ein Sparprogramm vor, das die Betriebsräte empört.

Im Sommer vergangenen Jahres beginnt Löschers zweite Amtszeit. Und sie beginnt schlecht. Die ICE-Züge für die Bahn werden nicht fertig. Das Offshore-Geschäft in der Nordsee entwickelt sich zum Alptraum. Er hört die Drachen noch nicht, aber sie fauchen bereits.

Löscher, das sagen seine engsten Vertrauten, funktionierte binär wie ein Computer: Eins. Null. Frage. Antwort. Problem? Lösung! Schwarz. Weiß. Er sieht die vielen Graustufen nicht um ihn herum. Siemens ist aber eine gigantische Palette von unterschiedlichstem Grau.

Der Führer eines Dax-Konzerns lebt immer in einem Kokon. So vielfältig die Einflüsse von außen sind, so beschützt wird er von innen. Aber Löscher hat bei

Siemens auch nach fünf Jahren kaum Vertraute, die ihm die Feinheiten erklären.

„In den ersten zwei Jahren hat ein neuer Chef die Mitarbeiter, die er vorfindet“, sagt einer aus dem Siemens-Vorstand. „Danach hat er die, die er verdient.“

Am 8. April dieses Jahres schreitet Löscher weit ausholend zur Eröffnung der Hannover Messe schon morgens um 8.15 Uhr über den gigantischen 2500-Quadratmeter-Stand seines Konzerns: Mehrere hundert „Siemensianer“ sind hier aktiv. Löscher tätschelt Schultern, schüttelt Hände, mechanisch wie einer der Industrieroboter, die er gleich der Kanzlerin und Wladimir Putin zeigen soll.

Seine Presseleute haben das Problem oft: Fotos von Löscher sind immer super, weil er in guten Momenten ein bisschen aussieht wie George Clooney. Bewegtbilder sind dagegen kaum brauchbar, weil er die Geschmeidigkeit eines Zollstocks hat. Dann hält er eine ... nun ja ... Rede.

Nach ihm begrüßt der stämmige Industrievorstand Russwurm seine Leute. Er sagt: „Es wird anstrengend wie Sau, macht aber auch Spaß!“ Er ruft: „Lassen Sie sich nicht von den Start-ups ins Bockshorn jagen!“ Er scherzt: „Nicht jedes Gadget, das Sie hier auf so einem Tapezierstand sehen, wird uns den Schneid abkaufen!“ Gelächter, Applaus. Später wird Russwurm der Kanzlerin die Technik erklären und Löscher danebenstehen. Der Chef mag die Blitzlichttermine nicht. Aber sie sind wichtig.

Zu diesem Zeitpunkt warnt Finanzvorstand Kaeser bereits intern, das Zwölf-Prozent-Rendite-Ziel könnte gerissen werden. Die Abschreibungen im Offshore-Bereich wachsen. Selbst an Land sind die Windanlagen nicht sicher: In den USA reißen an zwei Anlagen in Iowa und Kalifornien tonnenschwere Rotorblätter ab. Verletzt wird glücklicherweise niemand. Alle Anlagen müssen überprüft werden.

Die ICE-Auslieferung verzögert sich weiter. Die Drachen kommen näher.

Der Aufsichtsratschef eines Unternehmens wie Siemens ist der beste Freund des Vorstandschefs – am Anfang und so lange es gut läuft. Er wird sein gefährlichster Gegner, wenn es abwärts geht. Cromme hat selbst Probleme. Seinen ebenso prestigeträchtigen Kontrolljob bei ThyssenKrupp muss er Ende März dieses Jahres abgeben: Der Stahlkonzern leidet unter Milliardenabschreibungen, kleinen und größeren Affären. Der große alte Mann der Deutschland AG hat seither nur noch den Spitzenposten bei Siemens.

Wenigstens dort darf jetzt nichts mehr schiefliegen. In einem derart gigantischen

## General Electric macht 35 Milliarden Euro mehr Umsatz mit 65 000 Beschäftigten weniger.

Gemischtwarenladen, der Gasturbinen ebenso verkauft wie die Ausrüstung kompletter Stahlwerke oder intelligente Stromnetze, geht aber immer irgendwo was schief.

Am 10. April trifft Peter Löscher in gottverlassener Einöde am Rande von Moskau den russischen Premier Dmitrij Medwedew. Das Ereignis nennt sich „Future Dialogue“ und findet in einem Würfel aus Glas, Stahl und Beton statt, der jedem James-Bond-Bösewicht als Zentrale hätte dienen können. Die blonden Hostessen sehen aus wie aus einem Klonlabor und tragen Röcke in Siemens-Türkis. Der Klotz im Örtchen Skolkowo soll zur Keimzelle eines russischen Silicon Valleys werden.

Die Förderer des Projekts sind Medwedew und der Oligarch Wiktor Wexelberg, der völlig ungerührt bleibt, als Moskauer

Journalisten ihn auf Korruptionsvorwürfe rund um den Ausbau von Skolkowo ansprechen. Löscher lobt Russland und redet über „partnership“, die bei ihm immer schwarzeneggerisch nach „boardna-schhip“ klingt.

Siemens will hier 40 Millionen Euro investieren. Früher hätte man wohl lokale Würdenträger geschmiert, um an Aufträge zu kommen. Heute nennen sie das Eine-Hand-wäscht-die-andere-Prinzip intern „Lokalisierung der Wertschöpfung“. Man hilft bei der Industrialisierung, an der man dann verdient. Alles legal, alles sauber.

Dafür steht Löscher noch immer, und er repräsentiert das auch. Bei Putin. Bei Merkel. Bei Barack Obama. Nur zu Hause wird der Unmut immer lauter, weil er sich zu wenig um Deutschland kümmert. Dass er einen Großteil der Zeit um die Welt jette. Also lässt er Deutschland-Termine vorbereiten.

Der gebürtige Kärntner sieht sich als Weltbürger und hat schon ganz andere Herausforderungen gestemmt: Er hat in Wien und Hongkong studiert, in Japan, Spanien, England und den USA gearbeitet. Er ist mit einer spanischen Medizinerin verheiratet, sein Schwiegervater war Präsident des FC Barcelona. Für seine Verhältnisse emotional wird er nur, wenn es um Fußball, seine Heimat Österreich oder seine Familie geht, die drei Kinder, über die er nicht reden mag. Wer oder was ist dieser Peter Löscher?

„Ein Diplomat – ruhig, ausgleichend, akkurat“, sagt Jürgen Großmann, Multimillionär, einst RWE-Chef und einer der unterhaltsamsten Bollerköpfe der deutschen Wirtschaft. Zweimal hat er Löscher zur Oldtimer-Rallye Mille Miglia mitgenommen, ein ziemliches Adrenalin-Spektakel. „Peter hat mit unglaublicher Präzision und Ruhe navigiert.“

Beim ersten Mal blieben sie mit einem Lancia Lambda 1928 liegen. Motorschaden. Großmann erinnert sich: „Ich bin einer, der bei so was dreimal mit dem Fuß aufstampft und Scheiße schreit. Der Peter war von einer Contenance, die mir Haltung abnötigt.“

Die beiden sind Freunde, die unterschiedlicher kaum sein könnten. „Aber gerade das macht Freundschaften ja interessant“, findet Großmann. Hier der hölzerne Grübler. Da der rustikale Unternehmer und Lebemann.

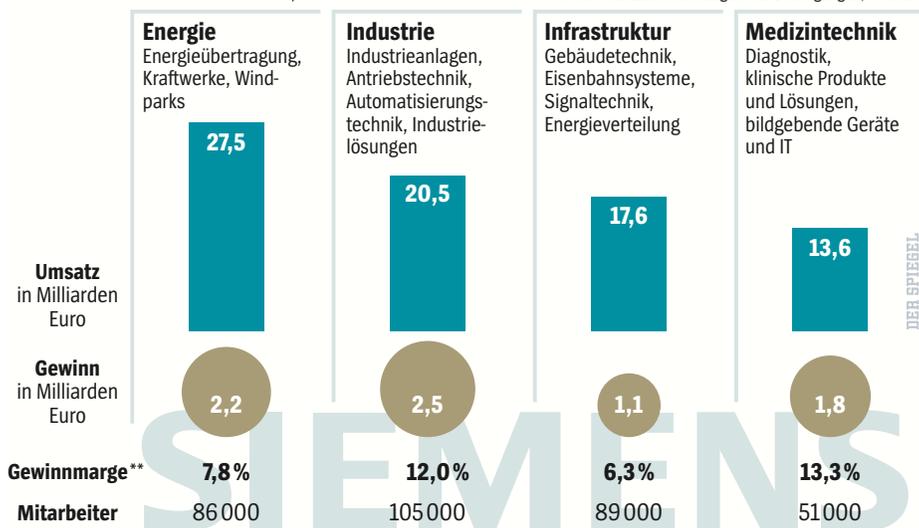
Großmann ist immer gleich laut und direkt. Der Weltbürger Löscher dagegen kann sich anpassen: Bei Geschäftsterminen in den USA wirkt er locker, fällt Insidern auf. In Asien gibt er sich strukturiert, in Deutschland kommt er besonders steif rüber. Ein Chamäleon?

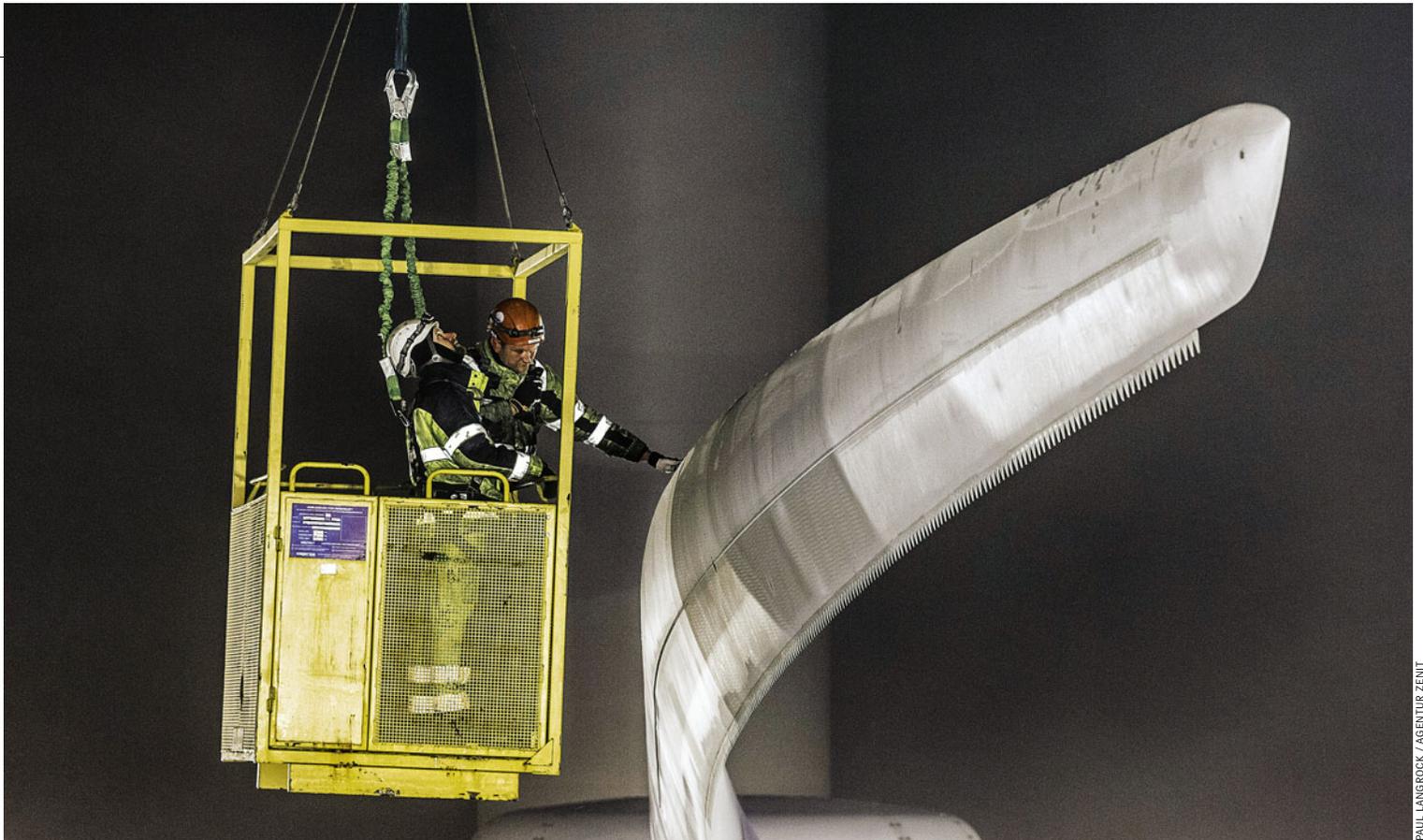
Bei einem der—theuesten Siemens-Termine überhaupt bleibt er allerdings ein Fremder, bei der Erlanger Bergkirchweih. Man muss dazu wissen: Die Bundesrepublik sorgt heute zwar nurmehr

## Vier-Säulen-Modell

Siemens-Geschäftsbereiche\*, 2012

\* ohne Finanzdienstleistungen und Beteiligungen; \*\* brutto





PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

**Aufbau einer Siemens-Offshore-Anlage in der Nordsee: Ein Geschäft, das sich zum Alptraum entwickelt**

für 14 Prozent des Konzernumsatzes, stellt aber noch ein Drittel der weltweiten Belegschaft. Der größte hiesige Standort ist – mit 40 000 Beschäftigten – der Großraum Nürnberg-Erlangen. Das größte Fest in Erlangen ist die Bergkirchweih: zwölf Tage rund um Pfingsten, die wahre Siemensianer sich früher komplett freigehalten haben.

Man sitzt dann in den Gewölben des Burgbergs, trinkt Bier und redet über die alten Zeiten. Auch Vorstände schauen vorbei, Honoratioren von Stadt und Freistaat ohnehin. Wenn's gemütlicher wird, setzt sich auch einer wie Pierer wieder dazu. Erlangen und die Bergkirchweih stehen für den alten Siemens-Geist. Ein Außenseiter wie Löscher wird hier immer beargwöhnt.

Auch dieser Drache raucht. Es gibt mittlerweile viele Drachen.

IG Metall und Betriebsräte stützen Löscher noch, opponieren aber bereits lautstark gegen sein Sparprogramm. Die Analysten werden ebenso wie die großen institutionellen Anleger unruhig. Cromme braucht endlich gute Nachrichten. Es gibt aber keine.

Die Rechnung ist einfach: General Electric, der ewige Rivale der Münchner, hat 65 000 Beschäftigte weniger als Siemens, 35 Milliarden Euro mehr Umsatz und ist an der Börse über dreimal so viel wert.

Wenn Kaeser und Löscher bei wirklich großen Investoren und Aktionären wie Blackrock oder Fidelity antreten, heißt es: „Now we're talking.“ Dann geht es

nicht um Frauenquote, Managergehälter oder grüne Energie, sondern um alles. Von solchen Gesprächen steht nie etwas in den Zeitungen. Es sind die wichtigsten überhaupt.

Die Medien fangen an, Löscher und Siemens zu sezieren. Das ist oft ein Indiz dafür, dass sogenannte Kommunikationsberater aller Seiten in den Redaktionen Stimmung machen. Es geht gegen Cromme und Löscher und Siemens generell.

Im Konzern selbst arbeiten rund 2000 Menschen am Thema Kommunikation. Wenn ein chinesischer Blogger sich über seinen Bosch-Siemens-Kühlschrank ärgert, kann das zu einem medialen Großbrand werden, dass sogar in München reagiert werden muss. Wenn Angelina Jolie über ihre Brustkrebs-Angst philosophiert, merken sie in der Siemens-Medizintechnik, dass sie jetzt mal schnell der Welt die Vorzüge ihrer Computertomografen erklären sollten.

Kommunikation ist wichtig in der Echtzeitära von Facebook und Twitter. Aber sie kann Trends nur verstärken oder bremsen. Sie kann Geschichten nicht drehen. Auch in der Siemens-Spitze fängt es an zu rauchen.

Wer braucht wen mehr: Cromme Löscher oder Löscher Cromme, um den mittlerweile auch schon die Geier kreisen? Sein Vize Ackermann lässt immer wieder dementieren, dass er Aufsichtsratschef in München werden will.

In der ersten Juni-Woche versucht Löscher einen Befreiungsschlag. Er will Stär-

ke zeigen. Durchsetzungskraft. Auf Pressekonzferenzen und in Interviews rechnet er in Berlin mit der Energiewende der Bundesregierung ab, die er stets unterstützt hat. Der Diplomat greift zur Brechstange, die ihm nicht steht.

Am 5. Juni sitzt er vor Berliner Hauptstadt-Journalisten im schlammfarbenen Tagungsraum „Marlene Dietrich“ des Hotels Wyndham Grand. Für technische Details hat er Fachleute dabei, in der Sakotasche einen Merkzettel mit Zahlen. Die Blicke der Journalisten sind hauptberuflich skeptisch, die Bleistifte des Hotels kratzen über die Notizblöcke.

Löscher sagt Sätze wie: „Die Kosten laufen uns aus dem Ruder“ oder „Wir fordern mehr Markt“. Er ist nicht zum Drahtentöter geboren.

Zu dem Zeitpunkt hat er sich schon entschieden, einen neuen Kommunikationschef zu holen, Michael Inacker, Vize-Chefredakteur des „Handelsblatts“. Löscher misstraut seinem bisherigen Sprecher: Stephan Heimbach ist verheiratet mit Merkels Vize-Regierungssprecherin, war schon Redenschreiber für Helmut Kohl und ist ein loyaler Siemensianer. Löscher ahnt bei ihm eine zu große Nähe zu Cromme, der wiederum den Austausch als Machtprobe verstehen könnte.

Inacker wird seinen Job in München wohl nicht mehr antreten müssen. Es geht jetzt alles sehr schnell. Die Drachen sind los.

Mitte Juli wird allmählich immer klarer, dass Löschers Ziel – zwölf Prozent Umsatzrendite für 2014 – nicht zu halten

ist. Bei Siemens stehen die Budgetverhandlungen bevor. Was tut man, wenn das wichtigste Ziel zum wiederholten Mal derart krachend verfehlt wird? Das sogenannte Offenlegungskomitee muss intern prüfen, ob eine Ad-hoc-Meldung die „Märkte“ zu informieren hat. Juristen übernehmen. Der Apparat surrt jetzt auf Autopilot Richtung Abgrund.

Am 25. Juli wird eine dürre Sechszellen-Meldung verschickt. Die Siemens-Aktie verliert zwischenzeitlich an diesem Nachmittag 5,4 Milliarden Euro an Wert.

Es gibt ein Indiz dafür, wie ernst man die Krise eines Unternehmens nehmen muss: Sie ist umso größer, je mehr „Kommunikationsberater“ sie erklären wollen, indem sie Schuldige benennen.

Bei Siemens sind nun sehr viele unterwegs für alle Fraktionen mit allen Varianten: Löscher wird verraten und verkauft, damit Cromme seinen Job rettet. Ackermann will nur Crommes Top-Job und verbreitet deshalb miese Laune.

Der Sandkasten ist zu diesem Zeitpunkt weit größer als die Baustelle in München, wo gerade die neue Zentrale des Konzerns entsteht.

Am Samstag, 27. Juli, kommt am Münchner Flughafen ein Teil der Vertreter der Kapitalseite zusammen. Der Rest wird telefonisch zugeschaltet. Cromme will Löscher ersetzen. Ackermann wehrt sich. Er ist kein Freund von Kaeser, fühlt sich vor allem überrumpelt und möchte nicht hinter Cromme herrennen.

Der Ex-Banker hat die Unternehmerin Nicola Leibinger-Kammüller und Allianz-Chef Michael Diekmann auf seiner Seite. Das Trio findet es unwürdig, wie Löscher vom Hof gejagt werden soll. Der Eklat ist, kaum geschehen, schon publik. Die

Arbeitnehmerseite unter IG-Metall-Chef Bertolt Huber ist überschaubarer und spricht sich geschlossen für den Wechsel aus.

Ackermann ist 65, Cromme 70. Sie kamen beide im Jahr 2003 in den Siemens-Aufsichtsrat, als dort die Korruption überrigens noch blühte.

Beide würden es nie zugeben, doch sie brauchen prestigeträchtige Jobs von der Siemens-Kategorie wie andere die Luft zum Atmen. Cromme ist angeschlagen, aber diesen letzten Job wird er so schnell nicht hergeben.

Am Mittwoch vergangener Woche reifen sich alle zusammen, um Harmonie zu spielen. Kaeser wird einstimmig zum

## Im Aufsichtsrat hat sich „ungläubiges Erstaunen“ breitgemacht – über das selbstinszenierte Theater.

neuen Vorstandschef ernannt, als wäre nie etwas gewesen.

Als er um 14.30 Uhr erstmals vor die Presse tritt, sieht er aus wie ein Bestatigungsunternehmer. Seine Nonchalance hat gelitten. Der Witz. Die Lässigkeit. Dafür sind auch die Drachen fürs Erste verschwunden.

Kaeser hat immer bei Siemens gearbeitet – seit 33 Jahren. Er lebt noch in seinem Geburtsort Arnbruck und heißt eigentlich Josef Käser. Nachdem er ein paar Jahre in den USA war, hat er sich selbst zu Joe Kaeser gemacht. Die Belegschaft mag ihn, die Börse auch. Der Aktienkurs geht wieder hoch, obwohl Siemens ohnehin nie schlecht dastand: Im letzten Geschäftsjahr

lag der Umsatz bei 78 Milliarden Euro, der Gewinn bei über vier Milliarden.

Kaeser muss dennoch in den nächsten Monaten Prinzessinnen ausfindig machen, die es zu erobern gilt. Siemens muss angreifen. Zwei Drittel seines Umsatzes macht der Konzern in gesättigten Märkten, in denen kein großes Neugeschäft mehr zu erwarten ist, heißt es intern. Wachstum kann also nur aus Schwellen- und Entwicklungsländern oder der Entdeckung neuer Technologien kommen.

„Wir werden die Welt elektrifizieren. Vorwärts und rückwärts“, donnert Michael Süß, der im Vorstand eher die schmiedeeiserne Fraktion vertritt. „Energie bleibt die nächsten hundert Jahre ein Top-Geschäft.“ Allein Wachstum beflügelt den Kurs. Und nur ein hoher Kurs verhindert langfristig, dass Siemens irgendwann zerschlagen wird.

Ein neues Spiel beginnt, obwohl das alte noch nicht zu Ende ist. Im Aufsichtsrat werden noch weitere Kräche erwartet, auch wenn sich keiner mehr öffentlich äußern will. „Ungläubiges Erstaunen“ habe sich breitgemacht, heißt es aus dem Gremium. So könne man ja nicht zusammenarbeiten.

Manche Großaktionäre finden, dass spätestens zur Hauptversammlung im Januar auch Cromme gehen sollte. Der wiederum könnte durchaus versuchen, Ackermann noch aus dem Gremium zu drängen, zumal der keine Chance hätte, ihn je zu beerben. Die Arbeitnehmerseite würde den Finanzmann nie akzeptieren. Der wird für sie immer die grinsende Karikatur des Profittreibers mit dem Victory-Zeichen beim Mannesmann-Prozess bleiben.

Der Siemens-Konflikt hat sich vom Vorstand in den Aufsichtsrat verlagert. Alle haben verloren, versuchen aber, sich als Sieger zu fühlen – und sei es nur moralisch. Am Donnerstagabend vergangener Woche sitzt Löscher lange beim Weißwein mit IG-Metall-Boss Huber in der Gartenwirtschaft des „Freisinger Hofes“ in München. Vor allem Huber redet. Löscher hört eher zu. Er kann sich mit über 20 Millionen Euro an Abfindungen und Pensionsrückstellungen von Siemens trösten.

Vielleicht war München der Gipfel seiner Karriere. Die Luft war dünn da oben. Er wird wie seine Vorgänger noch eine Weile an diesen sechs Jahren leiden, aber die Bilanz bleibt schlicht: An Löschers erstem Arbeitstag war Siemens an der Börse 103 Milliarden Euro wert, an seinem letzten nur noch knapp 83 Milliarden.

Im Jahr 2011 hat er in einem Interview gesagt: „Man sollte niemals der Getriebene sein.“ Es wurde dann das beste Jahr in der 166-jährigen Siemens-Geschichte. Jeder Erfolg trägt den Keim des Misserfolgs schon in sich. DINAH DECKSTEIN, MARTIN HESSE, THOMAS TUMA



JÜRICH BAUMGÄRTEN / VARIO-PRESS

**Konzernzentrale in München:** Ein neues Spiel beginnt, aber das alte ist noch nicht zu Ende

# Behäbiger Gigant

Durch die Fusion von Publicis und Omnicom entsteht der weltgrößte Reklamekonzern. Doch wem nutzt der Milliarden-Deal überhaupt?

Es muss schon einen besonderen Grund haben, wenn der französische Starwerber Maurice Lévy sich die Mühe macht, im Carlton Hotel in Cannes sechs Stockwerke zu Fuß zu laufen. Der Mann ist 71 Jahre alt, da fällt das Treppensteigen nicht mehr ganz so leicht. Aber oben in einer Suite wartete an jenem Junitag ein anderer wichtiger Senior: John Wren, 60. Die beiden wollten bei ihrem Treffen auf jeden Fall un-erkannt bleiben.

So war die sonst so wohlvernetzte Werbebranche auch ziemlich überrascht, als die zwei am vorvergangenen Wochenende eine Art Dinosaurierhochzeit ankündigten. Lévy, Chef der französischen Agenturgruppe Publicis, und Wren, Vorstandschef des US-Werbenetzwerks Omnicom, wollen ihre Unternehmen zum weltgrößten Werbegiganten fusionieren.

Wenn die Kartellbehörden zustimmen, werden künftig 130 000 Menschen für die dann in den Niederlanden beheimatete Holding der Publicis Omnicom Group arbeiten. Ihr Börsenwert dürfte bei mehr als 25 Milliarden Euro liegen.

Weltmarken wie McDonald's, L'Oréal, Visa, Siemens, Vodafone oder Sony werden in Zukunft von einem einzigen Agenturnetzwerk betreut. Da bleiben auch Skurrilitäten nicht aus. Etwa, dass Erzrivalen ihre jeweiligen Kampfstrategien von derselben Firma entwickeln und umsetzen lassen. Coca-Cola (Publicis) und Pepsi (Omnicom) sind so ein Fall.

Angeblich alles kein Problem: Es wird versichert, dass derlei kein wirkliches Hindernis in großen Agenturnetzwerken darstellt. Solche Fälle kommen auch in kleineren Firmen vor. Die Kreativen arbeiten dann abgeschottet voneinander. Oft dringen Interna eher zu anderen Agenturen als zum Konkurrenz-Team im eigenen Haus.

Dennoch bleibt der Riesen-Deal fragwürdig. „Die Fusion macht zwei Männer glücklich, und 130 000 Angestellte fragen sich, was das soll“, sagt Marcel Loko, Mitinhaber der Hamburger Agentur Zum Goldenen Hirschen, die unter anderem Werbung für Real, die AOK und Nutella macht. Für Peter Figge, Chef bei der Kreativagentur Jung von Matt –



Agenturchefs Wren, Lévy

SPENCER PLATT / GETTY IMAGES

Kunden sind etwa Mercedes-Benz oder Sixt –, ist die Fusion denn auch Teil einer geschickt choreografierten Börsenphantasie. „60 Prozent der Kosten einer Agentur sind Personalkosten. Weil man die Köpfe aber auch weiterhin brauchen wird, kann man hohe Wachstums- und Gewinnziele nur durch Zukäufe oder Fusionen erreichen.“

Tatsächlich ergibt die Geburt des neuen Riesen, die durch einen Aktientausch in die Wege geleitet werden soll, objektiv nur wenig Sinn. Beide Firmensitze in Paris wie in New York sollen erhalten bleiben. Nur in wenigen Märkten gibt es Überschneidungen, die zu größeren Einsparungen führen könnten.

Was entsteht, ist ein behäbiger Gigant. Schon seit Jahren kursiert Werberspott über solche Agenturnetzwerke, wo dann bei jeder Kleinigkeit gefragt werden muss: Was sagt New York dazu? Weiß Tokio Bescheid?

Selbst für 400-Euro-Praktikanten muss in der Realität solcher Konstruktionen bisweilen zentral um Genehmigung er-sucht werden. Als im Frankfurter Büro einer US-Agentur die Sonne durchs Fenster knallte, lief selbst der Antrag für eine Markise über New York.

Hinzu kommen kulturelle Differenzen und die Tatsache, dass sich französische Unternehmen in Sachen Anpassung schon früher schwergetan haben. Der französisch-amerikanische Telekommunikationsdienstleister Alcatel-Lucent galt lange als unverschmelzbar. Französische Politiker stemmten sich vehement gegen Übernahmegerüchte des Joghurtriesen Danone durch den US-Getränkekon-zern Pepsi oder den Kauf der Internetfirma Dailymotion durch Yahoo.

Selbst den neuen Partnern Lévy und Wren fielen keine Vorteile ein, die die Fusion für ihre Kunden bringt. Dagegen ban-gen Verlage und TV-Sender. Die Markt-macht des neuen Riesen und damit das Gewicht von Rabattforderungen dürften groß sein: Zusammen werden die Agentu-ren bald Werbung im Wert von über hun-dert Milliarden Dollar im Jahr schalten.

So drängt sich der Verdacht auf, dass der Deal am Ende vor allem der Eitelkeit der beiden Chefs gedient haben könnte. Während Wren vielerorts als etwas grob-schlächtiger Cowboy beschrieben wird, gilt Lévy als intellektueller Lebemann. Manche nennen ihn einen Sonnenkönig oder auch „den Sarkozy der Werbung“.

Er studierte Informatik zu einer Zeit, als der Studiengang nur wenigen bekannt gewesen sein dürfte und Computer fast keine Rolle spielten. Schon als 33-Jähriger war er Generaldirektor bei Publicis Conseil. Es waren die Zeiten, als noch Cham-pagner floss und die Szene eher an die US-Serie „Mad Men“ als an Sparrunden erinnerte. Lévy baute später aus Publicis einen Weltkonzern.

30 Monate lang will er noch gemeinsam mit Wren an der Spitze des neuen Werbe-giganten stehen, für die Zeit danach plant er, sich in den Verwaltungsrat zu verab-schieden und dem Partner die Führung zu überlassen. Wren ist ja immerhin elf Jahre jünger.

MARTIN U. MÜLLER

Wichtige Agenturen der Werbekonzerne

Omnicom Group



71 100	Mitarbeiter	58 000
11,1 Mrd. €	Umsatz	6,6 Mrd. €

TOURISMUS

# „Kampftrinken ist out“

FTI-Chef Dietmar Gunz über die Vorlieben deutscher Urlauber, die wachsende Bedeutung von Reiseportalen und das nahende Ende des Ballermanns

*Gunz, 53, ist einer der erfahrensten Reisesemanager der Republik. Vor 30 Jahren gründete der gebürtige Österreicher seine Firma Frosch-Touristik. Sie ist heute unter dem Kürzel FTI bekannt und setzt mit rund 3500 Mitarbeitern 1,8 Milliarden Euro um. Das Unternehmen bot zunächst nur Sprachreisen an, offeriert aber heute die gesamte Palette von Pauschalangeboten bis zu Kreuzfahrten und Last-Minute-Trips. Vor gut zehn Jahren verkaufte Gunz die FTI-Gruppe an den britischen Reisekonzern My Travel, erwarb sie im Herbst 2003 aber mit Hilfe befreundeter Investoren zurück.*

**SPIEGEL:** Herr Gunz, wie wirkt sich die Euro-Krise auf das Urlaubsverhalten der Deutschen aus?

**Gunz:** Die Kunden versuchen, mit einem verfügbaren Budget das Maximale an Urlaub herauszuholen. Und sie werden flexibler. Man fährt gern öfter in die Ferien, auch mal kürzer. Es hat sich herumgesprochen, dass die Nebensaison auch schön ist und nicht so teuer. Der Haupturlaub verliert an Bedeutung.

**SPIEGEL:** Welche Länder profitieren besonders von dem Trend?

**Gunz:** Schauen Sie sich die Türkei an! Die sperren ihre Hotels nicht mehr über den Winter zu, sondern versuchen, sie das ganze Jahr hindurch zu betreiben, auch um ihr eingespieltes Stammpersonal zu halten. Für den Kunden ist das toll, er profitiert von attraktiven Angeboten außerhalb der Hochsaison.

**SPIEGEL:** Griechenland kommt als Urlaubsland wieder zurück, obwohl örtliche Zeitungen die Kanzlerin gern mal als Nazi-Karikatur abbildeten und die deutschen Sparpolitiker beschimpfen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

**Gunz:** Den Kunden interessiert weniger die Politik, sondern ob ein Land sicher ist, was bei Griechenland der Fall ist. Urlaub dort ist auch von anderen Nationen wieder stark gefragt, weil das Preisniveau zudem deutlich attraktiver geworden ist.

**SPIEGEL:** Kommt es vor, dass deutsche Urlauber beschimpft oder bedroht werden, weil sie von der Bevölkerung für die harten Sparprogramme mitverantwortlich gemacht werden, unter denen sie leidet?

**Gunz:** Im Gegenteil, die Bewohner der südeuropäischen Länder haben eher Respekt vor den Deutschen, nach dem Motto: Bei denen funktioniert alles, da gibt es tolle Autos, tolle Technik, so möchten wir auch sein.

**SPIEGEL:** Und das gilt trotz der vielen Marmotten, die uns deutschen Touristen in anderen Ländern so gern nachgesagt werden?

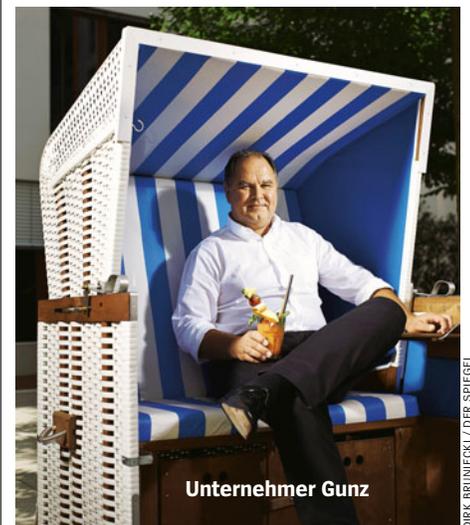
**Gunz:** Da werden immer wieder dieselben Stereotypen bemüht wie Sandalen und weiße Socken bei 40 Grad im Schatten. Aber das meiste ist nicht repräsentativ. Natürlich kommt auch das morgendliche Liegen-Reservieren mit dem Handtuch noch vor, aber deutlich seltener als früher.

**SPIEGEL:** Russische Urlauber sollen sich den Trick neuerdings abgucken.

**Gunz:** Die verschleppen eher gleich den ganzen Liegestuhl.

**SPIEGEL:** Was unterscheidet deutsche Urlauber sonst noch von Touristen aus anderen Ländern?

**Gunz:** Der Deutsche bevorzugt All-inclusive-Angebote und Buffets, damit er sich die Speisen aussuchen und so oft hingehen kann, wie er will. Südeuropäer dagegen wollen bedient werden, für die ist Buffet-Essen ein Graus. Die Deutschen stehen abends pünktlich um sieben vor der Tür zum Speisesaal, auch wenn sie schon das Frühstücks- und Mittagsbuffet hinter sich haben. Das würde Italienern oder Spaniern nie einfallen. Die kommen ja erst um vier vom Mittagstisch, machen



Unternehmer Gunz

DIRK BRUNIECKI / DER SPIEGEL



MARCO KOURI / POLARIS / STUDIO X

**Griechische Ferieninsel Santorin:** „Wieder stark gefragt“

dann erst mal Siesta, hübschen sich auf und nehmen einen Aperitif. Vor halb zehn tauchen die nicht auf.

**SPIEGEL:** Und was macht ein Hotelier, der beide Gruppen im Haus hat?

**Gunz:** Schichtbetrieb. Und wenn er mehrere Restaurants hat, sperrt das eine halt um sieben auf, das nächste um acht und das dritte um neun.

**SPIEGEL:** Angenommen, wir würden Ihnen fünf Urlauberfamilien aus fünf Ländern präsentieren. Könnten Sie erkennen, wo die herkommen?

**Gunz:** Ganz sicher.

**SPIEGEL:** Woran?

**Gunz:** An der Kleidung und am Benehmen. Wie sich die Leute am Buffet bewegen, wie sie mit ihren Kindern umgehen, wie lange die Sprösslinge aufbleiben dürfen. Dem Südeuropäer ist es wichtig, eine gute Figur zu machen, der investiert Zeit und Geld in sein Outfit. Der Deutsche hat's im Urlaub gern bequem und bevorzugt den Freizeitlook ...

**SPIEGEL:** ... der sich unter anderem am berühmten Ballermann auf Mallorca beobachten lässt. Der Tourismusbeauftragte von Palma will die beliebte Partymeile nun zum Luxusstrand umbauen. Kann das gelingen?

**Gunz:** Der Plan ist zeitgemäß. Kampftrinken ist als Urlaubsvergnügen ähnlich und wie Kettenrauchen. Beides muss man nicht in aller Öffentlichkeit zelebrieren. Dafür ist der Platz dort am Strand auch viel zu schön. Wir leben nun mal in einer Welt, in der das Bewusstsein für vernünftige Ernährung und Bewegung ständig wächst und zum Lebensbestandteil geworden ist.

**SPIEGEL:** Ist das Reisebüro auch out und langfristig durchs Internet ersetzbar?

**Gunz:** Keineswegs, das Reisebüro gewinnt an Bedeutung. Sie kriegen das Angebot dort heute mit Service zum selben Preis wie im Internet ohne Service. Und wenn Sie umbuchen oder stornieren müssen, dann hängen Sie womöglich stundenlang in der Leitung im Callcenter. Wenn Sie dagegen im Reisebüro Ihres Vertrauens gebucht haben, rufen Sie einfach an und sagen: Bitte mach mal!

**SPIEGEL:** Welche Rolle spielen Bewertungsportale mittlerweile beim Buchen?

**Gunz:** Die haben schon eine große Bedeutung, denn sie schaffen Transparenz. In der Anfangsphase dieser Foren wurde auch schon mal versucht zu tricksen, doch das ist vorbei. Heute gibt es Kontrollsysteme, um echte von gefakten Beiträgen zu unterscheiden. Für den Hotelier ist das eine ganz wichtige Informationsquelle. Auch wir nutzen sie zur Kommunikation mit den Kunden.

**SPIEGEL:** Können Sie selbst als Touristikfachmann eigentlich normal Urlaub machen und dabei richtig abschalten?

**Gunz:** Aber sicher, jetzt im August bin ich in den Ferien.

**SPIEGEL:** Wo?

**Gunz:** In Ägypten mit der ganzen Familie in einer unserer Ferienanlagen in El Gouna am Roten Meer. Meine Frau, die aus dem Libanon stammt und bei FTI die Agenturen in den Zielgebieten betreut, nimmt ihre ganze Familie mit, und die Kinder und meine Brüder sind auch mit von der Partie. Alles in allem sind das 21 Personen. Das wird spannend – und laut.

**SPIEGEL:** Sie haben Ihr Angebot nach Ägypten kräftig ausgeweitet, obwohl das Auswärtige Amt wegen der politischen Unruhen eine Reisewarnung für Teile des Landes herausgegeben hat. Wie passt das zusammen?

**Gunz:** Am Roten Meer, wo wir jetzt hinfahren, ist es auch nicht gefährlicher als in Spanien oder Italien. Die Sicherheitslage in Ägypten ist sogar besser als je zuvor – wenn man sich nicht gerade unter die Demonstranten in Kairo mischt. So gut organisiert wie jetzt war das Land noch nie, die Polizei ist hochmotiviert. Ausflüge in Regionen, vor denen das Auswärtige Amt warnt, bieten wir oder die meisten anderen Veranstalter ohnehin nicht an.

INTERVIEW: DINAH DECKSTEIN



**Animation: Der typische deutsche Urlauber in Zahlen**

spiegel.de/app322013tourismus  
oder in der App DER SPIEGEL

**Die neue Art zu lesen.**

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag 8 Uhr!**



KAI KITSCHENBERG / WAZ FOTOPOL

**I**m Leben des Berthold Beitz war vieles so groß, so bedeutend und so geschichtsträchtig, dass man nur Mitleid mit jenem älteren Herren haben konnte, der noch im Januar auf der Hauptversammlung des ThyssenKrupp-Konzerns auf der Bühne des Ruhr-Kongresses in Bochum saß. Beitz war dort in seiner Funktion als Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats und Vertreter der Krupp-Stiftung, des größten Anteilseigners von ThyssenKrupp.

Stundenlang hörte er sich die Proteste der Aktionäre darüber an, dass der Konzern in einer bedrohlichen Krise stecke, dass Vorstand und Aufsichtsrat versagt hätten, aber auch dass er, der 99-Jährige, nicht eingeschritten sei.

Mitleid aber war nicht angebracht mit dem Mann, der die Geschicke des Unternehmens seit fast sechs Jahrzehnten gelenkt hat. Er hätte nicht auf dieser Hauptversammlung erscheinen müssen.

NACHRUF

## Berthold Beitz

1913 bis 2013

Beitz wollte hören, was die anderen Anteilseigner zu sagen haben, und zwei Monate später zeigte der alte Herr, dass er noch in der Lage war, Fehler einzusehen und zu korrigieren. Er sorgte dafür, dass sein designierter Nachfolger, sein Stellvertreter in der Stiftung und Aufsichtsratsvorsitzender von ThyssenKrupp, Gerhard Cromme, abgelöst wurde. Es werde nach ihm keinen Beitz mehr geben, hat Beitz einmal gesagt und damit gemeint, dass sein Nachfolger nicht die Machtfülle erhalten wird, die er besaß.

Dass es diesen einen Beitz gab, das veröhnt viele Deutsche mit der Geschichte

ihres Landes. Seine Biografie zeigt, dass die Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nur aus einer großen Masse von Mitläufern und Mittätern und nur einigen wenigen Widerstandskämpfern bestanden.

Es gab auch Männer wie diesen Berthold Beitz, der mit 28 Jahren als kaufmännischer Direktor einer Erdölfirma im besetzten Polen gemeinsam mit seiner Frau mehrere hundert Juden vor Erschießungen und Gaskammern gerettet hat.

„Manche wollten aus mir einen Helden machen, aber das war ich nicht“, hat er später gesagt, „ich habe einfach als Mensch gehandelt.“

Beitz hat sich selbst als unpolitischen Menschen bezeichnet. Es ging ihm stets ums Geschäft. Doch unpolitisch war sein Handeln als Unternehmer auch nach Kriegsende nicht – und es war, vor allem, nicht frei von Widersprüchen.

Das begann schon damit, dass der gelernte Bankkaufmann sich 1952 von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach als Generalbevollmächtigter für Krupp engagieren ließ. Ausgerechnet Krupp. Ein Konzern, der Hitlers Armee mit Kanonen versorgt und Zehntausende Zwangsarbeiter ausgebeutet hatte.

Später zahlte Krupp zwar eine Entschädigung an ehemalige Zwangsarbeiter, zehn Millionen Mark, angemessen aber war die Summe kaum.

Es ging damit weiter, dass Beitz von den fünfziger Jahren an Kontakte nach Polen, Ungarn, in die Sowjetunion und später auch in die DDR aufbaute. Kanzler Konrad Adenauer kritisierte den Unternehmer wegen seiner „Alleingänge“ im Osten und bezichtigte ihn angeblich der „nationalen Unzuverlässigkeit“.

Beitz ging es vor allem um den riesigen Markt im Osten, der für Krupp durchaus glänzende Geschäfte versprach. Im Nachhinein aber wirkt es, als hätte der Unternehmer weitsichtig politische Entwicklungen vorweggenommen. Im Rückblick steht Beitz auch hier für das gute, das fortschrittliche Deutschland, das mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg die Aussöhnung mit dem Osten sucht. Und natürlich gehörte er zum Begleittross, als Willy Brandt 1970 zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags nach Warschau reiste.

Dass Beitz nun in vielen Nachrufen als „Jahrhundertmann“ beschrieben wird, hängt auch mit seiner Rolle als Unternehmer zusammen. Beitz steht für die deutsche Variante des Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft.

Er fühlte sich verantwortlich für die Beschäftigten, für die Arbeitsplätze und die Region. Ein Betriebsratschef dankte ihm für die „schützende Hand“, die er über die Belegschaft halte. Für Manager, die nur an Profitmaximierung und Shareholder Value denken, hatte Beitz nichts übrig.

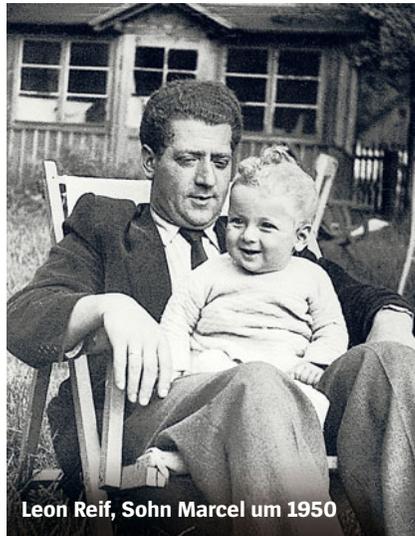
Eine besondere Tragik aber liegt darin, dass ThyssenKrupp ausgerechnet unter Aufsicht des Patriarchen mehrfach in Krisen stürzte, das Werk in Rheinhausen gegen viele Proteste geschlossen wurde. Dabei ist die aktuelle Krise wohl die schwerste. Gefährdet ist nun die Zukunft des Unternehmens, das Milliardenverluste bilanziert.

„Ich mache weiter, solange ich das kann und noch klar im Kopf bin“, sagte Beitz noch im März dieses Jahres.

Nun starb Beitz am 30. Juli auf Sylt – und die eine Aufgabe, die ihm noch verblieben war, konnte er nicht mehr lösen: Wie soll es mit ThyssenKrupp weitergehen?

## In tiefster Dunkelheit

Der TV-Moderator Marcel Reif, 63, über den Mann, der seinem Vater das Leben rettete: Berthold Beitz



Leon Reif, Sohn Marcel um 1950

**W**as sagt man über einen Menschen, ohne den es einen selbst nicht gäbe?

Berthold Beitz hat Hunderten Juden das Leben gerettet. Einer von ihnen war mein Vater. Hätte Beitz ihn damals nicht aus einem Güterwaggon geholt, der ihn ins Vernichtungslager bringen sollte, wäre ich nicht auf der Welt.

Mein Vater hat nie erzählt, was er im Krieg erlebt hat. Offenbar wollte er unsere Familie nicht dazu erziehen, in jedem Deutschen den potentiellen Täter, den Mörder unseres Großvaters oder unseres Onkels zu sehen.

Er hat sein Leben lang geschwiegen, und meine Mutter war seine Komplizin des Schweigens. Vater starb 1994.

Erst vor vier, fünf Jahren machte Mutter Andeutungen, dass ein großer Mann ihn einst aus dem Todeszug geholt und ihm damit das Leben gerettet hatte. Als ich einige Zeit später eine Biografie über Berthold Beitz las, wurde mir klar, dass er das gewesen sein musste.

Beitz war damals, während des Krieges 1941, Ende zwanzig und Leiter einer Raffinerie nahe Lemberg in der heutigen Ukraine, wo meine Familie herkommt. Mein Großvater hatte eine Möbelfabrikation, er baute auch Möbel für Beitz. Dass er ihn kannte, half der Familie womöglich, als Großvater mit seiner Frau und

seinen vier Kindern nach Boryslaw verschleppt wurde.

Mein Vater war damals ein kräftiger Kerl von 18 Jahren. Der Zug, in dem er und seine Geschwister saßen, hätte sie alle in ein Vernichtungslager gebracht. In Boryslaw, auf einem Bahnsteig voller SS-Leute mit Gewehr im Anschlag, stand Berthold Beitz und sagte: Die fahren nicht weiter, ich brauche diese Leute für kriegswichtige Arbeit.

An diesen Mut erinnert ein Baum, der für Beitz in der Allee der Gerechten in Jad Vaschem errichtet wurde. Er selbst ist nie durch die Welt gezogen und hat damit geprahlt, wie viele Juden er gerettet hat.

Vor drei Jahren habe ich erstmals Kontakt zu Beitz aufgenommen. Ich habe ihm geschrieben, dass ich ihn für eine Zierde der Menschheit halte. Er antwortete mir, dass er mich gern kennenlernen würde, und lud mich zu einer Preisverleihung in der Villa Hügel in Essen ein. Er und seine Frau Else wurden von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geehrt.

Als ich vor ihm stand, hatte ich einen Kloß im Hals. Ich habe ihn nichts gefragt, sondern mich nur verneigt. Er hat meine Ehrerbietung mit *Grandeza* entgegengenommen. Als er merkte, dass ich nicht mehr flüssig weiterreden konnte, legte er mir die Hand auf die Schulter. Diese Begegnung werde ich nie vergessen. Seither haben wir uns nicht mehr gesehen.

Es ist ein Zufall, dass ich gerade jetzt auf Sylt bin. Ich sitze 40 Meter von dem Haus entfernt, in dem Beitz am vorigen Dienstag gestorben ist. Man hatte mir erzählt, dass er hier sei und jeden Tag spazieren gehe. Aber ich wollte nicht klingeln, ich habe auch nicht versucht, ihn abzusuchen. Ich wäre mir vorgekommen wie ein Autogrammjäger. Zu seinem 100. Geburtstag in zwei Monaten würde sich vielleicht ein Wiedersehen ergeben, so hatte ich gehofft.

Sein Tod macht mich traurig. Noch trauriger wäre ich allerdings, wenn es mir nicht mehr möglich gewesen wäre, ihm zu danken.

Sein moralisches Handeln und Tun haben in tiefster Dunkelheit geleuchtet. Die Menschheit ist jetzt ärmer.

ANGOLA

## Dissident angeklagt

Die korrupte Regierung Angolas will einen ihrer schärfsten Kritiker mit einem neuen Prozess zum Schweigen bringen. Der preisgekrönte Journalist und Menschenrechtsaktivist Rafael Marques de Morais enthüllt auf seiner Website „Maka Angola“ regelmäßig Machenschaften von Politikern und Generälen, die sich bei milliardenschweren Rohstoffdeals in dem boomenden Erdölstaat bereichern. Außerdem macht er „Korruptionsführungen“ durch die Hauptstadt Luanda, bei denen er Besuchern die Monumente



SEANLUS MURPHY / VII

**Marques de Morais**

des neuen Reichtums zeigt, die mit Petrodollars aus dunklen Kanälen gebaut wurden. Den Präsidenten José Eduardo dos Santos bezeichnet er als Diktator. Im Januar leiteten die Justizbehörden gegen Marques de Morais ein Verfahren wegen Verleumdung ein. Er wurde von hochrangigen Militärs angezeigt, die an einem Minenunternehmen und Sicherheitsfirmen beteiligt sind, und kürzlich erneut verurteilt. Die Militärs fühlen sich diffamiert, weil er sie in seinem Buch über den Handel mit Blutdiamanten schwerer Menschenrechtsverletzungen bezichtigt hat. Dabei hat ihn ein portugiesisches Gericht vor eineinhalb Jahren von genau diesem Vorwurf entlastet. Damit ignorieren die angolanischen Justizbehörden den internationalen Rechtsgrundsatz, dass niemand in derselben Strafsache zweimal belangt werden darf. Marques de Morais wurde mehrfach eingesperrt, ein Abgeordneter der Regierungspartei prophezeite ihm einmal, er werde seinen 40. Geburtstag nicht erleben. Der Aktivist ist inzwischen 41. Sollte er nun verurteilt werden, drohen ihm dreieinhalb Jahre Haft.

INDIEN

## Gangster an der Macht

Die größte Demokratie der Welt hat ein Herz für Verbrecher. Mutmaßliche Mörder, Entführer, Vergewaltiger und Erpresser haben nahezu doppelt so gute Aussichten, in ein indisches Parlament gewählt zu werden, wie unbescholtene Kandidaten. Gut zwei Drittel der verbrecherischen Volksvertreter wurden von ihren Parteien sogar wiederholt aufgestellt. Vielen gelang es, ihr Vermögen während ihrer Amtszeit erheblich zu vermehren. Das fanden Experten von der Association for Democratic Reforms und der National Election Watch nach einer Auswertung der vorgeschriebenen persönlichen Erklärungen von Kandidaten heraus. Fast ein Drittel der 4807 indischen Volksvertreter hat darin zuge-

geben, dass gegen sie Strafverfahren laufen. Die in Neu-Delhi regierende Kongresspartei ließ 2008 sogar fünf verurteilte Parteifreunde, darunter Schwerverbrecher, vorübergehend aus dem Gefängnis ins Nationalparlament schaffen, um eine knappe Abstimmung zu überstehen. Zwar verfügte das Oberste Gericht im Juli, dass überführte Kriminelle politische Ämter aufgeben müssen, das Urteil gilt jedoch nur für künftige Fälle. Von ihren Verbrechern trennen sich die indischen Parteien ungern, denn sie werden wegen ihrer Skrupellosigkeit als Stimmentfänger geschätzt. Für viele Wähler zählt ohnehin vor allem, welcher Kaste die Kandidaten angehören – und nicht, ob sie kriminell sind.

FRANKREICH

## „Der Luxus zieht Diebe an“

*Der Kriminologe und Buchautor Doron Levy über den wohl größten Juwelendiebstahl der Geschichte*

**SPIEGEL:** Am 28. Juli stahl ein Mann am helllichten Tag Schmuck für 103 Millionen Euro aus dem Hotel Carlton in Cannes. Wie ist so etwas möglich?

**Levy:** Es spricht viel dafür, dass der Dieb nicht allein vorging, sondern einen Komplizen hatte, einen internen Informanten. Anders ist es nicht zu erklären, dass er einfach durch ein offenes Fenster ins Hotel eindringen, ungehindert Juwelen in einen Koffer schaufeln und zu Fuß flüchten konnte. Normalerweise gibt es bei solchen Überfällen mindestens zwei oder drei Täter.

**SPIEGEL:** Hat die Polizei versagt?

**Levy:** Es gibt viele Luxusausstellungen in Cannes, die Polizei kann nicht überall präsent sein.

**SPIEGEL:** Nur drei Tage später erbeuteten Räuber teure Uhren; im Mai kam während der Filmfestspiele Schmuck abhanden. Warum ist Cannes so unsicher?

**Levy:** Der Luxus zieht viele Diebe an. Und die Fluchtmöglichkeiten sind gut: Die italienische Grenze ist nah, man kann sich über das Meer absetzen oder auf der Autobahn in die Schweiz.

Die Croisette von Cannes ist eine der kriminogensten Straßen Frankreichs.

**SPIEGEL:** Wie verkaufen die Räuber so kostbare Juwelen, ohne aufzufliegen?

**Levy:** Der Dieb ist nicht automatisch der Hehler. Während der Raub meist von gewöhnlichen Kleinkriminellen durchgeführt wird, kümmern sich erfahrene Profis um den Rest. Oft ist eine ganze Organisation mit dem Absetzen der Hehlerware beschäftigt, die nur sehr selten wiedergefunden wird.

**SPIEGEL:** Viele vermuten, die berüchtigten „Pink Panther“ steckten hinter dem Rekordraub in Cannes. Sie auch?

**Levy:** Ich will nicht spekulieren. Die von Interpol gesuchten Mitglieder der „Pink Panther“-Bande wären sicherlich professionell genug, die Ware unbemerkt zu verkaufen. Genauso gut könnte der Dieb aber jemand gewesen sein, der im Hotel arbeitet.



Hotel Carlton in Cannes

VALÉRY HACHE / AFP



JONATHAN BROWNING

**Kleine Träume** Chen Qing ist 20 Jahre alt, und er will mehr vom Leben, als Knopflöcher in Hemden zu machen, für 390 Euro im Monat. Er arbeitet in einer Textilfabrik in Kunshan und gehört zur neuen Generation chinesischer Wanderarbeiter. Die Jungen sind besser ausgebildet als ihre Eltern, sie haben keine Lust, nur zu schuften, zu sparen und ihr Geld

nach Hause zu schicken. Sie lieben Mode und Smartphones, färben sich die Haare und spielen „Counter-Strike“. Die meisten sind in der Provinz geboren, haben aber nie auf dem Feld gearbeitet. Zurück aufs Land wollen sie auf keinen Fall. Über 260 Millionen Wanderarbeiter gibt es in China heute, in den Städten sind sie von vielen Sozialleistungen ausgeschlossen.

ITALIEN

## Ciao, Cavaliere!

„Berlusconi ist tot“, twitterte Beppe Grillo, Gründer der „5 Stelle“-Bewegung, nachdem der viermalige Ex-Premier am Donnerstag zum ersten Mal rechtskräftig verurteilt worden war. Ein Jahr könnte der Steuerbetrüger Silvio Berlusconi, 76, unter Hausarrest verbringen, Richter würden dann bestimmen, wen er empfangen oder mit wem er telefonieren darf. Doch seine Gegner könnten sich zu früh freuen. Zum einen ist über ein Politikverbot noch nicht entschieden; Berlusconi darf zwar die kommenden sechs Jahre nicht mehr bei Wahlen antreten, behält aber zunächst sein Senatorenamt. Bereits am Freitag stieß er eine unverhohlene Drohung aus: Er

forderte, die Justiz müsse reformiert werden – ansonsten sei seine Partei „zu Neuwahlen bereit“. Zum anderen sind da die glühenden Unterstützer des „Esercito di Silvio“ („Silvio's Heer“), die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg klagen wollen. Auch die Südtiroler Parlamentarierin und Staatssekretärin Michaela Biancofiore



Berlusconi

ALBERTO LINGRIA / AFP

kämpft für den Cavaliere. Nach Bekanntwerden des Urteils reichte die 42-jährige Abgeordnete der Berlusconi-Partei „Volk der Freiheit“ ihren Rücktritt ein, „aus Solidarität mit Berlusconi, der wie kein anderer seit 20 Jahren dieses Land verändert und erneuert hat“. Für Biancofiore ist der Parteichef das „Opfer einer verantwortungslosen Justiz“. Das „vernichtende Urteil“ könnte seiner Politik sogar neuen Auftrieb geben. Nach der Sommerpause, so Biancofiore, soll seine frühere Partei „Forza Italia“, mit der er vor knapp 20 Jahren in die Politik eingestiegen war, wiederbelebt werden. Schmerzhaft für Berlusconi ist allerdings, dass ihm jetzt sein Titel „Cavaliere“ entzogen werden könnte. Diesen darf er tragen, seit ihn der Staatspräsident mit einem Verdienstorden auszeichnete – doch gedacht ist der Titel eigentlich nur für rechtschaffene Bürger.

USA

# Der Manning-Effekt

Mit einer hohen Haftstrafe für Bradley Manning will die US-Regierung Nachahmer abschrecken – und erreicht damit das Gegenteil. Für eine neue Generation von Netzaktivisten wird der Whistleblower zum Vorbild.



Angeklagter Manning in Fort Meade

GARY CAMERON / REUTERS

**B**radley Manning betritt den Gerichtssaal, ein schmaler Strich gegen all die Muskelpakete um ihn herum, die auf ihn aufpassen. Sie tragen schwarze Sonnenbrille, sandfarbene Kampfstiefel und sehen aus wie der Action-Held Vin Diesel. Der Angeklagte hat eine Armeeuniform angezogen, in der er fast verschwindet, die Ärmel sind so lang, dass sie bis zu den Fingerknöcheln reichen.

Man ahnt, wie fremd er sich in dieser Uniform gefühlt haben muss, als er im Irak als Analyst stationiert war. Manning hatte sich diese Welt ausgesucht, als er 2007 bei der Armee unterschrieb, aber er hat sich in ihr nie zurechtgefunden. Nicht in Bagdad. Und nicht hier, im Gerichtssaal der Militärbasis Fort Meade in Maryland, wo er herumsteht wie ein Grundschüler zwischen lauter Erwachsenen.

Manning hat amerikanisches Gesetz gebrochen und Geschichte geschrieben, als er 2010 rund 800 000 Geheimdokumente der US-Regierung an WikiLeaks übergab. Die Dokumente landeten bei der „New York Times“, dem „Guardian“ und dem SPIEGEL, ihre Veröffentlichung führte zu einer großen Debatte über die amerikanische Außenpolitik, über den Einsatz im Irak und den laxen Umgang der Amerikaner mit der Wahrheit in Guantanamo. Deswegen steht er nun vor Gericht. Es geht um Manning, aber auch um die Rolle von Whistleblowern und die Sicherheit von Daten in einer digitalen Gesellschaft.

Die Muskelpakete haben ihn zu früh hereingebracht. Er muss zehn Minuten überbrücken, bis die Richterin, Oberst Denise Lind, über seine Schuld befinden wird, zehn quälende Minuten, in denen er einfach herumsteht. Der Saal ist mit dunklem Eichenholz vertäfelt und mit Teppich ausgelegt, es gibt nur fünf Zuschauerreihen. Es ist ein Ort, an dem Weltjustiz gesprochen wird, und doch ist er intim wie ein Wohnzimmer.

Manning sucht einen Platz für seine Hände, er vergräbt sie in den Hosentaschen, zieht sie wieder heraus, schiebt einen hauchdünnen Kaugummistreifen in den Mund. Er wippt auf den Zehenspitzen, sein Blick schweift durch den Saal und bleibt bei den acht Journalisten hängen, die den Prozess im Raum verfolgen dürfen.

Kurz vor seiner Verhaftung im Mai 2010 hatte Manning geschrieben, er scheue keine lange Haftstrafe. Aber er fürchte, „dass Fotos von mir in der gesamten Weltpresse abgedruckt werden könnten“. Jetzt ist sein Bild in jeder Zeitung, draußen parken die Übertragungswagen der Fernsehsender. Vor der Militärbasis halten Unterstützer Schilder mit seinem Gesicht hoch, sie wollen ihn zum Helden machen. Dabei taugt Manning nicht als Posterboy.

Als die Hauptverhandlung vor neun Wochen begann, nutzte er den Gerichtssaal nicht als Bühne, anders als Julian Assange bei seiner Festnahme in London. Er verlas auch kein Manifest. Bradley Manning, 25, ist ein blasser, zierlicher Mann, der erstaunlich entschlossen zu dem steht, was er getan hat. Vielleicht macht ihn genau das so glaubwürdig.

Lange hatte die amerikanische Regierung gehofft, ihn umdrehen zu können, als Kronzeugen gegen den WikiLeaks-Gründer Assange. Als Manning sich weigerte, wollten die Militärstaatsanwälte ein Exempel an ihm statuieren. Sie ließen ihn splinternackt in seiner Zelle hocken, Soldaten weckten ihn nachts jede Stunde.

Sie nahmen ihm seine Sachen weg, angeblich, um ihn vor Selbstmord zu bewahren. Besucher durfte er nur hinter einer Trennscheibe empfangen. Die Anklage lautete unter anderem: Spionage und Unterstützung des Feindes.

Manning sollte zum Symbol der Abschreckung werden. Keine frühere US-Regierung hat Informanten der Medien, sogenannte Whistleblower, so unnachgiebig verfolgt wie die von Barack Obama. Nie wieder soll ein Regierungsangestellter auf die Idee kommen, Staatsgeheimnisse unvorstellbaren Ausmaßes zu kopieren und weiterzugeben. Offenbar hat die Regierung bis heute nicht verstanden, warum ein blutjunger Soldat den Ehrenkodex der Armee gebrochen hat.

Manning ist das bekannteste Gesicht einer neuen Generation von westlichen Aktivisten, vielleicht der ersten, die politisch vornehmlich durch den Geist des Internets geprägt wurde. Sie sind nicht links oder rechts. Das Denken von Männern wie Bradley Manning, Aaron Swartz, Jeremy Hammond oder Edward Snowden ist libertär geprägt. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Kommunismus und Kapitalismus, sondern zwischen freier Kommunikation auf der einen und Regierungen, die diese freie Kommunikation einschränken wollen, auf der anderen Seite. Für das, was sie als Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft empfinden, sind sie bereit, ins Gefängnis zu gehen oder ihre bürgerliche Existenz aufzugeben. Die Strategie der Abschreckung hat sie eher bestärkt. Das ist der Manning-Effekt.



**Whistleblower Hammond, Swartz 2012**  
*Radikales Manifest, simple Botschaft*

Er sei nicht anders als die anderen Leute, sagte Snowden, als er sich im Mai mit ein paar Gigabyte NSA-Material absetzte. „Ich bin nicht gegen mein Land, ich bin ein normaler Mensch, der wie alle anderen auch jeden Tag in seinem Büro saß.“

Snowden war Systemadministrator bei Booz Allen Hamilton, einer privaten Sicherheitsfirma mit Zugang zum Geheimsten des Geheimen bei der NSA. Er sah, was der mächtigste Geheimdienst der Welt alles tut. Je mehr er versucht habe, über den Missbrauch der Überwachungsinstrumente mit seinen Vorgesetzten zu reden, desto mehr sei er ignoriert worden, sagt Snowden. Irgendwann habe er realisiert, dass darüber öffentlich diskutiert werden müsse.

Snowden teilte diese Weltsicht mit Aaron Swartz, einem der Vordenker der Open-Access-Bewegung. Auch Swartz wurde wegen des illegalen Umgangs mit Dokumenten von der Justiz verfolgt. Er war nicht nur ein brillanter Programmierer und Mitbegründer der Plattform Reddit, er verfasste auch ein radikales Manifest mit einer simplen Botschaft: „Wir müssen Informationen abgreifen, wo auch immer sie gespeichert sind, und sie mit der Welt teilen.“

2008 veröffentlichte Swartz 2,7 Millionen Dokumente, die er aus einer amerikanischen Gerichtsdatenbank kopiert hatte. 2010 und 2011 lud er illegal 4,8 Millionen Artikel einer Wissenschaftsdatenbank herunter. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, gegen 100 000 Dollar Kaution wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Im April dieses Jahres hätte die Gerichtsverhandlung des 26-Jährigen beginnen sollen, doch im Januar erhängte sich Aaron Swartz, der an Depressionen litt, in seinem Apartment.

Und noch einer dieser modernen Polit-Aktivisten steht in diesen Tagen in den USA vor Gericht: Jeremy Hammond, ein Anhänger des Hackerkollektivs Anonymous. Im Netz trat Hammond mal als „Ghost“, mal als „Anarcha“ auf, er war gerade 18, als er eine Trainingsplattform für Subversive gründete. Er ist angeklagt, die amerikanische Sicherheitsfirma Stratfor gehackt und mehrere Millionen E-Mails an WikiLeaks weitergegeben zu haben. Hammond, 28, wurde im März 2012 nach monatelangen Ermittlungen festgenommen und sitzt seitdem in Haft. Auch er weigert sich, mit der Justiz zu kooperieren. Auch ihm drohen nun bis zu zehn Jahre Haft.

Bradley Manning habe ihn als Vorbild ermutigt, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, sagt Edward Snowden. „Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der diese Art von Dingen passiert.“ Snowden hatte ein Jahreseinkommen von 120 000 Dollar, er lebte auf Hawaii, hatte

KOMMENTAR

# Ein Fall von Willkür

Von Hans Hoyng

Ob Bradley Manning US-Gesetze gebrochen hat, war nie die Frage, er hat sich zu Beginn seiner Militärgerichtsverhandlung in zehn Punkten schuldig bekannt. Die Höchststrafe dafür wären 20 Jahre Haft gewesen. Schon das wäre ein unerträgliches Urteil, aber sicherlich nicht das letzte Wort in dieser Sache.

Das letzte Wort könnte nun 136 Jahre Haft lauten – weil die Staatsanwaltschaft schwerere Geschütze aufgeföhren und jene Paragrafen der Spionagesetzgebung ins Spiel gebracht hat, die 1917 aus Angst vor deutschen Spitzeln und Saboteuren im Bundesrecht der USA Aufnahme fanden.

Die Anwendung dieser Paragrafen in einem Prozess, der weder mit Spionage noch mit Sabotage zu tun hat, ist ein Fall von politischer Willkür. Die Verteidigung kann dann nicht mehr das Argument vorbringen, der Angeklagte habe niemandem geschadet, sondern letztlich das Allgemeinwohl befördert. Dem Gefreiten Manning wurde damit die einzige Rechtfertigungsgrundlage entzogen. Er hatte keine Chance, einem Schuldspruch zu entgehen.

Die angemessene Reaktion auf dieses Urteil wäre daher eigentlich: Es muss aufgehoben werden. Es war juristischer und politischer Übereifer, Manning auf diese Weise zur Warnung für andere mögliche Überzeugungstäter abzuurteilen. Der 25-jährige Soldat, ein komplexbeladener Charakter, der als Heldenfigur wenig taugt, ist das bislang letzte Opfer in einem hysterisch verlängerten „Krieg gegen den Terror“.

Nicht erst mit diesem Prozess haben die USA unter Barack Obama gezeigt, dass sie mit aller Härte gegen die Verbreitung unliebsamer Wahrheiten vorgehen. Richard Nixon, gemeinhin als Finsterling unter den modernen US-Präsidenten angesehen, hat mit Hilfe desselben Paragrafen versucht, den Enthüller der Pentagon-Papiere zur Planung des Vietnam-Kriegs hinter Gitter zu bringen. Mit

dem Schuldspruch gegen Manning hat Obama nun da gewonnen, wo Nixon noch gescheitert war.

Diese Ungerechtigkeit wird Barack Obamas Präsidentschaft langfristig definieren, mehr als sein Rückzug aus zwei Kriegen, mehr als sein größtenteils vergeblicher Kampf, die USA zu einem sozialeren Staat zu machen.

Der SPIEGEL hat, gemeinsam mit anderen wichtigen internationalen Medien, Mannings über die Enthüllungsplattform WikiLeaks verbreitete Datenflut journalistisch aufbereitet und veröffentlicht. Der SPIEGEL hat also ein Interesse daran, dass künftige Quellen nicht eingeschüchtert werden, dass dieses Urteil keinen Bestand hat.

Nur: Das gleiche Interesse müsste auch Obama haben. Es geht um das Ansehen der USA, um ihre Glaubwürdigkeit als Land, zu dessen Freiheitsverständnis auch die Konfrontation mit der Wahrheit gehört.

Der Kampf gegen Machtmissbrauch ist auf Enthüllungen angewiesen, und Mannings Enthüllungen haben Kriegsverbrechen aufgedeckt, die allerdings bislang ungesühnt geblieben sind. Sie haben frühzeitig gezeigt, wie orientierungslos die USA in Afghanistan operieren. Und, weit davon entfernt, gehobenen Klatsch zu verbreiten, haben die Depeschen aus den US-Botschaften bewiesen, wie bereitwillig die Herrschenden ihre eigenen Völker hinter Licht führen.

Damit sich nicht weiterhin Whistleblower gezwungen sehen, ausgerechnet im noch dunkleren Putin-Reich Aufnahme zu finden, muss Obama Manning begnadigen. Politische Gesetzesbrecher wie Nixon, Iran-Contra-Verschwörer wie der ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger oder Sicherheitsberater Robert McFarlane sind begnadigt worden, Krähen hacken schließlich einander die Augen nicht aus.

Nun muss aber auch der begnadigt werden, der eine Krähe eine Krähe nennt.

**Manning ist das letzte Opfer in einem hysterisch verlängerten Krieg gegen den Terror.**

eine Freundin. Er hätte ein Bilderbuchleben führen können.

Stattdessen zog er am Donnerstag vergangener Woche in eine provisorische Unterkunft in Moskau, nachdem er gut einen Monat in der Transitzone des Flughafens Scheremetjewo verbracht hatte. Er darf jetzt ein Jahr lang in Russland bleiben. Snowden hat sich gegen Hawaii und für sein Gewissen entschieden, er weiß, dass ihn die amerikanische Regierung unerbittlich verfolgen wird: „Mit dieser Angst werde ich bis an das Ende meiner Tage leben müssen.“ Er geht davon aus, dass er wie Manning mit dem härtesten Vorwurf konfrontiert würde: den Feind unterstützt zu haben.

Der entsprechende Paragraf stammt aus dem Militärgesetzbuch – es ist ein Paragraf, der den Kern der Demokratie bedroht, dieses System von Checks and Balances, bei dem die Medien die Arbeit der Exekutive kontrollieren. Würde die Regierung ihn konsequent anwenden, wäre es das Ende des investigativen Journalismus, der davon lebt, mit als geheim eingestuften Regierungsdokumenten zu arbeiten.

Als Denise Lind am Mittwoch den Raum betritt, legt sich eine unwirkliche Stille über den Saal. Die Richterin ist eine strenge Juristin, bei Reaktionen aus dem Publikum schaut sie mahnend in den Raum. In einer früheren Sitzung hat Lind einen Zuschauer aus dem Saal entfernen lassen, der ein T-Shirt mit der Aufschrift „Wahrheit“ trug. Das Ganze hatte einen merkwürdigen Beigeschmack, denn geht es im Gerichtssaal nicht immer um die Suche nach der Wahrheit?

Richterin Lind kommt gleich zum Punkt: nicht schuldig, dem Feind geholfen zu haben. Mannings Anwalt David Coombs atmet auf. Das Schlimmste ist verhindert.

Dann, das Urteil: schuldig wegen Spionage. Manning nimmt beides reglos entgegen. „Spione pusten das, was sie haben, nicht in alle Öffentlichkeit“, schrieb er 2010 einem ehemaligen Hacker. Das Gericht hat ihn jetzt trotzdem zum Spion erklärt.

Am Tag danach geht es im Gericht in Fort Meade darum, ob Manning für einen Mord verantwortlich ist. Die Scheinwerfer sind abgebaut, die Satellitenwagen verschwunden, für die Öffentlichkeit ist das Spektakel vorbei. Und für Manning noch offen, ob er 13 oder 136 Jahre ins Gefängnis muss.

Die Regierung lässt wenig Zweifel daran, dass sie eine möglichst hohe Strafe will. Im Zeugenstand sitzt Robert Carr, ein bulliger ehemaliger Brigadegeneral, der seine 31 Dienstjahre in der US-Armee und bei der NSA verbracht hat. 2010 leitete Carr die Anti-WikiLeaks-Taskforce der US-Regierung. Er war so etwas wie der oberste Gegenspieler auf Seiten der



**Pro-Manning-Demonstration vor dem Weißen Haus am vergangenen Dienstag:** Snowden führt das fort, was Manning begonnen hat

Regierung. Manning hat ihn zehn Monate seines Lebens gekostet.

„Niemand zuvor haben wir eine Veröffentlichung dieses Ausmaßes und dieser Art von Informationen erlebt“, sagt Carr. „Die Herausgabe der Irak-Dokumente, das war wie ein Schlag ins Gesicht für uns.“ Im Irak sei damals der Krieg noch in Gang gewesen, die Publikation der internen Armeeeinträge habe den Erfolg des Einsatzes massiv in Frage gestellt.

„Ist durch die Veröffentlichung der Dokumente jemand gefährdet worden?“, fragt der Militärstaatsanwalt. Wenn der Brigadegeneral glaubhaft bezeugen könnte, dass die Datenweitergabe Menschenleben gekostet hat, dann läge das Strafmaß eher bei 136 als bei 13 Jahren.

„Ich weiß von einer Person, die aufgrund der Veröffentlichung der Dokumente getötet wurde“, sagt Carr. Es ist der Schlüsselsatz an diesem Tag. Manning muss sich beherrschen, als er den Satz hört, er flüstert aufgeregt mit seinem Anwalt, das erste Mal zeigt er Emotionen.

„Einspruch, Euer Ehren“, sagt sein Anwalt, aber Carr redet bereits weiter: „Die Taliban haben sich damit gebrüstet, den Mann aufgrund der Veröffentlichung umgebracht zu haben.“

„Einspruch“, ruft Mannings Anwalt erneut, „dafür gibt es keinen Beweis.“

Die Richterin ist irritiert.

„Der Name des Mannes taucht in den Dokumenten gar nicht auf“, ruft der Anwalt.

Stimmt das?

Carr spricht jetzt leiser, direkt zu der Richterin. Er räumt ein, dass die Taliban den Zusammenhang mit den Afghanistan-Dokumenten einfach behauptet haben. Sein Name stehe nicht in den Akten. Der Tod des Mannes hängt vermutlich nicht mit Mannings Daten zusammen.

„Einspruch stattgegeben“, sagt die Richterin. Aus Mannings Körper löst sich die Spannung, er sackt kurz zusammen, nimmt einen Schluck aus der Wasserflasche. Die Anklage ist ein zweites Mal damit gescheitert, ihn zum Taliban-Helfer zu machen.

Wie es aussieht, wird es noch eine Weile so weitergehen. Zeugen der Anklage werden aussagen, danach Zeugen der Verteidigung. Für die letzte Woche im August ist die Verkündung des Strafmaßes geplant, möglicherweise auch ein paar Tage früher.

Die Reaktionen der amerikanischen Regierung auf Bradley Manning und Edward Snowden deuten nicht darauf hin, dass die Obama-Administration einen anderen Umgang als Härte mit Whistleblowern kennt. Snowden drohen in Amerika Gefängnis, Einzelhaft, nächtliches Wecken, eine drakonische Anklage – wie Manning.

Einen Tag nach dem Manning-Urteil meldet sich Lon Snowden zu Wort, der Vater des Whistleblowers. Er hatte seinen Sohn nach den ersten Veröffentlichungen aufgerufen, nach Amerika zurückzukehren und sich den Vorwürfen zu stellen, wie ein echter Amerikaner. Dann hat Lon Snowden sich angeschaut, was die Regierung mit Manning machte, und sei-

ne Meinung geändert. Er fordert seinen Sohn jetzt nicht mehr auf, nach Hause zu kommen.

Sein Junge liebe Amerika, sagt Lon Snowden, aber wenn er in die USA zurückkehre, werde er „furchtbar behandelt. Sie werden ihn in ein Loch werfen und nicht öffentlich sprechen lassen“. Er solle besser in Moskau bleiben.

Von dort wird Snowden fortführen, was Manning begonnen hat. Nach der Armee und dem Außenministerium geht es diesmal um die NSA, wieder berichtet der „Guardian“, aber auch der SPIEGEL über die Geheimdokumente. Nie zuvor in ihrer Geschichte ist die Supermacht USA in den sensiblen Kernbereichen von Militär, Diplomatie und Geheimdiensten so bloßgestellt worden.

Vieles spricht dafür, dass Manning und Snowden nicht die letzten Whistleblower waren, die sich, beeinflusst vom Internet, an die Öffentlichkeit wenden, weil sie mit dieser Art von Politik nicht mehr einverstanden sind. Bradley Manning ist zu einem Präzedenzfall geworden, aber zu einem anderen, als die US-Regierung gehofft hat.

Nach der Befragung von General Carr drückt die Richterin noch einmal auf die Mikrofontaste, einen Punkt will sie noch klarstellen. Die Sache mit dem angeblichen Taliban-Opfer, für dessen Tod Manning verantwortlich sein soll, werde das Gericht bei der Bemessung des Strafmaßes nicht verfolgen, sagt Denise Lind.

Bradley Manning lächelt kaum merklich.

HOLGER STARK

# Snowdens neue Heimat

Präsident Putins Asylentscheidung für den amerikanischen Whistleblower wird in Moskau begeistert gefeiert – als eindrucksvolle Machtgeste gegenüber den USA.

Selbst Anatolij Kutscherena, Edward Snowdens russischer Anwalt, hat erst spät erfahren, dass sein Mandant Asyl in Russland erhält. Auch er wusste wohl nur wenig von den Debatten, die es im Kreml und beim Geheimdienst FSB in der Affäre Snowden gab.

Kutscherena ist kein Mann der Opposition. Er hat zwar russische Bürger gegen die Willkür des Staates verteidigt, doch

„Russland ist wie eine seriöse Macht aufgetreten. Nun wird unser Gewicht in der Welt wieder zunehmen. Wie oft haben die Amerikaner russische Bürger in Drittländern abgefangen, in die USA entführt, dort nach amerikanischen Gesetzen verurteilt und in amerikanische Gefängnisse gesteckt. So etwas vergessen wir nicht.“

Nikonows und Limonows Äußerungen zeigen die Reflexe eines Landes, das sich seit Jahren von Amerika erniedrigt fühlt – Reflexe, die vorhersehbar waren. Wer wie US-Senator John McCain schon vorab eine „adäquate Antwort“ fordert, sollte Snowden nicht ausgeliefert werden, oder wie Senator Lindsey Graham einen Boykott der Winterspiele in Sotschi, muss wissen, dass den Russen dann nur die Trotzreaktion bleibt. Nach diesen Äußerungen „hätten wir selbst das Angebot der USA abgelehnt, ihnen für eine Million Dollar pro Tonne Schnee aus Sibirien zu verkaufen“, schrieb ein Moskauer Kommentator.

Das Weiße Haus sei über die Pro-Snowden-Entscheidung Russlands „sehr

den Gipfel um jeden Preis zu retten. Aus seiner Sicht gibt es mit Obama ohnehin nichts mehr zu bereden, nach mehreren Skandalen ist das Verhältnis zu den Amerikanern gründlich verdorben.

In dieser Einschätzung sind sich Russen und Amerikaner ausnahmsweise mal einig. „Vom syrischen Bürgerkrieg bis zur nuklearen Abrüstung – die Vereinigten Staaten und Russland sind bei eigentlich allen größeren Themen meilenweit voneinander entfernt“, schrieb die „New York Times“. Die Russen misstrauten nach wie vor dem amerikanischen Raketen schild, sie hätten es abgelehnt, ihre Unterstützung für den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad aufzugeben, und auch dem neuen iranischen Staatsoberhaupt Hossein Rohani stünden sie viel zu aufgeschlossen gegenüber.

Mit Putins Asylentscheidung hätten im Übrigen alle gewonnen, glaubt die Moskauer Zeitung „Wedomosti“. Russland habe sein Prestige gestärkt, Amerika wiederum könne Snowden nun endlich vergessen. Stünde der frühere NSA-Experte



Gesprächspartner Obama, Putin 2009 bei Moskau, Asylbewilligung für Snowden: „Bei allen Themen meilenweit voneinander entfernt“

zur Präsidentenwahl im vergangenen Jahr wurde er von Wladimir Putin zur „Vertrauensperson“ ernannt. Kutscherena trat als sein Wahlhelfer auf, das gilt als Ritterschlag des Kreml.

Als sich Putin vergangenen Donnerstag endgültig für Snowdens Verbleib in Russland entschied, blieb dem Anwalt nur noch, zum Flughafen Scheremetjewo zu eilen und den Asylanten zum Taxi zu geleiten.

Der von seinem eigenen Staat gehetzte Whistleblower hat nun eine neue Heimat, zumindest für ein Jahr – in Russland löste das Begeisterung aus. „Mit jeder anderen Entscheidung hätten wir unser Gesicht verloren – man hätte aufgehört, uns ernst zu nehmen, die Amerikaner zuallererst“, kommentierte der Duma-Abgeordnete Wjatscheslaw Nikonow den Bescheid.

Und der Schriftsteller Eduard Limonow schrieb in der Moskauer „Iswestija“:

enttäuscht“, so Sprecher Jay Carney. Senator McCain sprach von einer „Ohrfeige“ für Amerika und davon, dass es nun an der Zeit sei, „die Beziehungen zu Putins Russland grundsätzlich zu überdenken“. Das klingt fast nach einer neuen Eiszeit. Das für Anfang September geplante Moskauer Treffen von Barack Obama und Wladimir Putin scheint so gut wie geplatzt.

„Seit dem Ende des Kalten Krieges ist nichts Vergleichbares passiert“, sagt Angela Stent, früher Ostexpertein im National Intelligence Council, einem Think-Tank der Geheimdienste.

Das Scheitern des Moskauer Gipfels war vom Kreml nicht unbedingt gewollt, und so versuchte Putins außenpolitischer Berater, die Entscheidung für den Whistleblower herunterzuspielen: Die Angelegenheit sei nicht bedeutsam genug, um die Beziehungen beider Staaten zu beeinflussen. Andererseits sah Putin keinen Grund,

in den USA wegen Hochverrats vor Gericht, würde sein Fall zum Problem für die Regierung. Jetzt aber könne Washington ihn wegen Zusammenarbeit mit dem russischen Geheimdienst diskreditieren.

Und Snowden selbst?

Auch er zähle zu den Gewinnern, schreibt „Wedomosti“. Er werde in Russland komfortable Wohnverhältnisse und eine gutbezahlte Arbeit bekommen.

Tatsächlich bot ihm Russlands wichtigste Internetplattform VKontakte bereits einen „Posten seiner Wahl“. Das Facebook-Pendant zählt 200 Millionen Mitglieder; Pawel Durow, der 28-jährige Gründer, ist 200 Millionen Euro schwer.

Für Snowden gäbe es dann aber einen Wissenskonflikt: Durow soll 2011 während der Proteste gegen die gefälschte Duma-Wahl auch Daten von Kreml-Gegnern an den Geheimdienst FSB weitergeleitet haben.

CHRISTIAN NEEF



Außenminister Fahmy

ED GILES / DER SPIEGEL

ÄGYPTEN

## „Ich trauere um jeden Toten“

Außenminister Nabil Fahmy, 62, über die Machtprobe mit den Muslimbrüdern, seine neue Rolle in der Regierung und die Politikerbesuche der vergangenen Tage

Es ist kurz vor Mitternacht, als Nabil Fahmy die Besucher in seine großzügige Altbauwohnung auf der Nilinsel Samalik bittet. Der neue ägyptische Außenminister war gerade in einem Kairoer Luxushotel zum traditionellen Fastenbrechen, er hält die strengen Vorschriften des Ramadan ein. Das tat er schon als Botschafter in Washington, ohne Rücksicht auf Gastgeber von Cocktailempfängen. Als ihn die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton vergangene Woche traf, bekam sie nicht einmal einen Schluck Wasser serviert. „Das Treffen war trocken, aber konstruktiv“, sagt Fahmy. Nun ist er bereit, „einige Missverständnisse aufzuklären“, die es über die jüngste Entwicklung in Kairo gebe – „auch unter Berliner Politikern“.

Seit Mitte Juli ist Fahmy, 62, Außenminister im Übergangskabinett. Er stammt aus einer Diplomatenfamilie, bereits sein Vater diente als Außenminister unter dem später ermordeten Präsidenten Anwar al-Sadat. Fahmy war auch Botschafter in Tokio und zuletzt Dekan an der Amerikanischen Universität Kairo. Seit er in die Regierung berufen wurde, sind seine Nächte kurz: „Nach vier Stunden wache ich auf“, sagt er. Und dann könne er nicht mehr einschlafen, „vor lauter Sorge um Ägypten“.

**SPIEGEL:** Herr Außenminister, beschämt es Sie, Mitglied einer Regierung zu sein, die durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen ist?

**Fahmy:** Im Gegenteil, ich bin stolz, meinem Land in dieser Regierung zu dienen. Wenn es mir allein um das Amt ginge, hätte ich schon unter Husni Mubarak Außenminister werden können. Aber ich wollte nicht zu sehr in die Nähe dieses Präsidenten rücken. Seit dessen Sturz wurde mir der Posten noch zwei weitere Male angetragen, beide Male habe ich abgelehnt. Doch nach den Ereignissen vom 3. Juli ...

**SPIEGEL:** ... als das Militär den demokratisch gewählten Präsidenten Mohammed Mursi stürzte und festsetzte ...

**Fahmy:** ... wollte ich mich meiner Verantwortung nicht entziehen. Als Patriot hatte ich keine andere Wahl. Präsident Mursi wollte auf die Forderungen nach Neuwahlen nicht eingehen und ein islamistisches Regime errichten. Das konnten wir nicht zulassen und haben uns an das Militär gewandt.

**SPIEGEL:** Den Spielregeln der Demokratie entspricht die Absetzung Mursis aber nicht.

**Fahmy:** Es war ein beispielloser Vorgang, sicherlich. Aber würde sich die Bundesregierung taub stellen, wenn 20 Millionen

Menschen in Berlin gegen sie auf die Straße gingen? Mursi hat das gemacht. Er hat sich nur um seine islamistische Klientel gekümmert, seine Macht weiter ausgebaut und seine eigene Agenda verfolgt. Mit seiner Absetzung haben die Generäle die Rechte einer großen Mehrheit der Ägypter verteidigt. Sie hatten keine andere Möglichkeit, als diesen Präsidenten aus dem Amt zu drängen. Deshalb war es kein Militärputsch.

**SPIEGEL:** Trotzdem, Sie haben einen demokratisch gewählten Präsidenten aus dem Amt gejagt.

**Fahmy:** Mursi war demokratisch gewählt, aber er hat nicht demokratisch regiert. Ich muss Sie doch nicht daran erinnern, dass gerade Sie in Deutschland Ihre Erfahrungen gemacht haben mit einem demokratisch gewählten Politiker, der sich dann antidemokratisch verhalten hat.

**SPIEGEL:** Wollen Sie Mohammed Mursi mit Adolf Hitler vergleichen?

**Fahmy:** Ich will nur auf die Gefahren hinweisen, die wir gesehen haben. Und um diese Entwicklung aufzuhalten, haben wir das Militär zur Hilfe gerufen – im Namen von Millionen Ägyptern.

**SPIEGEL:** Die Abstimmung mit den Füßen ist wichtiger als die an der Wahlurne?

**Fahmy:** Unsere Botschaft ist, dass die politischen Führer ihrer Bevölkerung Rechenschaft schuldig sind. Sowohl bei Mubarak als auch bei Mursi war die Haltung der Ägypter deutlich: Hört unsere Stimmen, reagiert auf unsere Forderung, riefen sie. Die andere Botschaft von Kairo lautet: Eine Revolution ohne Gewalt ist möglich.

**SPIEGEL:** Zurzeit verläuft die Revolution alles andere als friedlich, es hat blutige Straßenschlachten zwischen Islamisten und Sicherheitskräften gegeben. Wissen Sie, wie viele Menschen seit dem Sturz Mursis getötet wurden?

**Fahmy:** Ich trauere um jeden Toten, den diese Auseinandersetzungen gefordert haben. Und dennoch können wir, gemessen an dem historischen Prozess, den wir gerade erleben, noch immer von einer friedlichen Revolution sprechen. Wir befinden uns in einer sehr heiklen Phase. Aber was sich manche unserer Freunde im Westen an Urteilen erlauben, das geht an der Realität vorbei. Wir erleben gerade nach Jahrzehnten der Diktatur den Übergang zur Demokratie. Sie aber legen Maßstäbe an, die vielleicht in Ihren politischen Systemen gelten.

**SPIEGEL:** Menschenrechtler gehen davon aus, dass die Militäreinsätze gegen Mursi-Anhänger etwa 200 Todesopfer zur Folge hatten. Allein am letzten Juli-Wochenende töteten Sicherheitskräfte 80 Demonstranten in Kairo.

**Fahmy:** Solche Exzesse sind eine Folge der politischen Polarisierung. Die Gemüter sind aufgeheizt, auf beiden Seiten. Da prallen grundverschiedene gesellschaft-



KHALIL HAMRA / AP / DPA

Mursi-Anhängerin bei einer Mahnwache in Kairo: „Freier Abzug für Besetzer“

liche Konzepte aufeinander. Wir Ägypter suchen gerade nach einer neuen Identität für das 21. Jahrhundert: Wer sind wir? Was wollen wir? Welche Rolle soll der Glaube spielen? Und wie sind Islam und Politik miteinander vereinbar? Wo ziehen wir die Grenze zwischen islamisch und islamistisch? Diese Fragen konnten über Jahrzehnte nicht gestellt werden. Nun suchen wir nach Antworten.

**SPIEGEL:** Die Schuld scheint nach Aussagen unabhängiger Augenzeugen bei den Sicherheitskräften zu liegen, die in die Menge geschossen haben.

**Fahmy:** Ich kenne diese Berichte. Aber es gibt auch andere Aussagen, wie die des Innenministers Mohammed Ibrahim, der behauptet, dass seine Leute nur Tränengas eingesetzt hätten.

**SPIEGEL:** Innenminister Ibrahim hat unter Husni Mubarak Karriere gemacht. Er wird nicht das erste Mal beschuldigt, unverhältnismäßig hart durchgegriffen zu haben. Ist nun das alte Unterdrückungssystem zurückgekehrt?

**Fahmy:** Ziehen Sie keine voreiligen Schlüsse. Wir wissen inzwischen durch unsere Sicherheitsdienste, dass nie zuvor so viele unangemeldete Waffen im Umlauf waren wie jetzt. Und wenn so viele Menschen Gewehre und Pistolen tragen, sind Schuldzuweisungen nicht so einfach.

**SPIEGEL:** Was meint der Innenminister, wenn er sagt, dass es ein Fehler war, Mubarak's Sicherheitsapparat aufzulösen?

**Fahmy:** Der Innenminister meinte wohl, dass in den vergangenen zweieinhalb Jahren jene Mitarbeiter ausgeschieden sind, die sich früher um extremistische Gruppen und Terroristen gekümmert haben. Diese Leute fehlen jetzt, wenn es darum geht, Informationen zu beschaffen. Eine Reaktivierung alter Systeme und Seilschaften wird es aber nicht geben. Wir bleiben unserem Vorhaben treu, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Eine der Grundvoraussetzungen dafür ist

aber, dass wir die Sicherheitslage im Griff haben.

**SPIEGEL:** Trotzdem scheint es nun eine Art Hexenjagd auf die Muslimbrüder und deren Sympathisanten zu geben.

**Fahmy:** Dazu darf es nicht kommen. Der Aussöhnungsprozess hat für uns eine herausragende Bedeutung. Wussten Sie, dass wir einen Minister haben, der sich ausschließlich darum bemüht?

**SPIEGEL:** Verteidigungsminister und Armeechef al-Sisi steht eher für eine Politik der harten Hand. Dienen liberale Vordenker wie Sie oder Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei, der zum Vizepräsident ernannt wurde, den Generälen nicht nur als Feigenblatt?

**Fahmy:** Das Gefühl habe ich nicht. Wenn jetzt die Debatte über unsere Verfassung beginnt, wird es dabei nicht nur um den Stellenwert der Religion gehen, sondern auch darum, welche Rolle dem Militär in Zukunft zukommt. Darüber werden wir mit den Generälen ernsthaft diskutieren.

**SPIEGEL:** Gerade war die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton in Kairo, um zu vermitteln. War das hilfreich?

**Fahmy:** Bei vielen Ägyptern ist der Besuch nicht gut angekommen, sie haben das als Einmischung in unsere internen Angelegenheiten empfunden. Vor allem, dass sie Ex-Präsident Mursi besucht hat, der an einem geheimen Ort unter Arrest steht, hat viel Kritik hervorgerufen. Aber unsere Regierung hat das in Kauf genommen, wir hatten keine Einwände gegen Lady Ashtons Wunsch. Über künftige Besuche wird der Generalstaatsanwalt entscheiden, der gegen Mursi Ermittlungen eingeleitet hat.

**SPIEGEL:** Es heißt, es werde gegen Mursi ermittelt, weil er während der Revolution Anfang 2011 mit Hilfe von Terroristen aus der Haft ausgebrochen sei. Wie genau lauten die Vorwürfe?

**Fahmy:** Ich weiß es nicht. Es sind wohl diverse Anschuldigungen. Aber schon jetzt

steht fest: Falls es zu einem Prozess kommt, wird der Fall nicht vor einem Sondergericht verhandelt werden, sondern vor der zuständigen, regulären Kammer.

**SPIEGEL:** Auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle, der Ihre zweite Revolution als einen „schweren Rückschlag für die Demokratie“ bezeichnet hat, kam vergangene Woche nach Kairo. Haben Sie ihn gern empfangen?

**Fahmy:** Herr Westerwelle hat gefragt, ob er kommen dürfe, und wir haben uns über seinen Besuch gefreut. Deutschland ist ein bedeutender Partner. Doch gerade die Deutschen messen uns an ihren eigenen Maßstäben, und das führt zu falschen Bewertungen. Deshalb ist uns wichtig, von Ihnen richtig verstanden zu werden. Wir brauchen die Unterstützung der Bundesregierung auf unserem Weg zur Demokratie.

**SPIEGEL:** Zurzeit allerdings bereiten sich Militärs und Sicherheitskräfte darauf vor, die Protestlager der Muslimbrüder und ihrer Unterstützer zu räumen.

**Fahmy:** Wir müssen Recht und Ordnung wiederherstellen. Daher können wir nicht zulassen, dass zentrale Plätze wochenlang besetzt werden.

**SPIEGEL:** Jede Räumung bedeutet neues Blutvergießen. Wann sagen Sie: Mehr Tote trage ich nicht mit?

**Fahmy:** Diese persönliche Grenze wird nicht durch Opferzahlen markiert. Weitere Tote sollten unbedingt vermieden werden. Deshalb hat unsere Regierung den Besetzern der Kreuzungen im Universitätsviertel und bei der Rabaa-Moschee freien Abzug angeboten. Niemand wird belangt, das hat Interimspräsident Adli Mansur betont.

**SPIEGEL:** Die Muslimbrüder wollen ihre Proteste ausweiten. Jeder weitere Märtyrer bestärkt sie in ihrer Rolle als Opfer einer antislimischen Verschwörung.

**Fahmy:** Ich bin auch skeptisch, dass wir die Bruderschaft für unseren Versöhnungsprozess gewinnen können. Aber wir müssen es zumindest versuchen. In vier Monaten soll dieses Land eine neue Verfassung haben. In spätestens neun Monaten soll es wieder ein Parlament geben und einen demokratisch gewählten Präsidenten. Und bei diesen Wahlen sollte auch die Partei der Bruderschaft antreten.

**SPIEGEL:** Warum sollte die Muslimbruderschaft daran teilnehmen? Damit das Militär ihren Präsidenten wieder stürzt, sollten sie erneut gewinnen?

**Fahmy:** Der nächste ägyptische Präsident wird an eine Verfassung gebunden sein. Das war Mursi nicht, und das war ein historischer Fehler.

INTERVIEW: DIETER BEDNARZ



**Video: Dieter Bednarz über die Muslimbrüder**

spiegel.de/app322013aegypten  
oder in der App DER SPIEGEL



GROSSBRITANNIEN

# Banker ins Pfarrhaus

Die Kirche von England hat einen Ex-Ölmanager zu ihrem Oberhaupt gemacht. Der will nun die Konflikte zwischen Religion und Finanzwelt entschärfen.

**D**as Arbeitsessen war nicht gerade vorbildlich für eine „Kirche der Armut“ – es gab Carpaccio vom Schwertfisch, Pasta mit Garnelen, Thunfischsteak, Halbgefrorenes, frische Früchte und Kaffee. Gleichwohl waren sich die beiden Kirchenführer, die im Abstand von nur zwei Tagen in ihr Amt eingeführt worden waren, schnell einig.

Anglikaner wie Katholiken sollten, so Papst Franziskus, „dem Schrei der Armen eine Stimme geben, damit sie nicht von den Gesetzen der Wirtschaft im Stich gelassen werden“.

Der gute Vorsatz hätte auch von Justin Welby stammen können, seinem Gesprächspartner. Der Erzbischof von Canterbury, seit März Primas der Kirche von England und oberster geistlicher Leiter von rund 80 Millionen Anglikanern weltweit, hat sich schon während seines Theologiestudiums vor allem mit Fragen der Gerechtigkeit im Kapitalismus beschäftigt. Seine Doktorarbeit schrieb er zu einem Traktat um, das die Frage stellt: „Können Firmen sündigen?“

Selbstverständlich können sie das. Im Unterschied zu seinen Vorgängern beantwortet Welby, 57, solche Fragen aus eigener Erfahrung: Bevor er seine Kirchenkarriere begann, hat er elf Jahre lang als Finanzmanager in der Ölindustrie gearbeitet, fünf Jahre bei Elf Aquitaine in Frankreich, dann sechs Jahre lang in London, zuletzt bei Enterprise Oil, einer Produktionsgesellschaft, die heute zum Shell-Imperium gehört.

Und der Erzbischof scheut sich nicht, die Sünder in der Welt der Wirtschaft beim Namen zu nennen. In derselben Woche, in der Papst Franziskus in Rio de Janeiro den „Kult des Geldes“ geißelte, knüpfte sich Welby eine Branche vor, die im Großbritannien sinkender Löhne und gekürzter Sozialleistungen gerade Konjunktur hat – das anrühige

Gewerbe der Vermittler von Kurzzzeitkrediten.

Denn Firmen wie Wonga, Speedy Cash oder Quick Quid verleihen zunehmend Kleinbeträge für einige Tage oder Wochen zu Zinsen, die, aufs Jahr hochgerechnet, 5000 Prozent überschreiten können. Das nennt Welby „sündhaft“ und „unmoralisch“.

Doch anders als der deutsche Reformator Martin Luther, der alle Wucherer an den Galgen wünschte, predigt der Bischof systemimmanente Lösungen. Dem Chef eines dieser Verleihunternehmen, Errol Damelin von Wonga, drohte er in einem persönlichen Gespräch, er werde diese Firmen „durch Wettbewerb vom Markt verdrängen“.

Das ist eine Sprache, die am Finanzplatz London verstanden wird. Gut 2000 Jahre nachdem der Religionsstifter Jesus von Nazareth Wechsler und Geld-

nicht übermäßig erschrecken. Denn das Erfolgsrezept der umstrittenen Unternehmen ist die sofortige Kreditentscheidung innerhalb weniger Minuten nach vorherigem Auskämmen aller im Internet vorhandenen Daten über die Antragsteller. So schnell ist keine Genossenschaftsbank. 2011 verlieh die Kurzzzeitkreditbranche umgerechnet 2,5 Milliarden Euro – auch an Kunden, die bei normalen Banken keinen Kredit mehr erhalten. Dennoch blieb der Anteil an Kreditnehmern, die nicht zurückzahlen konnten, unter zehn Prozent.

Britische Genossenschaftsbanken, traditionell die Banken der Armen, haben dagegen nur etwa 605 Millionen Pfund an ihre Kunden verliehen. Die meisten leiden unter einer schwerfälligen Bürokratie und unter gesetzlichen Bestimmungen, nach denen der Höchstzinssatz für Kurzzzeitkredite derzeit auf 26,8 Prozent beschränkt ist. Das hört sich gewaltig an,

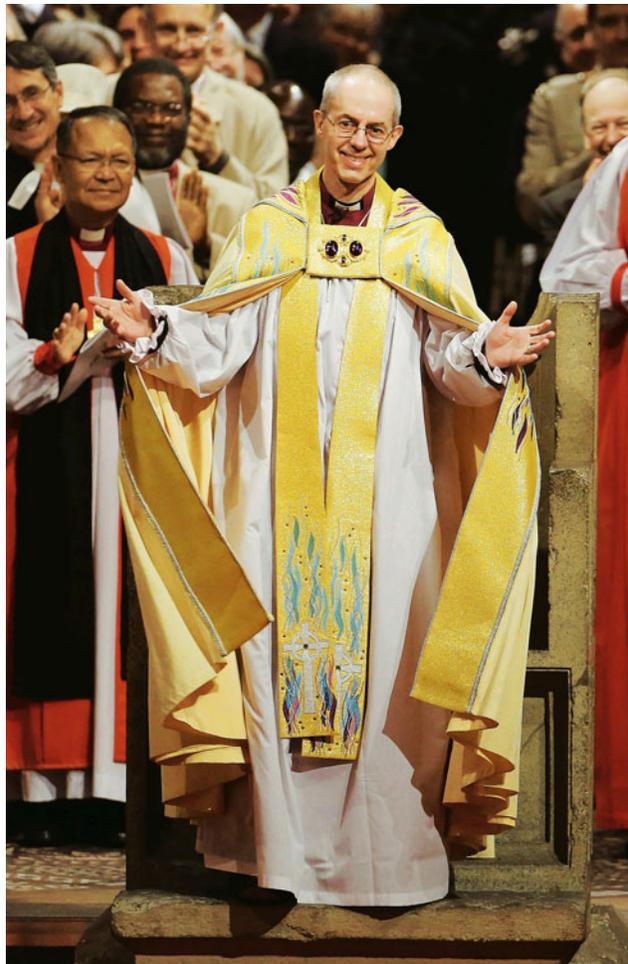
aber selbst Bischof Welby gibt zu, dass die Genossenschaftsbanken zwischen 70 und 80 Prozent Zinsen für diese Art von Krediten verlangen müssten, damit sie wegen der hohen Bearbeitungskosten keine Verluste machen.

Nun wollen Mitglieder der Regierungskoalition prüfen, wie sie mit der Kirche „zusammenarbeiten können, damit Genossenschaftsbanken zu einer starken Konkurrenz und einer praktikablen Alternative für das Kurzzzeitkreditgewerbe werden“, so Vince Cable, der britische Minister für Unternehmen und Innovation.

Der Vorschlag, die Genossenschaftsbanken ans Pfarrhaus zu binden, ist nur der jüngste Versuch des Kirchenoberhauptes, den naturgegebenen Konflikt zwischen Gott und Mammon zu entschärfen und Einfluss auf die Reform des britischen Bankwesens zu nehmen. Welby war auch Mitglied der parlamentarischen Untersuchungskommission über Bankenstandards und hat geholfen, deren Empfehlungen auszuarbeiten. Danach könnten Banker wegen „grob fahrlässigen Verhaltens“ ins Gefängnis wandern, und Finanzmanager müssten bis zu zehn Jahre auf ihre Boni warten, damit sich erweisen kann, ob sie die wirklich verdient haben.

Aber auch die Finanzengel der englischen Kirche sind nicht gegen Fehler gefeit. Keine 24 Stunden nach Welbys Kampfansage an die Kredithaie enthüllte die „Financial Times“, dass der Pensionsfonds der Anglikaner mit einer Kleinanlage von 75 000 Pfund bei einem Investor von Wonga beteiligt ist.

HANS HOYNG



Kirchenführer Welby: „Können Firmen sündigen?“

verleiher aus dem Tempel vertrieb, lädt Bischof Welby sie ein zurückzukehren: Die Kirche von England habe „16 000 Filialen in 9000 Gemeinden“, die wolle er Genossenschaftsbanken öffnen, damit sie an Bedürftige Kurzzzeitkredite zu sehr viel moderateren Zinsen vergeben könnten.

Die Banker in den Sakristeien dürften die Halsabschneider von Wonga & Co.





Arbeiter im Bergwerk von Oyu Tolgoi: So viel Kupfer im Boden, dass man mehr als 80000 Freiheitsstatuen daraus bauen könnte

GLOBALISIERUNG

# Jagd auf den Wüstenschatz

Der Bau eines riesigen Bergwerks in der Öde von Gobi soll der Mongolei zu einem rasanten Wirtschaftswachstum verhelfen. Doch nun bedroht der Konflikt um den Ertrag des Edelmetall-Abbaus die junge Demokratie.

Die Mongolei ist über viermal so groß wie Deutschland, hat fast drei Millionen Einwohner und erwirtschaftete 2012 zehn Milliarden Dollar.

Das britisch-australische Bergbauunternehmen Rio Tinto beschäftigt 71000 Menschen in mehr als 40 Ländern und ist gut 60 Milliarden Dollar wert.

Zwei ungleiche Partner: ein armes Land und der zweitgrößte Bergbaukonzern der Welt, die nun zusammen eines der größten Kupfer- und Goldvorkommen der Welt ausbeuten wollen. Aber ist es möglich, diesen Reichtum gerecht zu verteilen?

Die Mine, um die es geht, liegt an der Grenze zu China, eine Flugstunde südlich der Hauptstadt Ulan Bator. Hier steckt so viel Kupfer im Boden, dass man mehr als 80000 Freiheitsstatuen daraus bauen könnte. Und wenn das Bergwerk, das Rio

Tinto und die Mongolen planen, einmal seinen vollständigen Betrieb aufnimmt, könnte es ein Drittel der gesamten mongolischen Wirtschaftsleistung erbringen. Es könnte, zumindest in der Theorie, Wohlstand in dieses Land bringen, in dem viele Menschen noch immer in einfachen Jurten und Baracken leben.

In der Praxis sieht das Geschäft zwischen dem armen, aber an Rohstoffen reichen Land und dem Weltkonzern anders aus. Und so wird die Zusammenarbeit zugleich zu einem Modellfall für eine wachsende Zahl von Schwellen- und Entwicklungsländern.

Gegenüber stehen sich ein schwacher Staat und ein ihm wirtschaftlich weit überlegenes Unternehmen, das der Staat braucht, um seine Bodenschätze zu erschließen. Die einen haben Rohstoffe, um die sich alle reißen, die anderen das

notwendige technische Know-how, viel Geld und clevere Anwälte. Wie aber profitiert dieser unerfahrene Staat von dem Unternehmen, ohne sich von dem Rohstoffmulti übervorteilen zu lassen? Und wie erklärt er seiner Bevölkerung, dass in den Jahren des Aufschwungs einige wenige rasch reich werden und viele arm bleiben?

Der Konflikt um die Mine von Oyu Tolgoi, benannt nach dem türkisfarbenen Kupfererz, das in der Wüste Gobi liegt, begann vor rund vier Jahren. Um sich mit 34 Prozent am Ausbau der Mine zu beteiligen, musste die mongolische Regierung einen Kredit aufnehmen. Das Geld kam von Rio Tinto, dem Unternehmen, das die Mine betreibt. Seit dieser Deal bekannt wurde, fragen sich die Mongolen, wer am Ende mehr von dieser Mine hat: sie oder der Konzern Rio Tinto.

Der Geophysiker Samand Sanjdorj ist Vizechef der Mine von Oyu Tolgoi und damit der ranghöchste Mongole auf dem Minengelände. Der 67-Jährige hat ein Büro in einem klimatisierten Glasbau, der wie ein blaues Raumschiff in der Wüste Gobi steht. Regelmäßig fliegt er mit einem Firmenjet zwischen der Hauptstadt und der Mine hin und her. Auf die Frage, auf wessen Seite er stehe, auf der seines Landes oder der seiner Firma, antwortet Samand Sanjdorj lange nicht. Dann sagt der Manager im orange-blauen Rio-Tinto-Overall: „In erster Linie bin ich Mongole, aber dieses Bergwerk ist mein Baby.“

Der Mann, der in der Hauptstadt für die Kupfermine zuständig ist, heißt Chuluunteren Otgochuluu, ist 35 und Leiter der Planungsabteilung des Bergbauministeriums. Sein Büro liegt im vierten Stock eines in die Jahre gekommenen Sowjetbaus, der keine Fahrstühle hat und dessen Dielen knarzen. Otgochuluu hat es nicht weit von der Innenstadt hinaus in die trostlosen Hügel nördlich des Zentrums, wo sich in den vergangenen Jahren 800 000 Landflüchtige niedergelassen haben, fast ein Drittel der mongolischen Bevölkerung.

Die Menschen, die hier in den Jurten leben, haben kein fließend Wasser, keine Kanalisation und nur sporadisch Strom. Im Winter gehen sie bei minus 30 Grad nachts vor die Tür zu ihren Plumpsklos. Sie heizen ihre Bolleröfen mit allem, was sich verheizen lässt: Auslegeware, Reifen, Plastikmüll. Die Luft in Ulan Bator ist im Winter noch giftiger als in Peking.

Der Beamte Otgochuluu sagt: „Die Menschen haben bislang nichts von der Mine. Unser Geschäft mit Rio Tinto ist nicht fair. Rio Tinto leistet in der Wüste tolle Arbeit, aber wenn sie uns beim Geld beschwindeln wollen, dann können wir keine Freunde sein.“

So geht es nun schon die ganze Zeit, die Regierung beschuldigt Rio Tinto, Vereinbarungen gebrochen zu haben, außerdem lehnt sie die weiteren Pläne des Konzerns zur Finanzierung der Mine ab.

Der Ausgang dieses Streits ist für die Mongolei entscheidend. Das Land, dessen Wirtschaft zuletzt schneller wuchs als in den meisten Ländern der Welt, ist fast ausschließlich vom Rohstoffexport abhängig. Die Mongolei hat, was alle wollen: Kohle, Kupfer, Gold, Uran, Seltene Erden. Der Reichtum des Landes lässt sich am Rang seiner Besucher erkennen. Donald Rumsfeld kam nach Ulan Bator, auch Angela Merkel und mehrere japanische Premierminister waren dort. Vor allem Peking ist um seinen Nachbarn bemüht.

Das Konzentrat aus Oyu Tolgoi wird zu 100 Prozent nach China exportiert. Vier Jahre nach Baubeginn brachen Anfang Juli die ersten Tieflader von Oyu Tolgoi nach China auf, beladen mit je 36 Tonnen eines braunen, zementartigen Pulvers, aus dem jenseits der Grenze

Kupfer und Gold gewonnen werden. Es war ein historischer Tag, mehrfach auf der Termin verschoben worden. Der Geologe Samand Sanjdorj hatte bereits befürchtet, er würde das vor seiner Rente nicht mehr erleben.

Sanjdorj steuert seinen Land Cruiser auf die höchste Abraumhalde und zeigt den Tagebaukrater von Oyu Tolgoi, die Förder-, die Belüftungstürme des Untertagebergwerks und das ozeandampfergroße Mahlwerk, in dem das Kupfererz zu Staub zerkleinert wird. Vor über 20 Jahren hat er zum ersten Mal an dieser Stelle gestanden – auf der Suche nach Kupfer. „Die Russen hatten uns nicht viel hinterlassen“, sagt er, „doch ihre geologischen Karten waren gut. Wir wussten, wo wir suchen müssen.“

Mitte der neunziger Jahre, kurz nachdem die russischen Karten freigegeben worden waren, erwarb der australische Minengigant BHP eine erste Lizenz für Oyu Tolgoi. Mehrere Jahre lang ließ die Firma nach dem Kupferlager graben, Sanjdorj verbrachte Sommer bei über 40 und Winter bei unter minus 40 Grad in der

terbohren, kurz darauf war er am Ziel: Geologen fanden ein Kupferlager in Gestalt einer kilometerlangen Banane, die bis 2000 Meter tief in die Erde reicht und deren Kupfergehalt sehr hoch ist. Nun brauchte Friedland nur noch Leute, die das Know-how und die Mittel hatten, um die Banane auszugraben.

Im Jahr 2005, der Kupferpreis hatte die 3500-Dollar-Marke überschritten, hielt er vor einer Investorenkonferenz in Florida eine Rede, von der internationale Bergbau-Manager noch heute schwärmen – und die ihn zum meistgehassten Mann der Mongolei machte.

„Unser Land“, so nannte er den Claim, den er erworben hatte, „ist die größte Landmasse in der Bergbauindustrie.“ Das Verfahren, das er anzuwenden plane, sei so einfach, dass „es Kinder mit Joysticks von der Oberfläche aus“ betreiben könnten. „Es ist wie im Textil-Business: Du machst T-Shirts für 5 Dollar das Stück und verkaufst sie für 100.“

Und „das Nette“ an der Wüste Gobi sei: „Da sind keine Eisenbahnlinsen, keine Leute, keine Häuser im Weg. Es gibt



Bewohner im Elendsviertel von Ulan Bator: „Die Menschen haben bislang nichts von der Mine“

Wüste. Hätten er und seine Kollegen nur 30 Meter tiefer gebohrt, wären sie schon damals auf die ergiebigsten Schichten gestoßen. Sie taten es nicht, und im Jahr 2000 verloren die Australier endgültig das Interesse. Sie verkauften ihre Lizenz für gut 40 Millionen Dollar an eine kanadische Bergbaufirma namens Ivanhoe. Der Kupferpreis lag da bei 1700 Dollar pro Tonne, einem Viertel seines heutigen Wertes.

Ivanhoes Gründer, der amerikanische Bergbau-Tycoon Robert Friedland, hatte mit einem Nickelprojekt in Kanada und einem Kupferbergwerk in Burma viel Geld verdient. Er ließ in Oyu Tolgoi wei-

keine NGOs.“ Oyu Tolgoi sei der Traum jedes Investors, eine Cash-Maschine.

Nach dieser Rede, sagt Davaasambuu Dalrain, damals Botschafter der Mongolei in London, sei es „nicht einfach gewesen, Friedland zu vertrauen“. Doch nicht nur Friedland, auch die mongolische Regierung brauchte ein Unternehmen, das aus der Entdeckung von Oyu Tolgoi eine funktionierende Mine machen würde. „So haben wir uns beide an Rio Tinto gewandt.“

2006 kaufte sich Rio Tinto in Friedlands Firma ein. Anfang 2012 übernahm der Konzern die Mehrheit seiner Anteile, da hatten sich die Bergleute bereits über tausend Meter tief in die Erde gegraben

und Tausende Arbeiter in der Wüste Gobi eine Kleinstadt aus dem Boden gestampft, einen Flughafen, eine Piste und eine Stromleitung nach China gebaut. Der Kupferpreis lag nun bei über 8000 Dollar. Es strömten so viele Investorengelder ins Land, dass die mongolische Wirtschaft zeitweise um mehr als 17 Prozent wuchs.

Mitte 2012 hielt die Mongolei eine Parlamentswahl ab, und die siegreiche Demokratische Partei, bislang nur Juniorpartner in einer Koalitionsregierung, blickte in eine gähnend leere Staatskasse.

Im Übrigen habe die Regierung bereits über 1,1 Milliarden Dollar an Steuern, Gebühren und Vorauszahlungen erhalten. Die Firma zahle in der Mongolei mehr Steuern als in vielen anderen Ländern, in denen sie Bergwerke betreibe.

Planungschef Otgochuluu lächelt bitter. „Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht“, sagt er. Ein kanadisches Unternehmen, das 2004 nördlich von Ulan Bator eine Goldmine erschloss, bestand darauf, sieben Jahre lang von Steuern befreit zu bleiben – die geologischen Verhältnisse seien so kompliziert. „Vier Jahre später“,

als „Cash-Maschine“ betrachten, und ihre undurchsichtigen Deals bringen die Mongolen zunehmend gegen den Investor auf.

Sie möge den Begriff „Ressourcen-Nationalismus“ nicht, sagt die mongolische Umweltministerin Sanjaasuren Oyun, 49, doch es sei unvermeidlich, dass ihr Land auf dem Weg zum Rohstoffriesen noch viel dazulernen und sehr viel selbstbewusster auftreten müsse.

„Vor 20 Jahren dachten wir, Bergbau sei ein Geschäft wie jedes andere – du verkaufst deine Bodenschätze und kassierst die Gebühren.“ 1997 habe die Regierung fast die Hälfte des Landes zur Lizenzierung ausgeschrieben, eine Fläche, so groß wie die Türkei. „Wir tappten in eine Falle, in der sich andere bereits verheddert hatten: Grabe jetzt und räume später auf.“

Als die Proteste lauter wurden, froh das Kabinett alle vergebenen Lizenzen ein, und als eine ausländische Firma vor einem Jahr eine Kohlenmine ausgerechnet an einen chinesischen Konzern verkaufen wollte, stoppte die neue Regierung vorübergehend sämtliche strategischen Auslandsinvestitionen in der Mongolei.

Sie sei eine überzeugte Liberale, sagt Umweltministerin Oyun, doch für arme Länder wie die Mongolei müsse der Liberalismus Grenzen haben. „Es ist nicht gut, sich abhängig zu machen – sei es von einem großen Nachbarland, von einem Unternehmen, vom Zyklus eines Rohstoffpreises.“

Ende Juli stand der Kupferpreis bei rund 7000 Dollar, und unter der flimmernen Wüste Gobi hatten die Bohrmaschinen von Rio Tinto die Banane von Oyu Tolgoi mit einem dichten Netz von Tunneln und Schächten zur Hälfte umgeben. Noch sieben Jahre und weitere fünf Milliarden Dollar, dann werde das modernste Kupferbergwerk der Welt aus allen Schächten fördern und seine Besitzer reich machen. So dachten die Aktionäre – bis Anfang voriger Woche.

Da unterbrach der britisch-australische Konzern die Arbeiten plötzlich. Die mongolische Regierung habe angekündigt, nicht nur das Kabinett, auch das Parlament müsse der Finanzierung des Bergwerks zustimmen. „Angesichts dieser Entwicklung“, so Rio Tinto, „werden die gesamte Finanzierung und der Untertagebau aufgeschoben.“

Das hört sich nicht nur an wie eine Drohung, es ist eine Drohung. Rohstoffanalyst Tony Robson warnte kurz darauf: „Der Ruf der Mongolei als Ziel für Bergbauinvestitionen ist zerstört.“

Die Bergbauinvestoren werden warten müssen, das Parlament trifft sich erst im Oktober wieder.

BERNHARD ZAND



JONATHAN BROWNING / DEE SPIEGEL

**Kupfermine von Oyu Tolgoi in der Wüste Gobi:** „Grabe jetzt und räume später auf“

Wie konnte das sein? Warum hatte der Staat am Aufschwung nicht mitverdient?

„Das Hauptproblem ist der Kredit“, sagt Chuluunteren Otgochuluu, der Planungschef im Bergbauministerium. Rio Tinto habe die Baukosten der Mine, anfangs mit knapp fünf Milliarden Dollar veranschlagt, um Hunderte Millionen überschritten. Rio zahle seinen Managern zu hohe Gehälter und rechnerische Beratungs- und Materialkosten ab, die nicht nachzuvollziehen seien.

Da sich die Regierung verpflichtet hat, 34 Prozent aller Kosten der Mine zu tragen, wachsen mit den steigenden Kosten auch ihre Schulden bei Rio Tinto. „Wir werden Jahrzehnte brauchen, um diesen Kredit zurückzuzahlen. Wir hatten erwartet, dass wir 2019 die erste Dividende aus der Mine erhalten. Tatsächlich wird es nun 20 bis 30 Jahre dauern, bis wir einen Gewinnanteil bekommen“, sagt der Beamte Otgochuluu.

Der Konzern Rio Tinto bestreitet vehement, Verträge gebrochen zu haben. Die Kosten lägen nur um 786 Millionen Dollar höher als 2009 in einer Machbarkeitsstudie mit der Regierung verabredet.

sagt Otgochuluu, „war die Mine ausgebeutet.“ Rio Tinto, so schätzt er, werde mit dem Verkauf des Kupferkonzentrats aus Oyu Tolgoi in diesem Jahr etwa eine Milliarde und im kommenden Jahr zwei Milliarden Dollar einnehmen – Zahlen, die der Konzern nicht kommentieren will.

„Uns bleiben 70 Millionen in diesem und vielleicht 200 Millionen an Lizenzgebühren im nächsten Jahr. Aber das reicht nicht. Wir brauchen mindestens 700 Millionen, um unseren Haushalt zu finanzieren“, sagt Otgochuluu.

Dass die Regierung ihr Budget nicht in den Griff bekommt und die Ressourcen des Landes nicht gerecht verteilt, ist schwerlich den Managern von Rio Tinto anzulasten – eher unfähigen und korrupten Staatsdienern wie dem ehemaligen Vorsitzenden der Mineralienbehörde, der zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, oder dem mongolischen Botschafter in Deutschland, gegen den die Berliner Staatsanwaltschaft eine Zeitlang wegen des Verdachts auf Geldwäsche ermittelte.

Doch die Sprache der ausländischen Bergbau-Manager, die das Land so gern

 **Video: Bernhard Zand 1300 Meter unter Tage**  
[spiegel.de/app322013mongolei](http://spiegel.de/app322013mongolei)  
 oder in der App DER SPIEGEL



# Des Königs neue Gleise

**GLOBAL VILLAGE:** Eine U-Bahn soll im Wüstenstaat alte und neue Welt verbinden.

Eigentlich soll Ibrahim Sultan nur eine U-Bahn bauen. Aber das hier ist Saudi-Arabien, eine U-Bahn ist nicht nur ein Beförderungsmittel, sondern auch ein Projekt zur Volkserziehung: Die U-Bahn soll den Dauerstau auflösen, sie soll die Menschen dazu bringen, sich mehr zu bewegen, und sie wird wohl auch den Frauen mehr Freiheit schenken.

Die U-Bahn werde viele Probleme lösen, hofft Ibrahim Sultan, 56 Jahre alt und Direktor der Stadtentwicklungsbehörde von Riad. Er selbst sagt von sich, er wolle Fehler rückgängig machen, die zum Stillstand des öffentlichen Lebens geführt haben, in Riad, aber vielleicht auch im ganzen Land. Deswegen gibt es den „Strategischen Masterplan“ für Riad, die neue U-Bahn ist sein Herzstück.

Der Ingenieur arbeitet in einem Backsteinbau im Stil eines alten beduinischen Forts, mitten im neuen Diplomatenviertel der Hauptstadt. Hinter ihm blitzt die Sonne durch dreieckige Fenster, die aussehen wie Schießscharten. An seiner Bürowand sieht er bereits das neue Riad vor sich: Studenten sitzen in luxuriös ausgestatteten Waggons auf dem Weg in die König-Saud-Universität; Fußballfans fahren zum König-Fahd-Stadion; Geschäftsleute reisen vom Flughafen ins Zentrum. Der futuristische Hauptbahnhof, entworfen von der Stararchitektin Zaha Hadid, funkelt in Gold und Marmor. Vor der Station müssen die Fahrgäste nicht schwitzen, denn Verdampfungskühler stoßen Wassernebel in die Luft.

Die sechs Linien ziehen sich wie ein Spinnennetz durch die Stadt, überirdisch und unterirdisch, insgesamt 176 Kilometer lang. Sie sollen gleichzeitig gebaut werden, kreuz und quer durch das dichtbebaute Riad werden sich dafür die Baggraben; damit ist es das weltweit größte Projekt dieser Art. 17 Milliarden Euro soll es kosten, das ist fast ein Drittel dessen, was das Land im Jahr für Verteidigung ausgibt. Zwei Strecken soll Siemens mitbauen, eine davon, die Linie 1,

führt vom Flughafen über den künftigen Hauptbahnhof bis zum neuen Grüngürtel der Stadt. Und schon Ende 2019 soll alles fertig sein.

Zum Vergleich: In Berlin brauchten deutsche Ingenieure 14 Jahre dafür, die 1,8 Kilometer lange U-Bahn-Strecke zwischen Brandenburger Tor und Hauptbahnhof fertigzustellen. Doch in Saudi-Arabien gibt es nichts, was den Bau behindert: keine Ausgrabungen, keine Bürgerproteste, keine langwierigen Genehmigungsprozesse, keine Geldproble-

Arabien ist völlig schiefgelaufen, die vergangenen 50 Jahre lang.“ Früher ging man zu Fuß auf einen Mokka ins Café in den Suk al-Haraj oder zum Nachbarn, heute sprechen die Menschen nur noch am Handy, fahren mit dem Auto, bewegen sich so gut wie nicht. Die Straßen sind menschenleer, die öffentlichen Plätze tot. Es gibt kaum Gehsteige, dafür sechsspurige Stadtautobahnen. Das Leben der Saudi-Araber findet in geschlossenen, klimatisierten Räumen statt, in der Shopping-Mall, im Auto, im Haus.

Deshalb geht es bei der neuen U-Bahn nicht nur um die Entlastung der Innenstadt, sondern auch um gesellschaftlichen Wandel. Die U-Bahn könnte ein Schlüssel sein, ein erster Schritt hin zu zarten Veränderungen in diesem vom Wahabismus, der strengsten Auslegung des Islam, geprägten Land, in dem Frauen das Haus nicht unverhüllt verlassen, selten ausgehen und nicht Auto fahren dürfen. Besonders der Autostreit spaltet die Gesellschaft in den großen Städten, er hat bereits zu einem kleinen Aufstand der Frauen geführt.

Am Ende, so könnte man sagen, soll die U-Bahn verhindern helfen, dass sich eines Tages der Unmut des Volkes unkontrolliert



**U-Bahn-Station in Riad (Entwurf):** *Fahren gegen den Stillstand*

me. Schließlich soll es schnell gehen, König Abdullah hat es eilig, er ist 89 Jahre alt, er will die Eröffnung noch erleben. Die U-Bahn ist eines seiner Lieblingsvorhaben.

Ibrahim Sultan kennt all die Zahlen auswendig, die deutlich machen sollen, warum Riad die U-Bahn so dringend braucht: Täglich 1,54 Stunden stehen die Bewohner im Stau, sie fahren mit einem durchschnittlichen Tempo von 27 Stundenkilometern. Geschäftsleute sind ständig unpünktlich, sie könnten deutlich produktiver sein ohne den Stau. Außerdem ist jeder dritte Saudi-Araber übergewichtig, viele von ihnen leiden an Diabetes, damit liegen sie weltweit an der Spitze.

All das habe die gleiche Ursache, sagt Ibrahim Sultan: „Der Städtebau in Saudi-

entlädt, dass es eine Revolution gibt wie anderswo in der arabischen Welt. Das alles ist ziemlich viel für einen Zug.

Vorerst bleibt es jedoch bei nach Geschlechtern getrennten Waggons: Männer hier, Frauen und Kinder dort. Immerhin, das sei ein Fortschritt, sagt Ibrahim Sultan, bei dem Thema Geschlechtertrennung wird er plötzlich ernst. Schließlich könnten sich die Frauen dann erstmals eigenständig in der Stadt bewegen, schnell, sicher, ohne Aufpasser und Kontrollen.

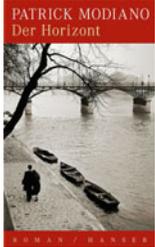
Und irgendwann, sagt der Stadtplaner, könne man sich möglicherweise mehr vorstellen. Irgendwann, wenn die Gesellschaft so modern sein sollte wie seine neue Bahn, könnte es vielleicht auch gemeinsame Waggons geben. Das aber braucht mehr Zeit als der Bau einer U-Bahn.

SUSANNE KOELBL

LITERATUR

## Promenaden der Erinnerung

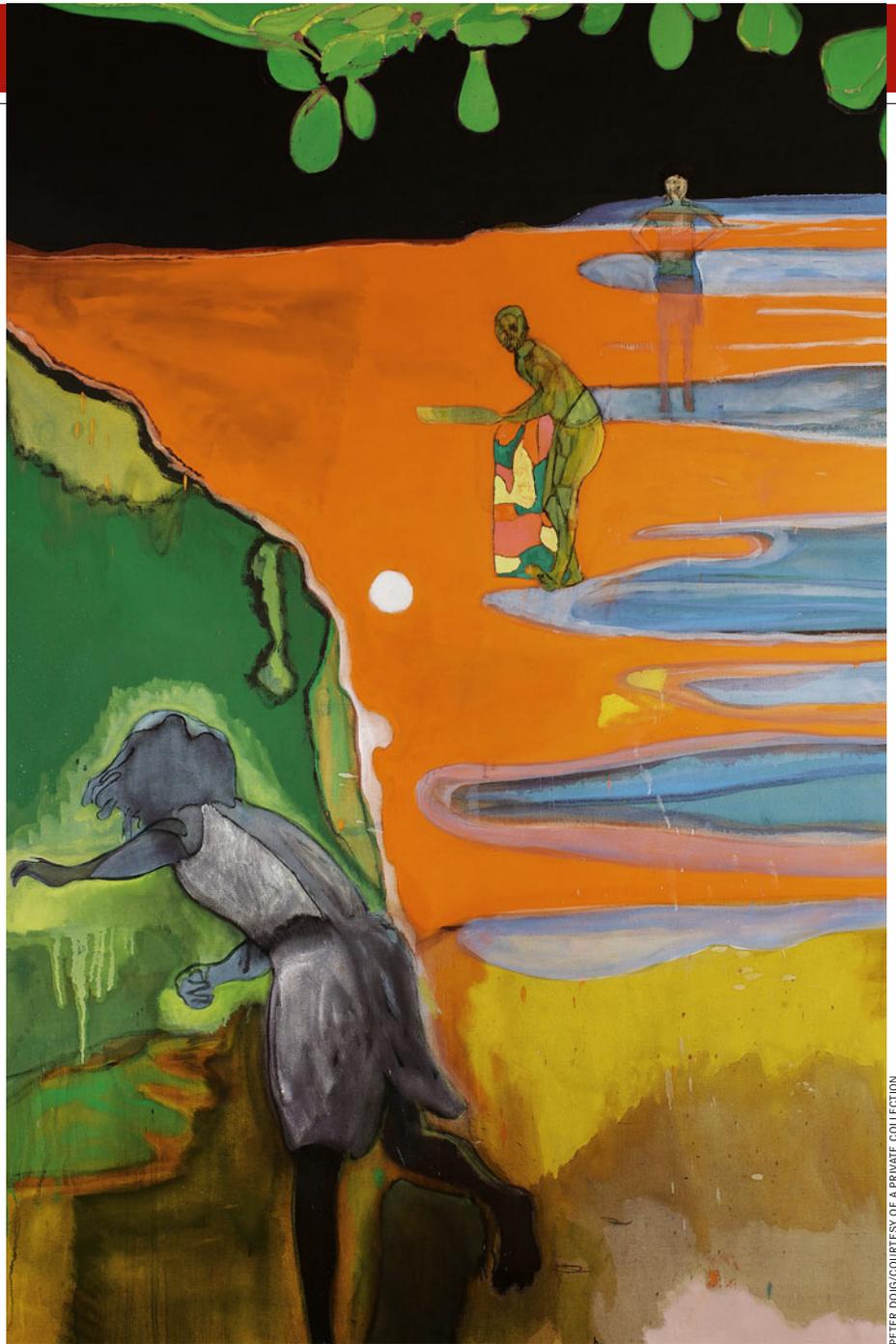
Die Romanze zweier zarter Seelen, die sich finden, um ihre Einsamkeit zu teilen, in einem kalten Winter in Paris: Wer außer Patrick Modiano vermöchte solchen Rührstoff in einen aparten kleinen Roman zu verwandeln, der es nicht nötig hat, mit dem Wort „Liebe“ aufzutrupfen? Von Jean Bosmans wird erzählt, einem Mann, der in jene Jahre gekommen ist, in denen man Jugenderinnerungen nachzuhängen und von möglichen anderen Lebenswegen zu träumen beginnt: Was wäre gewesen, wenn ...? Bosmans flaniert durch die Stadtviertel seiner Jugend, hält auftauchende Erinnerungen in einem Notizbuch fest und taucht 40 Jahre zurück in die Zeit, als Margaret sein Leben in Verwirrung brachte: die Unauffällige und doch so Geheimnisvolle, die sich von einem bösen schwarzen Mann verfolgt fühlt. Sie sind beide 21. In der Mitte des Buchs unterbricht Modiano Bosmans' Erinnerungsfluss und scheint auf 40 Seiten Margarets bisheriges Leben knapp und klar zu erzählen – doch als die Mysteriöse plötzlich verschwunden ist, bleiben große Fragen offen. Schließlich wird deutlich, dass aus diesem



**Patrick Modiano**  
**Der Horizont**

Aus dem Französischen von Elisabeth Edl. Hanser Verlag, München; 176 Seiten; 17,90 Euro.

lebensscheuen Bosmans ein Schriftsteller geworden ist, der in seiner Einzelgängerei wie in der Klein- und Feinarbeit des Schreibens deutlich seinem Autor ähnelt. Wer Modiano, 68, liebt, findet seinen wunderbar nostalgischen Sound wieder und auch die ermüdende Manie, jede Straße und jede Ecke so akkurat zu benennen, dass man all seine Promenaden der Erinnerung mit Fähnchen auf dem Stadtplan abstecken könnte. Es ernüchtert aber, dass dieser bislang vom Zauber ungelöster Rätsel faszinierte Bosmans (das heißt: Modiano) am Ende kurzerhand eine Internetrecherche unternimmt und nach 40 Jahren der Ungewissheit sowohl Margarets finsternen Verfolger als auch Margaret selbst auf Anhieb samt Adresse und Telefonnummer findet.



Doig-Gemälde „Cricket Painting (Paragrand)“, 2006 bis 2012

AUSSTELLUNGEN

## Melancholie im Dschungel

Dass der Maler Peter Doig im schottischen Edinburgh zur Welt kam, wirkt fast wie ein Zufall, es hätte wegen des Nomadenlebens seiner Eltern ebenso die Karibik oder Kanada sein können. Dass ihm die Schottische Nationalgalerie nun eine ihrer großen Sommerausstellungen widmet, erscheint dagegen unumgänglich. Doigs Vater war Buchhalter einer Reederei und arbeitete in verschiedenen Ländern. Heute lebt Peter Doig, 54, vorwiegend auf Trinidad, wo er einen Teil seiner frühen Kindheit verbrachte. Er besitzt ein futuristisches Betonhaus im Dschungel, in das er sich zum Malen zurückzieht. Seine Motive findet er im Urwald, auf dem Meer, auf den Cricketplätzen der Insel. Boote, Wasserfälle, Hitze gehen ein in seine entrückt erscheinende Weltbetrachtung. Die Melancholie der Muße ist sein Thema. Und in den Kunstmetropolen (und Auktionshäusern) dieser Welt ist er damit gefragt wie kaum ein anderer Maler seiner Generation. Und nun profitiert auch sein Geburtsort Edinburgh von dem Star aus der Ferne.



Schneider

MUSIK

## Neuer Strafjazz

Helge Schneider ist der unwahrscheinlichste deutsche Popstar – und hätte es die oft geschmähte Spaßgesellschaft

der Neunziger und den Song „Katzeklo“ nicht gegeben, dann wäre der begnadete Jazzmusiker und anarchistische Komiker wahrscheinlich nie berühmt geworden. Denn eigentlich ist er viel zu eigensinnig für den großen Erfolg. Oder ist genau das der Grund für seine Beliebtheit? Das deutsche Publikum schätzt es offenbar, von Schneider regelmäßig bei seinen Konzerten „Strafjazz“ verordnet zu bekommen, wenn es zu laut lacht und es sich zu gemütlich gemacht hat mit Schneiders Humor. Mehr als sechs Jahre lang hat er nun kein Studioalbum mehr veröffentlicht und auch keinen neuen Film gemacht. Doch im Herbst wird „oo Schneider – Im Wendekreis der Eidechse“ in die Kinos kommen, und diese Woche erscheint „Sommer, Sonne, Kaktus!“, das neue Album. 14 Lieder, die von dem Blues „Nachtigall, huh (Es zittert unser Haus, was ist nur draußen los?)“, einer Verballhornung des Hits „Gangnam Style“ über die Strizzi-Hymne „Offenes Hemd“ bis zum Judy-Garland-Gassenhauer „Over the Rainbow“ das gesamte Helge-Schneider-Programm des verstopften und brillanten Ruhrpott-Surrealismus abdecken.

KINO IN KÜRZE



Dawson, McAvoy in „Trance ...“

20TH CENTURY FOX

„Trance – Gefährliche Erinnerung“ beginnt als Krimi-Komödie und endet als düstere Farce. Bewaffnete Räuber überfallen ein Londoner Auktionshaus, als dessen Mitarbeiter Simon (James McAvoy) gerade ein berühmtes Goya-Gemälde versteigern will. Simon und die Gangster sind Komplizen, zum Schein schlagen sie ihn nieder, das Bild verschwindet. Aber wo ist es? Simon muss es, unbemerkt von den anderen, beiseitegeschafft haben, kann sich aber angeblich an nichts erinnern. Der Gangsterboss, gespielt von Vincent Cassel, schickt ihn deshalb zur Hypnose; eine Therapeutin (Rosario Dawson) soll das Geheimnis ergründen. Alles klar? Diese Verwicklungen packt Regisseur Danny Boyle („Slumdog Millionär“) bereits in die ersten Minuten seines Films. Dann zieht er das Tempo weiter an. Am Ende kann sich auch der Zuschauer an nichts erinnern, hat sich aber nicht eine Sekunde gelangweilt.

„Gloria“ ist eine Frau Ende fünfzig, die ihrem Leben eine neue Richtung geben will. Ihre Kinder sind aus dem Haus, ihre Liebhaber liest sie bei Tanzabenden auf. Die chilenische Schauspielerin Paulina García macht aus der Figur ein Monument der Selbstbehauptung und erhielt dafür bei der Berlinale einen Silbernen Bären. Sie gibt Gloria eine bewundernswerte Energie und lässt die Zuschauer dennoch spüren, dass sich die Wehmut über das Älterwerden nicht einfach wegtanzen lässt, Regisseur Sebastián Lelio rast im Tempo eines Actionthrillers durch den Alltag seiner Heldin.



AUTOREN

## „Raucher sind ungefährlich“



HC PLAMBECK

Die Schriftstellerin Monika Maron, 72 („Flugasche“), über ihre Lust am Rauchen und ein Urteil des Düsseldorfer Amtsgerichts, in dem die Kündigung eines Mietvertrags wegen Geruchsbelästigung durch Zigarettenrauch für zulässig erklärt wird

**SPIEGEL:** Frau Maron, rauchen Sie noch?

**Maron:** Sehr gern sogar.

**SPIEGEL:** Mögen Sie die alten Filme, in denen fast immer geraucht wird?

**Maron:** In Filmen ist das besonders schön. Man erinnert sich dann wehmütig an die alten rauchigen Zeiten.

**SPIEGEL:** Nichtraucher wohl kaum. Die denken eher an Kopfschmerzen in rauchgeschwängerten Räumen.

**Maron:** Aber es sah gut aus. Jedenfalls im Film.

**SPIEGEL:** Das Amtsgericht in Düsseldorf hat jetzt einer Vermieterin recht gegeben, die einem Mieter wegen Geruchsbelästigung durch Rauch im Treppenhaus gekündigt hat.

**Maron:** Also kein Nichtraucherschutz, sondern nur Belästigung. Und da fallen mir noch andere Dinge ein, die man vor Gericht zerren könnte.

Eklige Parfums etwa, der Geruch von Kohl und Hammel oder halbnackte fette Menschen im Sommer.

**SPIEGEL:** Warum also die Raucher?

**Maron:** Keiner will den anderen mehr aushalten. Und Raucher sind ungefährlich, die wehren sich nicht.

Andere Süchtige sind unberechenbar. Säufer schlagen oder zünden Häuser an.

**SPIEGEL:** Wie konnte sich die Anti-Raucher-Stimmung so schnell durchsetzen, selbst in Italien, wo Rauchen einst zum Wohlbefinden gehörte?

**Maron:** Auch Mexiko hat ganz strenge Anti-Raucher-Gesetze. Dort werden zwar Leichen mit abgeschlagenem Kopf an der nächsten Straßenecke abgelegt, aber wehe, einer raucht. Und in Italien ist man einfach froh, dass überhaupt mal etwas durchgesetzt werden kann.

FILM

# Kriegskulisse

Die Regisseurin Feo Aladag dreht in Afghanistan den ersten deutschen Spielfilm während eines Militäreinsatzes. Er kommt ins Kino, wenn die deutschen Soldaten abziehen, und wird das Bild dieses Krieges prägen. *Von Philipp Oehmke*

Es ist kurz vor zehn am Abend, der Krieg, oder was das da draußen ist, läuft noch immer, und Bernd Wilhelm, Oberstleutnant der Bundeswehr, würde gern schlafen gehen. Aber der Oberstleutnant muss sich um ein paar dieser Filmleute kümmern, die vor 43 Tagen hier im Isaf-Lager in Masar-i-Scharif angekommen sind. Filmleute leben nach einer anderen Uhr als Soldaten, aber das, sagt Wilhelm, ist wahrscheinlich noch der kleinste Unterschied. Er wartet vor der deutschen Feldküche, es ist dunkel im Lager, die Glut seiner Zigarette ist das einzige Licht.

Seit sechs Wochen dreht eine gewisse Frau Dr. Aladag, eine Regisseurin aus Berlin, hier einen Spielfilm, der nächstes Jahr im Frühjahr in die Kinos kommen soll. In dem Film wird es um die Bundeswehr und ihren Einsatz hier in Afghanistan gehen, aber auch um die Afghanen und darum, wieso diese beiden Seiten einander so schwer verstehen und warum dieser Einsatz am Ende vielleicht sinnlos war.

Worum es genau geht in dem Film, weiß Wilhelm nicht. Wenn das Team außerhalb des Lagers dreht, ist er nicht dabei, das Drehbuch hat ihm niemand gezeigt, aber er soll darauf achten, dass die Leute vom Filmteam aus Berlin sich hier im Lager zurechtfinden, keinen Unsinn machen und dass ihnen da draußen in Afghanistan nichts passiert.

Es ist für beide Seiten ein riskantes und irgendwie irrsinniges Unterfangen.

Kann man mit 40 Leuten in ein Kriegsgebiet reisen, in dem es immer noch jeden Tag zu militärischen Auseinandersetzungen kommt, und dort mit Schauspielern, Sets, Kostümen, Licht und Special Effects einen Spielfilm drehen? Bisher glaubte man, das gehe nicht. Die meisten Filme, die es über Afghanistan gibt, sind in Marokko gedreht worden, weil es dort angeblich so ähnlich aussieht. In Kathryn Bigelows Oscar-prämiertem Irak-Drama „The Hurt Locker“ muss Jordanien als Irak durchgehen. Und der Dschungel in „Apocalypse Now“ von Francis Ford Coppola ist in Wirklichkeit nicht in Vietnam, sondern auf den Philippinen.

Die Regisseurin Feo Aladag, Anfang vierzig, blond und zart, hat überhaupt

erst einen Film gemacht, der hat allerdings gleich 47 Preise gewonnen und wurde als deutscher Beitrag ins Oscar-Rennen geschickt. Er heißt „Die Fremde“, kam 2010 heraus und ist ein ziemlich niederschmetterndes Drama über den Konflikt einer jungen Deutschtürkin mit ihrer Familie.

Vor fünf Jahren hat Aladag in einer Zeitung ein Foto gefunden, es zeigte einen Bundeswehrsoldaten, Afghanistan, Abendsonne, der Mann steht da in einer offensiven Pose: ein kämpfender deutscher Soldat, von dem wir lange Zeit glaubten, dass es ihn nie wieder geben sollte. Aladag hat sich das Foto über ihren Schreibtisch gehängt und jeden Tag angeschaut. Es war die Zeit, als man in Deutschland gerade erst begonnen hatte,

**Ronald Zehrfeld,  
der Hauptdarsteller, sagt:  
„Hier wirst du ganz  
schön zu Obst gemacht.“**

davon zu sprechen, dass Deutschland einen Krieg führt. Was genau die Soldaten dort in Afghanistan machen und warum, interessierte niemanden so genau. Ab und zu fuhren Prominente wie Til Schweiger, Kurt Krömer oder Matze Knop zu den Soldaten für ein paar Fotos und Gags. Die meisten Leute, mit denen man sprach, waren bald gegen den Einsatz, aber auch nicht so sehr, dass sie dafür auf die Straße gegangen wären. Nächstes Jahr soll er enden. Was bleibt, ist Ratlosigkeit.

Wenn ein Film ernsthaft erfassen wolle, was die Bundeswehr dort mache und warum dieser Einsatz so schwierig sei, müsste er auch bei der Bundeswehr entstehen, glaubte Aladag, in den Feldlagern und Containern in Afghanistan, in Masar-i-Scharif, Kabul und Kunduz, er müsste die Stimmung dort aufnehmen, und die Schauspieler müssten bei den echten Soldaten leben. Und er müsste in den Dörfern der Taliban gefilmt sein mit echten afghanischen Schauspielern, die aus eigener Erfahrung wissen, was es bedeutet, wenn eine Patrouille einer fremden Streitmacht durch dein Dorf rollt.

Anfang Juni, Feo Aladag dreht in einem Bergdorf namens Sultan Baba eine Szene, in der deutsche Soldaten in einen Hinterhalt geraten. Es sind 44 Grad, Aladag lässt einen Liter Elektrolyte in sich hineinlaufen. Sieben bis acht Liter Flüssigkeit pro Tag bitte, sagt Martin Lang, der Sicherheitschef der Produktion, ein ehemaliger Soldat, sonst kippt man um.

Afghanische Sprengmeister mit langen Bärten haben gerade eine ziemlich imposante Explosion gezündet, es rumst und staubt. Hauptdarsteller Ronald Zehrfeld, der einen Bundeswehrhauptmann spielt, krümmt sich in einer Drehpause über einem Abwassergraben und kotzt. Er hat zu viel aufgewirbelten Staub gefressen. Der Staub, so macht es am Set die Runde, soll 40 Prozent menschliche Fäkalien enthalten. Zehrfeld trägt wie alle anderen deutschen Schauspieler die komplette Kampfmontur mit schusssicherer Weste, Rucksack, Waffen, das sind gute 40 Kilo zusätzlich. Wenn es kräftemäßig nicht mehr weitergehen will für Zehrfeld, berlinert er sich mit seinem Kollegen Felix Kramer schimpfend aus dem Dreck. Beide sind in Ost-Berlin geboren, Treptow-Köpenick der eine, Marzahn-Hellersdorf der andere, zwei Ost-Berliner am Hindu-kusch, Zehrfeld sagt: „Hier wirst du ganz schön zu Obst gemacht.“

Die Dorfbewohner schauen sich das aus der Distanz an. Die echten Soldaten sind weg, jetzt kommen die falschen. Und ist hier eine Frau wirklich die Chefin? Sagt sie diesem großen Mann dort drüben, gemeint ist Schauspieler Zehrfeld, wirklich, was er zu tun hat, oder ist das ein Missverständnis? Immerhin trägt sie ein Kopftuch über ihren blonden Haaren. Was aber für den Dorfältesten vor allem zählt, ist, dass diese Frau ihm dafür eine Asphaltstraße durch das Dorf und neue Teppiche für die Moschee bezahlt.

Seit sechs Wochen filmt Feo Aladag in Afghanistan, ihr Team ist ausgelagert, aber es hält die Stimmung hoch. Der Film, den Aladag „Später im Sommer“ nennen will, erzählt die Geschichte einer Verstrickung – wie nur der Krieg sie erschaffen kann: Da ist der Bundeswehrhauptmann, der mit seinen Soldaten und ein paar af-



Filmemacherin Aladag am Set im Isaf-Camp in Masar-i-Scharif



Dreharbeiten zu „Später im Sommer“ in Sultan Baba

ghanischen Arbaki-Kämpfern ein Safe House halten muss, und da ist sein afghanischer Übersetzer, ein junger, verängstigter Mann, der ein bisschen Englisch kann und Deutsch lernt und versucht, für sich und seine Schwester zu sorgen. Für die Soldaten ist er Gold wert.

Für viele Afghanen ist er ein Verräter, ein Kollaborateur der Besatzungsmacht. Er wird bedroht, er wird angegriffen. Der Bundeswehrmann, der ein großes, weiches Herz hat, will den „Terp“, wie die Übersetzer im Isaf-Sprech genannt werden, beschützen. Er will ihm helfen, dass sein Aufnahmeantrag für Deutschland bewilligt wird, doch er scheitert krachend an der deutschen Behördenbürokratie.

Es ist eine erfundene wahre Geschichte. Deutschland ist das einzige Land der Isaf-Koalition, das seinen sogenannten Ortskräften, die ihr Leben aufs Spiel setzen, nicht großzügig Aufenthaltsrecht anbietet. Die Amerikaner haben schon Hunderte Übersetzer aufgenommen. Deutschland besteht auf Einzelfallprüfung. Ist jemand wirklich in Gefahr, oder will er in Berlin nur einen Gemüsestand aufmachen? Das Prüfverfahren ist deutsch und kompliziert, Bundeswehr, Auswärtiges Amt und Innenministerium sind beteiligt. Ein Sprecher des Innenministeriums sagt, Ende Juni lagen circa 170 Anträge vor. 22 sind geprüft, 3 davon bewilligt.

Als es Abend wird in dem Dorf Sultan Baba, setzt sich Martin Lang ein Nachtlichtgerät auf sein Gesicht. Der Sicherheitsmann ist 36 Jahre alt, 15 davon war er bei der Bundeswehr, erst voriges Jahr ist er ausgeschieden. Martin Lang, muskulös, braungebrannt und stolz auf einen stets niedrigen Puls, spricht in einem knappen, technischen Deutsch, das typisch ist für ehemalige Bundeswehrsoldaten. Zuletzt hat er als Hauptmann afghanische Soldaten in Kunduz ausgebildet. Dort lernte er auch Aladag kennen, die auf einer ihrer Recherchereisen für den Film war. Er musste sie mit auf Einsätze nehmen, und weil sie „zumindest nicht negativ aufgefallen ist“, wie Lang sagt, hat er sich von ihr anheuern lassen.

Über ein Spezialfunkgerät ist er mit der nächsten Isaf-Patrouille verbunden und dem JDOC, der Einsatzzentrale, die sofort ein QRT, ein Quick Reaction Team, losschicken kann. Vor Langs Bauch baumelt ein G36-Gewehr, von dem er behauptet, es sei schussunfähig. Die Filmcrew vertraut Lang grenzenlos.

Die Filmcrew, das sind nicht nur die 40 aus Deutschland Angereisten, sie besteht auch aus circa 20 Afghanen. Da ist vor allem Mohamad Mohsen, den alle nur Mohsi nennen, er spielt den Übersetzer. Nur

ist er gar kein Schauspieler. Er war in seinem Dorf Gur-e-Mar bloß auf Arbeitssuche, als er diese blonde Frau und ein paar andere Fremde sah.

Gur-e-Mar heißt auf Deutsch „Grab der Schlange“, die Taliban waren stark in Gur-e-Mar. Auch Mohsis Vater soll ein Talib gewesen sein, ein guter Mann, sagen sie in Gur-e-Mar über ihn, bis amerikanische Soldaten kamen und ihn töteten. Mohsi wusste sein Alter nicht, aber er wusste, dass er nun der Älteste war und die Mutter und seine beiden Schwestern versorgen musste.

Er sprach die Fremden an, die da in sein Dorf kamen, ob es bei ihnen Arbeit gebe. Arbeit nicht, aber er könne die Hauptrolle in dem Film spielen, sagte Aladag und bestellte diesen vielleicht 18- oder 19-jährigen Mann für den nächsten Tag zum Casting. Sie wusste, sie hatte ihren Übersetzer entdeckt. Dass er noch nie geschauspielert hatte? Mohsi bekam einen Schauspielcoach und lernte Englisch und ein bisschen Deutsch. Inzwischen hat er fast alle Szenen abgedreht,

## Auch Mohsis Vater soll ein Talib gewesen sein. Bis amerikanische Soldaten kamen und ihn töteten.

er hat es gut, vielleicht sogar sehr gut hingekriegt. Aber genauso wie die Filmfigur, die er spielt, hat er Angst. Was passiert, wenn die Filmcrew in ein paar Wochen weg ist? In Gur-e-Mar heißt es schon, er sei ein Verräter. Er sei seines Vaters nicht wert. Sie hätten ihm gedroht, sagt Mohsi.

Feo Aladag, nicht nur Regisseurin, sondern auch Drehbuchautorin und Produzentin des Films, hat eine jahrelange Recherche für diesen Film hinter sich. Sie hat sich bei der Bundeswehr in Kunduz embedden lassen, hat mit den Soldaten im Unterholz übernachtet, gelernt, wie sie sprechen und denken, und sie hat immer wieder mit dem Verteidigungsministerium und dem Einsatzführungskommando der Bundeswehr über die Zusammenarbeit verhandelt, die mehrmals kurz vor dem Ende stand.

Was will, fragten sich einige bei der Bundeswehr, diese junge Frau von uns, die so höflich und gewandt ist, die einen aber in den Boden redet, wenn man nicht aufpasst, und die vor nichts Angst zu haben scheint?

Feo Aladag wurde als Feodora Irina Antonia Maria Schenk geboren, sie ist Österreicherin, und ihre Familie ist auf vielen komplizierten Wegen mit dem europäischen Hochadel verwandt. Vor elf Jahren hat sie den türkischstämmigen Filmemacher Züli Aladag geheiratet und ihren Namen geändert.

Doch natürlich sind da noch die Verbindungen der Familie. Ihre Cousine, zum Beispiel, Irina zu Sayn-Wittgenstein, ist befreundet mit dem ehemaligen pakistanischen Ministerpräsidenten Shaukat Aziz. Der hat seinen Freund Hedayat Amin Arsala angerufen, einen der wichtigsten Männer in Karzais Regierung, der wiederum den Gouverneur in Masar-i-Scharif anwies, der deutschen Regisseurin die Türen zu öffnen. Der Gouverneur hat Aladag sofort zwei Leute seines Geheimdienstes und ein paar Männer der National Police abgestellt.

So laufen die Dinge in Afghanistan. In Deutschland war es nicht so leicht. Aladag sagt: „Man versteht relativ schnell, dass man sich, wenn man mit Apparaten wie Bundeswehr und Verteidigungsministerium zu tun hat, horizontal wie vertikal vernetzen muss. Das heißt, du musst ein paar haben, die offen für dich arbeiten, und ein paar verdeckt im Hintergrund.“

Tief in diesem Hintergrund wirkten für Aladag prominente deutsche Politiker. Leider wollen sie auch tief in diesem Hintergrund bleiben und nicht genannt werden, solange sie nicht wissen, was Aladag da für einen Film gedreht hat. Diese Politiker jedenfalls konnten, wenn es nötig wurde, für Aladag den Verteidigungsminister Thomas de Maizière auch mal auf dem Handy anrufen. Und de Maizière begriff, dass ein Film, der im Jahr des offiziellen Abzugs in den deutschen Kinos läuft, das Bild über diesen Einsatz über Jahre prägen kann. Nur, welches Bild will man überhaupt vermitteln? Darüber herrschen innerhalb von Bundeswehr und Verteidigungsministerium unterschiedliche Auffassungen. Ist Afghanistan dieser gefährliche Ort auf der Weltkarte, immer noch Hort für Terroristen, was unsere Militärpräsenz dort rechtfertigt? Oder ist das Land auf dem Weg zu einer Zivilgesellschaft, so dass wir nächstes Jahr guten Gewissens abziehen können?

Diese Uneinigkeit führte dazu, dass die Kooperation immer wieder aufgekündigt wurde. Eine entscheidende Stelle bei der Bundeswehr wurde neu besetzt – der Nachfolger stoppte als Erstes das Filmprojekt, dann musste de Maizière wieder eingreifen, es ging weiter bis zum nächsten Stopp. Der letzte kam ein paar Wochen vor Drehbeginn. Die Bundeswehr hatte herausgefunden, dass die Regisseurin plante, ihre damals zehn Monate alte Tochter mit nach Afghanistan zu nehmen. Ein Baby. Auf einen Militärstützpunkt. Im Kriegseinsatz. Das war das Verrückteste, was sie bei der Bundeswehr je gehört hatten. Darauf sagte Aladag, sie sei nun mal alleinerziehende Mutter, sie werde deswegen mit dem Kind nicht bei der Bundeswehr wohnen, sondern woanders, allein, in einem Haus in Masar-i-Scharif. Das fand die Bundeswehr noch verrückter. Egal wo Frau Aladag nun wohne, das Baby dürfe nicht nach Afghanistan.



**Video: Philipp Oehmke über die Dreharbeiten in Afghanistan**

spiegel.de/app322013afghanistan  
oder in der App DER SPIEGEL



INDEPENDENT ARTISTS / WOLFGANG ENNENBACH

**Regisseurin Aladag mit Schauspielern\*, Bundeswehrosoldaten:** „Die echten sind weg, jetzt kommen die falschen“

Für die Soldaten, vor allem für diejenigen, die das Lager in ihrer viermonatigen Einsatzzeit kein einziges Mal verlassen, ist da draußen wildes Feindesland, wo selbstgebastelte Sprengsätze am Wegesrand liegen, die Taliban marodieren und man niemandem vertrauen kann. Man kann das verstehen, zu viel ist schon passiert, jeden Tag gibt es Anschläge.

Für die meisten Leute vom Film, die morgens in zerbeulten Toyota-Bussen das Isaf-Lager wie zu einem Wandertag verlassen, ist Afghanistan ein Land voll schöner Motive und schönem Licht mit freundlichen Menschen, die einen mit frischer Ziegenmilch begrüßen. Beide Sichtweisen spiegeln irgendwie die Wahrheit, was es ja so kompliziert macht in Afghanistan.

Jedenfalls wohnt Aladag nun mit Haushälterin, Hausmeister, Fahrer, dem politischen Berater des Films in Masar-i-Scharif in einem Haus, in dessen Garten auch drei Kamele leben. Nachts drehen die Amerikaner in ihren „Black Hawk“- und „Apache“-Hubschraubern Platzrunden über der Siedlung. Aladag sagt, sie flögen die Co-Piloten fit für neue Einsätze in anderen Ländern. An der Einfahrt zu dieser Häusersiedlung ist eine Schranke, die allerdings nie geschlossen ist, in der Nachbarschaft wohnen Südafrikaner und Koreaner. Gefährlich? Aladag sagt, ihr Fahrer Nazir sei ein berühmter Kampfhubschrauberpilot. Er hat nach dem 11. September amerikani-

sche Special Forces nachts zu Einsätzen nach Afghanistan geflogen. Ihre afghanische Haushälterin hat sieben Kinder. Mit 15 wurde sie verheiratet. Aladag hat sie gefragt, ob sie in einer Nebenrolle im Film mitspielen wolle. Aber sie möchte nicht, auch nicht für sehr viel Geld. Ihr Mann, sagt sie, könne den Film irgendwann sehen, und dann würde er sie verjagen oder töten.

Oberstleutnant Wilhelm sagt: „Ich gehe jetzt davon aus, dass das Kind von Frau Dr. Aladag nicht dabei ist. Aber natürlich habe ich das nicht selbst überprüft.“

Ist das nicht ihre Sache?

„Na ja. Wenn etwas passiert, müssen wir ausdrücken. Da können wir nicht sagen, wir haben sie gewarnt, selbst schuld.“

Erst zwei Tage zuvor musste tatsächlich ausgerückt werden. Aladag hatte im Innenhof der Universität in Masar-i-Scharif gedreht, eine Szene mit der weiblichen afghanischen Hauptdarstellerin, der Schwester des Übersetzers. Plötzlich entsteht ein Pulk, andere Studenten, alles Männer, alle mit Bart, sie studieren die Scharia, also Jura, wenn man so will.

Wilhelm sagt, was dann passierte, darin muss man Erfahrung haben, sonst überfällt einen das. Innerhalb von ein paar kurzen Minuten wächst so ein Pulk zu einer schreienden Masse. Es stört die

Scharia-Studenten, dass dort ein westliches Filmteam eine afghanische Frau filmt. Innerhalb weiterer kurzer Minuten hat die schreiende Masse Knüppel in der Hand, die die Studenten sich aus dem Regal einer Bäckerei besorgt haben.

Martin Lang, der Sicherheitschef, war nicht da an dem Tag, er war im Isaf-Lager. Selbst er, der Profi, war nicht darauf gekommen, dass es in der Universität gefährlich sein könnte.

Matthias Kock versuchte, die Islamisten zu beruhigen. Kock ist Aladags politischer Berater, auch er ein ehemaliger Bundeswehrmann. Er hat die letzten fünf Jahre für verschiedene politische Organisationen gearbeitet, er spricht Dari, fährt auf einem Motorrad durch Masar-i-Scharif und trägt das traditionelle Paschtunen-Gewand, das ihm bis zu den Knien reicht. Er sieht aus wie ein hängengebliebener Rucksacktourist, doch er kennt die politischen Zusammenhänge und die Lokalpolitiker, er weiß, wie man mit den Maliks, den Dorfvorstehern, um Dreherlaubnisse feilscht. Vielleicht weiß er auch, wie man Islamisten beruhigt.

Er versuchte, mit den schreienden Studenten auf Dari zu reden, vergebens. Er funkte Martin Lang an. Lang, im JDOC, der Kommandozentrale, alarmierte eine sich in der Nähe befindende Patrouille, zwei gepanzerte „Dingos“ mit lafettierten Maschinengewehren auf dem Dach. Sie soll-

\* Ronald Zehrfeld (2. v. r.), Felix Kramer (r. hinter Feo Aladag).

ten zur Universität fahren, sich aber zunächst außer Sichtweite halten. Inzwischen war auch die ANP gekommen, die Afghan National Police. Kock wollte das Filmteam evakuieren, doch die ANP hatte die Ausgänge der Universität blockiert. Das Filmteam kam nicht mehr raus, es wurde eng.

Lang sagt: „Die Polizisten haben das Richtige gemacht. Sonst hätte sich der Konflikt auf die Straße ausgeweitet. Das Problem war nur: Die Patrouille war nur ein paar Minuten entfernt. Wäre die dort aufgetaucht, hätte es eskalieren können.“

Er konnte die „Dingos“ gerade noch zurückhalten, die afghanische Polizei bekam die Situation in den Griff. Was blieb, war ein durchgerütteltes Filmteam. Einige wollten aufhören und nach Hause fahren. Aladag musste zum Gouverneur zu einem Krisengipfel mit den Scharia-Studenten. Und Mohsi, der Hauptdarsteller, schickte in krummem Englisch eine SMS an Aladag: „Dont wary. I love u.“

Der Oberstleutnant Wilhelm hat den Deutschen zwei Zelte an den Rand des Lagers bauen lassen, ein Männerzelt für die 32 Männer, einschließlich der Schauspieler, ein Frauenzelt für die 8 Frauen. Sie alle essen mit den Soldaten in der deutschen Feldküche. Früher konnte man zu den Amerikanern gehen, wo es deutlich besser schmeckte und auch atmosphärisch mehr Glamour hatte, aber die Amerikaner haben ihre Kantine jetzt für deutsche Zivilisten gesperrt.

Die meisten Männer im Filmteam sehen aus wie Kriegsdienstverweigerer, und sie haben angefangen, den Oberstleutnant Bernd zu nennen, aber auch das stört Wilhelm nicht.

Zur letzten Zigarette in der Nacht sagt er: „Ich lerne hier viel. Aber ich habe von Anfang an gefragt: Was haben wir, die Bundeswehr, eigentlich davon?“

Und?

„Ich hoffe, dass irgendeiner mal in das Drehbuch geguckt hat.“

Was die Bundeswehr, was Deutschland von diesem Film haben wird? Vielleicht endlich ein paar andere Bilder von diesem Krieg als ewig dieselben; Bilder von den Menschen, die auf beiden Seiten in ihn verstrickt sind, 24 Stunden am Tag, und die ihm ein Narrativ geben; endlich andere Erzählungen als die von gefallenen KSK-Männern, falschen Entscheidungen bei Tanklastzügen oder einem betrunkenen Soldaten im Lager, der sich selbst erschießt. Aladag glaubt, es gebe kaum einen anderen Ort, an dem die globalen Konflikte so komprimiert zu erkennen seien: zwischen den Religionen, zwischen Arm und Reich, zwischen Bildung und Analphabetismus, Unterdrückung und Selbstbestimmung.

Der Bundeswehr fiel irgendwann auf, dass Frau Dr. Aladag auch ein polnisches Kindermädchen mitgebracht hatte. Wofür eigentlich?

„Lone Ranger“-Star Depp



SCHAUSPIELER

## Reif für die „Fuck Off“-Insel

Johnny Depp galt mal als der Rebell von Hollywood. Mittlerweile parodiert er sich am liebsten selbst. Jüngster Tiefpunkt: das Western-Spektakel „Lone Ranger“.

Vor ein paar Wochen, kurz vor seinem 50. Geburtstag, offenbarte Johnny Depp ein Geheimnis. Es waren nur wenige Sätze in einem Interview, ein kleiner Einblick in die Abgründe einer Schauspielerseele, aber mit großem Spielraum für Interpretationen. Das Geheimnis, das jetzt keines mehr ist: Johnny Depp guckt keine Johnny-Depp-Filme.

Der letzte Johnny-Depp-Film, den Johnny Depp selbst gesehen hat, war „The Libertine“ im Jahr 2004, und auch den nur, weil ihn damals der Regisseur ausdrücklich darum gebeten hatte. Auf diese Weise, sagte Depp der Zeitschrift „Rolling Stone“, könne er sich den Glauben bewahren, dass der Regisseur gute Arbeit geleistet und immer Depps beste Szenen ausgesucht habe. Er, Johnny Depp, sei so auf jeden Fall „besser dran“.

Die freundliche Deutung dieser Verweigerung in eigener Sache geht so: Johnny Depp ist ein Perfektionist und derart bescheiden, dass er sich selbst nicht gern

auf der Leinwand betrachtet. Die unfreundliche, die wahrscheinlichere: Johnny Depp hat Geschmack. Er weiß, dass er seit zehn Jahren keinen einzigen guten Film mehr gedreht hat. Warum also sollte er sich den Mist noch angucken? Es reicht, wenn es weltweit Millionen andere Deppen tun.

Ignoranz muss man sich leisten können. Johnny Depp besitzt eine eigene Insel, Little Hall's Pond Cay auf den Bahamas, er selbst nennt sie „Fuck Off Island“. Finanziell gesehen ist er der erfolgreichste Schauspieler der vergangenen zehn Jahre. Allein die Seeräuber-Komödie „Pirates of the Caribbean“ („Fluch der Karibik“) aus dem Jahr 2003 und ihre bisher drei Fortsetzungen mit Depp als Freibeuter-Kapitän Jack Sparrow haben an den Kinokassen weltweit insgesamt rund 3,7 Milliarden Dollar umgesetzt, die Kinderbuch-Adaption „Alice im Wunderland“ (2010) noch mal gut eine Milliarde.

Auch in Deutschland hat er viele treue Fans: Sein letzter Film, die Vampir-Farce

„Dark Shadows“, lockte hier knapp eine Million Zuschauer an. Das Guinness-Buch der Rekorde rechnete im vergangenen Jahr vor, Depp sei mit Einkünften von 75 Millionen Dollar der bestbezahlte Schauspieler der Welt.

Diese Woche kommt ein weiterer Film in die deutschen Kinos, den Johnny Depp wohl besser auch nicht anschaut, „Lone Ranger“, ein Western mit vielen Spezial-effekten, inszeniert von Regisseur Gore Verbinski, produziert von Jerry Bruckheimer, bezahlt und vermarktet vom Disney-Konzern; Depp spielt eine der beiden Hauptrollen. Damit ist das Gründungsteam der „Pirates of the Caribbean“-Serie wieder vereint, die Erwartungen sind entsprechend hoch.

Der erste „Pirates“-Film zitierte unbekümmert alte Genre-Klassiker wie „Der rote Korsar“, wirklich originell war jedoch die Leistung von Johnny Depp. Als Captain Sparrow trug er mehr Make-up als Elizabeth Taylor in „Cleopatra“, er tänzelte scheinbar entrückt über die Schiffsplanken, seine Gestik und Mimik erinnerten an Keith Richards am Ende eines Rolling-Stones-Konzerts, wenn die professionelle Routine endgültig in eine Art Trance übergeht. Depps Auftritt war eher Performance- als Schauspielkunst, eine der irrsten Schöpfungen im Mainstream-Kino der vergangenen Jahrzehnte.

Depp musste lange auf diesen Höhepunkt hinarbeiten. Seit Anfang der neunziger Jahre, seit der Titelrolle in „Edward mit den Scherenhänden“, hatte er immer wieder Exzentriker und Außenseiter verkörpert, aber traditionelle Heldenrollen konsequent gemieden, anders als zum Beispiel sein Kollege Brad Pitt, der nur ein paar Monate jünger ist.

Damals liebte Depp beruflich das Risiko, privat war er liiert mit den It-Girls jener Zeit, erst Winona Ryder, dann Kate Moss, die Medien feierten ihn als Rebellen. Die Zuschauer wussten nie genau, was sie in einem Film mit Johnny Depp erwartete – nur, dass es nicht langweilig werden würde, dass es sich lohnte, über die Filme nachzudenken.

Wann begann Depps Figur in Jim Jarmuschs Western „Dead Man“ eigentlich zu halluzinieren? Hatte Depp selbst auch all die Drogen ausprobiert wie der Schriftsteller Hunter S. Thompson, den er in „Fear and Loathing in Las Vegas“ verkörperte? War das Jüngelchen, das vor 20 Jahren in „Gilbert Grape“ Depps kleinen Bruder spielte, wirklich Leonardo DiCa-

prio? Und wer hat jemals „The Brave“ aus dem Jahr 1997 gesehen, Depps Debüt als Regisseur, in dem er auch die Hauptrolle spielte, einen depressiven Indianer? Gekränkt durch schlechte Kritiken nahm er das Werk in den USA vom Markt.

Seit dem Erfolg von „Fluch der Karibik“ überrascht Johnny Depp niemanden mehr, die Zuschauer nicht und sich selbst wohl auch nicht, Wiederholung statt Risiko. In „Rum Diary“ (2011) gab er zum zweiten Mal das Alter Ego von Hunter S. Thompson, diesmal erzeugte der Auftritt beim Publikum keinen Rausch, nur einen Kater. Furore machte Depp stattdessen

ment Valley, dem alten Kiez von John Wayne und John Ford, Klischee-Alarm. Der einzige Grund, so einen Stoff im Jahr 2013 noch einmal auszugraben, müsste ein Schauspieler sein, der etwas Neues wagt.

Stattdessen liefert Depp eine Persiflage seiner letzten Rollen. Weiß geschminkt und mit unbewegter Miene spielt er einen Indianer namens Tonto, den Gefährten des Rangers. Als Kopfschmuck trägt Tonto eine tote Krähe, die er regelmäßig zu füttern versucht, ein Gag, der auch bei der fünften Wiederholung nicht lustiger wird. Ansonsten kramt Depp als Tonto immer wieder eine Taschenuhr hervor.

Wartet auch er darauf, dass die 149 Minuten endlich vorüber sind?

Depps Marotten wirken besonders deplatziert, weil „Lone Ranger“ gar keine richtige Komödie ist. In einer Szene schneidet ein Bandit seinem Widersacher mit einem Messer das Herz heraus, reihenweise werden Unbewaffnete über den Haufen geschossen, Blut spritzt, Sadismus regiert. In den USA war „Lone Ranger“ ein Flop, Disney macht mit dem Film wohl über 100 Millionen Dollar Miese.

Depp hat von alldem vermutlich kaum etwas mitbekommen. Gut so.

Was ist noch von Johnny Depp zu erwarten? Es gab eine Zeit, da hatte er genug von den immer gleichen Typen, gut bezahlt, aber auf die Dauer furchtbar langweilig. Das war Ende der achtziger Jahre, Depp hatte damals eine Hauptrolle in der

Fernsehserie „21 Jump Street“. Nach vier Staffeln wagte er den Ausstieg, neue Rollen, der Beginn seiner Kinokarriere.

Und heute? In einem Interview hat Depp gerade laut über seinen Vorruhestand nachgedacht, „ich weiß nicht, ob ich das noch lange machen will“, „Fuck Off Island“ für immer.

Glauben muss man das nicht. Im März hat Depps Produktionsfirma einen neuen mehrjährigen Vertrag mit Disney abgeschlossen, ein fünfter „Pirates of the Caribbean“-Film steht an, auch „Alice im Wunderland 2“ ist in Planung.

Außerdem arbeitet Depp an einer Dokumentation über Keith Richards. Die beiden Stars sind befreundet.

Hört Keith Richards eigentlich noch die Stones?

MARTIN WOLF



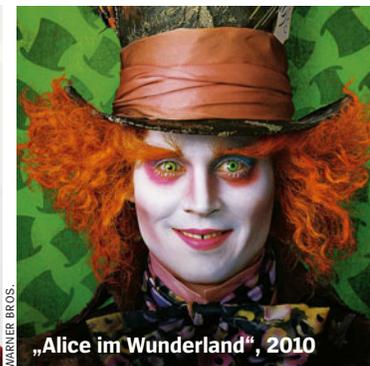
„Fluch der Karibik 2“, 2006



„Edward mit den Scherenhänden“, 1990



„Charlie und die Schokoladenfabrik“, 2005



„Alice im Wunderland“, 2010

Depp-Spielfilme: Zwillingenbruder von Michael Jackson?

mit seinem Privatleben. Nach 14 gemeinsamen Jahren trennte er sich von Vanessa Paradis, der Mutter seiner beiden Kinder. Mittlerweile zeigt er sich auch öffentlich mit Amber Heard, 27, seiner Filmpartnerin aus „Rum Diary“.

Hauptberuflich führt Depp seit Jahren Variationen seiner Seeräuber-Nummer auf, die Maske als Masche. Ob „Charlie und die Schokoladenfabrik“, „Sweeney Todd“, „Alice im Wunderland“ oder „Dark Shadows“ – stets ist Depp der androgyne, bleich geschminkte Freak mit dem starren Lächeln, eine Art Zwillingenbruder von Michael Jackson und vielleicht auch deshalb bei vielen Kindern populär. Johnny Depp imitiert den Johnny Depp, der er einmal war, aber er gibt sich dabei nicht besonders viel Mühe.

„Lone Ranger“, ein 250 Millionen Dollar teures Western-Spektakel, beruht auf einer Fernsehserie aus den fünfziger Jahren. Es geht um den Bau der Eisenbahn durch Indianergebiet, gedreht wurde im Monu-

Video: Ausschnitte aus „Lone Ranger“



spiegel.de/app322013depp oder in der App DER SPIEGEL



ESSAY

# Vom Terror der Reklame

Werbung war früher nur lästig. Heute dient sie der totalen Überwachung.

*Von Hans Magnus Enzensberger*

**L**aut war sie immer. Heute noch kann man auf manchen Plätzen die Stimme des Marktschreiers hören. Sie ist lästig, aber harmlos. Als die industrielle Revolution den Massenkonsum zur Blüte brachte, befreite sich die Reklame von der Lungenkraft der Handwerker und der Marktweiber. Sie ging zum Manufakturbetrieb über. Doch seinen anrühigen Ruf ist das Medium der Reklame nie ganz losgeworden. In den Kreisen, die sich für die besseren hielten, galt es lange als vulgär, sich selbst oder seine Produkte anzupreisen. Dass die Branche sich in Werbung umgetauft hat, weil dieses ehrwürdige Wort mit seinen erotischen Untertönen besser klingt, hat ihr Ansehen nicht verbessert. Heute steht auf den Visitenkarten Unternehmenskommunikation. Auch das hat nichts genützt. Und wenn ein Grafiker sich den Titel Kunst-Direktor zulegt, steigt er vielleicht in eine höhere Gehaltsklasse auf, aber die Welt sieht in ihm nach wie vor einen Fuzzi.

Trotzdem hat sich die Reklame bis zum Ersten Weltkrieg eine gewisse Unschuld bewahren können. Litfaßsäulen, Zigarettenbildchen und Sammelalben erinnern an die Jahre ihrer Pubertät. Weniger snobistische Gemüter nehmen heute wie damals an Verlosungen und Preisausschreiben teil, tauschen Treueherzchen ein und vergleichen Rabatte und Schnäppchen-Angebote. Wie kann bei so viel Pausbäckigkeit vom Terror der Reklame die Rede sein? Ist das nicht zu hoch gegriffen? Und was hat das Tamtam der Marktschreier überhaupt mit Politik zu tun?

Auch wenn die lammfromme Kundschaft davon nichts wissen will, so steht doch fest, dass die Politik sich schon sehr früh der Reklame bemächtigt hat – und umgekehrt. Spätestens seit den zwanziger Jahren ist sie zu einer politischen Macht geworden. Die Parteien haben sich wie registrierte Warenmarken etabliert und ringen lieber mit Logos, Slogans, Farben und Symbolen als mit Argumenten um Marktanteile.

In den Krisen- und Bürgerkriegsjahren nach dem Ersten Weltkrieg hat die Propaganda furchterregende Ausmaße angenommen. Keine Diktatur des Jahrhunderts wäre ohne die „Kreativität“ talentierter Reklamespezialisten ausgekommen. Sie waren es, die stets für die wirksamsten Formulierungen sorgten, wenn es um antisemitische Hetze, Agitprop, Schauprozesse, Kriegsvorbereitung und Personenkult ging.

Für viele Helfershelfer der gestürzten Diktaturen war es ein herber Schlag, als nach 1945 in manchen Teilen der Welt der Friede ausbrach. Mit Parolen wie „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ und mit Parteitag-Inszenierungen à la Riefenstahl war plötzlich kein Geschäft mehr zu machen. Auch als 1989 mehr als eine Mauer fiel und als die Transparente verschwanden, die verkündeten, dass von der Sowjetunion lernen siegen heiße, mussten verdiente Agitprop-Fachleute sich nach neuen Betätigungsfeldern umsehen. Da Wendigkeit zu ihrer Qualifikation gehört, fiel es ihnen nicht schwer, sich wie seinerzeit im Nachkriegsboom des Westens, so auch nach dem Waffenstillstand im Kalten Krieg komfortabel einzurichten.

Der Bedarf an solchen Fachleuten war nicht neu. Er hatte schon seit dem Wachstum der Massenmedien stark zugenommen. Dass die Presse vom Verkauf der Zeitungen allein nicht überleben konnte, wussten schon Balzac und Zola. Zunächst erzielten die Druckmedien mit dem steigenden Reklameaufkommen hohe Gewinne. Die Agenturen blühten auf, je mehr die Auflage der Magazine, Illustrierten und Boulevardblätter zunahm. Als Rundfunk und Fernsehen zu Massenmedien wurden, schlossen sie in Amerika ein inniges Bündnis mit der „Madison Avenue“. Filme und Nachrichtensendungen wurden routinemäßig durch Reklameblöcke unterbrochen und gestreckt. In den fünfziger Jahren trat diese Praxis, die in der Serie „Mad Men“ gepriesen wird, in der ganzen Welt ihren Siegeszug an.

Was das für politische und sozialpsychologische Folgen hatte, ist bisher nur unzureichend erforscht worden. Dafür hat ein Heer von akademischen Beratern, von Soziologen und Marktforschern gesorgt, das sich den einschlägigen Industrien andiente. In einer Ökonomie der Aufmerksamkeit geht es zuallerletzt um Aufklärung. Gekämpft wird darum, den öffentlichen Raum zu privatisieren und die Lebenszeit der Bevölkerung anzuzapfen. Diese Ziele hat die Reklame erreicht.

Sie hat das Habitat der Städte durch Lichtreklamen, Schilder und Transparente verwüstet. Kein Rennfahrer darf sich mehr auf die Piste, kein Sportler in die Arena wagen, ohne sich über und über mit den Insignien der Reklame zu bekleckern. Fernstraßen, Bahnhöfe und Haltestellen werden allenthalben mit Sichtblenden zugestellt, auf denen irgendein „Sponsor“ irgendetwas zu verhökern sucht.

Mit ähnlicher Intensität dringt die Reklame in den privaten Raum der Menschen ein und stiehlt ihnen möglichst viel von der Zeit, die ihnen beschieden ist. Niemand kann heute ein Kino betreten, ohne dass er von Reklamegebrüll belästigt wird. Auch ein anderes altes Medium, das Telefon, ist schon vor Jahrzehnten von Marketingfirmen und anderen Aufmerksamkeitsdieben kolonisiert worden. Der Werbemüll macht mit seinen Prospekten, „Newsletters“ und Gratiszeitungen den größten Posten des Postverkehrs aus. Seine Beseitigung erfordert den Betrieb von gewaltigen Verbrennungsanlagen.

Es ist schwer erklärlich, mit welchem Langmut sich die Menschheit diese Übergriffe gefallen ließ. Eher schüchtern fiel die Gegenwehr aus: Keine Werbung! steht an vielen Briefkästen, ein Ersuchen, das selbstverständlich von den unterbezahlten Abfall-Austrägern, die ihre Quote erfüllen müssen, ignoriert wird. Von den staatlichen Institutionen ist kaum Schutz zu erhoffen. Dafür sorgt eine mächtige Reklame-Lobby.

All das gehört jedoch einer Stufe der technischen Entwicklung an, die heute bereits antiquiert anmutet. Denn die politische Macht der Reklame hat in den letzten drei bis vier Jahrzehnten in einem historisch beispiellosen Ausmaß zugenommen. Ermöglicht wurde das durch die Erfindung des Computers und durch den Aufbau des Internets.

Seitdem sind neue Weltkonzerne entstanden, deren Börsenwerte die alten Monster der Schwerindustrie und des Finanzkapitals in den Schatten stellen. Jeder gehört zu ihren Kunden, jeder kennt ihre Namen: Google, Facebook, Yahoo & Co. Es ist ihr Grundprinzip, dass sie selber keinerlei Inhalte generieren. Diese Arbeit überlassen sie entweder anderen Medien oder den sogenannten Usern, die ihnen kostenlos Nachrichten oder Details aus ihrem Privatleben zuliefern. Dieses Geschäftsmodell hängt von der Finanzierung durch Reklame ab. Diese Konzerne sterben, wenn sie nicht werben. Das ist ihr Hauptprodukt; alles andere ist Seife. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Neutrale Suchmaschinen gibt es nicht. Updates werden manipuliert, Kaufempfehlungen routinemäßig gefälscht, Kinder durch Gewinnspiele angelockt und zu Kunden umzogen.

Zwar müssen Handels гигanten wie Amazon sich nach wie vor mit dem Versand materieller Güter aus der analogen Welt ablagen, und Konzerne wie Microsoft oder Apple leben immer noch vom Verkauf ihrer Soft- und Hardware. Aber wer Milliarden von Kunden akquirieren und verwalten will, muss ihre persönlichen Daten so vollständig wie möglich ausforschen und sammeln. Dazu dienen mathematische Methoden der Speicherung, Filterung und Rekombination, die den Herrschaftstechnikern der Geheimpolizeien, der Gestapo, des KGB und der Stasi weit überlegen sind.

Damit hat die Reklame eine neue politische Dimension erreicht. Denn die amerikanischen Konzerne, die das Internet

beherrschen, sind Verbündete des „tiefen Staates“. Ihr Verhältnis zu den Geheimdiensten beruht auf handfesten gemeinsamen Interessen. Man kooperiert; beide brauchen alle verfügbaren Informationen, um die Bevölkerung zu kontrollieren. Einig ist man sich darin, dass Grundrechte, wie sie in den meisten Verfassungen garantiert werden, nur Überreste aus vergangenen Zeiten sind. Dankenswerterweise hat einer der mächtigsten Akteure, der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, die Überzeugung, dass das Zeitalter der Privatheit vorbei sei, offen ausgesprochen.

Während die europäische Politik sich ahnungslos oder duckmäuserisch gibt, fällt auf, dass die effektivsten Gegner des „tiefen Staates“ gerade aus den Vereinigten Staaten kommen. Die als Verräter gebrandmarkten Pfeifenbläser wie Mr. Ellsberg, Mr. Drake, Mr. Brown, Mr. Manning und Mr. Snowden sind es, die der Verfassung ihres Landes die Treue halten.

Wer auf der Seite der Überwachung und der Kontrolle am längeren Hebel sitzt, ist im Einzelnen schwer auszumachen. Sind es die sogenannten staatlichen „Dienste“, die sich von jeder demokratischen Kontrolle emanzipiert haben? Schon ihrem Gründungsvater J. Edgar Hoover, dem Chef des FBI, war es ja gelungen, Präsidenten mit seinen Dossiers einzuschüchtern. Heute sehen die Regierungschefs den monströsen Diensten, die sich als ihre Herren aufspielen, ohnmächtig zu.

Sind es also Einrichtungen, die sich hinter Akronymen wie NSA, GCHQ, CSIS, NZSIS, DGSE und BND verbergen, die das Heft in der Hand haben, oder sind es vielmehr ihre Komplizen, die Internetkonzerne, die den weltweiten Datenverkehr beherrschen? Diese Partnerschaft bildet ein politisches Parallel-Universum, in dem die Demokratie keine Rolle mehr spielt.

Es gibt in diesem Bunde noch einen Dritten: die Organisierte Kriminalität. Auch da ist es nicht immer klar erkennbar, mit wem man es zu tun hat. Zwar weiß jeder „User“, dass internationale Syndikate im Netz unterwegs sind, um Daten zu stehlen, Spam, Phishing-Attacken, Viren und Trojaner auszusäen, Drogengelder zu waschen, mit Waffen zu handeln und so an den Opportunitätsgewinnen zu partizipieren, die der Datenstrom zu bieten hat. Doch sind die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Geschäften, zwischen Spionage und terroristischen Zellen fließend, weil alle Beteiligten die gleichen Methoden anwenden und ihre Informatiker, Hacker und Kryptografen aus ein und demselben Talentpool rekrutieren.

Das gilt für einen weiteren Teilnehmer am Spiel mit dem Netz. Er ist der bei weitem kleinste. Seine

Rolle ist die des Störenfrieds. Weil die Netzguerilla anonym operiert und auf hierarchische Organisationsformen verzichtet, ist sie schwer zu fassen. Diese avancierte Form des zivilen Widerstandes hält für die Geheimdienste vermutlich noch manche unangenehme Überraschung bereit.

Das Schöne in dem postdemokratischen Regime, in dem wir leben, ist seine Lautlosigkeit. Die Rolle des Blockwarts und des Denunzianten haben Millionen von Überwachungskameras und Mobiltelefonen übernommen. In Ländern wie Großbritannien oder Deutschland brauchen nur ganz wenige zu befürchten, dass sie ohne Gerichtsurteil entführt, deportiert, in ein Konzentrationslager gesperrt oder durch eine Drohne ermordet werden.

Für die allermeisten ist das ziemlich angenehm. Soll man also die Entdeckung, dass die totale Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung auch mit relativ gewaltlosen, relativ unblutigen Mitteln möglich ist, einen historischen Fortschritt nennen? Garantiert wird dieser Zustand durch die Herrschaft der Dienste und ihr Bündnis mit der Reklame. Doch wer sich mit diesem Regime abfindet, der tut es auf eigene Gefahr. ♦

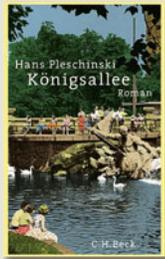
## Das Schöne in dem postdemokratischen Regime, in dem wir leben: seine Lautlosigkeit.

## Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: [www.spiegel.de/bestseller](http://www.spiegel.de/bestseller)

## Belletristik

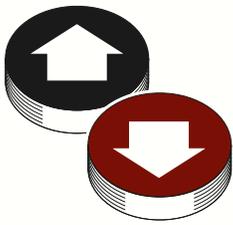
- 1 (1) **Dan Brown**  
Inferno  
Lübbe; 26 Euro
  - 2 (2) **Kerstin Gier**  
Silber – Das erste Buch der Träume  
Fischer JB; 18,99 Euro
  - 3 (3) **Timur Vermes**  
Er ist wieder da  
Eichborn; 19,33 Euro
  - 4 (4) **Nina George**  
Das Lavendelzimmer  
Knaur; 14,99 Euro
  - 5 (5) **Martin Suter**  
Allmen und die Dahlien  
Diogenes; 18,90 Euro
  - 6 (7) **Donna Leon**  
Tierische Profite  
Diogenes; 22,90 Euro
  - 7 (17) **Joachim Meyerhoff**  
Wann wird es endlich wieder so,  
wie es nie war  
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
  - 8 (8) **Stephen King**  
Joyland  
Heyne; 19,99 Euro
  - 9 (6) **Dora Heldt**  
Herzlichen Glückwunsch, Sie haben  
gewonnen! dtv; 17,90 Euro
  - 10 (9) **John Green**  
Das Schicksal ist ein mieser Verräter  
Hanser; 16,90 Euro
  - 11 (10) **Eugen Ruge**  
Cabo de Gata  
Rowohlt; 19,95 Euro
  - 12 (11) **Anne Gesthuysen**  
Wir sind doch Schwestern  
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
  - 13 (12) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**  
Herzblut  
Droemer; 19,99 Euro
  - 14 (15) **Suzanne Collins**  
Die Tribute von Panem –  
Flammender Zorn Oetinger; 18,95 Euro
  - 15 (–) **Alex Capus**  
Der Fälscher, die Spionin und der  
Bombenbauer Hanser; 19,90 Euro
  - 16 (14) **Suzanne Collins**  
Die Tribute von Panem –  
Gefährliche Liebe Oetinger; 18,95 Euro
  - 17 (–) **Hans Pleschinski**  
Königsallee  
C. H. Beck; 19,95 Euro
- Literatur trifft auf Wirklichkeit: ein fiktives Wiedersehen von Thomas Mann und seinem Jugendschwarm Thomas Heuser**


- 18 (16) **Martin Walker**  
Femme fatale  
Diogenes; 22,90 Euro
  - 19 (13) **Tess Gerritsen**  
Abendruh Limes; 19,99 Euro
  - 20 (–) **Peter Henning**  
Ein deutscher Sommer  
Aufbau; 22,99 Euro

## Sachbücher

- 1 (1) **Florian Illies**  
1913 – Der Sommer des  
Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro
  - 2 (5) **Bronnie Ware**  
5 Dinge, die Sterbende am meisten  
bereuen Arkana; 19,99 Euro
  - 3 (3) **Meike Winnemuth**  
Das große Los Knaus; 19,99 Euro
  - 4 (4) **Rolf Dobelli**  
Die Kunst des klaren Denkens  
Hanser; 14,90 Euro
  - 5 (2) **Hannes Jaenicke**  
Die große Volksversuche  
Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro
  - 6 (8) **Markus Gabriel**  
Warum es die Welt nicht gibt  
Ullstein; 18 Euro
  - 7 (7) **Dieter Nuhr**  
Das Geheimnis des perfekten Tages  
Bastei Lübbe; 14,99 Euro
  - 8 (9) **Eben Alexander**  
Blick in die Ewigkeit  
Ansata; 19,99 Euro
  - 9 (19) **Hans-Olaf Henkel**  
Die Euro-Lügner  
Heyne; 19,99 Euro
  - 10 (6) **Dirk Müller**  
Showdown Droemer; 19,99 Euro
  - 11 (10) **Richard David Precht**  
Anna, die Schule und der liebe Gott  
Goldmann; 19,99 Euro
  - 12 (12) **Rolf Dobelli**  
Die Kunst des klugen Handelns  
Hanser; 14,90 Euro
  - 13 (–) **Wilhelm Schlötterer**  
Wahn und Willkür  
Heyne; 19,99 Euro
- Korruption, Strafver-eitelung, Begünstigung: eine Bilanz der Machenschaften von Franz Josef Strauß und seinen Nachfolgern**


- 14 (11) **Guillem Balagué**  
Pep Guardiola  
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
  - 15 (14) **Margot Käßmann**  
Mehr als Ja und Amen  
Adeo; 17,99 Euro
  - 16 (18) **Harald Welzer**  
Selbst denken – Eine Anleitung zum  
Widerstand S. Fischer; 19,99 Euro
  - 17 (13) **Frank Schirrmacher**  
Ego – Das Spiel des Lebens  
Blessing; 19,99 Euro
  - 18 (20) **Helmut Schmidt**  
Ein letzter Besuch  
Siedler; 19,99 Euro
  - 19 (–) **Andreas Platthaus**  
1813 – Die Völkerschlacht und  
das Ende der alten Welt  
Rowohlt Berlin; 24,95 Euro
  - 20 (16) **Egon Bahr**  
„Das musst du erzählen“ –  
Erinnerungen an Willy Brandt  
Propyläen; 19,99 Euro



# Drei Jedermänner

**THEATERKRITIK:** Matthias Hartmann inszeniert Nestroys „Der böse Geist Lumpazivagabundus“ bei den Salzburger Festspielen.

Wer einem reichen, verwöhnten Publikum etwas bieten will, der sollte mit dem Weltuntergang anfangen und dann mit Angela Merkel weitermachen. So hat sich das offenkundig der Regisseur Matthias Hartmann gedacht. Er sorgt für völlige Finsternis und lässt dann böllern und brüllen und Stroboskoplichter blitzen gleich zu Beginn seiner neuen Regiearbeit bei den Salzburger Festspielen, um zu zeigen, dass die Welt aus den Fugen ist. Nach dem Inferno knipst Hartmann das Licht an und zeigt inmitten eines hellblauen Himmelsreichs eine Angela-Merkel-Doppelgängerin. Sie formt mit Zeigefingern und Daumen die Merkel-Raute. „Befehlen lasse ich mir nichts“, verkündet sie in überraschend sächsischer Sprachfärbung. Dann sorgt sie für Frieden, wie Politiker das tun: „Ich schütte mein Füllhorn über euch.“

Eine Wundertüte voller Gags und grotesker Kostümeinfälle ist auf der Bühne der Pernerinsel in Hallein zu bestaunen. An diesem Ort haben die Salzburger Festspiele in der Vergangenheit ihre anstrengendsten und fortschrittlichsten Theaterunternehmungen präsentiert, den „Faust“-Doppelstreich von Nicolas Stemann im Jahr 2011 zum Beispiel und die heute legendäre Shakespeare-Strapaze „Schlachten!“ im Jahr 1999. In diesem Jahr lädt der Regisseur Hartmann nach Hallein zu Johann Nestroys Zauberposse „Lumpazivagabundus“.

Man sieht weißgepuderte Darstellerinnen mit Turmfrisur, Pappkulissen aus Himmelswolken und dem Sternensymbol der Europäischen Union und dazu ein paar gruselige Rabauken. Man beobachtet gutaufgelegte Schauspieler wie Mavie Hörbiger, Maria Hoppel (die in der Rolle der Glücksfee Fortuna die Merkel-Nummer abliefern) und Nicholas Ofczarek beim offensichtlich vollkommen enthemmten Herumalbern.

Kurz: Dieser Theaterabend ist eine Provokation. Hartmann, seit 2009 Chef des Burgtheaters, nimmt sich ein Stück aus dem Jahr 1833, das von Nestroy-Fans als bitterböse gerühmt wird – und macht

daraus, wie es scheint, einen Exzess der Harmlosigkeit. Er erzählt das Märchen von den drei Kumpanen Leim (Tischlergesell), Zwirn (Schneidergesell) und Knieriem (Schustergesell), die vom Himmel mit plötzlichem Reichtum überschüttet werden und von da an ein Jahr lang den Verlockungen eines bösen Geistes widerstehen sollen, nicht als Horrorstück. Er tut so, als wäre die Story nichts anderes als

des Säuflers mit dem Herzen am rechten Fleck; und Florian Teichtmeister dienert als Tischler Leim den Spießler hin, der vermutlich in jedem Halunken steckt.

Dann ist Pause. Hartmanns Aufführung scheint bis dahin gut zu passen zu dem Märchen-Frohsinn, den der Salzburger Schauspielchef Sven-Eric Bechtolf dem einst ambitionierten Festival angeblich verordnet hat.

Bechtolf hat zwar eine eher strenge „Jungfrau von Orleans“ des Regisseurs Michael Thalheimer präsentiert. Aber er hat die wichtigste Salzburger Theaterfolklore, den „Jedermann“, in diesem Jahr von einem britisch-amerikanischen Regisseurduo sehr putzig herrichten lassen. Danach zeigte er vergangene Woche zur Eröffnung des sogenannten Young Directors Project eine süßliche Bettleroper namens „The Animals and Children Took to the Streets“. Da wirkte der Auftakt von Hartmanns „Lumpazivagabundus“-Spektakel nun so, als wollte Bechtolf Salzburg endgültig in einen heiteren Moritätenstadl verwandeln, in dem das Publikum mit Läuterungsgeschichten unterhalten wird.

In Wahrheit aber will der Regisseur Matthias Hartmann mit seinem „Lumpazivagabundus“ gegen Ende ganz woanders hin – in ein Reich des grimmigen Ernstes. Nach der Pause treten seine Herumtreiberhelden plötzlich auf als schmerzgekrümmte Kreaturen. Die drei Gesellen sind jetzt Feinde. Jeder ist eingesperrt in seiner Ego manie, die Glückssuche hat sie in Monster verwandelt. Teichtmeisters

Tischler Leim ist ein psychotischer Saubermann, Maertens' Schneider Zwirn ein winzelndes Gossentier, Ofczareks Schusterburche Knieriem aber brüllt und prügelt sich den Weg ins Offene frei, indem er Wände niederreißt: ein schmutziger Outlaw.

Ausgerechnet diesem Säufler und Altpunk gehört die Sympathie des Regisseurs Hartmann. Das ist der Witz und die Überraschung dieser Aufführung. Es sind nicht der Spaß und die Versöhnung, die ihn reizen, sondern die bösen Geister, die stets verneinen.

Alle Sympathie den Teufeln.

WOLFGANG HÖBEL



Szene aus „Der böse Geist ...“: Grimmiger Ernst

Klamauk. Der Bühnenbildner Stéphane Laimé hat Hartmann eine hölzerne Wirtshauskulisse gebaut, die Kostümbildnerin Victoria Behr hat kreisbunte Kostüme entworfen, ein Musikentrio bietet neben dem bei Nestroy üblichen Couplet-Geschrammel auch Schlager-Coverversionen von Werken wie „Bacardi Feeling“.

Lange Zeit ist das ein Brüll- und Lachtheater öliger Sorte. Viele Minuten lang spielt der Schauspieler Michael Maertens den Schneider Zwirn mit Schwuchtelmotorik; Nicholas Ofczarek torkelt sich als Schuster Knieriem durch die Paraderolle



„Napoleon I. steigt aus dem Grabe“ (Druck nach Horace Vernet, 1840)

# Der Parvenu als Kaiser

Mit Napoleon Bonaparte begann das Zeitalter der modernen Politik, der kleine Korse verkörperte einen neuen Typus Herrscher. Die Völkerschlacht 1813 beendete eine Karriere, die bis heute allen Diktatoren ein Vorbild ist.

Die Völkerschlacht von Leipzig, von der die Geschichtsschreiber später sagen sollten, dass kein Waffengang jemals zuvor blutiger gewesen sei, begann am 16. Oktober 1813 gegen neun Uhr morgens mit einer Kanonade aus über 1000 Geschützrohren. 400 000 Soldaten waren auf den Schlachtfeldern im Norden und Süden der Stadt aufmarschiert: auf der einen Seite die Regimenter der französischen Revolutionsarmee, die ihrem Feldherrn auf allen Eroberungszügen treu gefolgt waren. Ihnen gegenüber die Truppen der Alliierten – Russen, Preußen, Österreicher und Schweden, die der Wille zusammengeführt hatte, die napoleonische Herrschaft über den Kontinent zu brechen.

Am Morgen, kurz vor Schlachtbeginn, hatte es aufgeklart, nach tagelangem kaltem Regen. In langen Reihen standen sich die Soldaten gegenüber, das Bajonett aufgepflanzt, dahinter zu eisernen Batterien zusammengezogen die Artilleriemanschnschaften vor ihren Lafetten. „Es schien, als ob die Sonne Tausenden, die auf dem Schlachtfelde den letzten Tag sahen, freundlich noch einmal lächeln wollte“, hielt ein Chronist den Auftakt fest.

Napoleon war früh erwacht, wie es im Feld seine Art war. Ab zwei Uhr hatte er die Morgenstunden, unermüdlich Befehle diktierend, im Schlafrock verbracht, ein buntes Seidentuch zum Turban geknotet um den Kopf geschlungen, bevor er sich schließlich die Uniform reichen ließ und sein Pferd bestieg. Der gescheiterte Russlandfeldzug im Jahr zuvor hatte dem Nimbus des Schlachtenlenkers einen empfindlichen Schlag versetzt, aber sein strategisches Genie galt noch immer als unübertroffen.

Bis zur einbrechenden Dunkelheit wogte die Schlacht, ohne dass einer Seite der entscheidende Vernichtungsstoß gelang. Am Nachmittag setzte wieder leichter Regen ein, gegen 18 Uhr verstummten die Geschütze, und als Napoleon ins kaiser-

liche Nachtlager zurückkehrte, waren allein auf französischer Seite 20 000 Soldaten gefallen. Auf den Straßen Leipzigs lagen Verwundete in ihrem Blut, viele grässlich verstümmelt. Im Minutentakt sauste das Barbiermesser nieder, um zerstörte Gliedmaßen von den Körpern zu trennen. Noch Jahre später sollten sich die Leipziger Bürger an das Geschrei und den grässlichen Gestank erinnern.



Völkerschlachtdenkmal in Leipzig: Symbol der Freiheit

Dabei war nicht einmal der Höhepunkt des Schreckens erreicht. Noch drei weitere Tage sollten vergehen, bis die Franzosen den Rückzug antraten und sich mit dem, was von ihrer stolzen Armee übrig geblieben war, über den Rhein in Sicherheit brachten. 100 000 Tote zählten am Ende die Truppenführer, eine Zahl, die bis heute, genau 200 Jahre danach, in Deutschland in so kurzer Zeit nicht wieder erreicht wurde, nicht einmal bei den Bombenangriffen auf Hamburg und Dresden oder dem Kampf um Berlin.

Die Völkerschlacht gilt nicht nur als eine der größten Schlachten der Weltgeschichte, sondern auch als Symbol für den Freiheitswillen, der schließlich in Deutschland, mit über 50 Jahren Verspätung, in staatliche

Einheit und Beseitigung von Fürstenwillkür mündete. Dass dafür die alten Monarchien über die Reste der ersten europäischen Republik der Moderne triumphieren mussten, ist eine der ironischen Wendungen, denen man im Gang der Weltgeschichte immer wieder begegnet.

Was für eine Niederlage auch für den Mann, vor dem eben noch ganz Europa gezittert hatte. Mehr als ein Jahrzehnt lang hatte der Franzose die Geschichte des Kontinents bestimmt: Wie ein Kindergott hatte er ganze Reiche mit einem Fingerzeig entstehen oder verschwinden lassen, Fürsten und Könige waren vor ihm auf die Knie gesunken, selbst der Papst hatte sich seinem Willen beugen müssen. Man hatte Triumphbögen für ihn errichtet, seine Frau, eine ehemalige Lebedame, zur Kaiserin gesalbt und den Sohn zum „König von Rom“.

Und nun? Nun schlich sich der Weltenbezwinger in sein Schloss in Paris, den Pelz bis zum Kinn hochgeschlagen, beseelt allein von der Hoffnung, noch einmal eine Armee auszuheben, die mächtig genug sein würde, um an den Feinden Rache zu nehmen.

Kein Empire geht an einem Tag zugrunde. Zwei Jahre sollte es noch dauern, bis Napoleon vor dem belgischen Dorf Waterloo endgültig geschlagen war und Europa sich seines Usurpators durch Verbannung auf eine unwirtliche Insel im Atlantik entledigte. Aber von dem Untergang in Sachsen hat sich Napoleon nie mehr erholt. In den Feldern vor Leipzig endete seine Macht, nicht vor den Toren Brüssels.

So steht das Jahr 1813 nicht nur für eine militärische Niederlage, die das Kräfteverhältnis in Europa in den kommenden Jahren grundlegend verändern sollte, sondern auch für den Scheitelpunkt einer politischen Karriere, die in der an Auf- und Abstieg nicht gerade armen Geschichte europäischer Herrscher ohne Beispiel ist.

Napoleon Bonaparte – der Name weckt auf Anhieb im Gedächtnis abgelegte Bilder, Leseindrücke, Gefühlsreste. Selbst Leute,



Alliierte Truppen bei der Völkerschlacht 1813\*: „Es schien, als ob die Sonne Tausenden freundlich noch einmal lächeln wollte“

die im Geschichtsunterricht durchgeschlafen haben, verbinden mit seinem Namen, wenn schon keine militärischen Triumphe mehr, die eine Generation zuvor noch jedes Kind herbeten konnte, dann doch ein unbestimmtes Gefühl von Größe, ja, Genie.

Tatsächlich haben sich wenige Legenden als so zählebig und damit auch kulturell verwertbar erwiesen wie die vom Aufstieg des korsischen Artillerieoffiziers zum mächtigsten Mann Europas. „Nachdem wir den Despotismus seiner Persönlichkeit hingenommen haben, müssen wir nun mit dem Despotismus seines Andenkens fertig werden“, bemerkte der Vicomte de Chateaubriand, als Napoleon, gerade mal 51 Jahre alt, einem Krebsleiden erlag. Chateaubriand hatte keine Ahnung, wie recht er behalten sollte.

Über keinen Diktator, außer Hitler, wurde mehr geschrieben. Schon um 1900 zählte der Napoleon-Biograf Max Kirch-eisen 200 000 Bücher, nicht viel weniger dürften seitdem dazugekommen sein. Zu nahezu allen Aspekten seines Lebens gibt es Abhandlungen: der Diät im Feldlager (Lieblingsgericht: Amselpastete, kaltes Huhn und Linsensalat), seinem Liebesleben (Mätressen namentlich bekannt: mindestens vier); selbst die Schlaf- und Arbeitsgewohnheiten des Imperators wurden eingehend untersucht.

Bis heute vermag der kleine Franzose mit dem runden Schädel und den erstaun-

lich zarten Patschhändchen das Publikum zu faszinieren. Noch zwei Jahrhunderte nach seinem Ableben kann ein Buch über den Mann und sein Wirken zu einem Verkaufserfolg werden: 26 Wochen in Folge stand die Darstellung des britischen Historikers Adam Zamoyski über den Russland-Feldzug 1812 auf der SPIEGEL-Bestsellerliste.

Und das Wendejahr 1813, in dem die Völker Europas gegen ihn aufstanden, bringt wieder einen Schwung neuer Titel in die Buchhandlungen. Bei Rowohlt ist gerade ein Monumentalwerk zur Völkerschlacht aus der Feder des „FAZ“-Redakteurs Andreas Platthaus erschienen.

Was von der Figur zu halten sei, die so anhaltend begeistert, das ist schon schwerer zu beantworten. Bereits zu Lebzeiten ging das Urteil weit auseinander. Als „Weltseele“ schwärmte ihn Hegel an, der immer auf der Suche nach dem Weltgeist war. Einen „verabscheuungswürdigen Menschen“ nannte ihn hingegen, ganz deutsch-national gestimmt, Heinrich von Kleist; der Dichter Ernst Moritz Arndt, einer der Väter der deutschen Nationalbewegung, die im Sieg von Leipzig ihren Triumph erlebte, befand noch schärfer: „Satans ältester Sohn.“

Auch unter Historikern ist Napoleon umstritten. Während Friedrich Sieburg in „dieser elementaren Existenz“ noch das Maximum dessen sah, „wozu der Mensch fähig ist“, vermochte Hippolyte Taine in ihm nur einen „Glücksritter“ zu erkennen, dessen „Haupttriebfedern Ehrgeiz“ und „rücksichtsloser Egoismus“ gewesen seien.

Für den Amerikaner Alan Schom ist der Kaiser der Franzosen schlicht der „zerstörerischste Mensch seit Attila dem Hunnen“. Auch das, immerhin, ein Superlativ. Am Anfang war Napoleon, lautet das berühmte Diktum des Historikers Thomas Nipperdey. Darauf kann man sich einigen.

Mit Napoleon beginnt die moderne Staatsverwaltung ebenso wie der absolute Krieg. Auf den Korsen geht das aufgeklärte Scheidungsrecht zurück, das Eheleuten erstmals eine einvernehmliche Trennung zugestand, die Zivilgesetzgebung, aber eben auch der Nationalismus, der dem Kontinent noch so viel Kummer machen sollte. Das deutsche Nationalgefühl, das in den Befreiungskriegen gegen die französische Fremdherrschaft erstmals zutage tritt, legt sich ja nach dem Sieg in Leipzig nicht wieder, sondern verlangt nach Einheit und Freiheit des Vaterlands, bevor es dann, im nächsten Jahrhundert, in einen mörderischen Überlegenheitswahn umschlägt.

Man kann auch sagen: Mit Napoleon beginnt das Zeitalter der modernen Politik.

Tatsächlich betritt mit dem Mann aus Ajaccio ein neuer Typus die Weltbühne. Er ist der Parvenu als Herrscher, der Emporkömmling als Staatsmann. Seine Macht resultiert nicht mehr aus der Herkunft, aus ererbten Privilegien und Rechten, sondern aus dem Beifall der Massen. Auf ihre Bewunderung gründet sein Herrschaftsanspruch, sie allein verschaffen ihm die Legitimation zum Handeln. Das unterscheidet ihn von allen, die ansons-

\* Druck nach einer Zeichnung von Johann Jakob Wagner, 1813.



ten in den Hauptstädten Europas noch die Regierungsgewalt in Händen halten.

Sicher, auch die gekrönten Häupter haben sich beim Volk einzuschmeicheln versucht, wenn es ihnen opportun erschien. Aber die Volksmeinung war nie Basis ihrer Macht, die Stellung des Königs unterlag der Gnade Gottes und damit den Gesetzen der Ewigkeit. Der Platz des Souveräns war der Thron, nicht die Straße.

Napoleon hingegen verdankt alles, was er abseits des Schlachtfelds erreicht, seinem Talent, die Einbildungskraft anderer zu befeuern, ihre Antriebe und Affekte aufzunehmen und zum eigenen Vorteil umzulenken. Als sich die revolutionsmüden Franzosen im zehnten Jahr der Umwälzung nach Sicherheit sehnen, ist er der Mann, ihnen diese zu garantieren. Als sie sich den Glanz der Monarchie zurück-

von Oskar Lafontaine bis zu Silvio Berlusconi, Karriere machen wird.

Tatsächlich findet man bei diesem Aufsteiger bereits alles, was Politik fortan bestimmt (und in Seminaren verflucht werden wird): den Sinn für Propaganda und Selbstinszenierung und den kalten Opportunismus des Einzelgängers, der Loyalität nur als Bringschuld anderer kennt. Auch die Ruchlosigkeit, die es braucht, in Sekunden seine Position zu wechseln, wenn das einen Vorteil verspricht.

Natürlich vermag Napoleon mit harter Hand zu regieren, sein Starrsinn und seine Ungeduld sind legendär. Aber diese Unbeugsamkeit hält immer nur so lange, wie sie die Zustimmungsbasis nicht ernsthaft korrumpiert. Das Volk ist wankelmütig in seiner Zuneigung. Was es einem an Macht verliehen hat, kann es morgen wie-

ohne Titel nur schwer nach oben. Napoleons Vater ist Anwalt, in der Hauptstadt von Korsika betreibt er neben seiner Arbeit als Gerichtsassessor mit wechselhaftem Erfolg eine kleine Kanzlei. Gemäß den Umständen der Zeit erwarten Napoleon und seine sieben Geschwister ein ordentliches, aber bescheidenes Leben.

Wer für seine Kinder eine Karriere anstrebt, schickt sie ins Priesterseminar oder zur Armee, ebenjene Institutionen, in denen man auch als Provinzler Karriere machen kann. So kommt der erstgeborene Joseph in kirchliche Obhut, während Napoleon, dank eines königlichen Stipendiums, auf eine Kadettenschule auf dem Festland verschickt wird.

Man darf sich die Ausbildung, trotz königlicher Protektion, nicht zu glänzend vorstellen. So viel sind die Kinder dem Staat dann doch nicht wert, dass er viel in ihre Zukunft investieren würde. Ein wenig Allgemeinbildung, das muss reichen, entsprechend schlecht bezahlt und missmutig sind die Lehrkräfte.

Das Internat gleicht mehr einem Gefängnis denn einer Schule: Wecken ist morgens um 6 Uhr, sommers wie winters, um 22 Uhr, nach dem Abendgebet, werden die Schüler in ihre Schlafzellen zurückgesperrt. Ein Bett mit Häckselmatratze, ein hölzerner Stuhl, dazu Krug und Waschschüssel: Das ist alles, was den Schülern an persönlicher Habe zugestanden wird.

Napoleon ist keine zehn Jahre alt, als er diese Einsamkeitswelt betritt, die Erinnerung hat ihn noch in der Verbannung

## Lieblingsgericht im Feldlager: Amselpastete, kaltes Huhn und Linsensalat.

wünschen, ohne gleichzeitige Restauration der alten Besitzverhältnisse, verhilft er ihnen zu einem Kaisertum, das die Segnungen der Revolution bewahrt, indem es die Revolution verrät.

So wie er Kriege führt, so betreibt Napoleon auch Politik: Immer ist sein Handeln auf Effekt berechnet, auf Überraschung des Gegenübers. Er will nicht überzeugen, sondern beeindrucken. Darin ist er schon ganz der Populist, der später noch in unendlichen Inkarnationen,

der nehmen. Also muss man es bei Laune halten – mit Geschenken oder, im kriegerischen 19. Jahrhundert, mit Siegen.

Die Welt, in die Napoleon am 15. August 1769 geboren wird, ist streng hierarchisch geformt. Für die Aufstiegs- und Leistungswilligen hat das korrupte und so elendig schlecht regierte französische Königreich noch keine rechte Verwendung. Fast alle vielversprechenden Posten sind dem Adel vorbehalten, selbst bei Gericht oder in der Verwaltung kommt man

auf Sankt Helena beschäftigt. Er ist ein lebhaftes Kind, das gewohnt ist, seinen Willen durchzusetzen, und bei Widerspruch zu Zornanfällen neigt. Die Anstalt formt den Knaben zu einem ernsten, etwas linkischen Jungen, der zu den Kameraden Abstand hält. Andere zerbrechen unter dem Drill, ihn lässt er früh reifen.

Nach fünf Jahren gehört er zu den wenigen Schulabgängern, die anschließend für einen weiterführenden Offizierslehrgang empfohlen werden. Bereits nach einem Jahr, im September 1785, schließt er mit Erfolg ab. Damit ist der junge Mann für die Zukunft versorgt, viel mehr allerdings kann er vorerst nicht erwarten. Was an Familienvermögen da war, hat der früh verstorbene Vater verschwendet. Von einer Maulbeerbaumzucht, dem letzten seiner vielfältigen Projekte, bleibt nur ein sich elend hinziehender Rechtsstreit. Carlo Bonaparte hatte auf Subventionen gesetzt, die dann doch nicht kamen – auch im 18. Jahrhundert verführte der Staat seine Bürger schon zu Fehlinvestitionen. So kümmern die Maulbeerbäume dahin, statt Dividende abzuwerfen.

Aber dann fegt die Revolution über das Land. Mit einem Mal kann aus einem schüchternen Seminaristen aus der Provinz der Herr über Frankreichs Polizeiapparat werden. Oder aus einem schwächtigen Anwaltssohn ein umjubelter General. Alles ist denkbar in dieser Zeit, in der das Unterste nach oben kehrt wird. Auf den Straßen tanzt der Mob, im Parlament führen bald die Jakobiner das große Wort, während der König, den alle Welt nur noch verächtlich Louis Capet nennt, im Gefängnis hockt.

Zunächst setzt Napoleon aufs falsche Pferd. Der Mann, der später ganz Europa neu ordnen und mit Staaten wie mit Dominosteinen spielen wird, denkt erstaunlich provinziell. Über Korsika reicht seine Phantasie nicht hinaus. Also lässt er sich von seinem Regiment beurlauben, um daheim in den Revolutionswirren für seinen ältesten Bruder einen Sitz im Stadtrat von Ajaccio zu ergattern. Die Geschichte endet, sehr korsisch, in wilden Händeln mit den konkurrierenden Clans. Mit Not kann sich die Familie Bonaparte aufs französische Festland in Sicherheit bringen.

Immerhin ein Gutes hat das Abenteuer: Fortan wird sich der Mann mit dem olivefarbenen Teint und der merkwürdig abgehackten Aussprache ganz und gar als Franzose fühlen. Separatistische Träume, wie sie noch Generationen nach ihm beflügeln, sind dem berühmtesten aller Korsen fremd.

Wer den Lebensweg Napoleons überblickt, kommt nicht umhin, die Hand des Glücks zu bewundern, die den Außenseiter immer wieder aufhebt und an die richtige Stelle stellt. Auch im revolutionären Frankreich kann man mit seinen Ambitionen schnell auf Grund laufen. Glücksritter

gibt es viele, und die neue Macht, die eben noch so flüchtig schien, beginnt sich zu arondieren. Alles hängt davon ab, jetzt den rechten Moment zu erwischen. Für Napoleon kommt dieser Augenblick am Morgen des 13. Vendémiaire, wie der 5. Oktober 1795 im Revolutionskalender heißt.

In Paris hat sich Unmut gegen die Regierung aufgestaut, die nach dem Ende der Jakobinerherrschaft auf ein fünfköpfiges Direktorium übergegangen ist. Die Fünfferrunde gilt als korrupt und feige. In der Nacht ziehen Aufständische durch die Hauptstadt, ein mordlüsterner Pöbel, der gefährlich schnell an Zulauf gewinnt.

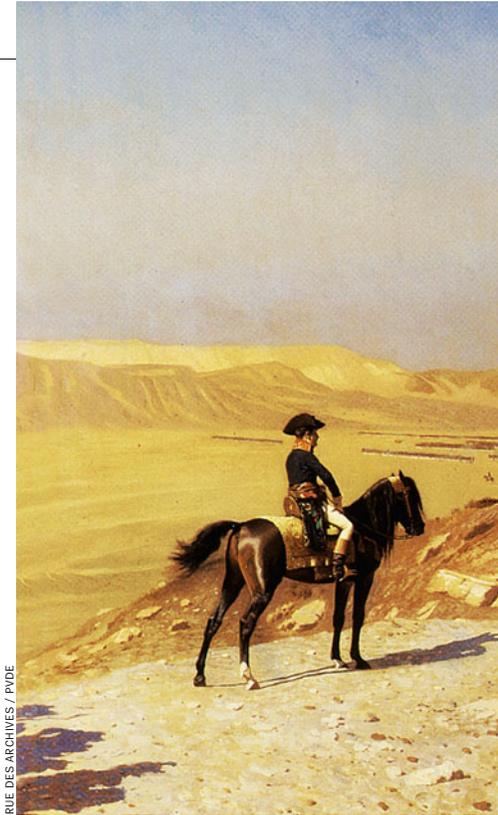
Es ist noch dunkel, als Napoleon am Sitz der Regierung auftaucht. Augenblicklich übersieht der junge Offizier, den die Hoffnung auf eine lohnende Verwendung nach Paris getrieben hat, die Situation und lässt aus den Tuileries 40 Geschütze herbeischaffen. Als sich die Angreifer am frühen Nachmittag über die Rue St. Honoré nähern, gibt er den Feuerbefehl, der erste dokumentierte Einsatz von Artillerie im Straßenkampf.

Am Abend ist die Stadt wieder fest in der Hand der Regierungstruppen, auf der Straße liegen die Feinde der Republik in ihrem Blut, und der Mythos vom Retter von Paris ist geboren. Aus dem Unbekannten mit dem komischen Namen ist der „General Vendémiaire“ geworden. Fünf Monate später schickt ihn das Direktorium nach Süden, ausgestattet mit dem Oberbefehl über die Italienarmee.

Wie Napoleon diesen Auftrag nutzt, um seinen Ruhm zu vergrößern, ist ein Meisterstück politischer Manipulationskunst. Man weiß nicht, was man dabei mehr bestaunen soll: die Jugendlichkeit des Akteurs, der sich mit 26 Jahren anschickt, erst halb Italien und dann, mit seinen Siegen und einigen Millionen an Kontributionen im Gepäck, auch die Macht in Paris zu erobern – oder das strategische Genie, mit dem er die Gegenspieler bezwingt.

Von allen Triumphen, die Napoleon anhäufen wird, ist dieser Blitzkrieg südlich der Alpen sein reinster; auf ihm gründet das Bild des überlegenen Feldherrn, das sich bis heute gehalten hat. In wenigen Monaten schlägt der frisch bestellte General mit einem einzigen Heer von 40 000 Mann sechs österreichische Armeen. Er unterwirft Genua, das Königreich Sardinien-Piemont, die Republik Venedig und zieht in Mailand ein. Am Ende bedroht er sogar den Kirchenstaat und zwingt den Papst, sich mit 100 Gemälden aus den Galerien des Vatikans und 21 Millionen Livres an Tributzahlungen die Freiheit zu erkaufen. Keine andere militärische Operation habe „solches Erstaunen in Europa erregt“, schreibt anschließend der preußische Militärstrateg Carl von Clausewitz über den Feldzug in Italien.

Den Direktoren, die ihn auf Kaperfahrt

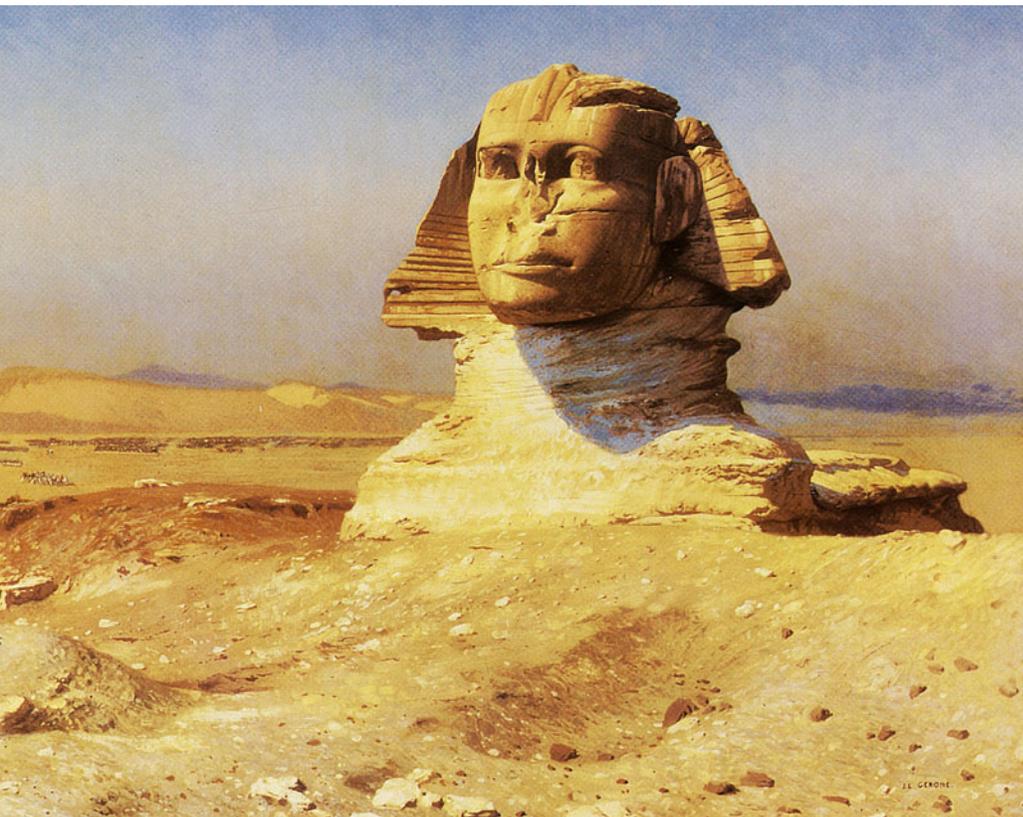


Feldherr Napoleon in Ägypten, Kaiserin

schickten, wird der Heißsporn schnell unheimlich. Man schickt Depeschen, in denen man ihn wegen seiner Eigenmächtigkeiten rüffelt – nur um dann entgeistert festzustellen, dass Napoleon alle Ermahnungen ignoriert. Statt wie gewünscht auf Anweisungen zu warten, teilt er das Land von dem bei Mailand gelegenen Schloss Mombello aus, in dem er wie ein zweiter Cäsar Hof hält, nach Gutdünken auf. Das ist offene Insubordination, aber er kann sie sich leisten: Paris ist längst abhängig von den gewaltigen Summen, die der General aus den eroberten Gebieten presst. Millionen schickt er in das am Rande des Staatsbankrotts navigierende Frankreich. Selbst die Pferde, die sie in Paris vor ihre Staatskarossen spannen, stammen aus seinen Beständen.

Wie sehr sich die Machtverhältnisse umgekehrt haben, zeigt sich im Frühjahr 1796. Napoleon soll das Kommando teilen mit dem bedächtigen, aber gefügigen François Christophe Kellermann. So will man ihm endlich Fesseln anlegen. „General Kellermann besitzt mehr Erfahrung als ich und wird den Krieg deshalb auch besser führen können“, schreibt Bonaparte zurück. Allerdings: „Wir beide zusammen, wir würden es sehr schlecht machen. Ich kann dem Vaterland nur dann wichtige Dienste erweisen, wenn ich Ihr ganzes Vertrauen besitze.“ Damit ist klar: der oder ich. In Paris zieht man das Ansinnen schleunigst zurück.

Man kann Napoleons Aufstieg nicht ohne seine überragende Begabung zur Selbstvermarktung begreifen. In der Volksherrschaft kommt es weniger darauf



**Joséphine\*:** Selbst bittere Niederlagen werden noch zu Ruhmestaten umgebogen



F. APESTEGUY / MAXPPP

an, was einer wirklich leistet, sondern vielmehr auf das, wovon die Leute glauben, dass er es geleistet habe. Wahrnehmungen aber sind anders als die Ereignisse, die ihnen vorauslaufen, formbar, man muss als Politiker nur über die richtigen Techniken verfügen. Das ist das Geheimnis der Demokratie, und wohl niemand in der jungen Republik hat das schneller erfasst als der Aufsteiger aus dem Süden.

Von außen betrachtet macht der General keine besonders beeindruckende Figur. Er misst 1,68 Meter, das ist für die Zeit nicht auffallend klein, aber eben auch nicht sehr ehrfurchtgebietend. Vielen, die ihm zum ersten Mal begegnen, fällt seine Magerkeit auf: Erst mit den Jahren und dem Erfolg rundet sich die Figur. Die gepuderten Haare trägt Napoleon in einem recht eigenwilligen Schnitt, die Ohren freilassend, dafür fallen sie hinten bis auf die Schultern. Auch mit dem Französisch ha-

men im 18. Jahrhundert Historienmaler wie Jacques-Louis David oder Antoine-Jean Gros. Ihre Bilder finden in Tausenden Drucken Verbreitung in ganz Europa. Und der Held von Italien weiß sich effektiv in Szene zu setzen: In auffälligem Gegensatz zur Pracht in seiner Umgebung trägt er meist einen schlichten, bis oben zugeknöpften Soldatenrock, der nur mit einer schmalen Goldborte geschmückt ist. Auch später, als er längst den Luxus eines Kaisers genießt, kleidet er sich betont einfach und ist darin für viele Diktatoren, die ihm noch folgen sollen, ebenfalls stilbildend.

Von Anfang an setzt Napoleon auf die gezielte Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Medien. Gleich zu Beginn des Italienfeldzugs hat er zwei Zeitschriften gegründet, die alle Ruhmestaten in den leuchtendsten Farben ausmalen. Die Mittel für die Gratisblätter kommen aus seinen Raubzügen, und er sorgt dafür,

den Dauerfeind Österreich gilt, überhaupt siegreich hervorging, verdankte er vor allem dem beherzten Eingreifen eines seiner fähigsten Offiziere, Louis Desaix.

Tatsächlich ist die Sache zunächst ziemlich vergurkt: Bonaparte hat die Stärke des Feindes sträflich unterschätzt; die französischen Truppen stehen vor der Auflösung, als Desaix mit einer seiner beiden Divisionen auf dem Schlachtfeld auftaucht und das Blatt wendet. Überliefert ist dessen Satz: „Diese Schlacht ist vollständig verloren. Aber es ist erst zwei Uhr, weshalb wir noch die Zeit haben, eine weitere heute zu gewinnen.“ In den „Bulletins de la Grande Armée“, in denen Napoleon seine Taten verherrlichen lässt, sucht man den Namen Desaix allerdings vergebens. Fünfmal lässt er den Bericht des Generalstabs umschreiben, bis ihm das Ergebnis passt.

Selbst bittere Niederlagen werden von Napoleon noch zu Ruhmestaten umgebogen. Der unselige Ägyptenfeldzug fällt in diese Kategorie: Im Dezember 1797 ist Napoleon aus Italien zurückgekehrt, Paris bereitet dem siegreichen Sohn einen begeisterten Empfang. Überall, wo er sich zeigt, brandet Jubel auf. Doch die Stadt ist launisch. Was heute noch die Attraktion des Tages ist, gilt morgen schon als Nachricht von gestern.

Napoleons Stern sinkt, ein neuer Triumph muss her. In der Nachbarschaft ist nichts mehr zu gewinnen. Mit Österreich hat man Frieden geschlossen, und Russland ist noch außerhalb aller Überlegungen. Aber warum nicht die Engländer aus Ägypten vertreiben? Die Briten

## Man kann Napoleons Aufstieg nicht ohne seine Begabung zur Selbstvermarktung begreifen.

pert es zunächst noch etwas. „Seine Sätze waren kurz, und seine Sprache strotzte vor Fehlern“, hält der französische Botschafter in Florenz in einem Bericht fest.

Aber Napoleon hat ein gut geschnittenes Gesicht mit markanten Zügen, das sich hervorragend für Porträts eignet. Was heute Fotografen wie Annie Leibovitz oder Martin Schoeller leisten, überneh-

men sie nicht nur in Mailand, sondern auch in Paris erhältlich sind. Weil andere Zeitungen die Artikel nachdrucken, erreicht er schnell eine große Leserschaft.

Im Zentrum der Berichte steht fast immer Bonaparte, der geniale, aber bescheidene Heeresführer. Dabei lässt sich der so Gefeierte auch Lorbeer aufs Haupt drücken, der eigentlich anderen zusteht. Dass er später aus der berühmten Schlacht von Marengo, die bis heute als einer seiner glänzendsten Triumphe über

\* Links: Gemälde von Jean-Léon Gérôme, um 1868; rechts: Gemälde von Henri-François Riesener, 1806.

gelten seit langem als Erzübel. Sogar eine Invasion auf der Insel hat man kurzzeitig erwogen, angesichts der Überlegenheit der englischen Flotte von der Idee jedoch wieder Abstand genommen.

Das Direktorium ist von dem Plan schnell überzeugt, schließlich bekommen die Herren so endlich den nervigen Korsen vom Hals. Die Hellsichtigeren werden möglicherweise auch erkannt haben, dass bei den Pyramiden militärisch nicht viel zu holen ist.

Im Mai 1798 schifft sich Napoleon mit 38 000 Mann nach Alexandria ein. Verglichen mit den satten Wohlstandswiesen Oberitaliens ist die Wüste Ägyptens als Kolonialgebiet eher uninteressant. Tatsächlich lässt sich in dem Land so wenig Beute machen, dass dem General schon bald das Geld ausgeht, um seinen Truppen pünktlich den Sold zu zahlen.

Aber dafür winkt ein anderer, die Phantasie viel mehr stimulierender Preis: In Frankreich grassiert gerade eine Ägyptomanie. In den Salons ist man entzückt von allem, was auch nur entfernt an das Land der Pharaonen erinnert, da kommt das Nil-Abenteuer gerade recht. Und der Feldherr weiß, wie er die Begeisterung am Leben hält: Mit an Bord sind 200 Wissenschaftler und Künstler – embedded, wie man heute sagen würde –, die jeden Abschnitt der Reise dokumentieren. Das ist viel wertvoller als ein paar Schatztruhen mit Goldtinnen, der am Ende ohnehin nur in den Taschen des korrupten Direktoriums landet. Von einem „Meisterstück kulturhistorischer Propaganda“ spricht der Biograf Johannes Willms, das Napoleon endgültig zum Mythos macht.

Militärisch endet die Exkursion so, wie es eigentlich absehbar war: als Fehlschlag. Die Einheimischen begrüßen den Eroberer nicht als Befreier, sondern bekämpfen ihn als ungläubigen Eindringling. Da nützt es auch nichts, dass Napoleon vorgibt, eifrig den Koran zu lesen, und sich zum Amusement seiner Offiziere in Landstracht wirft – eine Enttäuschung, die nach ihm im Orient noch andere erleben werden.

Schon nach wenigen Wochen ist die Armee in einem beklagenswerten Zustand: Wer die ständigen Angriffe durch Mamelucken überlebt, den rafften Fleckfieber und Pest dahin. Und nach Hause geht es auch nicht mehr zurück. In der Seeschlacht bei Abukir hat der britische Admiral Horatio Nelson die gesamte französische Mittelmeerflotte bis auf vier Schiffe auf den Meeresgrund geschossen, seitdem sitzt das Expeditionskorps in der Wüste fest.

Dafür entwickeln sich die Dinge in der Heimat. Während Napoleon in der ägyptischen Hitze schwitzt, laufen in Paris die Vorbereitungen für einen Staatsstreich. Die Verschwörer um den Abbés Sieyès,

Verfasser des berühmten Manifests „Was ist der Dritte Stand?“, wollen sich endlich der morschen Regierung entledigen und die Macht auf ein Triumvirat von drei Konsuln verlagern. Die Pläne sind weit gediehen; alles, was die Putschisten jetzt noch brauchen, ist ein starker Mann, der ihnen das Militär ruhigstellt.

Im August hält es Napoleon nicht länger in Kairo. Heimlich verlässt er seinen Kommandoposten und segelt nach Frankreich, seine Armee, beziehungsweise das, was von ihr übrig geblieben ist, dem Schicksal überlassend. Nur einige seiner intellektuellen Begleiter, die ihm so schöne Kränze geflochten haben, nimmt er mit: Schlechte Presse kann er jetzt nicht gebrauchen.

Der Nimbus ist ungebrochen, wie der General beruhigt feststellen kann, trotz des Fehlschlags in Ägypten. Wo er auftaucht, laufen die Menschen zusammen und rufen „Vive Bonaparte“. Damit ist klar, dass die Zeit reif ist, die Macht ganz für sich zu beanspruchen.

Die Demokratie ist vorerst noch eine sehr wacklige Herrschaftsform, das soll sie für die kommenden 150 Jahre auch bleiben. Das große Versprechen der Volksherrschaft, das auf dem Kontinent mit der Revolution von 1789 zum ersten Mal Gestalt annimmt, steht ständig in Gefahr, in Volksterror umzuschlagen oder in die Diktatur eines charismatischen Führers. Es passt zum Lebensweg des Ausnahmepolitikers Napoleon, dass ihm die



BETTMANN / CORBIS

Invalidendom-Besucher Hitler\*: Schlichter, bis oben zugeknöpfter Soldatenrock

\* Im Juni 1940 am Grabmal Napoleons in Paris.

Aufgabe zufällt, das Experiment zunächst wieder zu beenden – mit dem ersten Militärputsch der Moderne.

Alles lässt sich in der Verschwörung vom 18. Brumaire, also dem 9. November 1799, wie in einer Fallstudie beobachten: die Flüsterei im Hinterzimmer, die schließlich in einem fatalen Umschlag der Machtbalance endet; das geduldige Kalkulieren des Überraschungsmoments; die törichte Selbstbeschwichtigung der demokratischen Institutionen. Aber auch die Illusion der Verschwörer, sie könnten sich eines populären Soldaten als „Schwert“ bedienen, um ihn dann, nach getaner Arbeit, wieder auszumustern.

Die Idee zum Coup ist einfach: Unter dem Vorwand, ein jakobinisches Komplott abwenden zu müssen, sollen die Abgeordneten aus Paris ins vermeintlich sichere Saint-Cloud umziehen. Dort sollen sie dann – unter der einschüchternden Präsenz der von Napoleon befehligten Truppen – der gewünschten Verfassungsänderung zustimmen. Zunächst läuft alles nach Plan, die Delegierten folgen dem Vorschlag zur Vertagung in den Vorort. Doch dann gerät das Unternehmen beinahe noch zum Reinfall.

Die Schuld trägt ausgerechnet Napoleon, der den Kopf verliert und die Delegierten mit einer wilden Rede bedrängt, von Gewalt schwafelt, mit der man Abweichler notfalls gefügig machen werde. Unter Soldaten ist man gewohnt, Befehle auszuführen, hier bewirkt der drohende Auftritt das Gegenteil: Die Versammlung, die eben noch bereit war, den stillen Staatsstreich abzusegnen, empört sich gegen den Eindringling. Man ruft: „Nieder mit dem Tyrannen“, und stürmt gegen den General. Fäuste fliegen, jemand packt ihn am Kragen. Nur der Geistesgegenwart seines Bruders Lucien ist es zu verdanken, dass Napoleon, einer Ohnmacht nahe, unbeschadet ins Freie entkommt.

Am Ende überzeugt die Macht der Musketen: Angesichts der vor dem Versammlungsort aufgezogenen Truppen gewinnt der künftig erste Mann im Staat seine Haltung zurück. Eilends lässt man die Abgeordneten zusammensuchen, die



AFP (L.); THOMAS WIECK / DAPD (R.)



**Napoleon-Puppe Berlusconi, -Imitator Lafontaine:** Wahrnehmungen sind formbar

Wochen vor dem Putsch hat er jede Andeutung vermieden, ihm stehe der Sinn nach Höherem. „In keinem Abschnitt meines Lebens habe ich größere Schmiegsamkeit nötig gehabt“, vertraut er später seiner gelegentlichen Schachpartnerin, der Comtesse de Rémusat, an. Aber als der Erfolg sicher ist, setzt er durch, dass er den Vorsitz unter den drei Konsuln und damit die eigentliche Entscheidungsgewalt erhält. Wer kennt außerhalb der politischen Zirkel schon den Namen Sieyès? Das Idol der Massen heißt Napoleon Bonaparte. Das ist ein Argument, gegen das man in der Politik, wie sie jetzt betrieben wird, nur schwer ankommt.

Die ersten Jahre nach der Machtübernahme sind für Frankreich die besten seit langem. Das Land braucht dringend eine ordnende Hand. Es ist ermattet von der Revolution, die Bürger sehnen sich nach Ruhe und Frieden. Und Napoleon gibt ihnen, was sie verlangen. Er räumt mit dem Bandenwesen auf, das die Provinzen quält, er sorgt für eine effektive Verwaltung und saniert die Staatsfinanzen. Vor allem aber macht er Frieden mit den Gegnern der Republik, der katholischen Kirche, die den neuen Staat in einem Konkordat ausdrücklich anerkennt, sowie den Exilanten, die sich vor der Revolution ins Ausland geflüchtet haben. Viele Adlige

tragen blütenweiße Nankinghosen mit gelbem, braunem, rotem Frack, in der Hand eine elegante Reitpeitsche mit goldenem Griff, die man bei Bedarf auch wieder gegen das Gesindel anwendet. Tausend neue Tanzlokale zählt der Journalist Louis Mercier in seinem „Tableau de Paris“, dazu unzählige Juweliere, Schneider, Putzmacher, die der Jeunesse dorée zu Diensten sind.

In diese Epoche der Restauration fällt auch die bedeutendste Hinterlassenschaft des Ersten Konsuls, der Code Civil, Prototyp jedes bürgerlichen Gesetzbuchs. Es ist ein Monumentalwerk, von dem der Schriftsteller Stendhal behauptet, er habe darin während der Arbeit an der „Kartause von Parma“ jeden Tag zwei bis drei Seiten zur Einstimmung gelesen. Das Buch überdauert Napoleons Tod und prägt bis heute, neben den militärischen Siegen und Katastrophen, die Erinnerung an ihn.

Aber auf Dauer ist dieser schmatzende Frieden nichts für den rastlosen Korsen. Er ist viel zu energiegeladener, um sich mit dem Anhäufen von Kunstgegenständen oder dem Ausstaffieren seiner Stadtvilla zufriedenzugeben. Auch das Eheleben bietet nicht mehr den Reiz, den es aus der Entfernung des Feldlagers versprach.

Die Beziehung zu seiner Frau Joséphine de Beauharnais ist längst Teil des Napoleon-Mythos. Als er sie in einem Pariser Salon kennenlernt, ist sie eine sechs Jahre ältere, schon etwas verblühte Schönheit mit zwei Kindern aus erster Ehe, die mit dem Geld so verschwenderisch umgeht wie mit ihrem Körper, sich 300 Hüte und 700 Kleider im Jahr anschafft, aber dafür Gott und die Welt kennt. Also genau die richtige Partie für einen etwas gehemmt wirkenden jungen Menschen mit dem Aufstiegssehnsucht eines Cäsars.

Seine Familie war immer gegen die Verbindung; die Mutter bleibt aus Protest sogar der Krönungszeremonie fern, als Napoleon sich zum Kaiser und seine Frau zur Kaiserin macht. Aber wenn es einen Menschen im Leben dieses Einzelgängers

## Statt des Brots der Gleichheit stopft man wieder kleine Marmeladenbrötchen in sich hinein.

sich in die Schankwirtschaften von Saint-Cloud verstreut haben, und presst ihnen die Zustimmung ab. Dass hier nur unter größten Mühen der Anschein eines demokratischen Prozesses gewahrt wird, ist der Mehrheit der Franzosen offenkundig egal. Ihre Hoffnungen ruhen jetzt auf dem Volkshelden, der ihnen so viele glänzende Siege beschert hat.

Und natürlich lässt sich der neue starke Mann die Macht nicht mehr nehmen, die man ihm in die Hand gelegt hat. In den

kehren zurück und mit ihnen der Glanz des höfischen Frankreich.

Es ist eine ausschweifende Zeit, nach den Blutexzessen der Vergangenheit, toll und selbstverliebt. Statt des Brots der Gleichheit stopft man wieder kleine Marmeladenbrötchen in sich hinein, und in den Tuileries paart sich das neue Geld mit dem alten. Die Damen fahren in ihren Equipagen spazieren, nur leicht verhüllt in kostbarem Taft und Musselin, so wie es die Mode der Zeit diktiert. Die Herren

gab, der ihm bis ins Herz sehen konnte, dann war es Joséphine. Wer die Briefe liest, die er ihr von seinen Eroberungszügen schrieb, muss den Eindruck gewinnen, dass er seine Feinde auch deshalb mit solcher Eile niederwarf, damit er schnell wieder daheim sein konnte.

Doch das liegt jetzt Jahre zurück. Außerdem kann ihm seine Frau keine Kinder mehr gebären, weshalb er sie schließlich gegen eine Tochter des österreichischen Königshauses austauscht. Das ist, ganz nebenbei, der ultimative Triumph über jenen Stand, der Leute wie ihn wenige Jahre zuvor nicht einmal über die Türschwelle gelassen hätte. Jetzt liegt eine mit blauem Blut in seinem Bett.

Alle Biografen rühmen Napoleons schier unerschöpfliche Arbeitskraft. Wenn es sein muss, lässt sich dieser leidenschaftliche 24-Stunden-Mensch ein Feldbett im Arbeitszimmer seines Palasts aufschlagen, um sich von allen Störungen frei zu halten. Aber es ist nicht nur sein unstetes Temperament, das ihn antreibt, es ist auch das Bewusstsein, dass die charismatische Herrschaft keinen Stillstand erlaubt.

„Eure Herrscher, geboren auf dem Throne, können sich zwanzigmal schlagen lassen und doch immer wieder in ihre Residenzen zurückkehren“, beschreibt er in einem Moment ungewohnter Offenheit im Gespräch mit dem österreichischen Thronfolger das Problem des Parvenus. „Meine Herrschaft überdauert den Tag nicht, an dem ich aufgehört habe, stark und folglich gefürchtet zu sein.“

Je länger er regiert, desto mehr treten die bösen Seiten seines Charakters hervor, seine Unduldsamkeit, die augenblicklich in Jähzorn umschlagen kann, der Hang zur Gewalttätigkeit. Auch äußerlich hat er sich verändert. Als „auffallend hässlich“ beschreibt ihn die preussische Oberhofmeisterin Gräfin Sophie Marie von Voss, die ihn im Juli 1807 aus der Nähe beobachtet. „Ein dickes, aufgedunsenes Gesicht, dabei ist er korpulent, klein und ganz ohne Figur. Seine großen runden Augen rollen unheimlich umher.“

Immer öfter macht Napoleon Szenen, selbst die nächsten Verwandten dürfen sich nur noch in gebückter Haltung nähern. Einmal lässt er seinen Außenminister Charles de Talleyrand zu sich rufen, weil er ihn verdächtigt, hinter seinem Rücken gegen ihn zu konspirieren. Der Hofstaat sieht starr und unbehaglich zu, wie er den Comte minutenlang anschreit, während der nur eisig lächelnd am Kaminsims lehnt. „Wie schade, dass ein so großer Mann so schlecht erzogen ist“, bemerkt Talleyrand beim Hinausgehen – eines dieser lässig hingeworfenen Spottworte, für die er gefürchtet ist und die mehr ausrichten als jede Erwiderung.

Die Bindungslosigkeit des Außenseiters, die Napoleon so unüberwindlich machte, richtet sich nun gegen ihn. Wo



Kaiserkrönung Napoleons 1804\*: „Meine Herrschaft überdauert den Tag nicht, an dem

es keine Grenzen mehr gibt, die es zu respektieren gilt, keine Rücksichten auf andere oder eine Zügelung durch die Verpflichtung der Herkunft, wird der Eroberungsgeiz schnell maßlos. Auf einen Erfolg muss der nächste folgen, noch herauschender, noch spektakulärer als der vorhergehende.

Er träumt von der Weltherrschaft. Im Geiste rückt er nach Asien vor, unterwirft Indien und den Orient. Er erfindet Paris neu als Hauptstadt des Universums und gründet eine Religion mit einem von ihm entworfenen Koran. Aber das bleiben

heitsbewegungen, die schließlich ganz Europa in Brand setzen.

Doch zunächst einmal, im Jahr 1812, sind fast alle Gegner besiegt. Österreich ist durch Friedensverträge bis zur Lähmung eingesponnen, Preußen zu einem Rumpfstaat degradiert. Davor liegt ein Riegel an Vasallenstaaten, der sogenannte Rheinbund, der Frankreich gegen den Osten schützt. Nur die Engländer auf ihrer Insel hat Napoleon noch nicht unter seine Kontrolle gebracht. Er könnte Frieden schließen, um das Reich außenpolitisch dauerhaft zu sichern. Stattdessen stürzt

## Im Geiste rückt er nach Asien vor, unterwirft Indien und gründet eine Religion.

Gedankenschlösser. Nicht einmal für den von ihm besetzten Kontinent hat er eine genaue Vorstellung. Er rafft ein Land nach dem anderen an sich, weiß aber dann mit seinen Eroberungen nichts anderes anzufangen, als sie den nutzigen Mitgliedern seiner Familie zu übergeben, die lächerliche Operetten-Königreiche daraus machen. So züchtet er unwillentlich die nationalistischen Frei-

er sich lieber in einen sinnlosen Handelskrieg mit dem englischen Feind, der die Verbündeten ruiniert und ihn selbst in der Folge alles kostet.

Der Marsch nach Russland, mit dem Napoleon das Zarenreich gefügig machen will, gilt bis heute als eines der größten militärischen Desaster der Neuzeit. Mit 600 000 Mann bricht er im Sommer 1812 auf, 120 000 kehren mit ihm im Dezember zurück – der Rest unterwegs erschlagen, zerschossen, erfroren oder verhungert.

\* Gemälde von Jacques-Louis David, 1806/07, im Louvre.



PIERRE ADENIS / LAIF

*ich aufgehört habe, stark und gefürchtet zu sein“*

Viele Historiker haben später gerätselt, warum Napoleon sich auf dieses Wagnis überhaupt eingelassen hat. Denn der Feldzug gegen Russland ist ja kein Eroberungskrieg. So vermessend ist nicht einmal Napoleon, dass er glaubt, das Riesenterritorium annectieren zu können. Es ist eher eine Strafexpedition, die den Zaren wieder gefügig machen soll, der die von Napoleon verfügte Handelssperre mit England missachtet.

Vor allem aber ist der Feldzug Ausdruck der Ratlosigkeit. Der Diktator spricht ständig von Frieden, aber für eine Friedensordnung, die auch ohne gezückten Dolch Bestand gehabt hätte, fehlt Napoleon die Phantasie des Diplomaten.

Tatsächlich befällt den Mann, der immer für seine Tatkraft gerühmt wurde, während der ganzen Kampagne, kaum hat er sie begonnen, ein merkwürdig fatalistischer Zug. Wochenlang brütet er im verbrannten Moskau über den Rückzugsbefehl, bis es zu spät ist, dem russischen Winter zu entkommen. Dann wieder trifft er Entscheidungen, die seine Armee tödlich schwächen.

Als man ihm den Vorschlag unterbreitet, die Pferde mit scharfen Stollen beschlagen zu lassen, damit sie auch auf Eis

und Schnee Halt finden, winkt er brüsk ab. Mit dem ersten Frost verenden innerhalb von nur drei Tagen Zehntausende Tiere; am Ende steht die Grande Armée ohne Kavallerie da und ist den Angriffen der Kosaken schutzlos ausgeliefert. So hat die Art und Weise, wie er seine Soldaten in den Untergang schickt, auch etwas Selbstzerstörerisches.

Erst in der Verbannung auf Elba findet der Volkstribun zur alten Form zurück. 45 Jahre alt ist der Kaiser, als man ihn gewaltsam von der Macht trennt, viel zu jung, um seine Tage auf einer Mittelmeerinsel zu verdämmern. Im April 1814 haben ihn die eigenen Generäle zur Abdankung gezwungen, die Elite des Landes hat schon länger den Glauben an ihn verloren. Seinen Titel darf Napoleon behalten, dazu bekommt er eine Apanage von zwei Millionen Francs zugesprochen und 1000 Soldaten als Leibwache.

Doch schon zehn Monate später ist er zurück. Am 1. März 1815 landet er in Cannes, um „die Invasion eines Landes durch einen Mann“ zu beginnen, wie Chateaubriand diesen vorletzten Akt genannt hat. Auf dem Thron in Paris sitzt mittlerweile wieder ein Bourbonne, ein fetter, ungeliebter König, der sich eilig in Sicherheit bringt, als klar wird, dass die

in den Süden entsandten Einheiten, die Napoleon aufhalten sollen, zu ihrem alten Anführer stehen.

Noch einmal trägt ihn der Beifallstau mel bis nach Paris. Noch einmal zeigt er beim Vormarsch auf die Alliierten, die sich gegen Frankreich zusammengefunden haben, sein strategisches Talent. Aber er kann den endgültigen Fall nicht mehr aufhalten, nur noch verzögern. Mit der Niederlage bei Waterloo endet die 100-Tage-Herrschaft, die in Wahrheit nur eine Scheinblüte war.

Diesmal will die Welt sichergehen, dass der ewige Wiedergänger nicht noch einmal aufersteht. Deshalb schicken sie ihn in ein Grab, aus dem er sich nicht mehr befreien kann, verbannen ihn nach Sankt Helena, auf diesen trostlosen Felsen im Südatlantik, 7500 Kilometer von Frankreich entfernt, 1800 Kilometer zur nächsten Küste.

Napoleons letzter Aufenthaltsort ist ein rattenverseuchtes Landhaus auf einem kargen Hochplateau, an dessen Wänden der Wind frisst und der Schimmel nagt. Fünfeinhalb Jahre hält er an diesem unwirtlichen Ort noch durch, dann rafften ihn Monotonie und Langeweile dahin. Das offizielle Protokoll nennt Magenkrebs als Todesursache, ein naheliegender Befund, schließlich war schon der Vater an diesem Krebs gestorben.

Doch ein Genie darf nicht einfach ins Grab sinken, schon gar nicht eines von der geschichtlichen Größe Napoleons. So ranken sich sofort nach seinem Ableben Gerüchte um den Tod. Man habe ihn langsam vergiftet, wispern die Napoleon-Getreuen, sein Sekretär soll den Gifttrank gemischt haben. Andere sehen die Hand Englands im Spiel, das den Inselfelsen verwaltet.

Für seinen angemessenen Platz im Geschichtsbuch hat Napoleon, wie jeder große Politiker, vorgesorgt. Schon auf der Überfahrt hat er mit dem Diktat für seine Memoiren begonnen, von den langen Abendunterhaltungen haben seine Adjutanten eifrig Aufzeichnungen gemacht. In der Selbstdeutung ist er ein Friedensstifter, der von seinen Feinden in den Krieg gezwungen wurde. Die Gefangenschaft stilisiert er zum Martyrium: „Der Sturz lässt Herrscher für gewöhnlich klein werden, mich hat er unendlich emporgetragen. Jeder Tag befreit mich von meinem Anstrich eines Tyrannen, eines Mörders, eines Wilden.“

Mit dieser Einschätzung sollte er recht behalten. Zu Lebzeiten ragte Napoleon schon einsam hervor, aber nie war er so groß wie in seinem Nachleben.

JAN FLEISCHHAUER



**Video: Das Geschäft mit dem Napoleon-Mythos**

[spiegel.de/app322013napoleon](http://spiegel.de/app322013napoleon)  
oder in der App DER SPIEGEL



DEBBIE DICARLO / REX FEATURES / ACTION PRESS

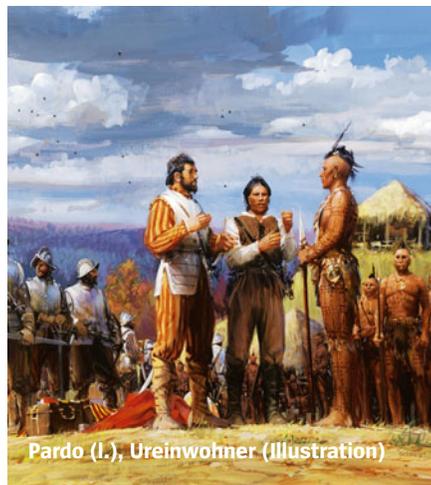
**Und jetzt alle!** „Der Zauber begann, als andere Kojoten in der Ferne zu heulen anfangen“, berichtet die Naturfotografin Debbie DiCarlo, die im US-Bundesstaat Minnesota diese Kojotemutter mit ihren Welpen beobachtet hat. Das Tier

antwortete auf die Rufe der Artgenossen, und schon setzten die Kleinen ein und imitierten Mama. Die Kojoten, Profiteure der einst gnadenlosen Jagd auf Wölfe, haben längst auch die Metropolen erobert: Dort gibt's jede Menge Futter für sie.

## ARCHÄOLOGIE

## Gestürmte Festungen

Fast hätten die Spanier den gesamten Südosten der heutigen USA erobert: In den Jahren 1566 bis 1568 baute der Entdecker Juan Pardo sieben Festungen, von der Küste South Carolinas bis ins östliche Tennessee. Sie sollten die spanische Herrschaft in der Region sichern und eine Verbindung zu den mexikanischen Silberminen schaffen. Bislang wussten Forscher nur aus Dokumenten von den Festungen. Nun haben Archäologen um Robin Beck von der University of Michigan das Fort



Pardo (l.), Ureinwohner (Illustration)

JOHN BERKEY / NATIONAL GEOGRAPHIC

San Juan gefunden, das größte von ihnen. Die Spanier bauten es 40 Jahre vor der Gründung von Jamestown, der ersten englischen Dauersiedlung in Nordamerika. Pardo hatte als Standort für das Fort das Dorf Joara der Mississippi-Indianer im heutigen North Carolina gewählt. Bei den Ausgrabungen fanden die Archäologen den Umfangsgraben des Forts unter einem Hügel der Ureinwohner. Außerdem entdeckten sie Eisennägel und spanische Majolika-Keramik. Die Spanier haben die Stellung allerdings nicht einmal 18 Monate halten können: Die Indianer brannten die Forts nieder und töteten fast alle Männer. Der Anlass für die Feindseligkeiten ist noch unklar.

## PSYCHOLOGIE

**Moral im Knast**

Zwei Forscher der Universität Hamburg haben erstmals das sogenannte Gefangenendilemma an realen Gefangenen getestet. Bei diesem Klassiker der Spieltheorie werden zwei Personen einer gemeinsamen Straftat beschuldigt. Schweigen beide, bekommen sie eine kleine Strafe. Gestehen beide, bekommen sie eine mittlere Strafe. Gesteht jedoch nur einer, kommt er ungeschoren davon – sein schweigender Gegenpart erhält die Höchststrafe. Keiner weiß, wie der andere sich entscheidet. Die Forscher ließen 90 Häftlinge des Frauengefängnisses Vechta gegeneinander spielen – die Strafen zog man ihnen von einem Extrabatzen Telefongeld ab, den sie als Dank für die Teilnahme bekamen. Das Ergebnis verblüffte: Die Häftlinge kooperierten viel häufiger miteinander als eine Gruppe Studentinnen, die das Experiment parallel absolvierten. Weil die Häftlinge zusammenarbeiteten, strichen sie am Ende mehr Geld ein. „Es gibt die These, dass Inhaftierte egoistischer sind“, sagt Menusch Khadjavi, einer der Autoren der Studie.

„Wir haben eher beobachtet, dass sie einander helfen.“ Womöglich dächten Studentinnen strategischer, oder die Teilnahme sei für sie nur eine Möglichkeit, Geld zu verdienen. Die Häftlinge würden eher die „moralische Dimension“ erkennen und entsprechend handeln. Das ist überraschend, zumal die Forscher das Spiel abstrakt hielten und nur von „Option A“ und „B“ sprachen anstatt von „Schweigen“ und „Gestehen“. Die Ökonomen testeten auch ein Spiel, bei dem man dem Mitspieler mit einem gewissen Risiko Geld stehlen kann. Die Gefangenen klauten im Schnitt weniger als die Studentinnen.



Frauengefängnis in Vechta

CARMEN JASPERSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

## MEDIZIN

**„Kosmische Reise“**

Ein Schlaganfall hat bei einem Kanadier eine seltene Neuvernetzung der Sinneswahrnehmungen ausgelöst. Wenn er Himbeeren isst, sieht er die Farbe Blau; lauscht er intensiver Musik, glaubt der 48-Jährige, auf den Noten zu tanzen. Synästhesie heißt dieses Verwirbeln der Wahrnehmung. Der Schlaganfall hat im Gehirn des Patienten vermutlich den Thalamus geschädigt, eine Schaltzentrale der Sinne. „Als das Gehirn sich reparierte, sind die Kabel falsch verdrahtet worden“, vermutet Tom Schweizer, Neurowissenschaftler in Toronto, der den Fall im Fachblatt „Neurology“ beschreibt. „Der Mann betrachtet dies als Geschenk.“ In einem YouTube-Video erklärt der Patient, dass sich die Titelmelodie von James Bond nun wie eine „kosmische Reise“ anfühle. Rund vier Prozent der Bevölkerung kommen mit einer Form der Synästhesie zur Welt, etwa der Maler Wassily Kandinsky oder der Musiker Billy Joel. Kaum jemand wird mit dem Phänomen erst im Laufe seines Lebens konfrontiert: Der Kanadier ist erst der zweite Fall weltweit.

## ARTENSCHUTZ

**„Wachteln sind begehrt“**

Der Ornithologe Eric Neuling, 32, von der Naturschutzorganisation Nabu über die brutale Jagd auf Zugvögel in Ägypten

**SPIEGEL:** Ab Mitte August brechen die ersten Zugvögel Richtung Afrika auf. Sie sagen, ihre Reise sei gefährlicher denn je – warum?

**Neuling:** An der ägyptischen Mittelmeerküste hat die Jagd auf Zugvögel massiv zugenommen. Dort gibt es jetzt Netze auf einer Gesamtlänge von 700 Kilometern. Abgesehen von den Städten gibt es kaum noch Lücken, auf ganzer Strecke werden die Vögel weggefangen. Das ist bestandsgefährdend für einzelne Arten wie den Pirol oder die Nachtigall. Besonders Wachteln sind in Luxusrestaurants begehrt.

**SPIEGEL:** Wie viele Vögel werden auf diese Weise getötet?

**Neuling:** Wir haben zunächst mit rund zehn Millionen Tieren pro Jahr gerech-

net. Mittlerweile glauben wir, dass im Jahr 140 Millionen Vögel in Ägypten getötet werden. Das sind etwa fünf Prozent der Vögel, die von Europa nach Afrika ziehen.

**SPIEGEL:** Warum hat sich die Lage verschlechtert?

**Neuling:** Es existieren zwar Konventionen gegen diese Art von Jagd. Aber wegen der unruhigen politischen Lage gibt es kaum noch Kontrollen. Dadurch ist ein rechtsfreier Raum für skrupellose Geschäftemacher entstanden. Und bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage fragen sich auch vie-

le kleine Leute, wie sie über die Runden kommen. Eine Wachtel bringt schon ein paar Piaster extra.

**SPIEGEL:** Angesichts der Lage in Ägypten dürfte es schwierig sein, bei der Regierung mit dem Thema Vogelschutz Gehör zu finden ...

**Neuling:** Es gibt derzeit gar keinen Adressaten für diese Problematik. Wir planen jetzt, dem ägyptischen Botschafter und der Bundesregierung eine Petition gegen die Vogeljagd zu übergeben. Und Touristen könnten versuchen, auf den Märkten ihren Unmut über die angebotenen Vögel zu äußern.



Vogelfangnetze in Ägypten

DR. HOLGER SCHULZ

Wissenschaft

Gemeine Stechmücke auf menschlicher  
Haut (26fache Vergrößerung)

UMWELT

# Tanz der Vampire

Seit Wochen plagen Mücken das Land. Im Osten, an Havel, Elbe und Spree, droht eine Dauerinvasion, tropische Arten rücken bis in den Norden vor. Nun ist ein politischer Streit entbrannt: Moskitos bekämpfen – oder nicht?

An lauschigen Abenden sitzt Dieter Dombrowski, Fraktionsvorsitzender der CDU in Brandenburg, gern im Garten seines Hauses im Künstlerdorf Bahnitz und blickt auf die liebliche Flusslandschaft der Havel.

Neuerdings ist sein Haus mit Fliegengittern verhängt. Vermummt nimmt er auf dem Gartenstuhl Platz. „Wenn Nachbarn kommen, tauschen wir zuerst unsere Mückensprays aus“, erzählt er. Am besten wirke das von einem Dorfbewohner namens Olli: „Der hat noch Restbestände von seinem Bundeswehreinsetz in Afghanistan.“

Trotzdem flieht der Politiker oft gegen 20 Uhr von der Terrasse. Jeder wird gern umschwärmt. Aber doch nicht so.

Grund für den Ärger: In der Nähe von Dombrowskis Haus erstrecken sich Überflutungsflächen. Nach dem Juni-Hochwasser war die Umgebung vollgelaufen. Gewaltige Ströme ergossen sich in die Auen.

Das Wasser ist weg, der Kummer aber nicht. Jeden Tag zur Abenddämmerung entsteigt dem Gebiet eine schwarze Wolke angriffslustiger Stechinsekten.

Unter zwei Arten leidet das Land besonders: *Aedes vexans* (übersetzt: lästiger Quälgeist) und *Ochlerotatus sticticus* (stechender Tunichtgut) sind beide etwa fünf Millimeter groß und zählen zu den Überschwemmungsmücken. Sie sind besonders aggressiv, wandern pro Tag im Schnitt einen Kilometer und nähern sich ihren Opfern musikalisch, mit 500 Flügelschwingungen pro Sekunde – etwas höher als der Kammerton a.

Anders als die gemeine Hausmücke der Art *Culex pipiens*, deren Nachwuchs in Regentonnen oder Tümpeln gedeiht, packen diese Sonderlinge ihre Eier in ausgetrocknete Senken und Kuhlen nahe der Flüsse.

Labortests ergaben, dass die Eier mindestens fünf Jahre ohne Frischnass überleben. Im Winter trotzen sie Temperaturen bis minus 20 Grad. Tritt der Fluss über die Ufer, kommt es zur Brut-Explosion: Auf einen Schlag schlüpfen die Larven aus sämtlichen Eiern, die verschiedene Mückengenerationen dort abgelegt haben.

Genau das ist an Rhein, Donau und Elbe in diesem Sommer geschehen.

Aus über 20 Meter Entfernung riechen die Viecher die Atemluft, Schweiß und Parfum ihrer Opfer. Schwarze Kleidung zieht sie mehr an als weiße. Notaufnahmen in Bremer Kliniken melden stark entzündete Quaddeln, manche Patienten leiden an Schüttelfrost und Atemnot.

Autan und Anti Brumm schützen bis zu acht Stunden, das Hausmittel Citronella nur 20 Minuten. Die Handy-App „Anti Mosquito“, die hochfrequente Töne ausstrahlt, bringt noch weniger: gar nichts.

Angesichts des heißen, feuchten Wetters wird der Tanz der Vampire im August kaum abebben.

Vor allem im Osten quälen die Blutsauger. Der „Uferstrand Chemnitz“ bietet an der Bar kostenlos Schutzsprays an. Sorglose Camper aus Hamburg, die sich jüngst in Hangelsberg bei Berlin am Spreeufer zum Grillen trafen, wurden umgehend zerbeult. Der Zelter Lukas zählte 24 Stiche – am Fuß.

Angesichts solcher Pein fordert CDU-Mann Dombrowski die rot-rote Landesregierung nun auf zu harter Gegenwehr. „Uns brechen die Urlauber weg, die Kanutouristen fliehen“, schimpft er. Am 14. August will er im Umweltausschuss des Landes das Thema einbringen: „Wir brauchen für die Zukunft eine klare Bekämpfungsstrategie.“

In der Tat ist die Lage im Osten ungemütlich. Für den SPIEGEL hat das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung jetzt eine aktuelle Moskitoverbreitungskarte erstellt. Die Zonen zwischen Elbe und Neiße sind vielfach rot eingefärbt (siehe Grafik).

„Jeder, der sich in diesen Zonen aufhält, wird pro Minute von mehr als zehn Mücken angefliegen“, erklärt die Projektleiterin Doreen Werner.

Die Biologin stützt ihre Daten auf ein riesiges Beobachtungsnetz: Bundesweit hat ihr Institut an 120 Orten Fallen aufgestellt. Die Gebiete an Havel und Spree seien momentan geradezu verseucht. „Dort haben wir innerhalb von 24 Stunden bis zu 4000 Mücken eingefangen“ – pro Falle, versteht sich.

Dass die Mücken sich dort so prächtig entwickeln, liegt laut der Forscherin an der weitverzweigten Flusslandschaft im Osten mit ihren unzähligen Bächen und Kanälen. Der Feuchtraum ist nicht nur ein Dorado für Flutmücken. Die Region sei „auch durch andere Moskitosorten ständig stark belastet“.

Zugespitzt hat sich die Lage durch die Vernässungspolitik, die das Land Brandenburg im Namen des Naturschutzes betreibt. Renaturierungsmaßnahmen haben dort ausgedehnte Sümpfe und Flussaunen entstehen lassen. Deiche wurden eingerissen, um Feuchtzonen für Lurche oder Kraniche zu schaffen. An der Havel soll sich demnächst 500 Hektar Weideland in Morast verwandeln. „Wo früher Gras wuchs, sind es heute Binsen“, mault Dombrowski.

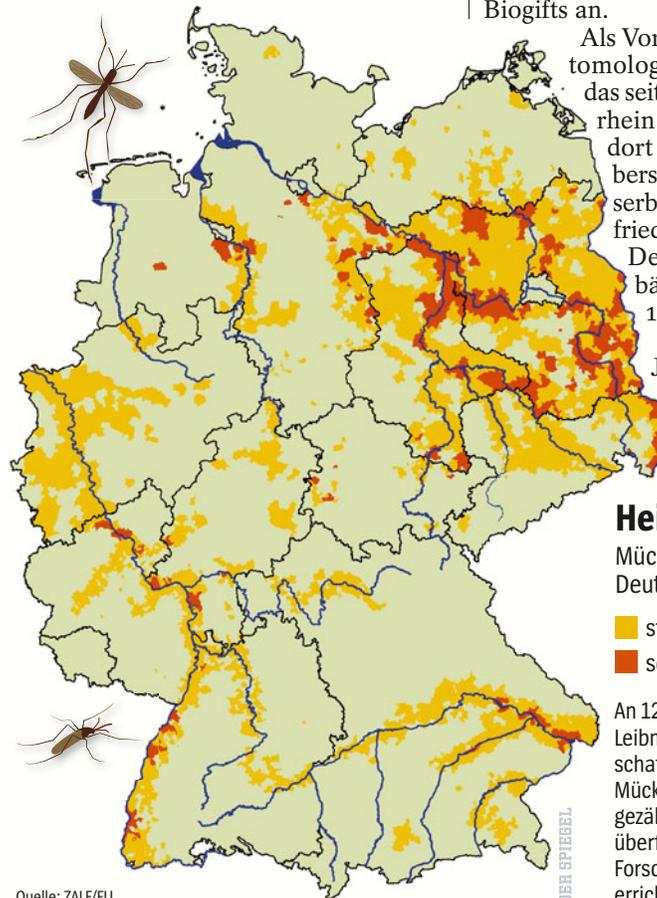
Romantische Landschaften entstehen so – aber auch Brutplätze für die summen Lästlinge.

Die CDU in Potsdam drängt deshalb auf Maßnahmen, um die Folgen der Wiederbefeuchtung erträglicher zu machen. Dombrowski wünscht sich eine behördliche Anti-Moskito-Staffel. Sie soll sich mit einem Mittel rüsten, das ein Bakterium namens *Bacillus thuringiensis israelensis* (Bti) erzeugt. Der Stoff zerstört die Darmwand der Mückenlarven.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich bereits im Juli einmütig für eine Bekämpfung starkgemacht. Alle Fraktionen streben einen „effizienten Schutz gegen Mückenplagen“ mit Hilfe des weißlichen Biogifts an.

Als Vorbild dient dabei jenes entomologische Todeskommando, das seit über 30 Jahren am Oberrhein tätig ist. Die Auwälder dort waren früher reinste Fieberstätten. Der badische Wasserbauingenieur Johann Gottfried Tulla, der den Rhein mit Deichen und Dämmen zu bändigen versuchte, starb 1828 an Malaria.

Als Mitte der siebziger Jahre Spaziergänger bei Speyer in nur zwei Minuten von bis zu tau-

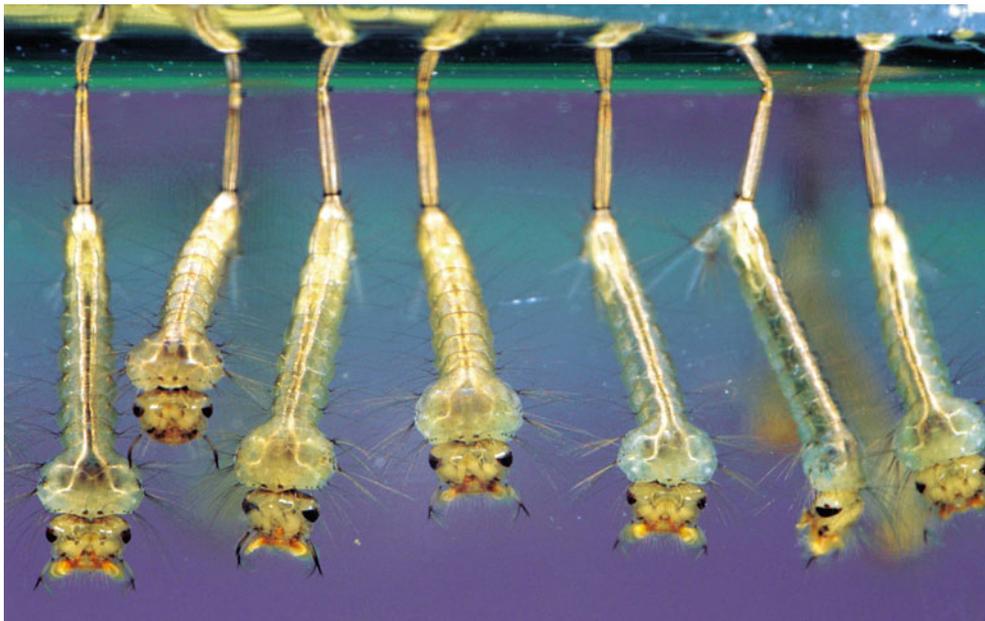


## Heimat der Moskitos

Mückenverbreitung in Deutschland, August 2013

- starkes Aufkommen
- sehr starkes Aufkommen

An 120 Standorten betreibt das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung rund tausend Mückenfallen, deren Fänge täglich gezählt werden. In den im Juni überfluteten Gebieten haben die Forscher zusätzliche Stationen errichtet.



BLICKWINKEL / JIMAGO

**Mückenlarven im Wasser:** Für den Giftangriff bleibt ein Zeitfenster von wenigen Tagen

send Mücken angefallen wurden, entschloss sich der Landrat von Ludwigshafen zum großflächigen Widerstand. Er gründete die Kommunale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage (KABS).

Heute gehören dem Verein 102 Städte, Gemeinden und Kreise an, die vom Kaiserstuhl bis Bingen auf einer Strecke von etwa 300 Kilometern die Uferzonen mit Bti besprühen lassen.

Kopf der Truppe ist der wissenschaftliche Direktor Norbert Becker. In seiner Heimat genießt er den Rang eines „Herrn der Mücken“. „Unsere Letalitätquote liegt bei 95 Prozent“, erklärt er. Die Kosten für die Einsätze beziffert er auf „jährlich 1,20 Euro“ pro Bürger.

Die Truppe muss allerdings streng nach Plan vorgehen. Nur als Larven sind die Stechmücken anfällig für das Toxin. Es bleibt ein Zeitfenster von wenigen Tagen, in denen die Leute zu den Brutstätten ausschwärmen.

Bis zu 400 „Schnaken-Obleute“ und studentische Helfer besprühen dann alle kartierten Flutlachen und vollgelaufenen Senken mit Handspritzen. Zwei Hubschrauber, von Regionalleitern koordiniert, werfen das Präparat in Form von Eisperlen ab.

Auch in Frankreich, Italien und den USA kommt Bti zum Einsatz. In Deutschland hat die KABS die Nase vorn. Mittlerweile schickt sie ihre Insektenkrieger bis in den Frankfurter Raum.

Angesichts solcher Vorbilder ziehen jetzt einige Landkreise in Bayern nach. In Deggendorf, wo jüngst wegen der Donaunflut eine zehnfach erhöhte Mückendichte gemessen wurde, gelangt das Gift mit Spritzen in die Brutpfützen. Am Chiemsee schwirren Helikopter. In der Gemeinde Pförring schult die KABS derzeit Azubis gegen das Stechgetier.

In Brandenburg dagegen heißt es: dulden – und kratzen. Umweltministerin Ani-

ta Tack (Linke) sieht keinen Handlungsbedarf in Sachen Mückenpolizei. Der Präsident des Landesumweltamts, Matthias Freude, rät lapidar, im Garten „gefüllte Eimer und Gießkannen“ zu leeren.

Im Übrigen sei ihm der Kampf zu teuer.

Manche Ökologen stören sich an dem Bakteriengift. Das Bti tötete auch andere Insekten, die eine „wichtige Nahrungsgrundlage für Fische und Fledermäuse darstellen“, heißt es in einer Verlautbarung des „Bund Naturschutz in Bayern“. Zudem würden die Hubschrauber „brütende Vogelarten stören“ und das Präparat im Wind verdriften.

„Alles Unsinn“, meint Norbert Becker: Senkrecht wie Hagel plumpse das Eisgranulat vom Himmel. „Für andere Tiere ist das Eiweiß harmlos.“

Tatsächlich lassen sich bislang fast keine negativen Effekte nachweisen – selbst bei zehnfacher Dosierung des Präparats. Verglichen mit den Qualm-Kanonen, die türkische oder ägyptische Ferienanlagen mit Insektiziden vernebeln, wirkt der Einsatz des Mittels geradezu elegant.

Also losschlagen und die nervigen Plager dezimieren? Für diese Strategie spricht, dass Mücken nicht nur Juckreiz verursachen, sondern weit mehr Unheil anrichten können.

Beispiel: Im Jahr 2007 brachten Tausende Rinder, Schafe und Ziegen in Mitteleuropa missgebildeten Nachwuchs zur Welt. Der Verlust für die Bauern ging in die Millionen. Schuld an der Epidemie waren winzige heimische Bartmücken („Gnitzen“), die das Blauzungen-Virus in sich trugen.

Aufgeschreckt durch den Vorfall, gab die Bundesregierung Order, die Moskito-forschung, die seit dem Ausrotten der Malaria in Deutschland um 1950 fast zum Erliegen gekommen war, wieder hochzuführen. Derzeit ist am Leibniz-Zentrum ein großes Team damit beschäftigt, einen detaillierten „Mückenatlas“ zu erstellen.

Die Forscher haben alle Bürger ermuntert, zu Hause Mücken lebend zu fangen, im Tiefkühler zu töten und ihnen zuzuschicken. Bislang erreichten 2800 Einsendungen das Institut. Über 30 Arten konnten so bestimmt werden.

Beteiligt an dem Projekt ist auch das auf der Insel Riems angesiedelte Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit. Die Leute dort zerschneiden die eingefangenen Insekten und suchen sie nach Erregern ab. „Mehrere Würmer“ seien bereits entdeckt worden, erklärt der Laborleiter Helge Kampen. „Sie werden derzeit bestimmt.“

Es gibt weitere Alarmzeichen. Die Entomologen fanden heraus, dass sich die Asiatische Tigermücke, die in den Tropen das Denguefieber überträgt, in Deutschland tummelt. Zumeist wird das Insekt von Italien-Touristen im Auto als blinder Passagier auf süddeutsche Raststätten verschleppt. „Noch sind das Einzelfälle“, so Werner.

Richtig auf dem Vormarsch ist dagegen die Asiatische Buschmücke (*Aedes japonicus*). Erst besiedelte sie, von den Alpen kommend, das Gebiet bis Stuttgart. Dann etablierte sich eine Population zwischen Köln und Koblenz. Vorvergangene Woche meldete Doreen Werners Team vom Leibniz-Zentrum, dass die Biester sich jetzt auch bei Hannover wohlfühlen. Auf 25 Friedhöfen wurden Larven entdeckt.

Der Fremdling steht im Verdacht, das West-Nil-Virus zu übertragen. Beim Menschen kann es Hirnentzündungen auslösen – allerdings brauchte es erst einmal Kranke im Land, damit Mücken Menschen infizieren können.

Zu denken geben aktuell eher heimische Stechinsekten. In drei Mückenarten aus Brandenburg wurden kürzlich die Larven des Hundehautwurms entdeckt. Wird ein Mensch von den Parasiten befallen, bilden sich Knötchen an seiner Haut.

Noch haben die gewaltigen Schwärme, die derzeit das Land durchsummen, keine ernsthaften gesundheitlichen Schäden angerichtet. Sie sind nur wahnsinnig lästig. Aber wird das so bleiben?

In der Antike versanken ganze Armeen im Fiebersumpf der Malaria. Die Plasmodien der Anophelesmücke sollen das Römische Reich einst fast in den Abgrund geführt haben. Pharao Tutanchamun trug den Erreger in sich, vielleicht auch Mohammed und Alexander der Große.

„In Deutschland ist bislang kein Mensch nach einem Mückenstich schwer erkrankt“, sagt Kampen. „Aber Vorsicht, da lauern ganz neue Gefahren.“

MATTHIAS SCHULZ



**Video-Reportage:**  
**Auf Mückenjagd**

spiegel.de/app322013muecken  
oder in der App DER SPIEGEL

MEDIZIN

# Vorsicht, Diagnose

Mit einer Flut von Tests und Screenings verwandeln Ärzte gesunde Menschen in Patienten – irgendein Makel findet sich immer.

**F**rüher gingen Menschen zum Arzt, wenn sie krank waren und gesund werden wollten. Heute ist es häufig umgekehrt: Menschen gehen zum Arzt, wenn sie noch gesund sind – und werden von ihm für krank erklärt.

Ganz gleich ob Prostata-test, Cholesterinerfassung, Knochendichtebestimmung, Blutdruckmessung oder Computertomografie – diagnostische Verfahren sind inzwischen derart ausgefeilt, dass ihnen kaum ein Makel mehr entgehen kann; ein Gesunder ist heute bloß ein Mensch, den der Doktor noch nicht gründlich genug untersucht hat.

Doch oft ist der Alarm ein Fehlalarm. „Eine Übertherapie liegt vor, wenn bei einem Patienten eine Krankheit festgestellt wird, die niemals Symptome auslöst oder zum Tod führt“, schreiben die Ärzte Lisa Schwartz, Gilbert Welch und Steven Woloshin von der Dartmouth Medical School im US-Bundesstaat New Hampshire in einem Buch, das jetzt auf Deutsch erscheint\*.

Die drei Autoren gehören zu einer wachsenden Schar Mediziner, der die Ausweitung der Diagnose inzwischen als regelrechte Gefahr für Leib und Seele erscheint. „Es gibt ein größeres Verständnis dafür, dass Probleme nicht nur durch zu wenig Medizin entstehen können – sondern auch durch zu viel Medizin“, sagt Schwartz. Im September wird sie mehr als 250 Mediziner und Gesundheitsforscher auf dem grünen Campus der Dartmouth Medical School begrüßen: zur weltweit ersten Konferenz zum Thema Überdiagnose überhaupt.

Die vielen Maßnahmen zur Früherkennung, Labortests, Röntgenaufnahmen und Computertomogramme, sind die wichtigste Ursache von Übertherapie. Wenn ein auffälliger, in Wahrheit aber völlig harmloser Befund diagnostiziert wird, dann bekommen Patienten in der Folge überflüssige Medikamente verschrieben und sinnlose Operationen empfohlen.

\* Lisa Schwartz, Gilbert Welch und Steven Woloshin: „Die Diagnosefalle“. riva Verlag, München; 336 Seiten; 19,99 Euro.

Die Überdiagnose schreitet auch deshalb voran, weil Mediziner die Grenze zwischen gesund und krank verschieben. Sie haben einst den Grenzwert für Cholesterin von 250 Milligramm pro Deziliter Blut auf 200 verringert – und auf diese Weise über Nacht ein Heer von Risikopatienten geschaffen. Die Schwelle für Bluthochdruck wiederum haben sie von 160 zu 100 auf 140 zu 90 abgesenkt. Die Zahl der angeblich hypertoni-erkrankten Menschen ist durch diesen Streich stark gestiegen.

Diese Messwert-Kranken werden Heilversuchen ausgesetzt, von denen sie schon deshalb kaum oder gar nicht profitieren können, weil ihnen eigentlich nichts fehlt. Schwartz, Welch und Woloshin mahnen: „Die Senkung des Grenz-

## Des Guten zu viel

Krank durch Überdiagnose

**ADHS** Jungen, die besonders früh eingeschult werden, werden mit einer 30 % höheren Wahrscheinlichkeit mit ADHS diagnostiziert als ihre ältesten Klassenkameraden.

**Asthma** 30 % der diagnostizierten Patienten haben einer Studie zufolge das Leiden gar nicht.

**Bluthochdruck und hohes Cholesterin** Das Absenken von Grenzwerten verwandelt Gesunde in Risikopatienten.

**Brustkrebs** Ein Drittel der Befunde bei der Früherkennung sind Überdiagnosen.

**Lungenkrebs** Mindestens ein Viertel der Befunde erweisen sich als Fehlalarm.

**Osteoporose** Die Ausweitung des Krankheitsbegriffs führt zur Übertherapie bei älteren Frauen.

**Prostatakrebs** Ein Bluttest löst in der Mehrheit der Fälle Fehlalarm aus.

**Schwangerschaftsdiabetes** Einer erweiterten Definition zufolge sind 20 % aller Schwangeren betroffen.

Quelle: British Medical Journal



## Blutdruckmessung

Zahl der Risikopatienten stark gestiegen

werts, der noch als normal gilt, macht nicht nur zahlreiche Menschen zu Patienten, sondern produziert auch Patienten mit der mildesten Form der Krankheit.“

Zum anderen ermitteln Ärzte mit Hilfe immer neuer Durchleuchtungsapparate Befunde, die sich nicht automatisch in Krankheit übersetzen lassen. Rund 10 Prozent aller beschwerdefreien Menschen haben Gallensteine, etwa 40 Prozent Meniskus-schäden und mehr als 50 Prozent vorgewölbte Bandscheiben.

Für eine Studie ließen sich mehr als 1000 beschwerdefreie Menschen mit dem Ganzkörpercomputertomografen untersuchen. Am Ende wies 86 Prozent von ihnen mindestens eine Anomalie auf, und es gab mehr als 3000 Befunde – durchschnittlich waren das 2,8 Anomalien pro Teilnehmer.

Keine Frage, der Fortschritt der Diagnostik kann manchen Patienten helfen. „Aber er fordert auch seinen Tribut“, warnen Schwartz, Welch und Woloshin, denn vielen Menschen werde gesagt, „sie hätten Anomalien, obwohl diese Anomalien geringfügig sind und nie Symptome verursachen werden. Diesen Menschen nutzt eine Behandlung nichts; sie kann ihnen nur schaden“.

Ähnlich sieht es bei der Früherkennung des Prostata-Karzinoms aus. Mehr als die Hälfte der älteren Männer hat diesen Krebs, aber nur drei Prozent von ihnen könnten daran sterben – ein gewaltiges Potential für Überdiagnosen. Und einer im „British Medical Journal“ veröffentlichten Übersichtsstudie zufolge ist ein Drittel aller entdeckten Brustkrebsdiagnosen überdiagnostiziert.

Diagnosen sind mit Unsicherheiten verbunden, und Menschen stehen vor der schwierigen Entscheidung, wie sie damit umgehen. Viele von ihnen sähen eher den Nutzen und weniger den Schaden, glaubt die Ärztin und Gesundheitswissenschaftlerin Ingrid Mühlhauser von der Universität Hamburg. Sie sagt: „Es fällt schwer zu akzeptieren, dass man eine Krankheit nicht früher gefunden hat, obwohl dies vielleicht möglich gewesen wäre.“

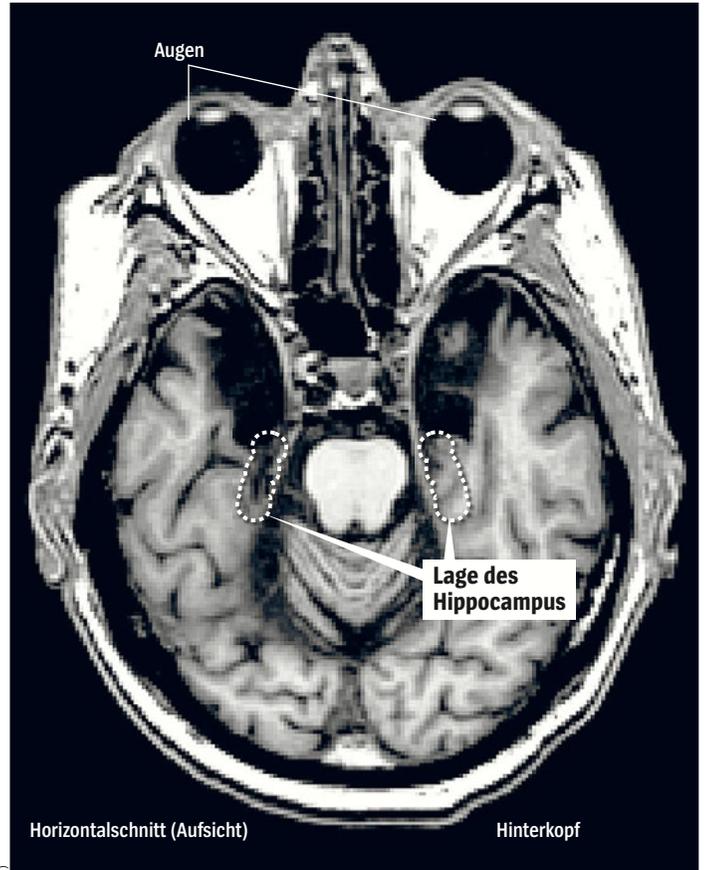
Viele Menschen fühlen sich folglich prima versorgt, wenn sie an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen dürfen. Eine Studie mit knapp 52000 Männern und Frauen mit vergleichbarem Gesundheitszustand hat ergeben: Jene Menschen, die sich besonders zufrieden zeigten mit der medizinischen Betreuung, sind auch diejenigen, die den meisten Untersuchungen ausgesetzt waren und die meisten Medikamente bekamen.

Gesünder hat das die Fans der Früherkennung allerdings nicht gemacht, so das Ergebnis der Studie: Im Vergleich zu den Medizinmuffeln war ihre Sterblichkeit deutlich erhöht.

JÖRG BLECH



SUZANNE CORKIN

Epileptiker Molaison um 1950 und 1975 (r.), Kernspinaufnahme seines Gehirns nach der Operation: *Freundliche Gelassenheit in einer fremden*

HIRNFORSCHUNG

## Gefangen im Jetzt

Wissenschaftler rekonstruieren das einzigartige Gehirn von Henry Molaison. Bis heute gilt der „Mann ohne Gedächtnis“ als berühmtester Patient der Neuropsychologie.

In der Nacht, als Henry starb, blieb keine Zeit für Trauer. Als Suzanne Corkin die Nachricht am Telefon erfuhr, dachte sie nicht an das charmante Lächeln, mit dem Henry stets alle für sich eingenommen hatte; nicht an die vielen Stunden, die sie mit ihm im Labor verbracht hatte; nicht an die Hingabe, mit der er sich dem stets gleichen Kreuzworträtsel widmen konnte. In diesem Moment interessierte sich Suzanne Corkin nur für eines: Henrys Gehirn.

Seit 36 Jahren schon arbeitet Corkin als Neuropsychologin am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge bei Boston. Viele hundert Patienten hat sie in dieser Zeit untersucht: Demente, Schädel-Hirn-Verletzte, Hirnoperierte.

Doch keiner von ihnen war wie Henry. Jahrzehntlang hatte Corkin sein Schicksal verfolgt, immer wieder mit ihm gesprochen, ihn befragt. Einen guten Teil ihres wissenschaftlichen Ruhms verdankt

sie seiner Fallgeschichte. Ihre Tests und Untersuchungen hatten Henry zum wohl beststudierten Neurologiepatienten der Welt gemacht. Und nun also hatten seine Gehirnzellen aufgehört zu feuern.

Deshalb wusste Corkin, sobald sie die Stimme des Pflegeheimleiters aus Bickford am Telefon hörte, dass sie nun handeln musste. Sie rief Henrys Vormund an und erbat die Genehmigung für die Hirnentnahme. Dann fragte sie ihre Assistentin, ob diese für eine Nacht ihre Katze und die beiden Hunde hüten könne.

Anschließend eilte Corkin ins nur wenige Blocks entfernte Martinos Center for Biomedical Imaging, wo sie den Wagen mit Henrys Leiche auf die Rampe vor dem Gebäude dirigierte. Zusammen mit einem Trupp schnell zusammengetrommelter Mitstreiter schob sie den leblosen Körper durch die Lobby des Forschungszentrums.

Neun Stunden lang tasteten die Forscher Henrys Gehirn im Kernspintomografen ab,

dann brachten sie den Leichnam zur Hirnentnahme ins Krankenhaus drüben auf der anderen Seite des Charles River.

„Ich war mir der historischen Bedeutung dieses Vorgangs sehr bewusst“, erzählt Corkin. Während der Autopsie kletterte die Hirnforscherin auf einen Stuhl, um ja nicht zu verpassen, wie die Pathologen das Denkkorgan vorsichtig aus dem Schädel lösten. Dann, endlich, lagen die gut zwei Pfund Nervengewebe in einer metallenen Schale. „Es war einer der befriedigendsten Momente meines Lebens“, erklärt Corkin in ihrem kürzlich erschienenen Bericht\*.

Nun, viereinhalb Jahre nach diesem denkwürdigen Augenblick, sind Corkin und ihr Team endlich so weit, die Auswertung jener legendären Hirndurchleuchtung zu präsentieren. Forscher in Kalifornien arbeiten unterdessen daran, das Gehirn anhand der 2401 Scheiben, in die es seinerzeit zerschnitten wurde, digital wieder zu einem dreidimensionalen Gebilde zusammensetzen. Ziel des Unterfangens: die Einzigartigkeit des Patienten Henry in der Gestalt seiner Hirnwindungen und Nervenbahnen wiederzufinden.

Unter seinen Initialen H. M. ging Henry Gustave Molaison als der Mann ohne

\* Suzanne Corkin: „Permanent Present Tense – The Unforgettable Life of the Amnesic Patient, H. M.“. Basic Books, New York; 364 Seiten; 28,99 Dollar.



Welt

Gedächtnis in die Geschichte der Hirnwissenschaft ein. Im Jahr 1953, da war er 27 Jahre alt, hatte ihm der Mediziner William Beecher Scoville beidseitig die Hippocampi entfernt, etwa fünf Zentimeter lange, sichelförmige Strukturen in den Tiefen des Schläfenlappens. Der Neurochirurg wollte damit die schweren epileptischen Anfälle verhindern, unter denen Henry litt.

Der gewünschte Effekt trat ein: Nach seiner Operation wurde Henry Molaison nur noch selten von den Krampfanfällen heimgesucht, die ihm das Leben zuvor so unerträglich gemacht hatten. Und doch war den Ärzten schon wenige Tage nach dem Eingriff klar, dass irgendetwas furchtbar schiefgegangen sein musste.

Orientierungslos irrte der Patient nach seiner Genesung über den Krankenhausflur und versuchte vergebens, seine Zimmertür zu finden. Die Gesichter der Schwestern blieben ihm fremd, er konnte sich keine der ärztlichen Anweisungen merken, und auch warum er hierher in die Klinik geraten war, wusste er nicht.

Die Operation hatte Henry Molaison einer elementaren Fähigkeit beraubt: sich zu erinnern. Abgeschnitten von Zukunft und Vergangenheit war er fortan dazu verdammt, auf einer Insel ewiger Gegenwart zu leben. Scoville gestand seinen „tragischen Fehler“ ein. Die beidseitige Amputation des Hippocampus galt fortan als Tabu.

Dies sollte die erste von vielen Lektionen sein, die H.M. die Neurochirurgen und Hirnforscher lehrte.

Zu der Zeit, als Scoville den Knochenbohrer an Henrys Schädel ansetzte, gab es noch keine Neurowissenschaft. Die Forscher hatten allenfalls vage Ahnungen von der Funktion der einzelnen Hirnregionen. Chirurgische Eingriffe zur Behandlung seelischer Leiden, von Verhaltensauffälligkeiten oder epileptischen Anfällen waren zwar verbreitet, aber letztlich gewagtes Schnitzen im Dunkeln.

Das Wissen der Forscher hat seither gewaltig zugenommen – und Henry Molaison hat erheblichen Anteil daran. Maßgeblich halfen die Tests mit ihm, die moderne Lehre des Gedächtnisses zu begründen.

Insgesamt 55-mal besuchte Patient H.M. im Laufe der Jahrzehnte das MIT-Labor. 122 Wissenschaftler erforschten dort, was er konnte – und was nicht. Sie ließen ihn riechen, tasten, zeichnen und rechnen. Er musste sich Zahlen merken, Irrgärten erkunden oder Computerspiele üben. Mit rührendem Eifer und unerschöpflicher Geduld machte er sich dabei ans Werk. Dass er an der Aufgabe, die ihm gestellt wurde, zuvor schon hundertfach gescheitert war, wusste er ja nicht mehr.

Es war Henry, der das Interesse der Forscher auf den Hippocampus lenkte, den inzwischen wohl am intensivsten erforschten Teil des Gehirns. Das tragische Schicksal des Mannes ohne Gedächtnis bewies ihnen, dass in dieser Region das Geheimnis des Erinnerns verborgen sein musste. Nur wenn Sinneseindrücke durch diese Hirnstruktur geschleust werden, können sie dauerhaft im Bewusstsein haften bleiben.

Ohne Hippocampus, so stellten die Forscher fest, verblasst ein Sinneseindruck bereits nach etwa 30 Sekunden, um dann ins ewige Vergessen zu entschwinden. Eine Welt jenseits des Jetzt gab es für H.M. nicht.



Hirnforscherin Corkin

„*Einer der befriedigendsten Momente*“

Zwar gelang es ihm gelegentlich, die Forscher zu überlisten. In solchen Fällen verblüffte er sie, wenn er nach 20 Minuten eine Zahlenfolge noch richtig aufzusagen vermochte – doch nur, weil er sie im Geiste unermüdlich wiederholt hatte. Wenige Sekunden der Ablenkung reichten, und Henry wusste nicht einmal mehr, dass er sich überhaupt Zahlen hatte merken wollen.

Dem Patienten H.M. verdanken die Forscher nicht nur die klare Unterscheidung zwischen Kurz- und Langzeitgedächtnis. Die zentrale Erkenntnis lautete: Es gibt weit mehr als nur eine Form des Erinnerns.

Schon bei den ersten Tests Anfang der sechziger Jahre dämmerte den Wissenschaftlern, dass noch ein weiter Weg vor ihnen lag: Zwar schnitt Henry bei sämtlichen Gedächtnisaufgaben gleichermaßen schlecht ab. Auch begrüßte er die Forscher stets wie Fremde. Dennoch schien er jedes Mal schneller zu begreifen, was sie von ihm wollten. Es war, als gewöhnte er sich an die einzelnen Testprozeduren. Lag nicht auch darin eine versteckte Form des Erinnerns?

Anhand Hunderter subtiler Experimente gelang es Corkin und ihrem Team zu erkunden, an was sich H.M. zu erinnern vermochte – ohne dass irgendetwas davon in sein Bewusstsein vordrang.

Offensichtlich half ihm das unbewusst Erlernte, den Alltag zu bewältigen. Ganz ohne sein sogenanntes nichtdeklaratives Gedächtnis wäre er jeden Morgen in einer feindseligen Welt erwacht: in unbekanntem Räumlichkeiten, in der Gesellschaft von Fremden, umgeben von Dingen, die ihm rätselhaft erscheinen mussten; schließlich kannte sein Kopf nur das Inventar der fünfziger Jahre.

Doch all das ängstigte Henry nicht. Er zeichnete sich durch ein leutseliges Gemüt aus. Die fremde Welt um sich herum nahm er mit freundlicher Gelassenheit hin – sein Unbewusstes hatte sich mit ihr vertraut gemacht.

Nicht einmal sein Spiegelbild versetzte Henry in Schrecken. Zwar schätzte er sich, wenn er danach gefragt wurde, um Jahrzehnte zu jung ein und gab seine eigene Haarfarbe mit „braun“ an. Doch wenn ihm im Spiegel ein Greis entgegensah, reagierte er keineswegs überrascht. Er kannte diesen Menschen ja gut, auch wenn er nichts davon wusste.

Seine Kindheit immerhin war Henry erhalten geblieben. An die Zeit vor der Operation konnte er sich noch gut erinnern. Henry erzählte gern von Hartford in Connecticut, wo er aufgewachsen war. Und die Politiker der fünfziger Jahre kannte er sogar besser als jeder andere, schließlich waren sie nie durch neue Namen überschrieben worden.

Erst als die Forscher ihn systematisch befragten, stellten sie fest, dass auch dieser

AUDIOPHILIE

# Gemälde fürs Ohr

Nach Stereo kam Surround-Sound, nun folgt Musik in 3-D – ein Hörerlebnis von ungeahnter Brillanz. Noch mangelt es an geeigneten Tonaufnahmen.

**K**länge wie aus einer anderen Welt wabern durchs Museum, sie begleiten die große David-Bowie-Retrospektive in London. Tausendmal dudelten Bowies Hits schon im Radio, doch hier klingen sie frisch und so anders, als hätte sie Major Tom höchstselbst in seinem Raumschiff abgemischt.

„Der Trick liegt im 3-D-Sound“, sagt Gregor Zielinsky und greift in das Gewirr von Schiebereglern am Mischpult eines

nun auch von oben. Der Effekt ist ein-drucksvoll und überraschend. Während der Surround-Sound ungefähr die Richtung vermitteln konnte, aus der die Bläser tönen, hört man nun: Dort sitzt die Trompete, daneben die Tuba, dahinter das Waldhorn.

„Bisher haben wir Klänge auf Kanäle verteilt“, sagt Zielinsky, „heute dagegen betrachten wir jedes Instrument als eigenes Objekt, das sich frei im Raum verschieben lässt.“ Um ihn herum sind acht Lautsprecher gruppiert, vier am Boden und vier auf zwei Meter hohen Stangen.

„Klanggemälde“ nennt Zielinsky das, was er erschafft. So wie sich Fotos Pixel für Pixel nachbearbeiten lassen, arrangiert er beim objektbasierten Mischen einzelne Instrumente immer wieder neu: Photoshop fürs Ohr.

Es geht derzeit vor allem um den Klang im Kino. Die Bildqualität habe sich, sagt Zielinsky, „gigantisch verbessert“ in den vergangenen zehn Jahren, der Ton sei dabei abgehängt worden. „Aber jetzt holt er auf.“

Teil seiner Vergangenheit versehrt war: Zwar hatten die Fakten die Operation überlebt, doch das Leben war daraus entwichen. Henry wusste zwar noch, wann und wohin er Ausflüge mit seiner Familie gemacht hatte. Den Erlebnissen, den Bildern und Geschichten wieder Atem einzuhauchen gelang ihm aber nicht.

Henry fehlte das „episodische“ Gedächtnis, das heute jeder Psychologiestudent vom „semantischen“ Wissen über Namen, Daten und Fakten abzugrenzen lernt – eine Unterscheidung, die maßgeblich auf den Patienten H.M. zurückgeht.

Die Forscher nehmen an, dass die Operation Henrys Erlebnisse keineswegs vollständig getilgt hatte, sie waren nur seinem Bewusstsein nicht länger zugänglich – wie in einer Bibliothek, deren einzelne Bücher nicht mehr auffindbar sind, weil die Kartei vernichtet wurde.

Irgendwo in der grauen Masse von Henrys Großhirnrinde haben demnach die Romanze mit seiner Jugendliebe Maude oder sein Fahrradunfall Ende der dreißiger Jahre dauerhaft Spuren hinterlassen. Nur wo genau?

Diese und ähnliche Fragen hoffen die Forscher besser beantworten zu können, wenn sie nun anhand von Kernspinaufnahmen und Hirnschnitten Henrys Gehirn am Computer rekonstruieren. Manch ein Rätsel könnte gelöst werden, wenn im Detail zu sehen ist, was genau Scovilles Skalpell damals angerichtet hat: Warum etwa konnte Henry nach der Operation nicht mehr riechen? Zwar merkte er, wenn ein intensiver Geruch seine Nase erreichte. Ob er aber von Vanillepulver, frischem Heu oder verfaultem Fisch stammte, vermochte er nicht zu sagen.

Oder wie ist zu erklären, dass Henry infolge des chirurgischen Eingriffs jegliches Sättigungsgefühl abhandengekommen war? Setzte man ihm nach einer Mahlzeit noch einmal die gleiche Portion vor, verdrückte er diese, ohne zu zögern. Dass er schon gegessen hatte, war ihm da längst entflohen.

Suzanne Corkin wiederum interessiert sich besonders für Henrys rätselhafte Inseln des Wissens: Wie zum Beispiel konnte es sein, dass er Edith Bunker kannte, einen TV-Star, deren Karriere erst lange nach Henrys Operation begonnen hatte?

„Am meisten verblüfft mich die Geschichte seines ersten Fluges“, sagt die Neuropsychologin. Lebendig und in erstaunlicher Detailfülle konnte Henry Molaison erzählen, wie er als 13-Jähriger einen Rundflug über seine Heimatstadt Hartford machen durfte, und wie ihn der Pilot sogar den Steuerknüppel halten ließ. Wieso hatte ausgerechnet diese Episode, als einzige seiner Kindheit, den Eingriff des Chirurgen überlebt? JOHANN GROLLE

## 1 Lautsprecher nach oben

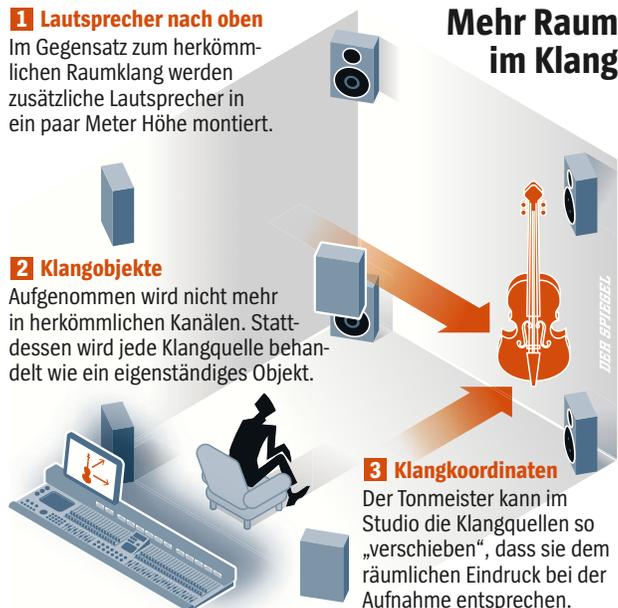
Im Gegensatz zum herkömmlichen Raumklang werden zusätzliche Lautsprecher in ein paar Meter Höhe montiert.

## 2 Klangobjekte

Aufgenommen wird nicht mehr in herkömmlichen Kanälen. Stattdessen wird jede Klangquelle behandelt wie ein eigenständiges Objekt.

## 3 Klangkoordinaten

Der Tonmeister kann im Studio die Klangquellen so „verschieben“, dass sie dem räumlichen Eindruck bei der Aufnahme entsprechen.



## Mehr Raum im Klang

hannoverschen Tonstudios. Der Mittelfünfziger arbeitet für die niedersächsische Audiofirma Sennheiser; er ist der Schöpfer des Klangwunders in London.

Ton ab: Pauken donnern, Trompeten schmettern, Celli jubilieren – es erklingt „Die Planeten“, eine Orchestersuite von Gustav Holst, uraufgeführt 1918. Die Instrumente hören sich so knackig, so klar an, als hätten bisher Ohropax die Gehörgänge verstopft.

Seit Jahrzehnten entwickelt sich die Musikwiedergabe in Richtung Raumklang. Nach Mono kam Stereo, dann etliche Surround-Systeme. Doch bislang kam die dritte Dimension zu kurz: die Raumhöhe.

Wo Geräusche bislang von hinten oder vorn, links oder rechts kamen, tönen sie

Einer der Pioniere des 3-D-Sounds ist Karlheinz Brandenburg, der Vater des MP3-Formats. Um die Jahrtausendwende legte er die Grundlagen für das Raumklangverfahren Iosono. Mittlerweile haben andere aufgeholt. Das belgische System Auro-3D hat über 50 Kinosäle weltweit bestückt, viele in den USA, China und Indien. Die Firma Dolby vertreibt ihr System namens Atmos.

Doch noch gibt es kaum Filme und Musikstücke mit Raumklang – weil es meist an der aufwendigen Aufnahmetechnik hapert. Abhilfe verspricht das „Up-mixing“: Der Bowie-Song „The Jean Genie“ in der

Londoner Show zum Beispiel basiert auf einer alten Monoaufnahme, die Zielinsky nachträglich auf Raum getrimmt hat.

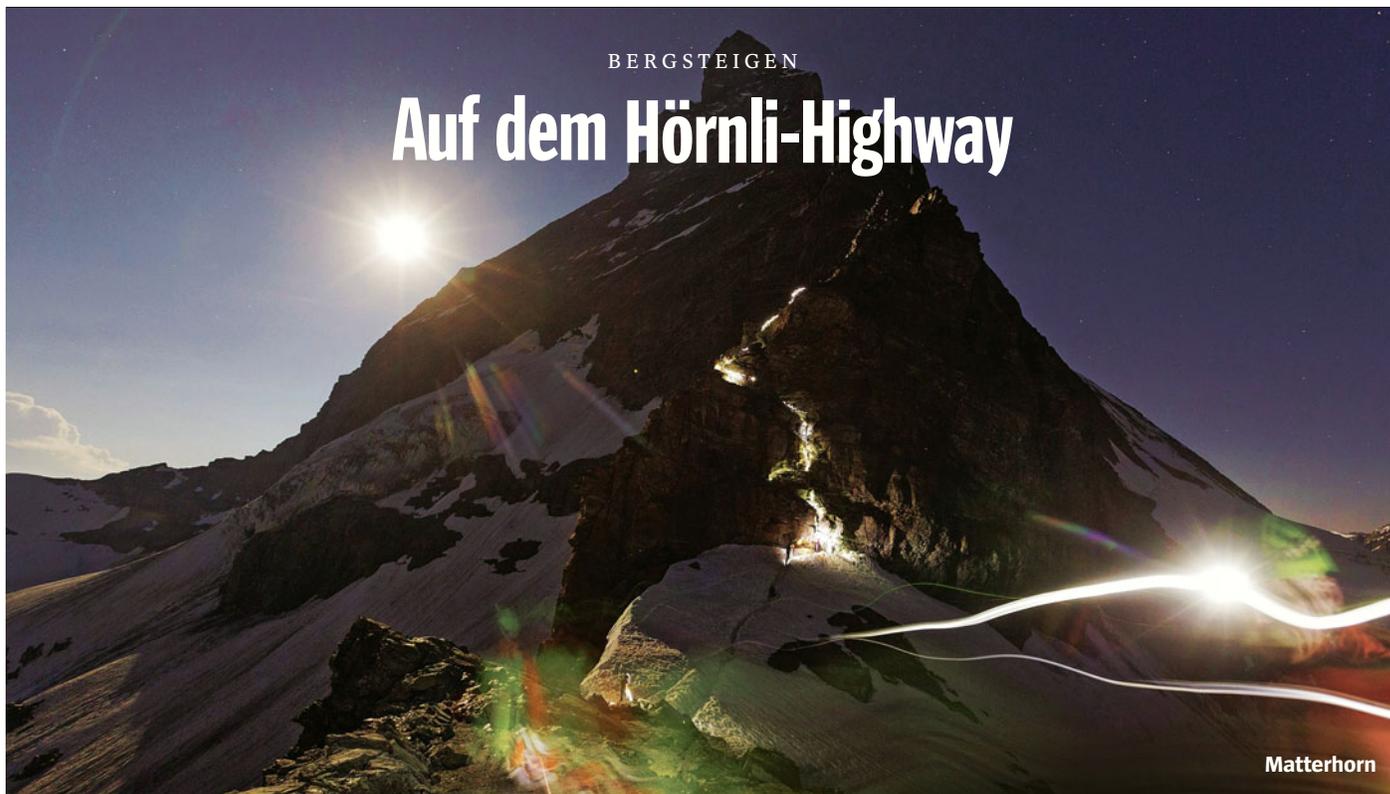
Inzwischen hat Audi ein Testfahrzeug mit Iosono-Anlage ausgestattet, Mercedes eines mit Sennheiser-Raumklang. Gremien brüten über Standards wie damals bei MP3. Noch ist unklar, welches Verfahren das Rennen machen wird.

„The Jean Genie“ erklingt jetzt in Zielinskys Tonstudio. Erst Stereo, dann 3-D-Sound: scheinbar doppelt so laut. „Nein!“, brüllt Zielinsky. „Das ist eine psychoakustische Täuschung, weil die Informationsdichte höher ist.“ Wirklich? Er stellt ein Schallmessgerät auf. Tatsächlich: 80 Dezibel bei beiden Aufnahmen.

HILMAR SCHMUNDT

BERGSTEIGEN

# Auf dem Hörnli-Highway



Matterhorn

ARNIO BALZARINI / DPA

Wer das Matterhorn über die Standardroute, den Hörnligrat, besteigen will, muss früh aufstehen: Morgens um drei ist Weckzeit in der Hörnlühütte, dem Ausgangspunkt der Tour auf 3260 Meter Höhe, kurz vor vier Uhr geht es los. Bis zum Sonnenaufgang, derzeit etwa gegen sechs, leuchten die Bergsteiger den steilen Pfad mit einer Stirnlampe aus, die sie am Helm tragen. Seit Wochen herrschen in den Walliser Alpen perfekte Bedingungen, und so kommt es, dass der Hörnligrat frühmorgens eher aussieht wie der Hörnli-Highway: Allein auf dieser Route versuchen täglich zwischen 80 und 90 Kletterer ihr Glück an einem der schönsten Berge der Welt. Nur versierte Alpinisten sollten ohne Bergführer klettern, die

1218 Höhenmeter bis zum Gipfel führen ausschließlich über Fels und Eis. Kurt Lauber, 52, seit 19 Jahren Wirt der Hörnlühütte, hat schon vieles erlebt: Naivlinge, die in Freizeitschuhen aufs Matterhorn wollten, ebenso wie vermeintliche Höhenkranke, die sich unterhalb der Spitze per Notruf bei ihm meldeten und ein Lungenödem vortäuschten, damit ein Rettungshubschrauber sie evakuierte – und ihnen der Abstieg erspart blieb. Mittlerweile scheint sich die Vernunft am Berg durchzusetzen. Die meisten Matterhornbesteiger buchen professionelle Begleiter. Ein eigener Führer an dem Sehnachtsberg hat allerdings auch seinen Preis: rund 1100 Schweizer Franken.

## MERCHANDISING

### „Extremes Gefälle“



*Marketingexperte Peter Rohlmann, 64, über die Rekord-einnahmen, die Fußballclubs mit Fanartikeln erzielen*

**SPIEGEL:** Seit 17 Jahren befragen Sie deutsche Erst- und Zweitligisten zu deren Merchandising-Geschäft. In der vorigen Saison sollen die Vereine erstmals über 200 Millionen Euro eingenommen haben, fast doppelt so viel wie 2006. Wieso verkaufen sich Fanartikel so gut?

**Rohlmann:** Die Vereine haben viele neue Zielgruppen entdeckt, weibliche Fans, Familien, Kinder. Für alle gibt es jeweils eigene Produktlinien. Im Trend

liegen Fanartikel, die sich außerhalb des Stadions tragen lassen. Hemden, Krawatten und Poloshirts, die in dezenten Farben gehalten sind. Fans sollen die Klamotten auf der Arbeit oder in der Bar tragen können.

**SPIEGEL:** Was kaufen Fans am liebsten?

**Rohlmann:** Immer noch das klassische Trikot, die Clubs setzen zwei Millionen Stück pro Saison ab. Rund 30 Prozent ihrer Einnahmen stammen aus dem Trikotverkauf.

**SPIEGEL:** Bayern München und Borussia Dortmund verdienen am meisten mit Fanartikeln. Wie groß ist der Abstand zu den anderen Vereinen?

**Rohlmann:** Das Gefälle ist extrem, die beiden streichen rund die Hälfte aller Mer-

chandising-Einnahmen in der ersten Liga ein. Durch die Erfolge in der Champions League steigern sie ihren Auslandsumsatz. Beim FC Bayern stammen rund zehn Prozent der Einnahmen nicht mehr aus Deutschland.

**SPIEGEL:** Läuft das Geschäft mit Fanutensilien in anderen europäischen Ligen ähnlich gut?

**Rohlmann:** Die deutschen Erstligisten stehen auf Platz zwei hinter den Clubs der englischen Premier League. Die nahmen bisher rund 20 Millionen Euro mehr ein. Trikots und Schals sind für englische Fans fast so etwas wie Alltagsklamotten, sie haben kein Problem, mit einem knallbunten Fußballhemd in den Pub zu gehen.

**25,3**  
Jahre

alt ist der Fußballprofi der ersten Bundesliga im Durchschnitt. Vor zehn Jahren lag das Durchschnittsalter noch bei 27,6.



Sprinter im Olympia-Finale 2012 in London

MIGUEL MEDINA / AFP

1983 <b>10,07</b>	1984 <b>9,99</b>	1987 <b>9,93</b>	1988 <b>9,79</b>	1991 <b>9,86</b>	1992 <b>9,96</b>	1993 <b>9,87</b>	1995 <b>9,97</b>	1996 <b>9,84</b>	1997 <b>9,86</b>	1999 <b>9,80</b>
<b>Carl Lewis</b> USA	<b>Carl Lewis</b>	<b>Carl Lewis</b>	<b>Ben Johnson*</b> Kanada	<b>Carl Lewis</b>	<b>Linford Christie</b> Großbritannien	<b>Donovan Bailey</b> Kanada	<b>Donovan Bailey</b> Kanada	<b>Donovan Bailey</b> Kanada	<b>Maurice Greene</b> USA	<b>Maurice Greene</b> USA

LEICHTATHLETIK

# Game over

Nach einer Serie von Dopingskandalen gehen dem Sprinter Usain Bolt langsam die Gegner aus. Bei der WM in Moskau läuft der Weltrekordler eigentlich nur noch gegen sich selbst – und den immer offener geäußerten Generalverdacht.

**U**sain Bolt betritt die Bühne, weißes Poloshirt, schwarze Sonnenbrille im Nacken. Der Moderator schnappt sich ein Mikrofon. „Sie müssen jetzt nicht klatschen, aber bitte begrüßen Sie den schnellsten Mann der Geschichte.“ Niemand reagiert.

Bolt lehnt sich in seinem Stuhl zurück, er hebt die Hände über den Kopf und applaudiert sich selbst.

Die Weltpresse hat sich im Konferenzraum eines Londoner Nobelhotels versammelt. Viele ernste Gesichter. Der US-Sprinter Tyson Gay, der zweitschnellste Mann der Welt, ist gerade als Doper aufgefliegen. In einer Urinprobe von Bolts Landsmann Asafa Powell, einem ehemaligen Weltrekordler, wurde eine verbotene Substanz gefunden. Nun wollen alle wissen, ob Bolt, die Rakete aus Jamaika, sauber ist.

„Es werden gleich anstrengende Fragen kommen“, sagt der Moderator. Bolt kichert nur.

Ob er verärgert sei über den Doping-skandal? „Das passiert eben“, sagt Bolt. Ob er manchmal Alpträume habe, in denen er positiv getestet wird? „Ich mache mir keine Sorgen“, sagt Bolt.

Dann kichert er wieder.

Usain Bolt ist der heitere König der Leichtathleten. Doch die Lockerheit, die der Hobby-DJ seit Jahren beim Thema Doping zur Schau stellt, beeindruckt niemanden mehr. Es fällt immer schwerer, an die Leistungen des großen Dominators zu glauben.

Der 100-Meter-Lauf, der größte Wettkampf des Sports, ist ein verseuchtes Rennen. In keiner Disziplin wird die Optimierung des Körpers so radikal auf die

Spitze getrieben wie im Sprint. Die besten Läufer der Welt sind Rennmaschinen, die sich mit Pillen, Pulvern und Spritzen tunen. Der Glaube an die Kraft aus dem Labor ist so groß, dass alles eingenommen wird, was der Markt an legalen und illegalen Mitteln hergibt.

Ein typisches Beispiel für den Wahnwitz, der in der Szene herrscht, ist Asafa Powell. Bei dem Priestersohn aus Jamaika wurde kürzlich das Stimulanzmittel Oxilofrin nachgewiesen. Experten glauben, dass Powell ein Nahrungsergänzungsmittel eingenommen hat, das mit dieser Substanz verunreinigt war.

Powell ist offenbar ein großer Fan von Nahrungsergänzungsmitteln. Italienische Polizisten fanden bei einer Durchsuchung in Powells Trainingsquartier an der Adriaküste rund 20 verschiedene Produkte, darunter den Energy-Drink 5-hour Energy. Das Getränk, abgefüllt in knallbunte Fläschchen, enthält reichlich Koffein, die Menge einiger darin enthaltener Vitamine überschreitet den Tagesbedarf um ein Vielfaches. Das Aufputschgetränk ist so stark, dass es Herzrasen verursachen kann.

Warum trinken Athleten so ein Zeug?

Nahrungsergänzungsmittel gelten als legales Doping. Die Sportler sind verrückt danach. Manche verbringen ganze Nächte im Internet, um die neuesten Gemische zu bestellen.

Laut einer Studie der Sporthochschule Köln nehmen 96 Prozent der deutschen Olympia-Athleten Nahrungsergänzungsmittel zu sich, Vitamine, Mineralien, hochdosierte Proteine. Dabei ist oft gar nicht klar, ob die Produkte irgendetwas bringen. „Es gibt kaum Studien, die posi-

tive Effekte belegen“, sagt der Ernährungswissenschaftler Hans Braun von der Sporthochschule Köln. Der Ruf der Präparate basiere vor allem auf „Marketing und Legendenbildung“.

Nahrungsergänzungsmittel sind riskant für Sportler. Vor allem in Billigprodukten ist nicht immer nur drin, was draufsteht. Wissenschaftler des Dopingkontrolllabors in Köln analysieren jedes Jahr Präparate. Neuerdings finden die Forscher immer mehr Produkte, die angereichert sind mit Stimulanzien wie Methylhexanamin oder Oxilofrin, jene Substanz, die bei Asafa Powell gefunden wurde.

Voriges Jahr gab es weltweit rund 320 positive Dopingproben mit Methylhexanamin, allein im Kölner Labor wurden 30 Sportler erwischt. Schuld an den positiven Proben waren meist verunreinigte Nahrungsergänzungsmittel, glaubt Chefkontrolleur Wilhelm Schänzer.

Trotzdem schaufeln die Sportler die Produkte in sich rein, in der Hoffnung, sich irgendwie einen Vorteil zu verschaffen. Tobias Unger, 34, lief bei Olympia 2004 in Athen im Finale über 200 Meter. Er habe Kollegen erlebt, die nachts aufgestanden seien, um einen Eiweiß-Shake zu trinken. Auch Unger nahm Proteinprodukte, und er rührte sich ein Getränk aus Magnesiumpulver an. „Ich hatte das Gefühl, dass es mir guttat“, sagt Unger.

Und nur darum gehe es schließlich. Um den Glauben, die Überzeugung, dass etwas wirkt. Sein Trainer habe einmal nach einer harten Übungseinheit kleine, weiße Drops an die Athleten verteilt, erzählt Unger. Einen Tag später hätten sich alle blendend erholt gefühlt. Dabei han-

## Dopinghistorie

der  Weltmeister und  Olympiasieger im 100-Meter-Sprint, Siegerzeit in Sekunden

Dopingvergehen:  überführt  beschuldigt

2000	2001	2003	2004	2005	2007	2008	2009	2011	2012
9,87	9,82	10,07	9,85	9,88	9,85	9,69	9,58	9,92	9,63
Maurice Greene		Kim Collins	Justin Gatlin		Tyson Gay	Usain Bolt		Yohan Blake	Usain Bolt
		St. Kitts und Nevis	USA		USA	Jamaika		Jamaika	

\*Titel aberkannt

delte es sich bei den Pillen nur um Süßstoff.

Usain Bolt nehme keine Nahrungsergänzungsmittel. Das sagt sein Manager Ricky Simms. Sein Klient benutze auch keine „Cremes und Gels“, nur „Vitamine aus der Apotheke“. Und manchmal Augentropfen oder ein Grippemittel, „wenn die Nase läuft“. Simms selbst gleiche die Inhaltsstoffe mit der Datenbank der verbotenen Substanzen der Welt-Anti-Doping-Agentur ab. Damit es keine bösen Überraschungen gebe wie bei Powell, der nun wohl mit einer Sperre rechnen muss.

Bolt kann nicht zufrieden damit sein, dass um ihn herum so viele Kollegen hochgehen. Bei der diese Woche beginnenden Weltmeisterschaft in Moskau läuft er eigentlich nur noch gegen sich selbst – und den immer offener ausgesprochenen Generalverdacht.



**Weltrekordler Bolt:** „Er hat den Gipfel noch nicht erreicht“

Bolts härtester Gegner war jahrelang Tyson Gay. Ein stiller Typ, scheu, aber gebaut wie ein Bodybuilder. Gay vermarktete sich zuletzt als Nice Guy, er klopft keine großen Sprüche, machte bei einem Aktionsprogramm der US-Anti-Doping-Agentur Usada mit und lieferte freiwillig Blut ab, um zu beweisen, dass er sauber ist. In zwei Proben, die ihm im Mai und Juni entnommen wurden, fanden sich nun aber offenbar Spuren eines anabolen Steroids. Gay hat bereits zugegeben, dass er ein verbotenes Mittel intus hatte. Er habe einer Person vertraut, mit der er besser nicht hätte zusammenarbeiten sollen, meinte Gay in einer öffentlichen Erklärung. Seither ist er abgetaucht.

Der Fall des US-Sprinters führt in die dunklen Tiefen des kommerziellen Sports. Die Person, auf die Gay anspielte, ist vermutlich Clayton Gibson, ein Chiropraktiker aus Atlanta. Er gilt als Spezialist für Anti-Aging, seine Praxis, die Vitality

Health Care Inc., liegt 1491 Northside Drive Northwest. Gibson will das Erschlaffen des Körpers bremsen, seine Branche lebt von den großen Verheißungen, sie kämpft mit Traubenkernöl und Hormonmixturen gegen die Endlichkeit. Die American Academy of Anti-Aging Medicine erteilt die Zulassung zum Fachmann an Naturheilkundler, Pharmazeuten, Zahnärzte. Eine Therapie mit Wachstumshormon kostet etwa 500 Dollar im Monat, eine Therapie mit Testosteron zwischen 250 und 400 Dollar.

Beliebt ist auch eine Behandlung mit Dehydroepiandrosteron, kurz DHEA. Das Steroidhormon gilt als Superstar unter den Anti-Aging-Mitteln. Es baut Fett ab und Muskeln auf, es fördert die Erholung nach körperlicher Anstrengung. DHEA ist in den USA rezeptfrei erhältlich, in einigen Sportarten, etwa im Baseball, ist die Einnahme erlaubt. In allen olympischen Sportarten ist sie verboten.

Clayton Gibson hat gegenüber „Sports Illustrated“ gesagt, er habe vergangenes Jahr angefangen, Tyson Gay zu behandeln, vor den Trials, der Qualifikation zu den Olympischen Spielen in London. Gibson habe in seiner Praxis nur homöopathische Mittel, Kräuter, „nichts Synthetisches“. Er selbst mische keine Cremes, das machten Labore für ihn. Er habe Gays Blut getestet, die Ergebnisse seien die Grundlage gewesen, damit er den Körper des Läufers mit

Kräutern, Vitaminen und Mineralien habe „ausbalancieren“ können. Als er gefragt wurde, ob er mit seinen Kunden auch über Produkte spreche, die zum Beispiel Testosteron enthielten, antwortete Gibson: „Das sage ich Ihnen nicht.“ Bislang ist nicht geklärt, wie es genau zu der positiven Dopingprobe von Gibsons Kunde Tyson Gay gekommen ist. Der Sprinter schweigt. Auf jeden Fall muss Gay eine Menge Pech gehabt haben, dass man ihn überhaupt erwischen konnte. Denn eigentlich können sich Athleten wie er, die viel Geld verdienen, Dopingbehandlungen leisten, die von keinem Fahnder entdeckt werden können.

Auf einem Schreibtisch im Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg liegt ein blaues Buch mit 722 Seiten, es trägt den Titel „Anabolic-Androgenic Steroids“. Werner Franke, Molekularbiologe und einer der tiefsten Kenner

der Dopingchemie, nennt das Buch „die Bibel“. In dem Wälzer stehen die chemischen Formeln einiger hundert Steroide.

Anabole Steroide zählen zu den wirksamsten Dopingmitteln. Anti-Doping-Labors untersuchen den Urin der Athleten nur auf die gängigen Präparate. Wer also ein weniger bekanntes Mittel nutzt, kann nahezu risikolos dopen. Hinterhoflabors in den USA, in China oder Thailand sind in der Lage, durch kleine Veränderungen in der Kohlenstoffkette das Präparat so zu modifizieren, dass es den Dopinganalytikern nicht mehr auffällt.

Moderne Massenspektrometrie kann theoretisch jede Steroidvariante finden. „Aber in der Praxis ist das viel zu teuer und zu aufwendig“, sagt Franke, „pro Probe würde man einen Tag brauchen.“ Und so bleibt den Athleten die Lücke zum Betrüger.

Franke kennt viele effektive Dopingmittel. Beispielsweise tierisches Testosteron aus Schlachtabfällen. Im Internet gibt es entsprechende Angebote. Der Vorteil: Das Testosteron von Säugetieren ist vom menschlichen nicht zu unterscheiden – kein Dopinganalytiker wird den Betrug aufdecken.

„Testosteron ist von seiner Wirkung kein Superding“, sagt Franke, „aber es ist ideal, um seine Form bis in den Wettkampf aufrechtzuerhalten.“

Ein weiteres Wundermittel trägt die Bezeichnung IGF-1. Der insulinähnliche Wachstumsfaktor wird in die Bauchdecke gespritzt und dient der generellen Stärkung des Hormonhaushalts – eine Art „Master-Hormon“, sagt Franke. Obwohl das Betrugsmittel seit über zwei Jahrzehnten bekannt ist, gibt es noch kein Testverfahren, das die Dopinganalytiker in der Praxis anwenden.

Der Professor kämpft seit über 35 Jahren gegen den Betrug im Sport. Franke ist langsam müde. „Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, den sauberen Sport zu fordern“, sagt er, „the game is over – es wird immer genügend Methoden geben, um zu dopen, ohne aufzufallen.“

Am Sonntagabend wird bei der WM in Moskau das Finale über 100 Meter gestartet. Ricky Simms, Bolts freundlicher Manager, sagt: „Usain ist der am meisten getestete Athlet des Planeten, aber er macht das gern. Niemand im Team hat etwas zu verheimlichen.“

Die Leute sollen aufhören, sich zu wundern, auch wenn Bolt demnächst noch schneller renne, sagt Simms. „Er hat den Gipfel noch nicht erreicht, physisch gesehen hat er seine Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft.“

Wenn alles normal läuft, wird Bolt das Rennen in Moskau gewinnen. Niemand würde sich darüber wundern.

LUKAS EBERLE, MAIK GROSSEKATHÖFER, DETLEF HACKE, UDO LUDWIG, GERHARD PFEIL

# King Kong an der Bar

Profiboxer sind ein beliebtes Ziel für Pöbelattacken. Wer sich in der Disco oder auf dem Rummel von Halbstarken provozieren lässt, riskiert seine Karriere.

**W**ladimir Klitschko ist ein Mann, der seine Emotionen unter Kontrolle hat. Ende Juli war der Weltmeister im Schwergewicht auf Ibiza, als er in einer Discothek auf Dereck Chisora traf. Der Brite gilt als Skandalboxer, vergangenes Jahr ohrfeigte er Wladimirs Bruder Vitali beim Wiegen vor dem WM-Kampf in München, und er bespuckte Wladimir, der als Sekundant am Ring stand. Im Urlaub nun baute sich Chisora vor ihm auf und fragte: „Sollen meine Bodyguards das erledigen, oder gehen wir vor die Tür?“ Klitschko blieb einfach am Tisch sitzen und wünschte ihm noch einen schönen Abend.

Es ist nichts Ungewöhnliches, dass ein Boxer einen Boxer provoziert und ihm Schläge androht. Das gehört zur Show und ist Teil des Geschäfts. Eigenartig ist allerdings, was Wladimir Klitschko vergangenen Sommer passierte.

Nach einem Kampfabend in Hamburg spazierte er mit Freunden über den Dom, einen Jahrmarkt im Stadtteil St. Pauli, zur Reeperbahn ist es nicht weit. Es war eine laue Nacht, und der Champion wollte einfach nur ein bisschen bummeln. In der Nähe der Achterbahn stellten sich ihm plötzlich sechs junge Männer in den Weg, alle ziemlich angetrunken.

„Jetzt wollen wir doch mal sehen, was du draufhast“, sagte einer der sechs und zog auch gleich die Jacke aus. Klitschko ist 1,98 Meter groß, und wer von seinen Fäusten getroffen wird, der sieht anschließend nicht mehr so gut aus wie vorher: Ein Volltreffer der Schlaghand hat die Wucht von 700 Kilo; das ist so, als würde ein Smart mit Tempo 45 in einen Fußgänger fahren.

Klitschko reagierte auch damals cool. Er ging ganz ruhig auf seinen Herausforderer zu, blickte ihm tief in die Augen und brummte: „Lass es sein.“ Der Provokateur erstarrte und zog die Jacke schnell wieder an. Klitschko und seine Begleiter gingen weiter.

Es gibt kaum etwas Dümmeres, als einen Boxchampion anzupöbeln. Und doch erleben es Profis immer wieder, dass ausgerechnet sie, geschulte Hauer, von Halbstarken gereizt werden.



Oktoberfest-Besucher Wladimir Klitschko\*: „Mal sehen, was du draufhast“

Marco Huck, Weltmeister im Cruisergewicht, passierte das beim letzten Strandurlaub. Ein paar junge Männer bauten sich vor ihm auf und beleidigten ihn. „Die wollten mich definitiv herausfordern“, sagt Huck. Er rief ihnen zu, ob sie eigentlich wüssten, wie schmerzhaft ein Kieferbruch sei. „Das wirkte.“ Fluchend zog die Gruppe ab.

Bernd Bönnte, der Manager von Wladimir und Vitali Klitschko, beobachtet das Pöbelphänomen schon länger. Für manche Kirmesschläger sei es wohl „eine Mutprobe“, mal einen Boxweltmeister herauszufordern. „Die denken, sie sind King Kong, und suchen gezielt Streit.“

Dem ehemaligen Schwergewichtsboxer Axel Schulz, lange nicht mehr im Ring aktiv, passiert das immer noch, „in ländlichen Gegenden eher als in Großstädten“. Und natürlich nähmen die Pöbeleien zu, „je später es wird und je mehr Alkohol im Spiel ist“. Deshalb feiert Schulz selten bis tief in die Nacht, er geht lieber früher nach Hause.

Es ist noch nicht lange her, da gab Schulz in Berlin eine Autogrammstunde. Ein 16-jähriger Junge kam zu ihm und sagte: „Ey, hau mir mal eine runter.“ Als Schulz ihn fragte, was das solle, antwortete der Teenager: „Na, ist doch cool. Dann renne ich zur Polizei und kassiere Schmerzensgeld.“ In solchen Fällen, sagt Schulz, müsse man sich einfach wegrehen und sagen: „Komm, quatsch jemand anderen voll.“

Boxer sind nicht gerade für Besonnenheit bekannt. Wer es nicht schafft, in einer Streitsituation an der Bar die Ruhe

zu bewahren, spielt allerdings mit seiner Karriere. Es gibt keinen eigenen Straftatbestand für Schlägereien von Boxern. „Aber grundsätzlich kann man sagen, dass ihre Kenntnisse vor Gericht im Normalfall strafverschärfend ausgelegt werden“, sagt der Hamburger Strafrechtler Robert Kain.

„Boxer haben vorm Richter ganz schlechte Karten“, glaubt Thomas Pütz, der Präsident des Bundes Deutscher Berufsboxer. Pütz ist Chef einer Sicherheitsfirma, er begleitet als Bodyguard häufig Kämpfer beim Einmarsch in die Halle zum Ring. Pütz war auch mal mit Dariusz Michalczewski auf dem Oktoberfest; er begleitete den „Tiger“, um dafür zu sorgen, „dass es gar nicht erst zu Eskalationen oder Problemen kommt“. Denn ansonsten ist es mit den Sponsoren und dem Fernsehvertrag schnell vorbei. „Falls es Stress gibt, brauchen Boxer jemanden, der sich dazwischenstellt“, sagt Pütz.

Der Engländer Ricky Hatton, ehemaliger Weltmeister im Weltergewicht, ließ sich nicht von Bodyguards begleiten, obwohl er ständig auf Leute traf, „die sich mit mir schlagen wollten“. Einfach so. Er habe das aber „nie gemacht“, weil er immer gewusst habe, dass er es sei, der „am Ende noch stehen“ würde.

Einmal jedoch unterschätzte Hatton die Situation. Im Railway Inn, einer Kneipe in Manchester, geriet er an einen Bodybuilder. Die beiden stritten sich vor einem Glücksspielautomaten. Ein Schlag, und die Sache war geklärt: Hatton flog über einen Tisch, landete auf dem Boden und blieb benommen liegen.

MAIK GROSSEKATHÖFER,  
MALTE MÜLLER-MICHAELIS, GERHARD PFEIL

\* Mit Freundin Hayden Panettiere.



VERLAGE

## Irritationen um Verkaufscoup

Der Mediencoup des Jahres sorgt für Irritationen: Als Axel-Springer-Chef Mathias Döpfner vorvergangene Woche bekanntgab, Traditionstitel wie die „Berliner Morgenpost“, das „Hamburger Abendblatt“ und die „Hörzu“ für 920 Millionen Euro an die Funke-Gruppe („WAZ“) verkaufen zu wollen, stützten manche Branchenbeobachter. Funke gilt als erheblich verschuldet, dennoch gewährt die italienische Großbank Unicredit dem Unternehmen einen Kredit. Pikant daran: Die Verbindungen zwischen dem Verkäufer, der Axel Springer AG, und der Unicredit sind eng. Der Chef-aufseher ist gar in einer Doppelrolle unterwegs: Giuseppe Vita, 78, ist nicht nur Verwaltungsratschef der Bankengruppe, sondern gleichzeitig auch Aufsichtsratsvorsitzender der Axel Springer AG. Eine Springer-Sprecherin sagt: „Wir haben den Vorgang juristisch prüfen lassen. Es liegt kein Interessenkonflikt vor. Herr Vita gehört keinem Organ bei der Bank an, das mit Kreditvergaben befasst ist. Ihm lagen hierzu auch keine Informationen vor.“ Unicredit will ebenfalls „keinen Interessenkonflikt“ erkennen.



Döpfner

KLAUS DIETMAR GABBERT / DDP IMAGES

ARD

## Keine Wahlumfrage in der letzten Woche

Die ARD wird, anders als das ZDF, in der letzten Woche vor der Bundestagswahl keine Wahlumfrage mehr veröffentlichen. „Wir werden wie immer unseren letzten ‚DeutschlandTrend‘ zehn Tage vor der Wahl veröffentlichen“, bestätigt ARD-Chefredakteur Thomas Baumann. Das hätten die ARD-Chefredakteure auf ihrer jüngsten Sitzung beschlossen. Damit setzt sich die ARD vom ZDF ab, das in diesem Jahr zum

ersten Mal noch drei Tage vor der Bundestagswahl eine Umfrage publik machen will – auch als Reaktion auf die Niedersachsen-Wahl, bei der die letzten Umfragewerte und das tatsächliche Wahlergebnis besonders für die FDP weit auseinanderlagen. Im ZDF hofft man, mit frischeren Zahlen näher am tatsächlichen Wahlergebnis zu liegen. In der Diskussion unter den ARD-Chefredakteuren überwogen jedoch die Bedenken. Durch eine Umfrage knapp vor der Wahl werde der Eindruck verstärkt, es handle sich um eine Prognose auf den Wahlausgang. Auch wolle man den Anschein vermeiden, die ARD wolle sich zum Akteur aufspielen, der das Wahlergebnis beeinflusse. Im Falle einer eindeutigen Umfrage so kurz vor dem Termin würden viele Bürger vielleicht nicht mehr wählen. Zudem könnten durch die Bayern-Wahl eine Woche zuvor die Umfrageergebnisse verzerrt werden.



Wahlsendung mit Kanzlerin Merkel 2009

HERBY SACHS / WDR / DPA



DANCO RUVIC / REUTERS

ZAHL DER WOCHE

# 66

Prozent

aller älteren Internetnutzer sind laut einer Studie des Branchenverbands Bitkom mittlerweile in sozialen Netzwerken wie Facebook, Google+, Xing oder LinkedIn registriert. Vor zwei Jahren waren lediglich 40 Prozent der über 65-Jährigen dort angemeldet. Trotz des Zuwachses bleibt der Abstand zu den 14- bis 29-Jährigen (91 Prozent) weiterhin groß.

TV-MANAGER

# Die Aufstocker

Jahrelang schwiegen die Intendanten von ARD und ZDF über ihre Gehälter. Inzwischen üben sie sich zwar in Transparenz, ihre üppigen Zusatzeinnahmen aber verheimlichen sie weiter. Bei einigen Senderchefs setzt nun ein Umdenken ein.

Als in einer der ARD-Anstalten vor geraumer Zeit der Chef wechselte, vertraute der scheidende Intendant seinem Nachfolger gleich eines der bestgehüteten Geheimnisse des Senderverbundes an: dass es neben dem Gehalt einen hübschen Zuverdienst gibt, als Aufsichtsrat der ARD-Tochterunternehmen. Wenn man es geschickt anstelle, seien da ein paar zehntausend Euro im Jahr extra drin.

Das Beste daran: Der Sitz in den meisten dieser Aufsichtsgremien gehört zum Job verpflichtend dazu. Nur das Geld gibt es angenehmerweise obendrauf.

Und Aufsichtsgremien gibt es reichlich. ARD und ZDF unterhalten ein dichtes Netz aus Werbetöchtern, Produktionsfirmen, Film- und Fernsehdienstleistern. Von der Bavaria bis zum ZDF-Werbefernsehen, von Studio Hamburg bis zum Werbefunk Saar.

Die kürzlich aus dem Amt geschiedene WDR-Intendantin Monika Piel konnte ihr Einkommen auf diese Weise um stattliche 58 922 Euro pro Jahr aufstocken. Dabei verdiente sie ohnehin schon üppig. Ihr Jahresgehalt betrug im Jahr 2011 341 500 Euro, deutlich mehr, als etwa die Kanzlerin bekommt. Und der ist es zudem von Amts wegen untersagt, im Nebenjob etwas hinzuzuverdienen.

ZDF-Intendant Thomas Bellut erhielt im vergangenen Jahr 33 291 Euro zusätzlich – und da war er noch nicht einmal das komplette Jahr im Amt. NDR-Chef Lutz Marmor kommt auf 27 000 Euro Zuverdienst jährlich (darunter auch Mandate bei zwei Banken und einer Versicherung), MDR-Intendantin Karola Wille 2012 auf knapp 22 000 Euro. Selbst der Chef des kleinen Saarländischen Rundfunks kann noch gut 16 000 Euro im Jahr extra verbuchen (siehe Grafik).

Dagmar Reim, die Chefin des Rundfunks Berlin-Brandenburg, spendet immerhin 3 000 ihrer 12 000 Euro, die sie zusätzlich verdient. Aber so viel Gemeinsam ist eher selten.

Diese Zahlen wurden bislang nirgends veröffentlicht. Kein Intendant hat sich zur Höhe seiner Nebeneinnahmen geäußert. Erst auf Recherchen des SPIEGEL reagier-

ten die Senderchefs nun und legten die Zahlen erstmals offen.

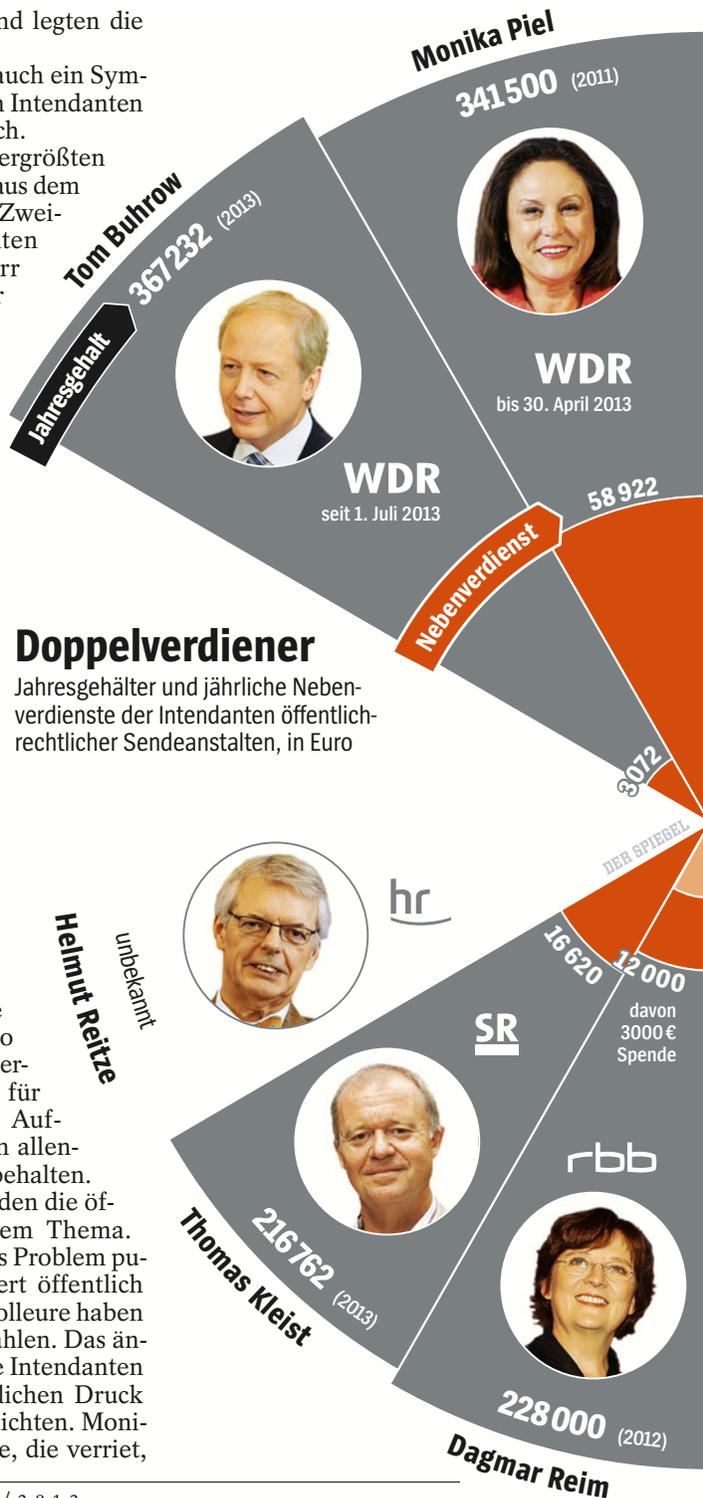
Das lange Schweigen ist auch ein Symptom. Mittlerweile ist vielen Intendanten das zusätzliche Geld peinlich.

Erstens, weil es zum allergrößten Teil über Umwege ohnehin aus dem Rundfunkbeitrag stammt. Zweitens, weil die verheimlichten Sondervergütungen bizarr wirken angesichts aller Schwüre von Transparenz und Sparsamkeit der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Drittens, weil die Politik da schon längst weiter ist.

Minister und Senatoren, die in den Ländern ebenfalls oft in Aufsichtsräten etwa von Landesunternehmen und -banken sitzen, dürfen die Vergütung für diese Posten keineswegs privat einstreichen. In Bayern müssen sie die Honorare komplett an die Staatskasse weiterreichen. In anderen Ländern dürfen sie nur einen kleinen Teil behalten.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, der von Amts wegen VW-Aufsichtsrat ist, muss alle Einnahmen über 6 200 Euro jährlich abgeben. Auch Bürgermeister und Landräte, die für ihre Städte und Kreise in Aufsichtsgremien sitzen, dürfen allenfalls wenige tausend Euro behalten.

Doch ARD und ZDF meiden die öffentliche Debatte zu diesem Thema. Kein Rundfunkrat macht das Problem publik. Kein Fernsehrat fordert öffentlich Transparenz ein. Die Kontrolleure haben ja meist nicht einmal die Zahlen. Das änderte sich auch nicht, als die Intendanten vor drei Jahren auf öffentlichen Druck hin ihre Gehälter veröffentlichten. Monika Piel war damals die erste, die verriet,



was sie verdient. Allerdings tat sie den Schritt auch nur, weil sie durch eine Änderung im WDR-Gesetz dazu gezwungen wurde.

Daraufhin setzte plötzlich eine Welle der Transparenz ein. Bis auf Helmut Reitze, den Chef des Hessischen Rundfunks, beteiligten sich alle ARD-Intendanten. ZDF-Intendant Bellut veröffentlichte seine Bezüge mittlerweile gar auf der Homepage des Senders.

Über die lukrativen Nebeneinnahmen jedoch schwiegen die Intendanten geflissentlich. Nur intern nahmen die Diskus-

sionen zu. Hinzu kommt, dass die seit Jahren laufende Gebührendebatte einfach nicht zur Ruhe kommt. Auch die teure Einführung des neuen Rundfunkbeitrags hat nichts am schlechten Image von ARD und ZDF als öden Anstalten mit Milliarden-Euro-Polster geändert.

Dabei gibt es in manchen ARD-Sendern durchaus einen Kulturwandel zu beobachten. In den Chefetagen kommt allmählich die Einsicht an, dass die Öffentlich-Rechtlichen eigentlich Vorreiter in Sachen Transparenz sein müssten – und nicht die Nachhut.

Eine Mehrheit der Intendanten nervt es mittlerweile, permanent in der Defensive zu sein, wenn Journalisten mal wieder nach heiklen Zahlen fragen – etwa zu den Gagen von TV-Stars wie Günther Jauch, den Vertragsdetails bei Sportverträgen oder der Intendantenvergütung.

Die Klügeren unter ihnen haben längst begriffen, dass es der Akzeptanz der TV-Gebühren nicht hilft, wenn man den Beitragszahlern verschweigt, wofür deren Geld im Detail ausgegeben wird. Und nach Jahrzehnten der Selbstbereicherung scheint in der ARD nun zum ersten Mal eine Riege am Drücker zu sein, die zumindest in Sachen Nebenverdienst den moralischen Mindeststandard des Öffentlichen Dienstes erfüllen will.

Reden möchte darüber allerdings keiner der Intendanten – auch aus Sorge, im Kreis der Senderbosse künftig als Musterschüler gemieden zu werden. Als der SPIEGEL seine Anfrage losschickte, setzte zwischen den Anstalten der ARD ein hektischer Telefonverkehr ein. Keiner wollte öffentlich als ewig gestrig oder als Moralapostel dastehen. Dabei gäbe es – ausnahmsweise – durchaus Positives zu erzählen aus der ARD.

Ulrich Wilhelm etwa, seit 2011 Chef des Bayerischen Rundfunks, war zuvor Sprecher der Bundesregierung und von daher mit strengen Nebenverdienstregeln vertraut. Er verzichtete von sich aus auf seine Bezüge bei den Tochterfirmen Europool, Telepool und Bavaria Filmkunst – und damit auf einige zehntausend Euro im Jahr. Jan Metzger, Intendant von Ra-

dio Bremen, bezieht seit März keine Vergütung mehr für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Sendertochter Bremedia, seit sie mehrheitlich im Besitz von Radio Bremen ist.

Karola Wille, seit knapp zwei Jahren Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, hat schon vor einigen Monaten eine Untersuchung zu dem Thema bei der Compliance-Beauftragten des MDR in Auftrag gegeben.

Sie will „in den nächsten Monaten“ die hausinterne Dienstweisung Nebentätigkeiten „überarbeiten“ und den „Ge-

## Der vermeintliche Li-La-Laune-Intendant Buhrow ist sensibel geworden in Fragen des Geldes.

pflogenheiten im öffentlichen Bereich“ anpassen.

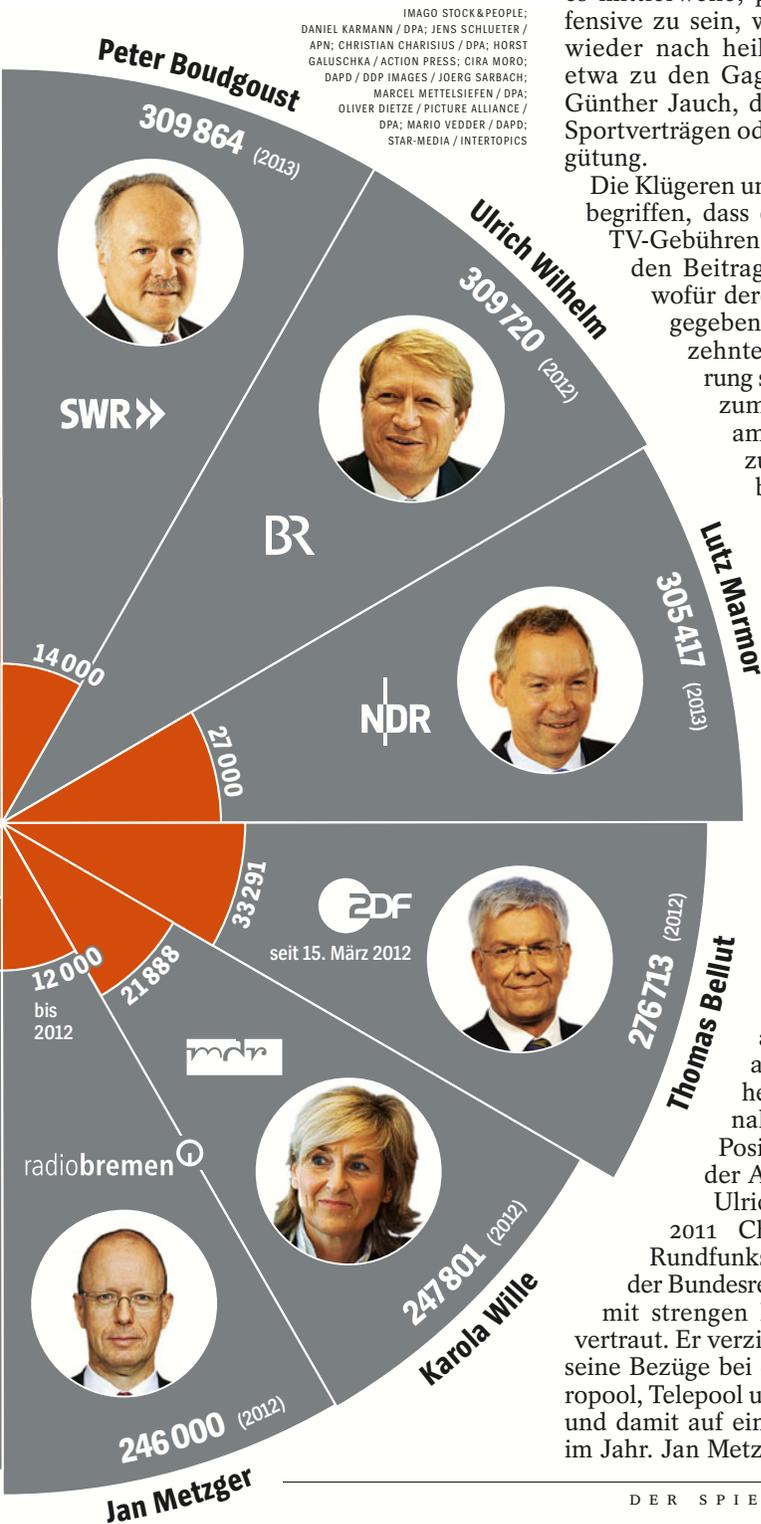
Und Tom Buhrow, der ehemalige „Tagesthemen“-Moderator und neue Chef der größten ARD-Anstalt, des WDR in Köln? Auch er schweigt, obwohl er mit einer ziemlichen Überraschung aufwartet. Buhrow setzt sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit von seiner Vorgängerin mit einer Deutlichkeit ab, die verblüfft. Der vermeintliche Li-La-Laune-Intendant, der zum Amtsantritt „Ich bringe die Liebe mit“ als Slogan ausgab, ist sensibel geworden in Fragen des Geldes. Vor ein paar Jahren war er selbst in die Schlagzeilen geraten, weil er als Nachrichtemann lukrative Nebenjobs übernommen hatte. Für einen Auftritt im Auftrag einer Sektkellerei etwa war er mit mehr als 10 000 Euro entlohnt worden.

Als Intendant bekommt Buhrow nun ein deutlich höheres Gehalt als Vorgängerin Monika Piel, nämlich inklusive Dienstwagen 367 232 Euro pro Jahr. Dafür, so ist es vertraglich geregelt, wird er aus den einst lukrativen Aufsichtsratsmandaten jedoch keinen großen Nutzen mehr ziehen. „In dem Vertrag zwischen dem WDR-Verwaltungsrat und Herrn Buhrow ist vereinbart, dass eine Regelung wie im Öffentlichen Dienst gelten soll; danach steht Herrn Buhrow maximal eine Gesamtsumme von 6000 Euro im Jahr für seine Tätigkeiten in Aufsichtsgremien zu“, teilt der WDR mit.

Immerhin ein Verzicht auf einige zehntausend Euro im Jahr. Auf Honorare für Moderationen und Reden verzichtet er ohnehin.

Was die Zahlen auch zeigen: Die ARD ist in der Frage der Nebenverdienste keineswegs „eins“, wie der Werbeslogan verspricht. Die Zeiten allerdings, in denen eine Intendantin knapp 60 000 Euro nebenbei bekommen hat, sind wohl endgültig vorbei.

MARKUS BRAUCK



## Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) E-Mail [spiegel@spiegel.de](mailto:spiegel@spiegel.de)

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923 – 2002)

**STELLV. CHEFREDAKTEURE** Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry (V. i. S. d. P.)

**ART DIRECTION** Uwe C. Beyer

*Politischer Autor:* Dirk Kurbjuweit

**DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO** *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Christiane Hoffmann (stellv.), René Pfister (stellv.), *Redaktion Politik:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Ralf Beste, Horand Knaup, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinsky, *Autor:* Markus Feldenkirchen  
*Redaktion Wirtschaft:* Sven Böll, Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Gerald Traufetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

*Meinung:* Dr. Gerhard Spörl

**DEUTSCHLAND** *Leitung:* Alfred Weinzierl, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingendorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühn, Günther Latsch, Udo Ludwig, Maximilian Popp, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darmstadt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrepf, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Ozlem Gezer, Sven Robel, Jörg Schindler, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

**WIRTSCHAFT** *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Thomas Tuma, Marcel Rosenbach (stellv.), Medien und Internet). *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schiefel

**AUSLAND** *Leitung:* Clemens Geyer, Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Daniel Steinwörter, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Ralf Hoppe, Hans Hoyng, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

*Diplomatischer Korrespondent:* Dr. Erich Follath

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höffinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst

**KULTUR** *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Katharina Stiegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Hobe, Thomas Hüetlin, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Elke Schmitter, Dr. Susanne Weingarten

*KulturSPIEGEL:* Marianne Wellershoff (verantwortlich), Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

**GESELLSCHAFT** *Leitung:* Matthias Geyer, Dr. Stefan Willeke, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Wiebke Hollersen, Ansbert Kneip, Katrin Kuntz, Dialika Neufeld, Bettina Stielkel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Cordt Schnibben

**SPORT** *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

**SONDERTHEMEN** *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klüßmann, Joachim Mohr, Bettina Mussall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Rainer Traub

**MULTIMEDIA** Jens Radü; Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

**CHEF VOM DIENST** Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

**SCHLUSSREDAKTION** Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekehl, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapiro Sarkis, Ulrike Wallenfels

**PRODUKTION** Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

**BILDREDAKTION** Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Dötting, Susanne Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Arne Wellnitz  
E-Mail: [bildred@spiegel.de](mailto:bildred@spiegel.de)

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

**GRAFIK** Martin Brinker, Johannes Unselst (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

**LAYOUT** Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhold Würst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Fabian Eschkötter, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufer, Kristian Heuer, Nils Kippers, Sebastian Raulf, Barbara Rödigler, Doris Wilhelm

*Besondere Aufgaben:* Michael Rabanus

*Sonderhefte:* Rainer Sennewald

**TITELBILD** Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg

*Besondere Aufgaben:* Stefan Kiefer

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**

**BERLIN** Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

**INTERNET** [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

**REDAKTIONSBLOG** [spiegel.de/spiegelblog](http://spiegel.de/spiegelblog)

**TWITTER** @derspiegel

**FACEBOOK** [facebook.com/derspiegel](http://facebook.com/derspiegel)

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$ 350 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631.

## Service

### Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg  
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)

### Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [artikel@spiegel.de](mailto:artikel@spiegel.de)

### Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [nachdrucke@spiegel.de](mailto:nachdrucke@spiegel.de)

übriges Ausland:

New York Times News Service/Syndicate  
E-Mail: [nytsyn-paris@nytimes.com](mailto:nytsyn-paris@nytimes.com)  
Telefon: (00331) 41439757

### für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966  
E-Mail: [nachdrucke@spiegel.de](mailto:nachdrucke@spiegel.de)

### Nachbestellungen

SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter [www.amazon.de/spiegel](http://www.amazon.de/spiegel) versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

### Historische Ausgaben

Historische Magazine Bonn  
[www.spiegel-antiquariat.de](http://www.spiegel-antiquariat.de)  
Telefon: (0228) 9296984

### Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,  
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg  
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070  
E-Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

### Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e.V.  
Telefon: (06421) 606265  
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde  
Telefon: (069) 955124-0

### Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 208,00  
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UniSPIEGEL  
Österreich: zwölf Monate € 234,00  
Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40  
Europa: zwölf Monate € 262,60  
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 340,60  
Der digitale SPIEGEL: zwölf Monate € 197,60  
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

### Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an  
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,  
20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070,  
[www.spiegel.de/abo](http://www.spiegel.de/abo)

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 4,00 pro Ausgabe

für € 3,80 pro digitale Ausgabe

für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur

Normallieferung. Eilbotenzustellung auf Anfrage.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter:  
[www.spiegel.de/widerrufsrecht](http://www.spiegel.de/widerrufsrecht)

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP13-001

SD13-006

SD13-008 (Upgrade)

## GESTORBEN

**Josef Darchinger**, 87. Für Helmut Schmidt war er „der Beste“. Kein anderer Fotograf hat den früheren Bundeskanzler vor, während und nach seiner Kanzlerzeit so häufig begleitet wie Josef „Jupp“ Darchinger. Er hielt alles fest, was ihm vor die Linse kam – bekannte und unbekannte Menschen und Ereignisse. Wunderbar seine Alltagsszenen aus dem Bonn der frühen Nachkriegsjahre: Da sieht man den Krämer im Laden um die Ecke, Bonner Bengels in Lederhosen mit ihren Ballonrollern. Vor allem aber fotografierte er das politische Personal der jungen Bonner Republik. Er kannte sie alle: den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss genauso wie den Gründungskanzler Konrad Adenauer und dessen Nachfolger Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt und eben Schmidt. Den ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann fotografierte er im Park der Villa Hammerschmidt beim Biertrinken aus



SVEN SIMON / JULSTEIN BILD

der Flasche. Durch einen Zufall hörte Darchinger, dass das Kabinett der Großen Koalition an einem Sommertag im Jahr 1967 im Park des Palais Schaumburg tagte – er war zur Stelle und hielt den historischen Moment fest. Berühmt und berüchtigt ist auch jenes Foto, das nach einem SPIEGEL-Gespräch am Brahmssee, dem Zweitwohnsitz Helmut Schmidts, bei einem Rundgang durch dessen Garten entstand: Es zeigt den SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein, der – hinter Schmidt gehend – eine Axt hochhält, als wollte er Schmidt erschlagen. Darchinger drückte in dem Moment ab, als der Sicherheitsbeamte zur Pistole greifen und auf Augstein schießen wollte. Das erfuhren Augstein und Schmidt allerdings erst später – der Mann vom Bundeskriminalamt kannte Darchinger und hat es ihm erzählt. Der Fotograf war ein echter Rheinländer, in Bonn geboren und zeit seines Lebens dort sesshaft. Eigentlich sollte er Landwirt werden. Nach dem Krieg versuchte er sich mit der Kamera – und wurde schließlich ein wichtiger Chronist der frühen Bonner Republik. Josef Darchinger starb am 28. Juli in Bonn.

**JJ Cale**, 74. Selten hat die erste Zeile des ersten Songs auf dem ersten Album die Ästhetik eines Musikers so treffend zusammengefasst wie bei JJ Cale. Mit den Worten „They Call Me the Breeze“ lässt er 1972 das Album „Naturally“ beginnen, und so sollte seine Musik den Rest seiner



ULSTEIN BILD

Karriere klingen: wie eine kühle Sommerbrise. Geboren in Oklahoma City als John Weldon Cale (den Spitznamen JJ verpasste ihm später ein Clubbesitzer), zog Cale als junger Mann nach Los Angeles, um sich Ende der sechziger Jahre in Tulsa, Oklahoma, niederzulassen, der Stadt, in der er aufgewachsen war. Dort perfektionierte er seinen lässigen Stil, der Rock, Country und Folk verband. Er blieb allerdings ein „musician’s musician“ – „Cocaine“ war zwar ein Hit, seine großen Erfolge hatte er aber als Songwriter. Tom Petty, Lynyrd Skynyrd und Deep Purple sowie Johnny Cash sangen seine Lieder, wobei ihm niemand so viel verdanken dürfte wie Eric Clapton. Mit „After Midnight“ stammte sein erster großer Hit von Cale. Für ihr gemeinsames Album „The Road to Escondido“ bekamen die beiden 2008 einen Grammy. JJ Cale starb am 26. Juli im kalifornischen La Jolla.

**Walter de Maria**, 77. Im Jahr 1960 zog der junge Künstler aus Kalifornien nach New York City. Etliche seiner Werke aber wirken wie gewitzte Statements gegen alles Urbane. So lud er Dreck in einer Münchner Galerie ab, mitten in New York füllte er vor Jahrzehnten einen Raum mit Erdreich; dort modert es heute noch. Aber er ging auch nach ganz weit draußen, etwa in die Wüste von New Mexico, wo er 400 Edelstahlstäbe zu einer weiltäufigen geometrischen Skulptur anordnete. Der Künstler nahm es damals mit der Natur auf, denn er hoffte auf spektakuläre Blitzeinschläge. 1968 beteiligte er sich erstmals an der Documenta in Kassel. Weitere Einladungen dorthin folgten. 1977 bohrte er einen Messingstab von einem Kilometer Länge in den Kasseler



ANGELIKA PLATEN/BRK

Grund. Der „vertikale Erdkilometer“ ist mehr zu ahnen als zu sehen. Der Künstler war scheu und nutzte doch selbstbewusst den Raum zwischen Himmel und Erde. Walter de Maria starb am 25. Juli in Los Angeles.

## SPIEGEL TV

SONNTAG, 11. 8., 22.05 – 22.50 UHR | RTL

### SPIEGEL TV MAGAZIN

**Unschöner Schein** – Die Masche mit den gefälschten Hotelbewertungen; **Besuch in der Mega-Fluchtburg** – Interview mit „Kim Dotcom“; **Kirchensprengung** – Angriff der Braunkohlebagger.

MITTWOCH, 7. 8., 21.00 – 21.45 UHR | PAY TV  
BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

### SPIEGEL TV WISSEN

#### Fünf Sterne für vier Pfoten – Das Hundehotel



SPIEGEL TV

#### Hund im Spa-Bereich

Pflege im Day-Spa, individuell abgestimmte Sport- und Fitnessprogramme, ein Hallenbad, reichhaltige Mahlzeiten, persönliche Betreuung – für das Wohl der vierbeinigen Gäste wird im Hundehotel vor den Toren Berlins fast alles möglich gemacht. Das Rundum-sorglos-Paket hat aber seinen Preis, den die wohlhabende Klientel gern entrichtet. Einblicke in die schöne neue Welt des modernen Hundes.

DIENSTAG, 6. 8., 8.30 – 8.55 UHR | ARTE

### X:ENIUS

#### Jagd auf den Roten Thun

Die Nachfrage nach Thunfisch ist mit dem Sushi-Boom der vergangenen Jahrzehnte stark gewachsen. Besonders die Bestände des Roten Thuns gelten daher zu 80 Prozent als überfischt und sind vom Aussterben bedroht. Das Problem: Bisher ist es nicht gelungen, Thunfisch in Aquakulturen zu züchten. Weltweit wird jedoch daran gearbeitet. Die Sendung zeigt die Schwierigkeiten auf und geht der Frage nach, ob es Perspektiven für das Überleben des majestätischen Fisches gibt – oder ob letztlich nur ein totaler Verzicht ihn retten kann.



KIN CHEUNG / AP / PICTURE ALLIANCE / DPA

### Cha-Cha-Champion

Der Kung-Fu-Film-Star **Bruce Lee**, 1973 verstorben, gilt als Philosoph, Ausnahmeathlet und als Beispiel für eiserne Disziplin. Bisher weniger bekannt war Lees Leidenschaft fürs Tanzen. 1958 gewann er die Cha-Cha-Cha-Meisterschaft von Hongkong. Diese und andere überraschende Seiten des Kampfkünstlers werden in einer Ausstellung in Hongkongs Heritage Museum anlässlich seines 40. Todestages gewürdigt. Lee, in San Francisco geboren, verlebte seine Kindheitsjahre in der britischen Kronkolonie. Ausgestellt wird auch ein Notizbuch, in dem der Tanz-Champion 108 verschiedene Tanzschritte skizziert hat.

**Jürgen Trittin**, 59, Spitzenkandidat der Grünen, plant trotz seines Kenterns vergangene Woche in der Werra weitere Kanudemos im Wahlkampf. An diesem Mittwoch will er erneut gegen den hohen Salzgehalt von Bergbauabwässern protestieren, diesmal an der Weser bei Barme nördlich von Nienburg. Auf die Frage, wie er sich gegen zukünftige unfreiwillige Tauchgänge schützen wolle, antwortete er gleichmütig und frei nach Heraklit: „Man kann nicht zweimal in denselben Fluss fallen.“ Der „Kampf gegen die Versalzung“ gehe weiter. Dem Fauxpas in der Werra kann der Grüne durchaus Positives abgewinnen. Die Aktie des Flussverschmutzers K + S sei vergangene Woche immerhin „abgestürzt“, freut sich der Politiker.

### Viel Feind, viel Buh

Fast eine Viertelstunde lang dauerte am vergangenen Mittwoch das Buh-Gewitter, das sich über **Frank Castorf**, 62, dem Regisseur des wagnerschen „Ring“, nach der Aufführung der „Götterdämmerung“ in Bayreuth entlud. Der Regisseur schien den Tumult zu genießen, blieb ostentativ auf der Bühne stehen, schaute herausfordernd auf seine Uhr und zeigte dem Publikum schließlich den Vogel. Die Festspielintendantinnen Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier seien, so Castorf, „sauer“ auf ihn gewesen und hätten ihm „mama-mäßig governantenhaft“ vorgeworfen: „Frank, Sie hätten früher runterkommen können.“ Aber, so verteidigt der Regisseur sein langes Verharren: „Ich finde, wenn man so viele Feinde hat, muss



PETER KOLB / PICTURE ALLIANCE / DPA

man sich dazu verhalten.“ Den meisten Sängern und besonders dem Dirigenten Kirill Petrenko erging es wesentlich besser, sie wurden umjubelt. Aber auch das amüsiert Castorf eher: „Den Regisseur ausbuhnen und die Musiker feiern, das ist ein altes langweiliges Spiel.“

**Hannelore Kraft**, 52, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, hat ihren Urlaub wieder einmal in der Sportschule Hachen verbracht. Mitte Juli reiste die Sozialdemokratin wie in den Jahren zuvor ins Sauerland, um dort das Sportabzeichen abzuliegen. Die Kriterien sind in diesem Jahr strenger geworden. Nach einem 10-Kilometer-Lauf, 400 Meter Schwimmen, 20 Kilometer Radfahren, Hochsprung, Kugelstoßen und weiteren Disziplinen konnte die stellvertretende SPD-Vorsitzende bei der Abreise am vergangenen Wochenende das Abzeichen in Gold einpacken.

**Stephen Hawking**, 71, britischer Astrophysiker, äußert sich in einem dokumentarischen Film über das krankheitsbedingte Scheitern seiner ersten Ehe. Der Bestsellerautor („Eine kurze Geschichte der Zeit“), seit 1968 wegen einer Erkrankung des Nervensystems an den Rollstuhl gefesselt, und Jane Wilde ließen sich 1995 nach 30 Jahren Ehe scheiden. Die beiden hatten sich in Cambridge kennengelernt. Als sie heirateten, war die Krankheit ALS bei Hawking bereits diagnostiziert worden, das Paar aber wollte „gemeinsam die Erkrankung und die Ärzte besiegen“. Um 1985 verschlechterte sich Hawking's Zustand dramatisch; er war nun rund um die Uhr auf medizinische Versorgung angewiesen. Für das Ehepaar änderte sich das Leben von Grund auf: „Es gab keine Privatsphäre mehr“, sagt Wilde im Rückblick. Hawking versteht heute, dass die Belastung für seine damalige Frau immens war. Aber seinerzeit, so sagt er, konnte er mit ihrem Unglücklichsein nicht umgehen.



SERGEI KARPUKHIN / REUTERS

### Rache statt Reue

Vergebens hat **Nadeschda Tolokonnikowa**, 23, Mitglied der Punk-Gruppe Pussy Riot, versucht, ihre Haftzeit verkürzen zu lassen. Vor gut einer Woche lehnte ein Gericht ihren Berufungsantrag ab. Die Aktivistin bleibt wegen ihres „Punk-Gebets“ in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale möglicherweise volle zwei Jahre lang in einem Straflager. Ihre Aufseher hatten ihr mangelnde Reue attestiert und sich dagegen ausgesprochen, Gnade walten zu lassen. Tolokonnikowa sieht jedoch einen anderen Grund: Weil sie sich geweigert habe, an einem Schönheitswettbewerb im Knast teilzunehmen, seien ihre Bewacher wütend auf sie gewesen und rächten sich nun an ihr, sagte sie vor Gericht.



ELLEN VON UNWERTH / TRUNK ARCHIVE

## Filmmusikerin

Vor einigen Wochen hat die amerikanische Sängerin **Lana del Rey**, 27, erklärt, dass sie kein neues Album mehr aufnehmen wolle. Trotzdem werde sie weiterhin Musik machen. Auf ihrem Twit-

ter-Account kündigte sie nun die Veröffentlichung eines Kurzfilms mit dem Titel „Tropico“ an, in dem sie mitwirkt. Mit von der Partie ist außerdem das Albino-Model Shaun Ross. Caroline „Chuck“ Grant, del Reys Schwester, war offenbar die Kamerafrau. „Tropi-

co“ soll eine Art Erlösungsgeschichte erzählen, entlang der Songs „Body Electric“, „Gods & Monsters“ und „Bel Air“. Diese Stücke hat del Rey bereits im vergangenen Winter veröffentlicht. Wann und wo der Film zu sehen sein wird, hält sie noch geheim.

## Für die Sau

Sein Hund George und er sind praktisch unzertrennlich. Einmal nahm der kanadische Schauspieler **Ryan Gosling**, 32, George sogar mit zu einer Fernseh-Talkshow. Jetzt hat Gosling seine Zuneigung für eine weitere Spezies offenbart: Schweine. In der kanadischen Tageszeitung „The Globe and Mail“ veröffentlichte er einen Text, mit dem er die Initiative einer Tierschutzorganisation zur Verbesserung der Lebensumstände von Zuchtschweinen in Kanada unterstützt. Insbesondere die Größe der Käfige, die so klein sind, dass die Säue sich ihr ganzes Leben lang kaum rühren können, prangert Gosling an. Er appelliert an die Ehre seiner Landsleute. Diese Praxis sei abstoßend, „kein mitfühlender Kanadier“, schreibt er, könne so etwas Grausames irgendeinem Tier antun. Er jedenfalls könne sich nicht einmal „im Traum“ vorstellen, George so zu behandeln.



GETTY IMAGES

Aus dem „Ratgeber aus Ihrer Apotheke“:  
„Dennoch sollten Sie schwere Beine nicht  
auf die leichte Schulter nehmen.“

### Tödliche Abfahrt vom höchsten Berg Südamerikas

Zwei Männer brechen zu einem ganz besonderen Abenteuer im Himalaya-Gebirge auf

Aus den „Kieler Nachrichten“

Aus der „Berliner Zeitung“: „Jagger hatte  
im Imitat lasziver Bluesstimmen zu sei-  
nem lüsternen Breitmaulstil gefunden. Er  
nutzte, wie Elvis, den rassistischen My-  
thos der grundsätzlichen Triebhaftigkeit  
als Versprechen, und er widmete dessen  
hipperes Abbild als rebellischer Außen-  
seiter zum jugendlichen Habitus um.“



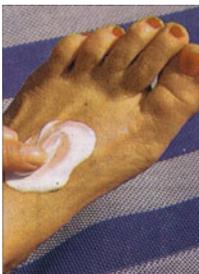
Schaufenster einer Videothek in Staßfurt,  
Sachsen-Anhalt

Aus den „Cuxhavener Nachrichten“: „Es  
ist nicht auszudenken, wenn Fahrräder  
beim Ausfahren aus dem Watt die Räder  
umreißen und anschließend vor Schreck  
durchgehen.“

### Der Fußballer traf direkt ins Herz

Aus der „Lippischen Landes-Zeitung“

Aus der „Heilbronner Stimme“: „Da Lei-  
chen nicht entwendet wurden, bleibt even-  
tuell nur der Tatbestand des ‚beschimpfen-  
den Unfugs‘ eines Leichnams. Wie dieser  
nachgewiesen werden könnte, ist fraglich.“



Besuch beim Nachwuchs: Köni-  
gin Elisabeth II. und Prinz Harry.

Aus der „Kölnischen Rundschau“

Aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Zu  
viel Schneefall wiederum führt zu einer  
schlechten Sicht. Und die braucht ein  
Bergsteiger unbedingt.“

### Zitate

„Der Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Ge-  
spräch mit Ex-Innenminister Otto Schily  
„Wahnhafte Furcht vor dem Staat“ über  
die NSA-Abhöraffaire (Nr. 31/2013):

Seit die Spähaktivitäten des US-Geheim-  
dienstes NSA in Deutschland bekannt-  
geworden sind, versucht die SPD, die  
Affäre in den Wahlkampf zu tragen und  
die Bundesregierung damit unter Druck  
zu setzen. Nicht durch eigene politische  
Aufklärungsarbeit, sondern durch die  
Snowden-Enthüllungen und die Recher-  
chen von Medien wurde das Thema be-  
feuert und kamen wichtige Fragen auf  
die Agenda. Doch was die SPD-Wahl-  
kämpfer am Wochenende im SPIEGEL  
lesen mussten, war ausnahmsweise nicht  
nach ihrem Geschmack. Dort nämlich  
warnte Ex-Innenminister Otto Schily  
seine eigene Partei, sie habe in der Ge-  
heimdienstaffäre ebenso wie die Union  
„kaum etwas zu gewinnen“. Schily pran-  
gerte die „teilweise wahnhaften Züge“ in  
der Datenschutzdebatte rund um den  
NSA-Spähskandal an.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“  
zur SPIEGEL-Geschichte „Die Enkelin“  
über die Politikerin Michelle Müntefering  
(Nr. 30/2013):

Bereits eine namentliche Erwähnung im  
SPIEGEL gilt in der Polit-Landschaft als  
etwas Besonderes. Vor diesem Hinter-  
grund muss sich Michelle Müntefering in  
dieser Woche geradezu geadelt fühlen: In  
der Rubrik „Gesellschaft“ hat das Ham-  
burger Nachrichten-Magazin der Herner  
Bundestagskandidatin gleich fünf Seiten  
eingeräumt – inklusive eines ganzseitigen  
Fotos der 33-Jährigen.

### Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 31/2013 „Teuerste Lösung“ über  
Thüringens Ministerpräsidentin Christine  
Lieberknecht (CDU), die ihren Vertrau-  
ten und Staatssekretär Peter Zimmer-  
mann gegen den Rat ihrer Beamten in  
den für den Freistaat teuren einstweiligen  
Ruhestand schickte, obwohl er gut dotiert  
in die freie Wirtschaft wechselte.

Vergangene Woche wurde Peter Zimmer-  
mann aus dem einstweiligen Ruhestand  
zurückbeordert, gleichzeitig beantragte  
er seine Entlassung. Damit hat der  
einstige Regierungssprecher keine um-  
fangreichen Pensionsansprüche mehr.  
Lieberknecht erklärte, sie habe Verständ-  
nis für den Unmut vieler Bürgerinnen  
und Bürger in Sachen Pensions- und Ver-  
sorgungsansprüche von Beamten. Thü-  
ringens Kabinett werde Änderungen be-  
schließen.



